STADTRAT

STADT NIDAU

Sitzung vom 19.11.2026

Einladung zur 5. Sitzung des Stadtrates von Nidau

Donnerstag, 19. November 2026, 19.00 Uhr

Aula Schulhaus Weidteile, Lyss-Strasse 34, 2560 Nidau

Traktanden

1. Protokoll der 4. Sitzung vom 17. September 2026 - Genehmigung
2. Spärs Altlastensanierung Kugelfang - Kreditabrechnung
3. Ratsbüro für das Jahr 2027 - Wahlen
4. Aufsichtskommission - Ersatzwahl
5. Geschäftsprüfungskommission - Ersatzwahl
6. Finanzplan 2026 – 2031 - Kenntnisnahme
7. Budget 2027 - Genehmigung
8. Teilrevision Organisationsreglement Schulverband Nidau – Einführung Schulmodell Nidau 3+
9. Zwischennutzungsreglement - Erlass mit erweitertem Perimeter
10. Entwicklung ZPP Vorstadt Süd – Planungskredit
11. Unterer Kanalweg 19 – Entwidmung ins Finanzvermögen
12. Stellenplan - Reduktion
13. Wie zugänglich ist Nidau? - Berichterstattung
14. P 239 Bessere Kühlung und Luftqualität in Nidauer Schulen
15. EA 71: Tarife Strandbad

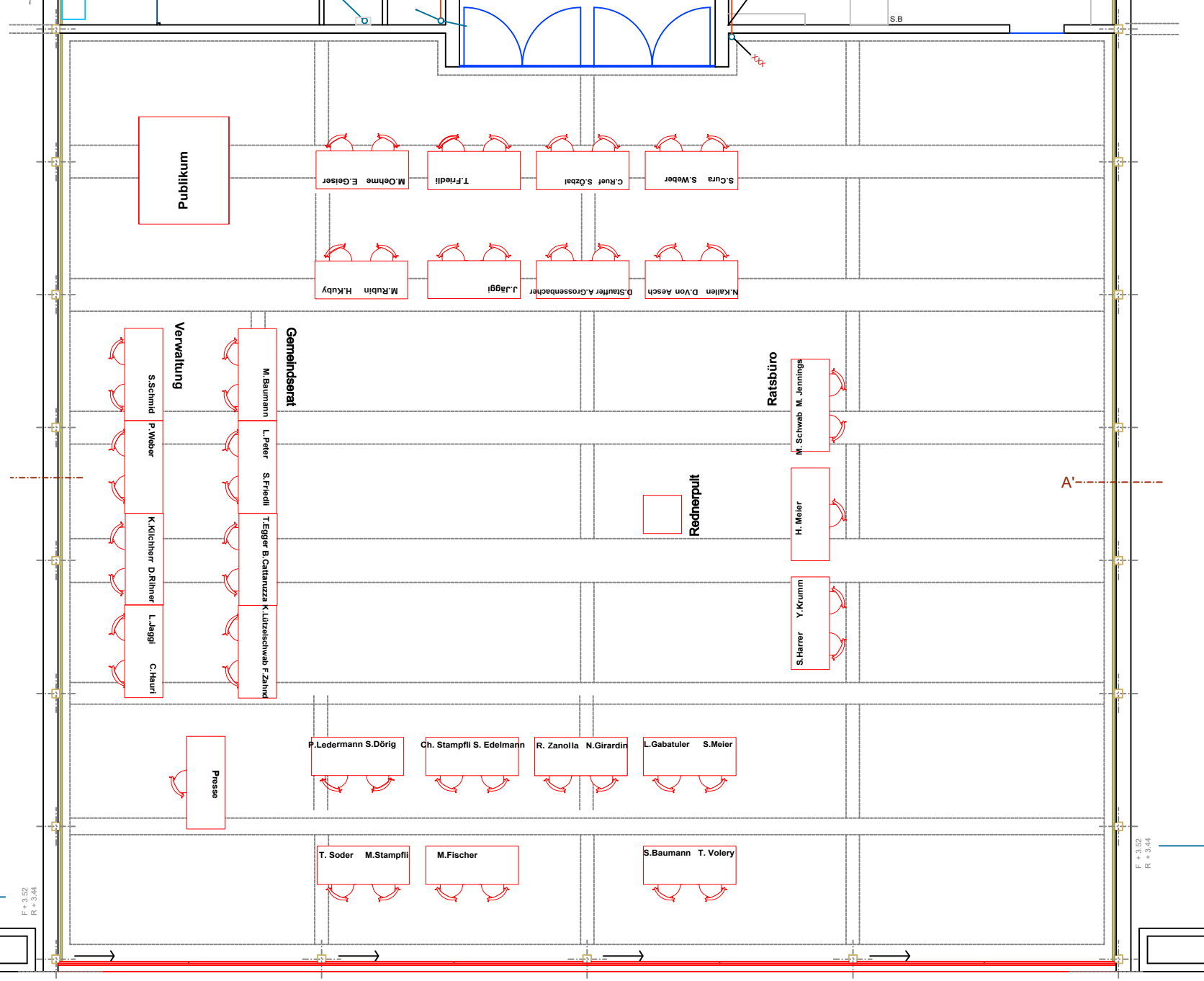
(16. Eventualtraktandum: M 240 Überprüfung der Organisation der nichtständigen Finanzkommission, sofern Dringlichkeit beschlossen wird)

2560 Nidau, 4. November 2026, mem

Stadtrat Nidau

Der Stadtratspräsident

Hans Peter Meier



Grundriss M 1:100

Stadtrat Nidau

PROTOKOLL

4. Sitzung des Stadtrates

17.09.2026, 19:00 bis 20:00 Uhr
Aula Schulhaus Weidteile, Lyss-Strasse 34, 2560 Nidau

	Anwesend	Abwesend (entschuldigt)
Präsident	Meier Hans Peter, FDP	
1. Vizepräsident	Schwab Martin, SP	
2. Vizepräsident	Krumm Yannick, PRR	
Stimmenzählerin:	Kuby Hannah, Grüne	
Stimmenzähler:	Ledermann Philipp, GLP	
Mitglieder	Baumann Sandra, SVP	
	Cura Sacha, SP	
	Dörig Stefan, GLP	
	Edelmann Sasha, FDP	
	Fischer Martin, FDP	
	Friedli Tamara, EVP	
	Gabathuler Leander, SVP	
	Geiser Eliane, EVP	
	Girardin Baumgartner Nadja, FDP	
	Jäggi Julia, SP	
	Kallen Noemi, SP	
	Meier Svenja, SVP	
	Oehme Marlene, EVP	
	Özbal Sercan, SP	
	Pauli Pauline, PRR	
	Rubin Michael, Grüne	
	Ruef Catherine, SP	
	Soder Tobias, GLP	
	Stampfli Christian, FDP	
	Stampfli Monika, GLP	
	Stauffer David, SP	
	Vásárhelyi Nora Luka, SP	
	Volery Tabea, SVP	
	Von Aesch Dominik, SP	
	Weber Sarah, SP	
Der Stadtrat ist beschlussfähig.		

Gemeinderat	Egger Tobias	
	Cattaruzza Beat	
	Baumann Markus	
	Friedli Sandra	
		Lützelschwab Käthy
	Peter Luzius	
	Zahnd François	
Sekretärin	Jennings Manuela	
Protokollführerin a.i.	Harrer Sofia	
Technik/Planton	Merz Michelle	
Verwaltung	Hauri Christian	
	Jaggi Lukas	
	Kilchherr Kathrin	
		Rhiner Dominik
		Schmid Stefan
	Weber Patrick	

Traktanden

1. Protokoll der 3. Sitzung vom 18. Juni 2026
2. Planung Bahnhofgebiet – Kreditabrechnung
3. ZPP 5 Bahnhofgebiet -Änderung Baurechtliche Teilgrundordnung «Altstadt»
4. Sanierung Kanalisation Gerberweg Abschnitt Bahnhof bis Hechtenweg - Investitionskredit
5. P 238 Beidseitiger Bahnübergang Bahnhof Beunden
6. I 156 Steuerung Ampel Einmündung Aalmattenweg in Kreisel
7. I 157 Perspektiven für KMU und lokale Geschäfte

Verhandlungen

Stadtratspräsident, Hans Peter Meier: Guten Abend. Lieber Herr Stadtpräsident, liebe Mitglieder des Gemeinderats, Kolleginnen und Kollegen des Stadtrats, liebes Publikum hier und daheim, werte Vertretende der Presse. Ich begrüsse Sie ganz herzlich zur 4. Stadtratssitzung dieses Jahres.

Eine besondere Freude ist es mir, heute Abend eine Delegation aus unserer deutschen Partnergemeinde Schliengen hier in Nidau willkommen zu heissen. Unter der Leitung von Herrn Dr. Christian Renkert, der übrigens am Montag 60 Jahre alt geworden ist – wir singen jetzt nicht, erst wenn wir genug Wein hatten –, dem Bürgermeister von Schliengen, sind Sie heute bei uns zu Gast. Herzlich willkommen!

Ich persönlich erachte es als ausserordentlich wertvoll, dass dieser Kontakt besteht und unsere Partnerschaft trotz aller Apps, digitalen Möglichkeiten und virtuellen Begegnungen regelmässig

und auch persönlich gepflegt wird. Wir freuen uns sehr über diese freundschaftliche Nachbarschaft über die Grenze hinweg. Gerade in einer Zeit, in der internationale Beziehungen bisweilen eher an Kneipenschlägereien und blutige Eishockeyspiele erinnern, können persönliche, nachbarschaftliche und freundschaftliche Kontakte nicht mehr hoch genug eingeschätzt werden. Umso schöner, dass Sie heute Abend hier sind. Wir freuen uns auf einen gemeinsamen Austausch und einen gemütlichen Abend.

Entschuldigungen und Abschied. Ich darf bekanntgeben, wir haben eine Kündigung in der Probezeit auf eigenen Wunsch von Tanja Fortunato als Protokollführerin, die ich letztes Mal hier vorgestellt habe. Damit haben wir eine neue Protokollführerin ad interim mit der Person von Sofia Harrer. Wie mir Manuela Jennings versichert hat, ist sie der Joker der Stadtverwaltung Nidau schlechthin. Danke und herzlich willkommen.

Dann komme ich zu einer Nachricht, die mich persönlich ein bisschen traurig stimmt. Ich muss Sie über die Demission von Pauline Pauli informieren. Sie ist für mich eine der Grande Dame der Nidauer Politik. Eine Persönlichkeit, die unsere Stadt über viele Jahre mitgeprägt hat. Ihre langjährige Erfahrung, ihren Einfluss und nicht zuletzt ihre charmante, souveräne Art - auch bei der Demission hat sie mir gesagt: «je te présente ma démission», als wenn es ein Geschenk wäre - hat sie in dieser Zeit ausgezeichnet. Wir werden Pauline Pauli am Ende der heutigen Veranstaltung noch gebührend würdigen.

Betreffend einer verspäteten Ankunft ist das, glaube ich, die einzige von Christian Stampfli. Sonst habe ich keine Entschuldigung erhalten. Gibt es sonst fehlende Mitglieder? Ich sehe nur, dass Christian Stampfli fehlt. Er wird berufsbedingt etwa 30 Minuten später eintreffen. Wir sollten deshalb mit Ausnahme von ihm vollzählig sein und müssten 29 sein. Können das die Stimmenzähler bestätigen? Danke. Dann ist der Rat beschlussfähig, das absolute Mehr beträgt zuerst 15, später 16. Die Zweidrittel Mehrheit ist in jedem Fall 20 Stimmen. Gibt es Diskussion aktueller Fragen? Wünscht jemand aus der Ratsmitte eine Diskussion einer Angelegenheit, die nicht traktandiert ist? Das scheint nicht der Fall zu sein. Gibt es Fraktionserklärungen? Mir liegen keine vor.

Dann kommen wir zügig zu den Traktanden. Die Traktandenliste ist am 3. September 2026 fristgerecht aufgeschaltet und publiziert worden.

1. Protokoll der 3. Sitzung vom 18. Juni 2026 – Genehmigung

Ressort	Präsidiales
Sitzung	17.09.2026

nid 0.1.6.1 / 40

Stadtratspräsident, Hans Peter Meier: Dann kommen wir zum ersten Traktandum, das Protokoll Nummer 3 vom 18. Juni 2026, es geht um die Genehmigung. Innerhalb der Frist sind keine Änderungsanträge eingegangen. Das ist immer noch so, Manuela Jennings, richtig? Dem ist so. Wir kommen direkt zur Abstimmung.

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Nidau beschliesst einstimmig gestützt auf Artikel 68 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Stadtrats:

1. Das Protokoll der 3. Sitzung vom 18. Juni 2026 wird genehmigt.

2. Planung Bahnhofgebiet - Kreditabrechnung

Ressort Präsidiales
Sitzung 17.09.2026

nid 6.1.4 / 6.26

Stadtratspräsident, Hans Peter Meier: Traktandum 2, Planung des Bahnhofsgebietes, die Kreditabrechnung. Das ist aus dem Ressort Präsidiales. Es handelt sich um eine Kreditabrechnung, das Eintreten kann nicht bestritten werden. Das Wort möchte der Stadtpräsident Tobias Egger nicht dazu ergreifen. Dann bitten wir für die GPK Tabea Volery nach vorne.

Sprecherin GPK, Tabea Volery: Guten Abend von meiner Seite. Wir haben das Geschäft geprüft und wir nehmen es einstimmig an und übergeben es dem Stadtrat.

Stadtratspräsident, Hans Peter Meier: Danke. Tabea Volery bleibt gleich als Sprecherin der SVP-Fraktion.

SVP-Fraktion, Tabea Volery: Die SVP-Fraktion ist auch dafür.

Stadtratspräsident, Hans Peter Meier: Gut, dann hören wir jetzt noch in der Reihenfolge SP, FDP/PRR, GLP und EVP/Grüne die weiteren Fraktionen.

SP-Fraktion, Sascha Cura: Die SP-Fraktion genehmigt die Kreditabrechnung einstimmig.

Stadtratspräsident, Hans Peter Meier: Bitte für die Fraktion FDP/PRR Yannick Krumm.

Fraktion FDP/PRR, Yannick Krumm: Herr Präsident, liebe Kollegen, liebe Gäste. Die Fraktion FDP/PRR genehmigt diese Kreditabrechnung im Zusammenhang mit der Planung des Bahnhofgebiets wie sie vorliegt. Insbesondere begrüssen wir die ergänzenden Erläuterungen zur Verwendung der Reserve. Sie ermöglichen es, die Gründe und Entscheidungen im Rahmen dieses Projekts gut nachvollziehen und die Posten in der Abrechnung richtig einordnen zu können. Diese Präzisierungen sorgen für die notwendige Transparenz, damit wir in der Fraktion in voller Kenntnis der Sachlage entscheiden können. Die Fraktion FDP/PRR unterstützt daher die Genehmigung dieser Abrechnung.

Stadtratspräsident, Hans Peter Meier: Es folgt die GLP-Fraktion.

GLP-Fraktion, Monika Stampfli: Für die GLP ist der Fall klar. Wir akzeptieren diese Kreditabrechnung.

Stadtratspräsident, Hans Peter Meier: Bitte die Fraktion Grüne/EVP.

Fraktion Grüne/EVP, Eliane Geiser: Guten Abend, auch wir nehmen die Kreditabrechnung an.

Stadtratspräsident, Hans Peter Meier: Danke. Wünscht jemand aus der Ratsmitte das Wort? Ist die Diskussion erwünscht? Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Nidau beschliesst einstimmig gestützt auf Artikel 54 Absatz 1 Buchstabe h der Stadtordnung:

1. Die Kreditabrechnung über das Projekt «Planung Bahnhofgebiet» wird genehmigt.

3. ZPP 5 Bahnhofgebiet - Änderung Baurechtliche Teilgrundordnung «Altstadt»

Ressort	Präsidiales
Sitzung	17.09.2026

nid 6.1.4 / 6.46

Stadtratspräsident, Hans Peter Meier: Wir kommen zum Traktandum 3, ZPP 5, Bahnhofgebiet, Änderung baurechtlicher Teilgrundordnung «Altstadt». Wir hatten dazu eine Online-Information, bei der vor allem die Abkürzungen ZPP, TGO usw. geklärt wurden, aber nicht nur deshalb. Das Dossier ist 148 Seiten lang und offenbar schon 40 Jahre alt. Das ist eine schwere Kost. Darum möchte ich das Wort relativ rasch dem Stadtpräsidenten Tobias Egger übergeben.

Stadtpräsident, Tobias Egger: Sehr geehrter Herr Ratspräsident, liebe Stadträtinnen und Stadträte, liebe Kolleginnen und Kollegen und ganz besonders auch sehr geschätzte Gäste aus Schliengen, sehr geehrter Herr Bürgermeister, guten Abend miteinander. Ich freue mich ganz besonders, das Geschäft heute Abend präsentieren zu dürfen. Mit dem Erlass dieser Zone mit Planungspflicht, eben ZPP 5, haben wir die Chance auf einen Befreiungsschlag in diesem Dossier und in der Stadtentwicklung. Sie konnten es lesen, man hat jahrzehntelang geplant und immer wieder ist irgendetwas dazwischengekommen. Man war schon kurz vor Abschluss, man hatte schon ein paar Mal das Gefühl, man hätte den Befreiungsschlag und ist dann doch wieder gescheitert. Ich bin trotzdem überzeugt, dass es dieses Mal anders ist und dass wir heute einen Schritt weiterkommen können. Auch weil wir etwas anders herangehen. Es geht jetzt darum, die Ergebnisse aus der zuvor einstimmig beschlossenen Kreditabrechnung zu sichern. Das Ergebnis aus diesem langen Prozess – für den wir das Geld ausgegeben und mit dem wir uns alle in den Parteien, in der Mitwirkung und innerhalb der Bevölkerung auseinandergesetzt haben – soll nun in Grundlagen festgeschrieben werden. Damit schaffen wir die Basis für eine intensive, aber qualitativ hochwertige und angemessene Nutzung. Intensive Nutzung klingt manchmal negativ. Ich bin aber überzeugt, dass es in Nidau kaum eine besser erschlossene Parzelle gibt: Mit dieser Nähe zum Bahnhof, die Anbindung an die Hauptstrasse und die Tatsache, dass sie von praktisch überall in Nidau zu Fuss erreichbar ist. Es ist also gerade richtig, dass wir dort nicht einfach etwas ganz Kleines machen. Sondern wir haben dort eine gute Infrastruktur, die schon da ist und die wir nutzen wollen, um damit den ganzen Eingang ins Stedtli aufzuwerten. Weil es aber der Eingang unseres Stedtlis ist, haben wir auch hohe qualitative Ansprüche, sei es an den Städtebau oder an die Gestaltung. Darum auch das qualitative Verfahren, das sicherstellen muss, dass wir etwas Gutes bekommen. Etwas, das passt und etwas, das allen dient. Jetzt könnte man den Vorwurf machen, wir würden ja nur die Grundlagen liefern, nur die Grundlagen beschliessen und dann geben wir es dem Gemeinderat ab. Das wäre jetzt wie der Vorwurf, Sie verkaufen uns die Katze im Sack. Ich finde aber, das Bild ist nicht ganz falsch. Wir legen Rahmenbedingungen fest und nicht die konkrete Gestaltung. Wir wissen, es ist eine Katze und kein Hund. Wir wissen, wie gross sie ist. Wir wissen, wie schwer sie etwa sein wird, was sie braucht und was wir von ihr erwarten dürfen. Was wir nicht wissen und was erst in einem weiteren Schritt kommt, ist, was für eine Farbe das Fell hat, wie lang die Schnurrhaare sind. Ja, genug von Katzen. Ich glaube, wir haben es alle begriffen.

Aber ein kleiner Ausblick: Wie könnte es weitergehen? Zuerst wird der Gemeinderat eine Diskussion führen müssen, eine Strategie festlegen und definieren, was die Leitplanken – also die Grundparameter – für das weitere Verfahren sind. Dort könnte es beispielsweise darum gehen, ob wir alles nur im Baurecht abgeben, oder ob wir von einem Verkauf oder einem Teils-Teils sprechen. Das sind alles Punkte, die dort zu diskutieren sind; ebenso, was eventuelle Anforderungen an einen Investor oder Entwickler betrifft. Was wollen wir dort genau? Was sind unsere Mindestanforderungen? Wenn wir das wissen, können wir die Vorlage schärfen und daraus einen Planungskredit machen. Und da haben wir es wieder: Es ist noch nicht alles entschieden. Mit dem Planungskredit müssten wir selbstverständlich wieder vor den Stadtrat gelangen. Das können wir nicht einfach über das laufende Budget abwickeln.
Auch dort bin ich überzeugt, dass Sie sicher eine gewisse Berichterstattung von uns erwarten werden. Wenn wir diesen Planungskredit haben, dann können wir uns auf die Suche nach Partnern machen – nach einem oder mehreren, oder nach einem Ankermieter für den Detailhandel. Dann haben wir jemanden im Boot. Und wenn wir jemanden im Boot haben und nicht mehr alleine sind, dann können wir ins qualitätssichernde Verfahren einsteigen. Ich glaube, es ist ganz wichtig, dass wir diese Partnersuche vor dem qualitätssichernden Verfahren machen, damit wir nicht zuerst etwas Schönes planen und erst danach schauen, wer das überhaupt will. Sonst sagen am Ende alle: «Ja, es ist schön, dass ihr geplant habt, aber das können wir gar nicht gebrauchen.» Wer das Projekt also am Schluss betreiben und Geldgeber sein will, der soll im qualitätssichernden Verfahren mitreden können. Aber selbstverständlich innerhalb dieser Leitplanken oder Parameter, die wir im Gemeinderat im Voraus festlegen. Dort wird sich dann auch zeigen, ob diese Parameter realistisch sind. Finden wir jemanden, der zu diesen Konditionen mit uns zusammenarbeiten will? Vielleicht muss man das noch einmal anpassen – das ist dann halt eine Sache der Verhandlung. Ganz am Schluss würde dann der Erlass der Überbauungsordnung stehen. Die liegt dann tatsächlich in der Kompetenz des Gemeinderats. Es ist aber noch nicht ganz fertig: Es braucht noch einen weiteren Beschluss des Stadtrates, und das wäre die Veräusserung der Flächen von Nidau. Es kommt dabei nicht darauf an, ob im Verkauf oder im Baurecht – darüber müsste der Stadtrat beschliessen. Entsprechend wird man auch dort noch einmal einen Entscheid treffen können. Ich habe das Gefühl, dass wir hiermit wirklich den versprochenen Befreiungsschlag schaffen können. Ich muss aber auch sagen: Es wird nicht gleich morgen losgehen, und wir können nicht erwarten, dass wir in drei Jahren schon fertig gebaut haben oder der Bagger auffährt. Wir werden es beschleunigen, so gut wir können. Aber solche Verfahren brauchen ihre Zeit. Ich bin aber überzeugt, wie ich schon gesagt habe, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Ich bitte Sie darum, dieses Geschäft so anzunehmen, und danke für Ihre Aufmerksamkeit

Stadtratspräsident, Hans Peter Meier: Danke Tobias Egger. Die Sprecherin der Geschäftsprüfungskommission, Pauline Pauli.

Sprecherin GPK, Pauline Pauli: Vielen Dank Herr Stadtratspräsident. Liebe Kolleginnen und Kollegen. Die Geschäftsprüfungskommission bedankt sich beim Gemeinderat und besonders bei Tobias Egger für die Qualität der Antworten und die Transparenz in der Führung dieses Geschäfts. Auf die ergänzenden Fragen haben wir detaillierte Antworten erhalten. Die Geschäftsprüfungskommission übergibt dieses Geschäft einstimmig dem Stadtrat zur Bearbeitung.

Stadtratspräsident, Hans Peter Meier: Vielen Dank Pauline Pauli. Die Sprecherinnen und Sprecher folgen in dieser Reihenfolge: Grüne/EVP, GLP, SVP, SP und Bürgerliche.

Fraktion Grüne/EVP, Hannah Kuby: Guten Abend liebe Anwesende, werter Stadtratspräsident, Stadtpräsident und Partnergemeinde Schliengen auch von der Fraktion Grüne/EVP. Die Fraktion stimmt diesem Antrag einstimmig zu. Vielen Dank, konnte ich als Erste auftreten. Beim letzten Mal, als das Geschäft bei uns auf dem Tisch lag, habe ich mir eine Diskussion mit der Vorgängerin von unserem werten Stadtpräsidenten, Tobias Egger, geleistet. Selbstverständlich nicht, weil ich oder die Fraktion dagegen sind. Wir begrüssen das Geschäft sehr, so wie es jetzt hier vorliegt. Vielen Dank.

Stadtratspräsident, Hans Peter Meier: Besten Dank. Bitte Tobias Soder für die GLP-Fraktion.

GLP-Fraktion, Tobias Soder: Guten Abend. Ich nutze auch schnell die Gelegenheit, um unsere Gäste aus Schliengen zu begrüssen. Schön, sind Sie da. Werter Herr Stadtpräsident, werter Herr Stadtratspräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen aus Gemeinde- und Stadtrat. Die GLP-Fraktion begrüsst, dass wir hier in einem ersten Schritt von einer Vision reden und die Grundlage für die Entwicklung des Bahnhofsgebiets schaffen. Wir schaffen in einem ersten Schritt politisch breit abgestimmte Rahmenbedingungen und auf dieser Basis können wir dann konkrete Projekte entstehen lassen. Dieser Ansatz darf gerne auch bei anderen grösseren Projekten etabliert werden. Aus unserer Sicht ergeben die vorgelegten Rahmenbedingungen Sinn und darum werden wir diesem Geschäft einstimmig zustimmen.

Stadtratspräsident, Hans Peter Meier: Danke, als nächstes folgt bitte Svenja Meier für die SVP-Fraktion.

SVP-Fraktion, Svenja Meier: Guten Abend. Auch wir werden dem Geschäft einstimmig zustimmen. Wir begrüssen, dass die Planung gemäss unserem Entscheid voranschreitet.

Stadtratspräsident, Hans Peter Meier: Besten Dank. Für die SP-Fraktion folgt Noemi Kallen.

SP-Fraktion, Noemi Kallen: Guten Abend, werter Stadtratspräsident, werte Gäste und Anwesende. Die Unterstützung der SP-Fraktion bei diesem Geschäft ist unbestritten. Ich erlaube mir trotzdem, noch auf ein paar Ausführungen und Anregungen für den weiteren Planungsverlauf oder für ein späteres Projekt einzugehen, die an den Gemeinderat gerichtet sind.
Die Änderung der baurechtlichen Teilgrundordnung ZPP 5 gibt uns die Chance, im Gebiet südlich des historischen Stedtlis – wie es der Stadtpräsident bereits erwähnt hat – die Grundlage für eine langfristige Entwicklung zu schaffen. Dass die Nidauer Baulandressourcen fast ausgeschöpft sind, ist nichts Neues. Aber Nidau verfügt, über das gesamte Gemeindegebiet verteilt, noch über Verdichtungspotenzial. Die Änderung der baurechtlichen Teilgrundordnung bietet uns die Gelegenheit, dieses Potenzial im Sinne einer inneren Verdichtung auszunutzen.
Am nördlichen Abschluss der Altstadt befindet sich das markante Schloss, das Wahrzeichen von Nidau. Am südlichen Abschluss des Stedtlis liegt bis jetzt der Bahnhof mit sehr viel Asphalt und im Moment auch noch Eisen. Wir finden, hier gibt es noch Luft nach oben, und wir sind froh, dass die anderen das ebenso sehen. Dieser Perimeter hat also grosses Potenzial, aber eigentlich auch die Aufgabe, im Sinne dieser Innenentwicklung ein zentrumsnaher, öffentlicher Aufenthalts-, Arbeits- und Wohnort zu werden.
Was dort entsteht, muss jedoch in höchster städtebaulicher, ökologischer und sozialer Qualität geschehen. Darum ist es uns ein grosses Anliegen, dass das Projekt in einem qualitätssichernden Verfahren mit interdisziplinären Teams ermittelt wird. Unter anderem soll der Fokus besonders

auf der Aussenraumgestaltung, dem Erhalt von öffentlichen Flächen, der Entsiegelung, dem ökologischen Fussabdruck, einer guten Anbindung des Erdgeschosses an die umliegenden Parzellen und natürlich auch auf einer hohen architektonischen Qualität liegen.
Wichtig ist uns zudem eine langfristige Lösung für den Ankermieter, damit ein Leerstand von so gross dimensionierten Gewerbeflächen vermieden werden kann. Weiter würden wir es in einer Zeit von rasant steigenden Mieten begrüssen, wenn in zukünftigen Verdichtungsprojekten ein Angebot an bezahlbarem Wohnraum berücksichtigt würde.
Es ist uns ein Anliegen, dass der Gemeinderat proaktiv über die laufende Planung informiert, damit Planungsleerläufe verhindert werden und ein zukunftsfähiges Projekt ausgearbeitet werden kann. Wir setzen uns ein für eine attraktive, nachhaltige sowie sozial verträgliche Stadtentwicklung und stimmen diesem Geschäft zu.

Stadtratspräsident, Hans Peter Meier: Danke, es folgt Martin Fischer für die Fraktion FDP/PRR.

Fraktion FDP/PRR, Martin Fischer: Guten Abend. Die Fraktion FDP/PRR stimmt diesem Geschäft einstimmig zu. Wir begrüssen es, dass es jetzt endlich weitergeht. Wir würden es auch begrüssen, wenn der Gemeinderat die Bedürfnisse der Gemeinde an diese Infrastruktur möglichst schnell formulieren und definieren kann. Es würde uns auch sehr gefallen, wenn wir einen Generalinvestor finden würden, der das Ganze machen würde. Aufgrund der schlechten Erfahrungen in der Vergangenheit wäre das vielleicht die bessere Lösung. Für ein Projekt, das dringend nötig ist, um Nidau weiterzubringen, haben wir jetzt zwei Generationen gebraucht. Wenn wir Nidau wirklich weiterbringen und entwickeln wollen, wird das einfach zu lange sein. Wir müssen also gemeinsam Wege finden, um ein solches Projekt innerhalb von mindestens einer Generation zu realisieren. Dabei muss es dem einen oder anderen letztlich auch einmal egal sein, ob die Katze nun ein rotes oder ein getigertes Fell hat. Vielen Dank.

Stadtratspräsident, Hans Peter Meier: Danke Martin Fischer. Die Diskussion ist eröffnet. Wünscht jemand aus der Ratsmitte das Wort? Das ist nicht der Fall. Wünscht der Stadtpräsident ein Schlussvotum? Das ist auch nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Nidau beschliesst einstimmig gestützt auf Artikel 55 Absatz 1 Buchstabe b und c der Stadtordnung und unter Vorbehalt des fakultativen Referendums gemäss Art. 35 Stadtordnung, beschliesst:

1. Die Änderung der baurechtlichen Teilgrundordnung «Altstadt» für das Gebiet, welches beim Erlass vom Beschluss und der Genehmigung ausgenommen wurde (ZPP 5 Bahnhofgebiet, Parzelle 181), wird genehmigt.
2. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

4. Sanierung Kanalisation Gerberweg Abschnitt Bahnhof bis Hechtenweg – Investitionskredit

Ressort	Tiefbau und Umwelt
Sitzung	17.09.2026

Stadtratspräsident, Hans Peter Meier: Wir kommen zum Traktandum 4, Sanierung Kanalisation Gerberweg Abschnitt Bahnhof bis Hechtenweg - Investitionskredit. Wird das Eintreten bestritten? Das ist nicht der Fall. Dann übergebe ich das Wort dem zuständigen Gemeinderat Luzius Peter. Anschliessend der Sprecherin der GPK und den Fraktionen.

Ressortvorsteher Tiefbau und Umwelt, Luzius Peter: Werte Gäste aus Schliengen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer von Nidau, sehr geehrter Herr Stadtpräsident, sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte. Wie Sie den Unterlagen entnehmen konnten, stammt die Kanalisation aus dem Jahr 1946 und ist somit schon ziemlich alt. Es ist jetzt an der Zeit, diese zu sanieren und den heutigen Bedürfnissen anzupassen. Im Zuge der Erneuerung der Wasserleitung, welche im Besitz des ESB ist, hat die Stadt Nidau als Werkeigentümerin der Kanalisation die Arbeiten mit dem ESB koordiniert und abgestimmt. Mit diesem Vorgehen können wir bauliche Synergien nutzen und gleichzeitig die Belastung der Anwohnerinnen und Anwohner am Gerberweg reduzieren.
Der Gemeinderat empfiehlt dem Stadtrat die Annahme dieses Geschäfts.

Stadtratspräsident, Hans Peter Meier: Danke Gemeinderat Luzius Peter. Der Sprecher der Geschäftsprüfungskommission, Stefan Dörig.

GPK, Stefan Dörig: Guten Abend miteinander. Dieses Geschäft, das politisch eigentlich unumstritten erscheint, war für die GPK nicht ganz einfach. Wir haben darüber lange und intensiv diskutiert. Die GPK hat die Aufgabe, die Geschäfte zu prüfen und unter anderem sicherzustellen, dass eine Vorlage sauber begründet und entscheidungsreif ist – dass dem Stadtrat also die notwendigen Informationen vorliegen, damit er einen fundierten Entscheid fällen kann.
Aus Sicht der GPK war dies bei diesem Geschäft nur beschränkt der Fall. Wir haben bereits in der GPK-Sitzung zusätzliche Informationen eingefordert. Bis zum heutigen Abend wurden uns diese Informationen vom Gemeinderat teilweise nicht zur Verfügung gestellt. Insbesondere fehlten uns ausreichende Angaben zur Kostenaufstellung und zum ausgewiesenen Einsparpotenzial.
Die Mehrheit der GPK ist trotzdem der Meinung, dass das Geschäft dem Stadtrat zur Beratung übergeben werden soll. Eine Rückweisung wäre aus unserer Sicht angesichts des grundsätzlich unbestrittenen Geschäfts unverhältnismässig. Wir möchten aber klar festhalten: Bei zukünftigen Geschäften erwarten wir eine vollständige und nachvollziehbare Entscheidungsgrundlage. Insbesondere müssen Kosten, Einsparpotenzial und die daraus resultierenden finanziellen Auswirkungen so dargestellt sein, dass der Stadtrat beurteilen kann, ob das Geschäft in dieser Form angenommen werden soll. Eine Minderheit innerhalb der GPK war der Meinung, dass das Geschäft zur Überarbeitung zurückgewiesen werden sollte. Ihre Kritik bezog sich insbesondere darauf, dass verschiedene Ausführungen in der GPK-Sitzung, in den Unterlagen für den Stadtrat und in den nachgereichten schriftlichen Antworten an die GPK nicht nachvollziehbar und aus ihrer Sicht teilweise widersprüchlich waren. Die Minderheit sorgt sich ausserdem um die Glaubwürdigkeit der GPK als zentrale Institution unseres politischen Systems, wenn die Anliegen der GPK vom Gemeinderat nicht ernst genommen werden. Zusammengefasst: Die GPK übergibt das Geschäft dem Stadtrat. Gleichzeitig hält sie aber fest, dass bei solchen Geschäften künftig eine bessere Dokumentation und eine vollständige Entscheidungsgrundlage erwartet werden. Und, was noch wichtiger ist: Die Anliegen und Fragen der GPK müssen ernst genommen und entsprechend beantwortet werden.

Stadtratspräsident, Hans Peter Meier: Danke Stefan Dörig. Die Sprecherinnen und Sprecher der Fraktionen: Zuerst die SP-Fraktion, dann die Fraktion FDP/PRR, Grüne/EVP, GLP und am Schluss die SVP.

SP-Fraktion, Julia Jäggi: Guten Abend miteinander. Die SP-Fraktion nimmt das Geschäft einstimmig an und wir begrüssen, wie proaktiv die Synergien genutzt werden.

Stadtratspräsident, Hans Peter Meier: Danke. Für die Fraktion FDP/PRR bitte Martin Fischer.

Fraktion FDP/PRR, Martin Fischer: Die Fraktion FDP/PRR nimmt das Geschäft auch an. Mit einem Aber. Wir haben es vorhin von der Geschäftsprüfungskommission schon gehört. So wie es aufgearbeitet ist, ist es für uns nicht nachvollziehbar, was genau die Synergien sind und was das für Kostenfolgen hat. Technisch, haben wir das Gefühl, ist das Geschäft unbestritten. Darum haben wir auch gesagt: Ja, wir stimmen dem zu. Aber in Zukunft erwarten wir, dass aufgeschlüsselt wird, was das für Synergien sind, auf welche Bauträger die Kosten abfallen würden und was wir sparen können, wenn wir eben diese Synergien nutzen.
Und noch ein aktuelles Thema: Ich bin vorhin mit dem Velo dort durchgefahren, ich wohne am Gerberweg. Die Baustelle ist extrem schlecht gesichert. Es sind Rentner neben dem Graben gestanden, in einer offenen Baustelle, neben einem Bagger. Vielleicht müsste man von der Gemeinde nochmals schauen, dass dort sauber gearbeitet wird.

Stadtratspräsident, Hans Peter Meier: Danke. Für die Fraktion Grüne/EVP bitte Michael Rubin.

Fraktion Grüne/EVP, Michael Rubin: Guten Abend, geschätzte Anwesende auch von meiner Seite und besonders natürlich unsere Gäste aus Schliengen. Auch die Fraktion Grüne/EVP stimmt diesem Kredit einstimmig zu. Wir begrüssen grundsätzlich Investitionen in die Infrastruktur.

Stadtratspräsident, Hans Peter Meier: Bitte für die GLP-Fraktion Philipp Ledermann.

GLP-Fraktion, Philip Ledermann: Guten Abend miteinander. Ich möchte nicht wiederholen, was schon gesagt wurde, aber wir von der GLP sind erstaunt, dass die Punkte, die schon in der Infrastrukturkommission diskutiert wurden, bezüglich den Kostenteilern, nicht transparent aufgezeigt wurden. Grundsätzlich unterstützen wir von der GLP-Fraktion aber das Geschäft.

Stadtratspräsident, Hans Peter Meier: Für die SVP-Fraktion, bitte Leander Gabathuler.

SVP-Fraktion, Leander Gabathuler: Guten Abend miteinander. Als ich das Geschäft durchlas, wunderte ich mich ebenfalls. Der ESB baut derzeit am Gerberweg um. Ich blickte von meinem Balkon hinunter, da ich ganz in der Nähe wohne, und stellte fest, dass die Bauarbeiten dort den ständigen Lärm verursachen. Es wird dort tatsächlich intensiv gefräst und gegraben. Ich kann durchaus bestätigen, dass die Baustelle nicht ideal gesichert ist. Zudem liegen dort Bodenplatten, die für Velofahrende unvorteilhaft platziert sind. Es lohnt sich wohl, hier seitens der Gemeinde nochmals genauer hinzusehen.
Es ist allerdings recht sportlich, dass dieses Geschäft erst jetzt vorgelegt wird, wo die Fräsarbeiten bereits im Gange sind. Daher gibt es von uns sicher auch grünes Licht, damit man diese Synergien – die es definitiv gibt, wenn man den Asphalt nur einmal aufreissen muss – auch nutzen kann.

Stadtratspräsident, Hans Peter Meier: Die Diskussion ist eröffnet. Wünscht jemand aus der Ratsmitte das Wort? Das scheint nicht der Fall zu sein. Wünscht Gemeinderat Luzius Peter das Schlusswort? Auch nicht, danke. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Nidau beschliesst einstimmig gestützt auf Artikel 54 Absatz 1 Buchstabe a der Stadtordnung:

1. Das Projekt Sanierung Kanalisation Gerberweg Abschnitt Bahnhof bis Hechtenweg wird genehmigt und dafür ein Investitionskredit von 360 000 Franken bewilligt.
2. Teuerungsbedingte Mehraufwendungen gelten als genehmigt.
3. Mit dem Vollzug wird der Gemeinderat beauftragt. Dieser wird ermächtigt, notwendige oder zweckmässige Projektänderungen vorzunehmen, die den Gesamtcharakter des Projektes nicht verändern. Der Gemeinderat kann diese Kompetenz an die zuständige Verwaltungsabteilung delegieren.

5. P 238 Beidseitiger Bahnübergang Bahnhof Beunden

Ressort	Präsidiales
Sitzung	17.09.2026

nid 0.1.6.2 / 10.2

Stadtratspräsident, Hans Peter Meier: Wir kommen zu Traktandum 5, Postulat Beidseitiger Bahnübergang Bahnhof Beunden. Der Gemeinderat empfiehlt die Ablehnung dieses Postulats. Das Wort hat der Stadtpräsident Tobias Egger.

Stadtpräsident, Tobias Egger: Ja, ich möchte mich relativ kurzfassen. Es ist ein Anliegen, das ich eigentlich sehr gut verstehen kann. Obwohl ich noch nicht so alt bin, bin ich doch alt genug, um mich daran erinnern zu können, als es dort eine weniger gut ausgebaute Lösung gab, über die man jedoch schnell auf die andere Seite gelangte. Das war natürlich sehr praktisch. Früher war vieles etwas einfacher und weniger gesichert. Solche Bahnübergänge waren allerdings auch nicht sicher und konnten zu Unfällen führen. Aus diesem Grund ist es schon länger nicht mehr möglich, die Gleise dort zu überqueren. Eine solche Querung lässt sich heute auch nicht mehr so einfach realisieren.
Wenn wir das korrekt umsetzen möchten, müssten wir eigentlich eine Unterführung bauen. Das ist ein grosses Unterfangen – auch wenn man bedenkt, wie man diese nachträglich in den Strassenraum einfügen müsste, damit es passt. Die geschätzten Kosten sind enorm. Selbst wenn Gelder aus dem Agglomerationsprogramm übernommen würden, verblieben immer noch mehrere Millionen Franken bei der Stadt Nidau. Aufgrund der aktuellen Finanzlage und der Aussichten für die nächsten zehn Jahre sehen wir schlicht keinen Spielraum für ein solches Projekt – beim besten Willen nicht, auch wenn es toll wäre. Ich erlaube mir aber trotzdem die Bemerkung, dass man beim Umsteigen im Bahnhof Bern wahrscheinlich einen weiteren Weg zurücklegen muss, als wenn man hier einfach schnell durchläuft. Es handelt sich doch auch ein bisschen um ein Luxusproblem.

Stadtratspräsident, Hans Peter Meier: Danke Tobias Egger. Wem von den Postulanten darf ich Das Wort geben? Bitte, Martin Schwab.

Postulant, Martin Schwab: Guten Abend, meine Damen und Herren. Ein lieber Gruss geht an unsere Gäste aus Schliengen – ich freue mich nachher auf das Apéro. Aber zuerst noch etwas zum Geschäftlichen: Zuerst die Arbeit, dann das Vergnügen. In der Antwort des Gemeinderats, wofür ich mich bedanken möchte, ist der Artikel 37 der Eisenbahnverordnung vermerkt. Wenn man dort nachschlägt, gibt es einen interessanten Artikel, nämlich den Artikel 37a. Da besteht tatsächlich ein Verbot. Es heisst dort: «Auf Streckenabschnitten und in Stationen mit einer zulässigen Höchstgeschwindigkeit von mehr als 160 Kilometern pro Stunde sind keine Bahnübergänge

zulässig.» Also ich weiss nicht, ob der BTI-Zug mit 160 km/h dort durchfährt. So viel zu diesem Verbot. Es sind dort nämlich Ausnahmen explizit geregelt, nach denen man auch einen oberirdischen Bahnübergang erstellen kann. Es steht nirgends, dass man zwingend eine Unterführung bauen müsste. Ich wäre froh, wenn man diesen Punkt noch einmal anschauen und neu beurteilen würde. Ansonsten bin ich mit der Antwort grundsätzlich zufrieden. Ich bedanke mich auch dafür, dass geschaut wurde, dass man das Projekt im Agglomerationsprogramm der fünften Generation einreichen konnte. Wenn man das im Zusammenhang mit der Weiterentwicklung dieses Perimeters noch einmal betrachtet, gehe ich davon aus, dass es so etwas wie eine ZPP geben wird, sobald das Areal entwickelt wird. Dann bin ich überzeugt, dass man dort auch gemeinsam mit einem Investor eine entsprechende Lösung finden kann. Seitens der Postulanten sind wir dafür, wir möchten uns für die Antwort bedanken und werden dem Entscheid des Gemeinderats so folgen.

Stadtratspräsident, Hans Peter Meier: Danke Martin Schwab. In meiner Nachhilfestunde in der Stadtverwaltung habe ich gelernt, dass wenn der Gemeinderat etwas ablehnt, automatisch diskutiert werden darf. Darum die Frage, wünscht jemand aus der Ratsmitte das Wort? Das scheint nicht der Fall. Allenfalls ein Schlussvotum von Tobias Egger?

Stadtpräsident, Tobias Egger: Ich habe noch schnell wegen dieses Artikels nachgeschaut. Das ist so formuliert, wie es gesagt wurde. Dazu kann ich gerade nicht Stellung nehmen. Ich kann mir aber nicht vorstellen, dass wir da absichtlich etwas angegeben haben, das nicht passen sollte. Ich kann auch sagen, dass wir sorgfältig geprüft haben, ob das möglich ist. Wir haben das auch mit der Aare Seeland mobil abgeklärt. Ich werde es sicher noch einmal hinterfragen, aber ich kann mir nicht vorstellen, dass es eine einfachere Lösung gibt, die günstiger zu realisieren ist. Ich muss vielleicht auch sagen, dass es natürlich toll wäre, wenn wir es günstiger machen könnten. Es ist nicht so, dass wir nicht geschaut hätten, ob es eine zweckmässige Lösung gibt. Wenn wir eine finden würden, dann noch so gerne – sofern sie irgendwo zu einem vernünftigen Preis zu haben ist. Wir haben ebenfalls erwähnt: Wenn sich das Gebiet dort weiterentwickeln sollte und ein grösseres Wachstum reinkommt – weil jetzt der Porttunnel ja endgültig abgeschrieben ist – und dort plötzlich viel mehr Arbeitsplätze geschaffen werden, dann ist das sowieso etwas, das man nochmals überprüfen muss. Dann sieht das Kosten-Nutzen-Verhältnis vielleicht anders aus, als es heute der Fall ist. Danke.

Stadtratspräsident, Hans Peter Meier: Danke. Wir kommen zur Abstimmung.

Stadtratsbeschluss

Ablehnung mit 29 Ja / 1 Enthaltung

6. I 156 Steuerung Ampel Einmündung Aalmattenweg in Kreisel

	Ressort	Sicherheit
	Sitzung	17.09.2026

nid 0.1.6.2 / 10.1

Stadtratspräsident, Hans Peter Meier: Wir kommen zum Traktandum 6, Interpellation 156, Steuerung, Ampel, Einmündung Aalmattenweg in Kreisel. Ich gebe der zuständigen Gemeinderätin Sandra Friedli das Wort. Sie möchte das Wort nicht. Dann folgt der Interpellant, Christian Stampfli.

Interpellant, Christian Stampfli: Guten Abend miteinander. Ich danke dem Gemeinderat für den Einsatz und die Abklärungen, die Sie getroffen haben. Ich habe diese durchgelesen und zur

Kenntnis genommen. Leider lassen sich an dieser Situation wegen eines Paragrafen, der irgendwo verankert ist, keine Verbesserungen vornehmen. Es wäre schön gewesen, wenn man etwas im Interesse der Einwohnerinnen und Einwohner von Nidau hätte tun können, anstatt den Transitverkehr zu priorisieren, der hier durchfährt.
In diesem Sinne möchte ich eine kleine Anregung einbringen, die an mich herangetragen wurde: Vielleicht könnte geprüft werden, ob man nicht eine Informationstafel auf dem Gemeindegebiet aufstellen könnte – ähnlich wie beim Schulanfang mit «Achtung Schulanfang». Sinngemäss sollte die Tafel dazu aufrufen, Rücksicht auf die Einmündung zu nehmen oder ein freiwilliges Reissverschlusssystem anzuwenden. Es wäre einen Versuch wert, etwas in diese Richtung zu prüfen. Danke.

Stadtratspräsident, Hans Peter Meier: Ist hier eine weitere Diskussion erwünscht, dann bräuchte es acht Ratsmitglieder. Das scheint nicht der Fall zu sein. Wünscht allenfalls Sandra Friedli ein Schlusswort? Auch nicht, in diesem Fall würden wir das Traktandum verlassen. Vielen Dank.

7. I 157 Pespektiven für KMU und lokale Geschäfte

Ressort	Präsidiales
Sitzung	17.09.2026

nid 0.1.6.2 / 10.3

Stadtratspräsident, Hans Peter Meier: Wir kommen zum Traktandum 7, Interpellation 157, Perspektiven für KMU und lokale Geschäfte. Zuständig ist das Ressort Präsidiales. Ich übergebe das Wort dem Stadtpräsident Tobias Egger.

Stadtpräsident, Tobias Egger: Wir waren eigentlich froh über diesen Vorstoss, weil er uns den Anlass gab, die vielen Tätigkeiten und Massnahmen, die wir im Zusammenhang mit der Wirtschaftsförderung und der Förderung unseres historischen Stadtkerns bereits umsetzen, einmal niederzuschreiben. So konnten wir überprüfen, ob wir auf dem richtigen Weg sind. Wir hinterfragten uns selbst, ob das bestehende Konzept gut ist, und kamen zum Schluss, dass es funktioniert. An gewissen Punkten schärften wir es noch etwas und prüften zudem, welche objektiven Parameter man zusätzlich einbeziehen konnte.
Wir überlegten uns auch, wie wir die Zusammenarbeit gestalten wollen, da wir im Gemeinderat der Meinung sind, dass wir als Team arbeiten und nicht immer nur stur nach Ressort vorgehen. Beispielsweise hatten wir bei den Finanzen mehrere Mitglieder delegiert, die sich darum kümmern. Nun fanden wir, dass wir auch im Bereich der Wirtschaftsförderung prüfen wollen, wer einen besonders guten Draht zu den KMU hat – und dass vielleicht sogar mehr als nur ein Mitglied dort den Kontakt sucht und das Gespräch mit den Leuten führt. So können wir diese Synergien optimal nutzen. Dieser Ansatz kam im Gemeinderat ebenfalls gut an. Darum verfassten wir hier eine etwas ausführlichere Antwort und entschieden uns, gleich das ganze Konzept beizulegen. Es würde mich natürlich interessieren, wie Ihre Meinung dazu ist – ob Sie das gut finden oder ob Sie vielleicht noch Inputs oder Ergänzungen haben, was man dort allenfalls noch zusätzlich tun könnte. Weiter wurde noch ein Brief in Auftrag gegeben, der im Namen des Gemeinderats an unsere KMU-Mitglieder versendet wird. Mit diesem Schreiben erhalten sie die Gelegenheit, bei einem Imagefilm mitzumachen, wenn sie das möchten. Das ist ein wenig Werbung für die Betriebe und gleichzeitig Werbung für Nidau. Ich finde das eine gute Sache, die uns als Stadt nichts kosten wird. Danke.

Stadtratspräsident, Hans Peter Meier: Danke. Wünscht einer der Interpellanten das Wort? Bitte, Sacha Edelmann.

Interpellant, Sascha Edelmann: Wir sind zufrieden, dass wir den Gemeinderat inspiriert haben. Vielen Dank für das Konzept, das war sehr interessant. Wir glauben, es gibt noch Verbesserungspotenzial, obwohl wir auf einem guten Weg sind. Wir möchten noch einmal betonen: Der USP von Nidau ist keinesfalls ihre Steueranlage, sondern die Lebensqualität. Genau darauf muss die Gemeinde ihre Standortförderung ausrichten. Wir sind deshalb überzeugt, dass dieses Thema eine dafür zuständige Person auf Gemeindeebene braucht. Jemanden, der sich gezielt und mit klarem Auftrag um die Attraktivität und Lebensqualität nicht nur für die Bevölkerung, sondern auch für die KMU und Läden in Nidau kümmert.

Stadtratspräsident, Hans Peter Meier: Vielen Dank. Ist die weitere Diskussion erwünscht? Das scheint nicht der Fall. Wünscht allenfalls der Stadtpräsident ein Schlusswort? Das ist nicht der Fall. Dann verlassen wir das Traktandum 7.

Einfache Anfragen

Stadtratspräsident, Hans Peter Meier: Wir kommen zu den einfachen Fragen. Gibt es einfache Fragen aus der Ratsmitte? Ich erinnere daran, dass einfache Fragen eine Frage umfassen und möglichst kurzgefasst sind. Bitte Martin Fischer.

Martin Fischer, FDP: Was ist der Grund, dass die Strompreise dieses Jahr nur im Gemeinderat diskutiert wurden?

Stadtratspräsident, Hans Peter Meier: Bitte Gemeinderat Luzius Peter.

Ressortvorsteher Tiefbau und Umwelt, Luzius Peter: Danke Martin Fischer für die Aufmerksamkeit. Das ist so, wir haben es schlicht und einfach vergessen, das Geschäft vorberatend in die Kommission zu bringen.

Stadtratspräsident, Hans Peter Meier: Ich erteile das Wort Marin Schwab für eine weitere einfache Anfrage.

Martin Schwab, SP: Wir alle haben einen heissen Sommer hinter uns, der gewisse Impacts auch auf die ökologische Infrastruktur hatte. Hat man da schon ein Assessment machen können, welche Schäden zu erwarten sind?

Stadtratspräsident, Hans Peter Meier: Ich erteile das Wort nochmals Gemeinderat Luzius Peter.

Ressortvorsteher Tiefbau und Umwelt, Luzius Peter: Nicht nur die Menschen haben unter dieser Hitze gelitten, sondern auch an den Bäumen und der Natur ist das nicht spurlos vorbeigegangen. Die Stadt Nidau verfügt seit letztem Jahr über das Baumkataster. Das ist ein wertvolles Arbeitsinstrument, um die Bäume systematisch auf ihre Vitalität überprüfen und auch erforderliche Unterhaltsmassnahmen planen zu können. Die Beurteilung der langanhaltenden Hitzeperiode ist im Moment noch im Gang. Das ist nicht abgeschlossen und wird sich auch ins nächste Jahr

noch ziehen. Bäume sind ähnlich wie Menschen, die sich auch entwickeln, aufbauen, gross werden und sich am Schluss wieder abbauen, bei denen Äste abbrechen und so weiter. Darum müssen wir das regelmässig überprüfen, die Kontrollen jedes Jahr durchgehen und abschliessend auf mögliche Schäden schauen. Das wird vor allem nächstes Jahr der Fall sein, wenn man sieht, wie die Bäume wieder ausschlagen, wie sie diesen Sommer überlebt haben. Kritisch wird es, wenn wir das Gefühl haben, dass es für Fussgängerinnen und Fussgänger gefährlich sein könnte. Dann beziehen wir externe Baumspezialistinnen und -spezialisten bei, um diese Gefahren zu beurteilen und entsprechende Massnahmen einzuleiten.

Stadtratspräsident, Hans Peter Meier: Danke, Gemeinderat Luzius Peter. Gibt es weitere einfache Anfragen aus der Ratsmitte? Das ist nicht der Fall. Dann sind wir mit den politischen Geschäften durch. Mir wurde ein Hinweis für einen Vorstoss von der Fraktion Grüne/EVP zugetragen. Weitere habe ich nicht gesehen. Hat das Ratsbüro sonst etwas bekommen? Die Vorstösse treffen noch ein und werden dann auf der Webseite aufgeschaltet. Der Vollständigkeit halber: Die einfache Anfrage der letzten Sitzung von Marlene Oehme zum Thema Eintrittspreise Strandbad wird an der nächsten Sitzung beantwortet.

Verabschiedung

Stadtratspräsident, Hans Peter Meier: Dann kommen wir zur Verabschiedung von Pauline Pauli. Sie hat darum gebeten, als erstes das Wort zu ergreifen.

Pauline Pauli, PRR: Liebe Kolleginnen und Kollegen. Mit vielen Emotionen stehe ich heute Abend hier – oder besser gesagt, klammere ich mich an dieses Rednerpult. Es war mir eine grosse Ehre, neun Jahre lang hier im Stadtrat von Nidau tätig zu sein. Neun Jahre des Austauschs, der Begegnungen und der Debatten, mit all ihren Erfolgen und Niederlagen. Heute trete ich zurück, und meine Gefühle sind gemischt. Zuerst ist da die Ehre, dass ich all diese Jahre meine Ideen repräsentieren und meine Werte verteidigen durfte. Dann der Stolz, dass ich wirklich etwas Konkretes für die französischsprachige Bevölkerung in Nidau tun konnte – sei es durch die Führung des Stadtratsvorsitzes auf Französisch oder dank der Internetseite, die nun in beiden Sprachen verfügbar ist. Aber vor allem empfinde ich Dankbarkeit. Die Dankbarkeit, in der Schweiz zu leben, wo man sich politisch engagieren und etwas bewirken kann. Diese Chance ist wertvoll. Man muss den Mut haben, sie zu ergreifen und zu nutzen. Gleichzeitig macht es mich traurig, nun zu sagen, dass es vorbei ist. Der Beginn meines politischen Engagements fiel mit der Geburt meines ersten Sohnes zusammen. Heute brauchen mich meine Kinder und meine Familie. Ich möchte mich nun voll und ganz in mein Familien- und Berufsleben einbringen und meine Familie unterstützen – so wie sie mich in den Jahren meines politischen Engagements unterstützt hat. Ich möchte mich besonders bei meinem Mann bedanken, der mein erster Wähler war und mir ermöglicht hat, mich in all diesen Jahren zu 100 Prozent zu engagieren. Ein besonderes Dankeschön an dich, Yannik: Du warst eine Stütze während dieser Jahre, immer erreichbar und wohlwollend. Deine Unterstützung war für mich äusserst wertvoll. Ein besonderer Dank geht auch an Thomas Spycher, den einige hier kennen. Er hat an mich geglaubt und mir Vertrauen geschenkt, als er mir das Amt der 2. Vizepräsidentin vorgeschlagen hat. Dieser Vorschlag war für mich ein echter politischer Auslöser. Dieser Moment bleibt mir fest in Erinnerung – danke, Tom. Bevor ich schliesse, möchte ich dem Parlament alles Gute für die Zukunft wünschen. Vergesst nicht, respektvoll miteinander umzugehen – ein wichtiger Wert, der unsere Gemeinde auszeichnet. Wir sind alle hier mit einem einzigen

Ziel: das Beste für Nidau zu erreichen, das wir alle lieben. Also bleiben wir trotz unserer unterschiedlichen Meinungen respektvoll, offen für den Dialog und bereit für die Suche nach dem Kompromiss. Das sind vielleicht Details für einige, aber nicht für mich. Vor dem Beginn des Stadtrats in Nidau begrüssen wir uns alle und geben uns die Hand. Es herrscht Stille, während jemand spricht. Das sind wichtige Zeichen, von denen ich hoffe, dass sie nicht verschwinden werden. Ich wünsche Ihnen allen so viel Freude, wie ich sie selbst hatte, und ich freue mich darauf, Sie wiederzusehen. *[Applaus]*

Stadtratspräsident, Hans Peter Meier: Ich erteile das Wort Yannik Krumm für die Rede im Namen der Fraktion.

PRR, Yannik Krumm: Wir werden noch ein paar Minuten auf Französisch weitermachen *[spricht auf französisch]*. Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen des Stadtrats, liebe Gäste aus Schliengen, liebe Pauline. Bevor wir diese Sitzung schliessen, möchte ich deine letzte Stadtratssitzung mit uns würdigen und dir für dein Engagement für Nidau danken.
Deine politische Laufbahn begann im Jahr 2015 in der französischsprachigen Schulkommission von Biel, wo du dich während sechs Jahren engagiert hast. Dieses Engagement zeigte bereits deine Prioritäten: Schule, Ausbildung, die französische Sprache und die konkreten Bedürfnisse unserer Region.
Als du 2018 in den Stadtrat von Nidau gewählt wurdest, bist du die Dossiers mit Ernsthaftigkeit, Gründlichkeit und Beständigkeit angegangen. Du hast deine Überzeugungen mit Entschlossenheit vertreten und dabei eine lokale Politik betrieben, die den Menschen vor Ort nahe war. Deine Zeit in diesem Gremium hat auch sehr konkrete Resultate hervorgebracht, wie zum Beispiel mehr Sicherheit auf dem Schulweg durch ein Tempomessgerät in der Dr.-Schneider-Strasse, eine Webseite der Gemeinde, die auf Französisch verfügbar ist, einen Ferienpass von Biel, der für Kinder aus Nidau finanziell attraktiv ist, die in Biel zur Schule gehen, und Parkplätze, die für KMU reserviert sind. All diese Massnahmen sind im Alltag nützlich und verbessern das Leben in unserer Stadt. Diese Erfolge sind ein Zeichen für eine aufmerksame Politik, die auf nützliche Lösungen achtet. Manchmal mögen sie bescheiden erscheinen, aber für diejenigen, die davon profitieren, sind sie sehr wichtig.
Das Jahr 2023 wird als ein besonderes Jahr in Erinnerung bleiben. Du hast den Stadtrat als Präsidentin auf Französisch geleitet. In einer überwiegend deutschsprachigen Gemeinde war das ein starkes Zeichen der Anerkennung für die französischsprachige Minderheit und für den zweisprachigen Charakter unserer Region. Mit deiner Anwesenheit, deiner Arbeit und deiner Art, wie du diese Funktion wahrgenommen hast, hast du daran erinnert, dass die sprachliche Vielfalt in unserer Institution und in unseren Debatten ihren Platz hat. Du hast dich seit 2022 auch im Grossen Rat des Kantons Bern engagiert, insbesondere in den Bereichen Bildung, Wirtschaft und Zugänglichkeit unserer Region. Und du hast auch die französischsprachige Delegation im Jahr 2025/2026 geleitet.
Aber heute Abend möchten wir vor allem deine Arbeit im Stadtrat ehren, dem du immer sehr verbunden warst. Abgesehen von den Dossiers und den Funktionen werden wir uns an deine Vorbereitung, dein Verantwortungsbewusstsein, deine Loyalität und deine Fähigkeit erinnern, deine Überzeugungen zum Gemeinwohl voranzubringen. Du hast dem Stadtrat eine ernsthafte, konstruktive und aufmerksame Präsenz verliehen, die allen gegolten hat.
Heute hast du beschlossen, dieses politische Engagement in den Hintergrund zu stellen, um dich ganz deiner Familie zu widmen. Ich weiss, dass dies keine einfache Entscheidung war – gerade weil du dich immer ohne Vorbehalte engagiert hast. Ich glaube, dass es Mut braucht, um eine solche Entscheidung zu treffen, und vor allem viel Klarheit darüber, was wirklich wichtig ist. Es ist

ein Schritt, der all unseren Respekt verdient. Er schmälert weder den Weg, den du zurückgelegt hast, noch die Spuren, die du in Nidau hinterlässt. Im Gegenteil: Er erinnert daran, dass jedes öffentliche Engagement auch auf einem persönlichen Gleichgewicht und anspruchsvollen Entscheidungen beruht.

Liebe Pauline, im Namen des PRR Nidau und sicherlich auch über die und Parteien dieses Stadtrates hinaus: Vielen Dank für die Jahre, die du Nidau gewidmet hast, für dein Engagement, die Dossiers, die du eingebracht hast, und für den Platz, den du der französischen Sprache in diesem Haus eingeräumt hast. Wir wünschen dir und deiner Familie alles Gute für diesen neuen Abschnitt. Und weil du von einer Pause und nicht von einem Abschied sprichst, hoffen wir, dass die Politik eines Tages wieder die Chance haben wird, von deiner Energie, deiner Erfahrung und deinem Engagement zu profitieren.
Danke, Pauline.

Mitteilungen

Stadtratspräsident, Hans Peter Meier: Wir kommen wieder zu trockeneren Themen – wir sind durch die Emotionen etwas in Anspruch genommen worden.

Ich komme zu den Mitteilungen. Wir haben drei Termine: Wir haben die Einladung für den Herbstmarkt für landwirtschaftliche Produkte in Schliengen für den 10. Oktober erhalten. Vielen Dank. Die Einladung wurde diese Woche per E-Mail verschickt. Ich selbst werde dabei sein. Ich hoffe, dass der «harte Kern», der üblicherweise geht, auch dabei sein wird, und hoffe natürlich noch auf mehr Kolleginnen und Kollegen, die mitkommen. Am 24. Oktober ist der Nidauer Zibelemärit, die Einladung folgt. Die geht dann natürlich auch an unsere Freunde aus Schliengen. Und die nächste Stadtratssitzung ist am 19. November 2026. Die Daten der Stadtratssitzungen des nächsten Jahres sind bereits online ersichtlich.

Ich bedanke mich bei allen Beteiligten für den reibungslosen Ablauf heute Abend. Es gibt uns Gelegenheit, früh genug ins «Apéro dînatoire» zu gehen – ein Wort, das ich bis heute nicht gekannt habe – und wir können dort unsere Kontakte pflegen. Jetzt wünsche ich allen einen schönen Herbst und hoffe auf zahlreiche schöne Begegnungen und ein bisschen weniger wettertechnische Eskapaden. Vielen Dank und bis gleich im Stadthaus.

NAMENS DES STADTRATES

Der Präsident Die Sekretärin

Die Protokollführerin

STADT NIDAU

2. Spärs Altlastensanierung Kugelfang - Kreditabrechnung

Ressort Hochbau
Sitzung 19.11.2026

Das Projekt «Spärs Altlastensanierung Kugelfang» schliesst mit Kosten von 1 014 189.50 Franken ab. Der vom Stadtrat gesprochene Kredit beträgt 1 075 000 Franken. Nach Abzug der Beiträge Dritter verbleibt für die Stadt Nidau ein Nettoaufwand von 129 956.25 Franken.

nid 9.4.8.1 / 2.1

Grundlagen

Beschluss Stadtrat vom		19.09.2019	
Beschlossener Gesamtkredit	CHF	1 075 000.00	Konto: 1610.5090.01
Abrechnung	CHF	1 014 189.50	
Abweichung	CHF	**- 60 810.50**	

Projektdaten

Projektstart	2019
Projektabschluss	2025

Die Schiessanlage Spärs auf dem Gemeindegebiet von Port wurde 1967/68 von den Gemeinden Nidau, Port und Brügg gemeinsam erstellt und seither gemeinschaftlich betrieben. Die Anlage dient sowohl dem Vereinsschiessen als auch der Durchführung des obligatorischen Schiessens und weiterer Schiessanlässe.

Die Zusammenarbeit sowie der Kostenteiler hinsichtlich des Unterhalts der Anlage sind im Vertrag betreffend die Gemeinschafts-Schiessanlage Spärs zwischen den Einwohnergemeinden Nidau, Brügg und Port sowie dem Verein «Vereinigte Schützengesellschaft Spärs (VSG Spärs)» vom 7. September 1979 geregelt. Der Stadtrat von Nidau genehmigte diesen Vertrag mit Beschluss vom 18. Oktober 1979; die Einwohnergemeindeversammlung Brügg sowie der Gemeinderat Port fassten ihre jeweiligen Beschlüsse am 7. Dezember 1979 bzw. am 24. September 1979.

Gemäss Art. 2 des vorerwähnten Vertrags geht der Unterhalt des Schützenhauses und aller damit fest verbundenen Einrichtungen, des Parkplatzes sowie des Scheibenstandes zu Lasten der drei Gemeinden im Verhältnis ihrer Eigentumsquoten (Nidau 1/2, Brügg 1/3 und Port 1/6).

Auslöser des vorliegend abzurechnenden Projekts war die notwendige Altlastensanierung des Kugelfangs. Aufgrund der Belastung des Bodens mit Blei und weiteren Schadstoffen musste der Kugelfang gemäss den Vorgaben von Bund und Kanton saniert und das kontaminierte Material fachgerecht entsorgt werden. Für eine Kostenbeteiligung des Bundes war vorgesehen, die Altlastensanierung bis Ende 2020 auszuführen. Für einen Weiterbetrieb der Schiessanlage über diesen Zeitpunkt hinaus wäre zudem die Ausrüstung mit einem künstlichen Kugelfangsystem erforderlich gewesen.

Im Zusammenhang mit der zwingend notwendigen Altlastensanierung wurde gleichzeitig der bauliche und technische Zustand der gesamten Schiessanlage überprüft. Dabei zeigte sich ein erheblicher Sanierungsbedarf am Schützenhaus und an den betrieblichen Einrichtungen. Die Abklärungen kamen zum Ergebnis, dass eine umfassende Instandsetzung des bestehenden Schützenhauses mit Kosten in einer ähnlichen Grössenordnung wie ein Neubau verbunden wäre. Deshalb wurde für die ursprüngliche Vorlage ein Ersatzneubau ausgearbeitet.

Das dem Stadtrat vorgelegte Gesamtprojekt umfasste entsprechend drei Teile: die Altlastensanierung des Kugelfangs mit Kosten von 1 075 000 Franken, die Erneuerung der Schiesseinrichtungen mit 825 000 Franken sowie den Abbruch und Ersatzneubau des Schützenhauses mit 1 500 000 Franken. Insgesamt wurde dem Stadtrat ein Investitionskredit von 3 400 000 Franken beantragt. Für die Altlastensanierung wurde mit einer Kostenbeteiligung des Bundes von voraussichtlich 320 000 Franken gerechnet.

Im Rahmen der Beratung vom 19. September 2019 entschied der Stadtrat, das Geschäft aufzuteilen und die zwingende Altlastensanierung unabhängig von den Investitionen in den weiteren Betrieb der Anlage zu beurteilen. Daraufhin genehmigte der Stadtrat die **Altlastensanierung des Kugelfangs einstimmig**. Die Erneuerung des Schützenhauses und der Schiessanlage wurde hingegen mit 27 Nein- gegen 2 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung **abgelehnt**. Die Zustimmung zur Altlastensanierung stand aufgrund der gemeinschaftlichen Trägerschaft unter dem Vorbehalt der entsprechenden Kreditgenehmigungen der Gemeinden Port und Brügg.

Mit der Realisierung der Altlastensanierung konnten die gesetzlichen Vorgaben erfüllt und die Voraussetzungen für den weiteren Betrieb der Schiessanlage geschaffen werden.

Zusammenstellung der Ausgaben

Geologe	70 262.60 Franken
Baumeisterarbeiten	878 990.35 Franken
Bewilligungen, Gebühren, Pläne	34 699.45 Franken
Fachgerechte Entsorgung	30 237.10 Franken
Total	**1 014 189.50 Franken**

Abrechnung

Pos-Nr.	Beschreibung	Kostenschätzung inkl. MWST (CHF)	Abrechnung inkl. MWST (CHF)	+ Mehrkosten - Minderkosten inkl. MWST
1	Altlasten Honorare Spezialisten	1 075 000.00	1 014 189.50	**- 60 810.50**
	Gesamtausgaben inkl. MWST		**1 014 189.50**	

Begründung der Abweichung

Position-Nr. 1 – Altlasten Honorare Spezialisten

Beim Rückbau und der Altlastensanierung des Kugelfangs musste weniger belastetes Material abgetragen und entsorgt werden als ursprünglich aufgrund der Voruntersuchungen und Kos-

tenschätzungen angenommen. Dadurch fielen die Kosten für den Aushub, den Abtransport sowie die fachgerechte Entsorgung des verschmutzten Materials tiefer aus als budgetiert. Dies führte zu einem entsprechenden Minderaufwand gegenüber dem bewilligten Kredit.

Beiträge Dritter

Die Stadt Nidau hat einen Antrag auf Subvention beim Kanton eingereicht. Aus dem kantonalen Abfallfonds sowie im Rahmen der VASA-Abgeltung (Abgeltung nach der Verordnung über die Abgabe zur Sanierung von Altlasten des Bundes) wurde ihr in der Folge ein Betrag von 754 277 Franken ausgerichtet.

Zudem wird die Stadt Nidau - vorbehältlich der Genehmigung der vorliegenden Kreditabrechnung durch den Stadtrat - den Gemeinden Brügg und Port einen Teil der Restkosten gemäss dem vereinbarten Kostenteiler in Rechnung stellen können.

Subvention	754 277.00
Gemeinde Brügg (1/3) CHF	86 637.50
Gemeinde Port (1/6) CHF	43 318.75
Total CHF	**884 233.25**

Nettoaufwand Stadt Nidau

Die Gesamtausgaben des Projekts belaufen sich auf insgesamt 1 014 189.50 Franken. Nach Abzug der Subvention sowie der vertraglich vereinbarten Beiträge der Gemeinden Brügg und Port verbleibt für die Stadt Nidau ein Nettoaufwand von 129 956.25 Franken.

Bemerkungen

Keine.

Beschlussentwurf

Der Stadtrat von Nidau beschliesst gestützt auf Artikel 54 Absatz 1 Buchstabe h der Stadtordnung:

1. Die Kreditabrechnung über das Projekt «Spärs Altlastensanierung Kugelfang» wird genehmigt.

Beilagen (nur GPK):

- Kontoauszug 1610.5090.01 (Spärs Altlastensanierung Kugelfang) vom 15. September 2026
- SR-Antrag vom 19. September 2019 Neubau Spärs - Investitionskredit
- SR-Protokollauszug vom 19. September 2019 Neubau Spärs – Investitionskredit

STADT NIDAU

3. Ratsbüro für das Jahr 2027 - Wahlen

Ressort	Präsidiales
Sitzung	19.11.2026

Der Stadtrat wählt das Ratsbüro für das Jahr 2027.

nid 0.1.6.3 / 9

Sachlage / Vorgeschichte

Gemäss Artikel 52 Absatz 1 der Stadtordnung sind für das Jahr 2027 zu wählen:

- Präsidentin oder Präsident des Stadtrats
- 1. und 2. Vizepräsidentin oder Vizepräsident des Stadtrats
- 2 Stimmenzählerinnen oder Stimmenzähler

Sie bilden das Ratsbüro.

Beschlussentwurf

Der Stadtrat von Nidau beschliesst gestützt auf Artikel 52 Absatz 1 der Stadtordnung und Artikel 12 Absatz 3 der Geschäftsordnung des Stadtrates von Nidau:

1. Für die Amtsdauer vom 1. Januar 2027 bis 31. Dezember 2027 wird das Ratsbüro wie folgt gewählt:
   a) Präsidentin oder Präsident des Stadtrats:
   b) 1. Vizepräsidentin oder 1. Vizepräsident des Stadtrats:
   c) 2. Vizepräsidentin oder 2. Vizepräsident des Stadtrats:
   d) Stimmenzählerin oder Stimmenzähler:
   e) Stimmenzählerin oder Stimmenzähler:

2560 Nidau, 28. Oktober 2026 mem

STADT NIDAU

4. Aufsichtskommission - Ersatzwahl

Ressort	Präsidiales
Sitzung	19.11.2026

Infolge des Rücktritts aus der Aufsichtskommission von Svenja Meier, SVP, nimmt der Stadtrat die Ersatzwahl für ein Mitglied der Aufsichtskommission vor.

nid 0.1.6.0 / 13.2

Sachlage / Vorgeschichte

Durch den Rücktritt von Svenja Meier aus der Aufsichtskommission per 31. Dezember 2026 wird ein Sitz in der Aufsichtskommission frei.

Vorhaben

Gemäss Artikel 52 Absatz 1 Buchstabe d der Stadtordnung wählt der Stadtrat die Mitglieder der Aufsichtskommission. Für den Rest der laufenden Amtsdauer ist eine Ersatzwahl vorzunehmen.

Beschlussentwurf

Der Stadtrat beschliesst gestützt auf Artikel 52 Absatz 1 Buchstabe d der Stadtordnung:

1. Als Mitglied der Aufsichtskommission vom 01.01.2027 bis 31.12.2029 wird gewählt:

2560 Nidau, 05.11.2026 mem

STADT NIDAU

5. Geschäftsprüfungskommission - Ersatzwahl

Ressort	Präsidiales
Sitzung	19.11.2026

Infolge des Rücktritts aus der Geschäftsprüfungskommission von Pauline Pauli, PRR, nimmt der Stadtrat die Ersatzwahl für ein Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission vor.

nid 0.1.6.0 / 13.2

Sachlage / Vorgeschichte

Durch den Rücktritt von Pauline Pauli als Mitglied und Vizepräsidentin der Geschäftsprüfungskommission per 30. September 2026 wird ein Sitz in der Geschäftsprüfungskommission sowie das Vizepräsidium frei.

Vorhaben

Gemäss Artikel 52 Absatz 1 Buchstabe d der Stadtordnung wählt der Stadtrat die Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission und nach Artikel 52 Absatz 2 Buchstabe c der Stadtordnung eine Vizepräsidentin oder einen Vizepräsidenten der Geschäftsprüfungskommission für zwei Jahre. Für den Rest der laufenden Amtsdauer ist eine Ersatzwahl vorzunehmen.

Beschlussentwurf

Der Stadtrat beschliesst gestützt auf Artikel 52 Absatz 1 Buchstabe d und Absatz 2 Buchstabe c der Stadtordnung:

1. Als Mitglied der Geschäftsprüfungskommission vom 20.11.2026 bis 31.12.2029 wird gewählt:
2. Als Vizepräsidium der Geschäftsprüfungskommission vom 20.11.2026 bis 31.12.2027 wird gewählt:

2560 Nidau, 04.11.2026 mem

STADT NIDAU

6. Finanzplan 2026 - 2031

Ressort	Finanzen
Sitzung	19.11.2026

Der Stadtrat nimmt den Finanzplan 2026 – 2031 zur Kenntnis.

nid 9.1.1.0 / 16

Sachlage / Vorgeschichte

Der Finanzplan ist neben der Finanzstrategie das wichtigste finanzielle Führungsinstrument der Gemeinde. Er gibt einen Überblick über die mutmassliche Entwicklung des Finanzhaushaltes in den nächsten fünf Jahren und wird im Sinne einer rollenden Planung jährlich aktualisiert. Das Ziel der finanzpolitischen Steuerung besteht darin, der Gemeinde mittelfristig einen ausgeglichenen Finanzhaushalt zu sichern. Der Finanzplan gibt Auskunft über finanz- und wirtschaftspolitische Eckdaten, die geplante Entwicklung der Steueranlage, die Investitionstätigkeit, Auswirkungen der Investitionen auf das Finanzhaushaltsgleichgewicht sowie Tragbarkeit, Folgekosten und Finanzierung der Investitionen. Weiter zeigt er die Entwicklung von Aufwand und Ertrag, Ausgaben und Einnahmen sowie Bilanzgrössen. Die Finanzplanung obliegt dem Gemeinderat. Das Investitionsprogramm wurde durch die Ressorts erstellt und der Gemeinderat hat das Investitionsprogramm am 19. August 2025 behandelt und verabschiedet. Das Investitionsprogramm ist ein reines Planungsinstrument (keine Verbindlichkeiten) und dient lediglich den Berechnungen der Kapitalkosten (Abschreibungen, Zinsen). Die konkreten Investitionsvorhaben müssen dem nach Finanzkompetenzen zuständigen Organ als Kreditantrag separat zur Beschlussfassung unterbreitet werden. Seit 2025 werden neben dem eher kurzfristigen Zeitraum der Finanzplanung die anstehenden Investitionen auch in einem separaten Dokument bis ins Jahr 2041 dargestellt.
Der vorliegende Finanzplan 2026 – 2031 wurde anlässlich der Gemeinderatssitzung vom 20. Oktober beschlossen. Der Vorbericht enthält alle wichtigen Erläuterungen zum Finanzplan 2026 - 2031.

Beschlussentwurf

1. Der Stadtrat von Nidau nimmt gestützt auf Artikel 54 Absatz 2 der Stadtordnung den Finanzplan 2026 – 2031 zur Kenntnis.

2560 Nidau, 20. Oktober 2026 rhd

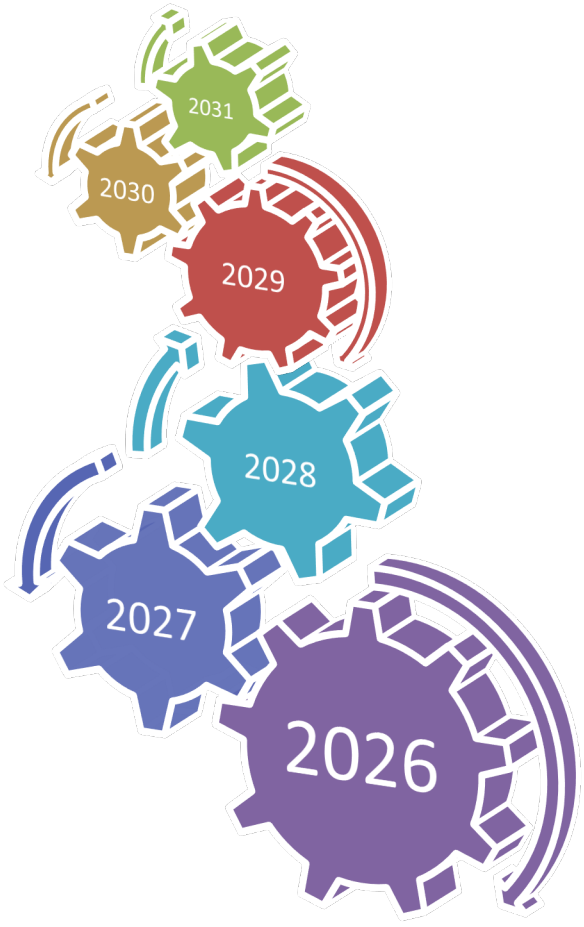
NAMENS DES GEMEINDERATES NIDAU

Der Stadtpräsident	Die Stadtschreiberin
Tobias Egger	Manuela Jennings

Beilagen: Finanzplan 2026 -2031

STADT NIDAU

Finanzplan 2026 - 2031



INHALTSVERZEICHNIS

Kommentar

		Seite
1	Grundsätzliches	1
2	Grundlagen und Annahmen	1
3	Investitionsprogramm	3
4	Tragbarkeit der Investitionen	4
5	Ergebnisse der Finanzplanung	4 – 6
6	Kommentar zur Entwicklung des Finanzhaushalts	7
7	Genehmigung / Kenntnisnahme	8

Anhang

Investitionsprogramm steuerfinanzierte Investitionen (Seiten 1 – 9)
Investitionsprogramm Abwasser (Seiten 10 - 11)
Investitionsprogramm Abfall (Seite 12)
Sachanlagen des Finanzvermögens (Seite 13)
Investitionsplanung bis 2041 (Seite 14)

1 Grundsätzliches

Der Finanzplan ist neben der Finanzstrategie das wichtigste finanzielle Führungsinstrument der Gemeinde. Er gibt einen Überblick über die mutmassliche Entwicklung des Finanzhaushaltes in den nächsten fünf Jahren und wird im Sinne einer rollenden Planung jährlich aktualisiert. Das Ziel der finanzpolitischen Steuerung besteht darin, der Gemeinde mittelfristig einen ausgeglichenen Finanzhaushalt zu sichern. Der Finanzplan gibt Auskunft über finanz- und wirtschaftspolitische Eckdaten, die geplante Entwicklung der Steueranlage, die Investitionstätigkeit, Auswirkungen der Investitionen auf das Finanzhaushaltsgleichgewicht sowie Tragbarkeit, Folgekosten und Finanzierung der Investitionen. Weiter zeigt er die Entwicklung von Aufwand und Ertrag, Ausgaben und Einnahmen sowie Bilanzgrössen.

Die Finanzplanung obliegt dem Gemeinderat. Das Investitionsprogramm wurde durch die Abteilungen resp. Ressorts erstellt und der Gemeinderat hat das Investitionsprogramm am 18. August 2026 behandelt und genehmigt.

2 Grundlagen und Annahmen

Der Finanzplan basiert auf

- der Jahresrechnung 2025 (vom Stadtrat am 18. Juni 2026 genehmigt),
- dem Budget 2027 (vom Stadtrat am 19. November 2026 zu beschliessen) und
- dem Investitionsprogramm 2026 – 2031 (vom Gemeinderat am 18. August 2026 beschlossen).

Gestützt auf den aktuellen Stand bzw. die Hochrechnung der Jahresrechnung 2026 wurden die Budgetzahlen 2026 so weit als möglich bereinigt; die vorgenommenen Änderungen münden in die Erwartungsrechnung 2026. Für die Extrapolation wurde das zu verabschiedende Budget für das Jahr 2027 herangezogen. Die Budgetierung basiert auf den effektiven Aufwänden und Erträgen der Jahresrechnung und verzichtet bewusst auf Reservepositionen. Diese Praxis verringert erfahrungsgemäss das Abweichungspotenzial zwischen Budget und Rechnung und leistet somit einen wesentlichen Beitrag zur angestrebten Erhöhung der Budgetgenauigkeit.

Der Finanzplan bildet die finanzielle Entwicklung exklusive der ab 2027 in eine AG auszulagernden Elektrizitätsversorgung ab. Folglich sind ab diesem Zeitpunkt weder die Investitionen noch die Folgekosten des Elektrizitätsbereichs enthalten. Durch die Ausgliederung reduziert sich der Nettoertrag des städtischen Steuerhaushalts im Vergleich zu den Vorjahren um voraussichtlich rund CHF 1 Million jährlich.

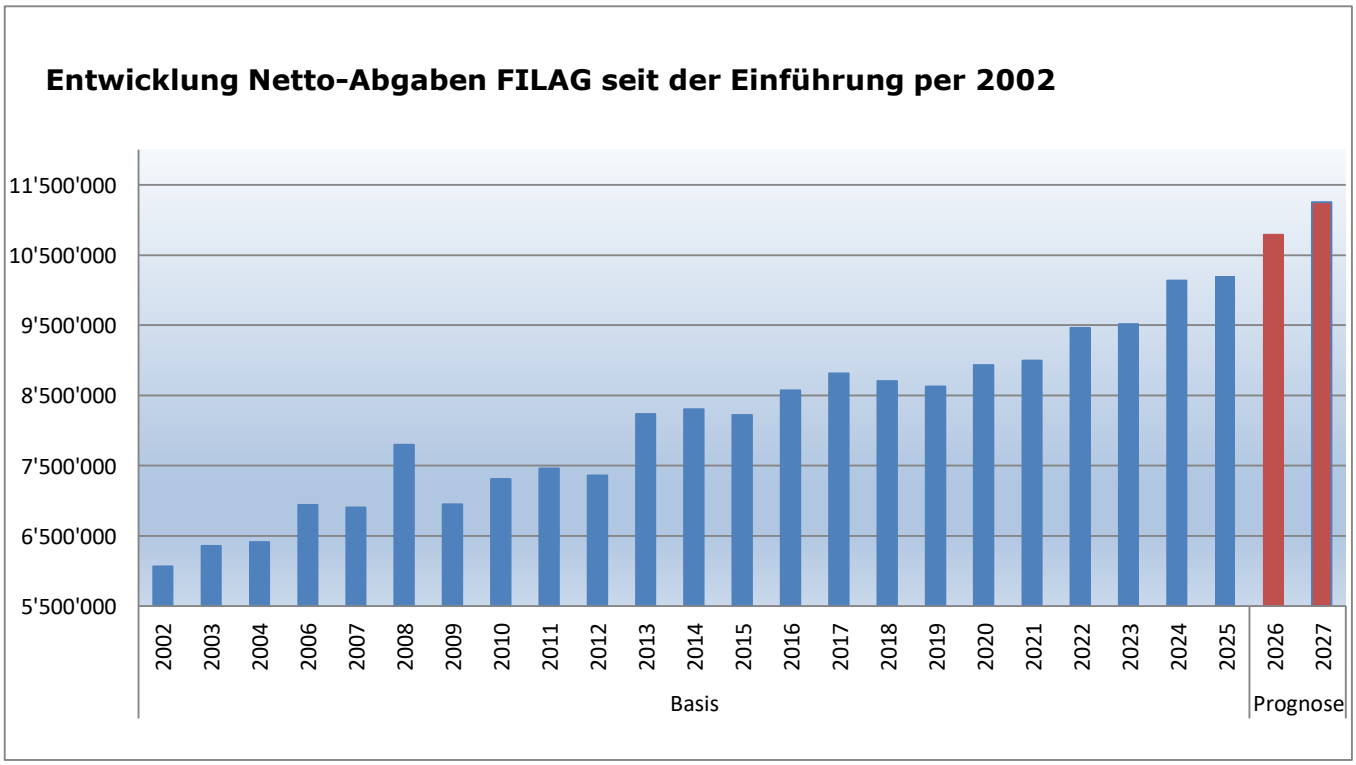
Ausgangslage	Bilanzüberschuss (Eigenkapital) Stand 1.1.2026: CHF 13.8 Millionen. Rechnung 2025: Ausgeglichenes Ergebnis.
Eckdaten Finanzplan	Steueranlage: 1.70 Investitionen 2026 – 2031: Allgemeiner Haushalt (2026 – 2031): CHF 39.7 Millionen. Gebührenfinanzierter Haushalt (2026 – 2031): CHF 5.7 Millionen.
Steuereinnahmen	Die heute gültige Steueranlage von 1.70 Einheiten wurde nicht verändert. Die Berechnungen im Prognosezeitraum basieren auf rund 4‘400 Steuerpflichtigen. Als Basisjahr dienen die Werte der Jahresrechnung 2025. Für die Ermittlung der Zuwachsraten orientieren wir uns an den durch den Kanton Bern ermittelten Werten und den Empfehlungen der Kantonalen Planungsgruppe Bern. Für die Jahre ab 2027 (Basis: das im Finanzplan angepasste Budget 2026) wird von folgenden jährlichen Zuwachsraten ausgegangen:

- natürliche Personen:
  Einkommenssteuern zwischen 1% und 1.5% Zuwachs pro Jahr.
  Vermögenssteuern 2% Zuwachs pro Jahr.
- juristische Personen:
  Bei den Gewinn-, Kapital- und Holdingsteuern rechnen wir für 2027 mit rund CHF 250'000 tieferen Erträgen als im Budget für das laufende Jahr, ab 2027 mit den gleichen Erträgen wie im Budget 2027 eingestellt.

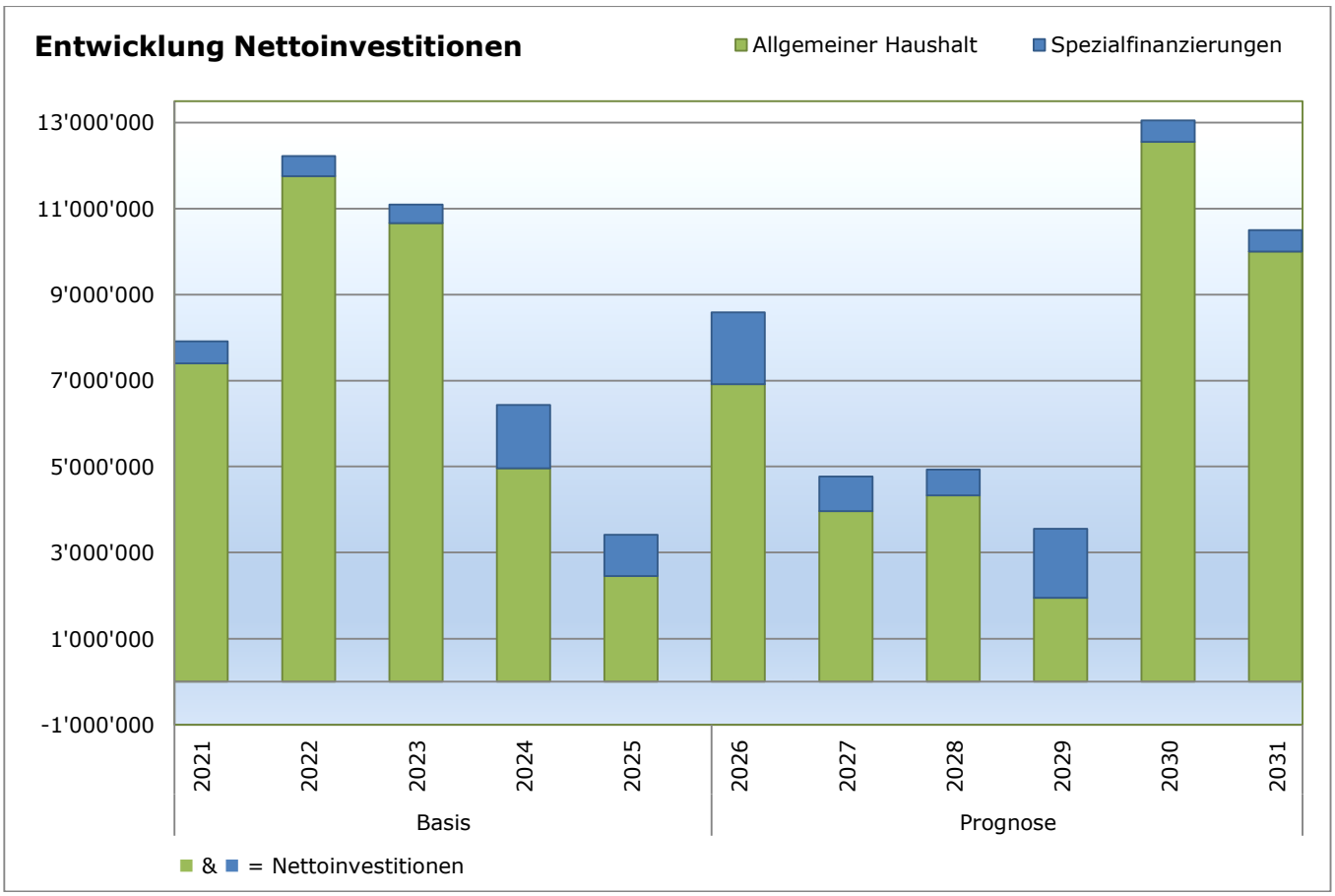
Die restlichen Steuerarten werden basierend auf den Erfahrungswerten weitergeführt.

Finanz- und Lastenausgleich (FILAG)

Am 1. Januar 2012 trat das revidierte Gesetz über den Finanz- und Lastenausgleich (FILAG 2012) in Kraft. Dieses hat grossen Einfluss auf die Gemeinden; einerseits beim direkten Finanzausgleich, andererseits bei der Volksschule und beim Lastenverteiler Sozialhilfe. Die Schulorganisation und das Angebot bei den familienergänzenden Angeboten haben einen direkten Einfluss auf den Finanzhaushalt der Gemeinde. Zusätzlich wurde als Kompensation für Aufgabenverschiebungen zwischen Kanton und den Gemeinden ein Lastenverteiler «Lastenausgleich neue Aufgabenteilung» eingeführt.
Nidau erhält in den Planjahren eine Zahlung aus dem Finanzausgleich von durchschnittlich CHF 1.8 Millionen pro Jahr. Die Steuerkraft beträgt nach dem Beitrag aus dem Finanzausgleich (Disparitätenabbau) zwischen 82% und 85% des bernischen Mittels aller Gemeinden.
Die Beiträge an alle Verbundaufgaben (Lastenausgleiche) nehmen im Budgetjahr 2027 gegenüber der Jahresrechnung 2025 um 9.8% oder CHF 1.1 Millionen zu. Nebst den erheblichen zu erwartenden Kostensteigerungen bei der Sozialhilfe und Sozialversicherungen nehmen auch die übrigen Lastenverteiler insbesondere der Lastenausgleich Lehrergehälter zu.



3 Investitionsprogramm



Am 18. August 2026 hat der Gemeinderat das Investitionsprogramm 2026 – 2031 beschlossen. Der Gemeinderat will an dem in der Finanzstrategie definierten Umfang an Nettoinvestitionen festhalten. Langfristig strebt Nidau demnach Investitionen von jährlich durchschnittlich netto CHF 5 Millionen an, um die Substanz der öffentlichen Infrastrukturen zu erhalten und notwendige Entwicklungen zu ermöglichen. Neben dem eher kurzfristigen Zeitraum der Finanzplanung werden die anstehenden Investitionen in einem separaten Dokument bis ins Jahr 2041 dargestellt (vgl. Anhang). Mit durchschnittlichen Investitionsvolumen von CHF 7.6 Millionen im Zeitraum der Finanzplanungsperiode bis 2031 und einem solchen von CHF 4.8 Millionen bis 2041 wird das Ziel der Finanzstrategie erreicht.

Grundsätzlich generieren Investitionen Folgekosten (Abschreibungen, Zinsen, Unterhalt usw.); in bestimmten Fällen können Investitionen auch Minderaufwand und/oder Folgeertrag auslösen.

- Investitionen in steuerfinanzierten Bereichen belasten die Erfolgsrechnung mit Folgekosten.
- Investitionen der Spezialfinanzierungen sind nicht durch Steuergelder finanziert. Die Aufwendungen bzw. Folgekosten sind mittelfristig durch entsprechende Gebühren zu decken. Mit dieser Regelung wird die Subventionierung durch den Steuerhaushalt verhindert.
- Anlagen im Finanzvermögen dienen nur mittelbar der öffentlichen Aufgabenerfüllung, sollen eine Rendite abwerfen und dürfen die Rechnung nicht mit Folgekosten belasten.

Das Investitionsprogramm ist ein reines Planungsinstrument (keine Verbindlichkeiten) und dient lediglich den Berechnungen der Kapitalkosten (Abschreibungen, Zinsen). Die konkreten Investitionsvorhaben müssen dem nach Finanzkompetenzen zuständigen Organ als Kreditantrag separat zur Beschlussfassung unterbreitet werden. Das Investitionsprogramm wird rollend überarbeitet. So ist es möglich, dass seit dem Beschluss des Investitionsprogramms per August 2026 (Basis für Budget 2027 inkl. Berechnungen der Abschreibungen) neue Erkenntnisse betreffend die Investitionsprojekte vorlagen und das Investitionsprogramm bereits wieder angepasst und so im vorliegenden Finanzplan abgebildet wurde.

4 Tragbarkeit der Investitionen

Der Gemeinderat legt für die Jahre 2026 bis 2031 ein Investitionsprogramm mit durchschnittlichen jährlichen Ausgaben von CHF 7.6 Millionen vor. Damit entspricht er den Vorgaben der Finanzstrategie. Sollten sich die erwarteten Rechnungsdefizite jedoch bestätigen oder die Ertragsseite nicht deutlich besser ausfallen als geplant, sind diese Investitionen mit einer Steueranlage von 1.7 Einheiten nicht tragbar resp. führen zu einer entsprechenden Neuverschuldung.

5 Ergebnisse der Finanzplanung

Allgemeiner Haushalt

Finanzieller Handlungsspielraum

Ohne Berücksichtigung der Folgekosten von neuen Investitionen ist im Prognosezeitraum bei einer Steueranlage von 1.7 mit einem negativen finanziellen Handlungsspielraum in Höhe von durchschnittlich CHF 4 Million zu rechnen. Das heisst die Stadt Nidau verfügt über kein Potential, um künftige Investitionen selbst zu tragen.

Folgekosten von neuen Investitionen

Die Abschreibungen und Zinsen für die Jahre 2026 bis 2031 betragen insgesamt ca. CHF 5.8 Millionen, durchschnittlich rund CHF 1 Millionen pro Jahr.

Ergebnisse der Finanzplanung - allgemeiner Haushalt						Version vom	29.09.26
						Beträge in CHF 1'000	
		Prognoseperiode					
		2026	**2027**	**2028**	**2029**	**2030**	**2031**
1.	**Erfolgsrechnung (ohne Folgekosten)**						
1.a	Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit	-6'633	-7'002	-7'312	-7'216	-7'303	-7'177
1.b	Ergebnis aus Finanzierung	2'315	2'297	2'304	2'327	2'347	2'367
	operatives Ergebnis	-4'318	-4'705	-5'007	-4'889	-4'957	-4'810
1.c	ausserordentliches Ergebnis	1'019	780	783	787	791	795
1.d	**Gesamtergebnis Erfolgsrg. ohne Folgekosten**	**-3'299**	**-3'925**	**-4'224**	**-4'102**	**-4'165**	**-4'015**
2.	**Investitionen und Finanzanlagen**						
2.a	steuerfinanzierte Nettoinvestitionen	6'921	3'964	4'328	1'950	12'552	10'000
2.b	Finanzanlagen	410	2'360	3'500	500	1'500	0
3.	**Finanzierung von Investitionen/Anlagen**						
3.a	neuer Fremdmittelbedarf	3'880	14'191	25'988	33'461	51'724	66'059
3.b	bestehende Schulden	51'850	51'850	51'850	51'850	51'850	51'850
3.c	total Fremdmittel kumuliert	55'730	66'041	77'838	85'311	103'574	117'909
4.	**Folgekosten neue Investitionen/Anlagen**						
4.a	Abschreibungen	234	480	549	692	775	716
4.b	Zinsen gemäss Mittelfluss	0	136	301	446	639	883
4.c	Folgebetriebskosten/-erlöse	0	0	0	0	0	0
4.d	Total Investitionsfolgekosten	234	616	850	1'138	1'414	1'599
4.e	Gesamtergebnis Erfolgsrg. ohne Folgekosten	-3'299	-3'925	-4'224	-4'102	-4'165	-4'015
4.f	**Gesamtergebnis Erfolgsrg. mit Folgekosten**	**-3'533**	**-4'541**	**-5'074**	**-5'240**	**-5'579**	**-5'614**

Rechnungsergebnisse

Es weisen alle Prognosejahre negative Ergebnisse auf. Die Defizite machen zwischen 4 und 6 Steueranlagezehntel aus. Das Total beträgt rund CHF 29.6 Millionen (Durchschnitt: CHF 5 Millionen).

Kumulierte Ergebnisse der Vorjahre

Die Rechnungsergebnisse des allgemeinen Haushaltes wirken sich direkt auf die kumulierten Ergebnisse der Vorjahre (Eigenkapital) aus. Diese Grösse nimmt entsprechend um die Defizite ab. Per 2029 resultiert (unter Berücksichtigung der per 2026 getätigten Umbuchung der Reserven aus zusätzlichen Abschreibungen von CHF 3.8 Millionen in das Eigenkapital) ein Bilanzfehlbetrag von rund CHF 0.7 Millionen.

Gebührenfinanzierter Haushalt

Ergebnisse der Finanzplanung - gebührenfinanzierter Haushalt						Version vom	29.09.26
						Beträge in CHF 1'000	
		Prognoseperiode					
		2026	**2027**	**2028**	**2029**	**2030**	**2031**
1.	**Erfolgsrechnung (ohne Folgekosten)**						
1.a	Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit	65	64	54	46	26	-61
1.b	Ergebnis aus Finanzierung	-2	0	1	-8	-13	-19
	operatives Ergebnis	63	63	55	38	12	-80
1.c	ausserordentliches Ergebnis	0	0	0	0	0	0
1.d	**Gesamtergebnis Erfolgsrg. ohne Folgekosten**	**63**	**63**	**55**	**38**	**12**	**-80**
2.	**Investitionen und Finanzanlagen**						
2.a	gebührenfinanzierte Nettoinvestitionen	1'671	805	600	1'600	500	500
2.b	gebührenfinanzierte Finanzanlagen	0	0	0	0	0	0
4.	**Folgekosten neue Investitionen/Anlagen**						
4.a	Abschreibungen	86	99	99	111	111	45
4.d	Total Investitionsfolgekosten	86	99	99	111	111	45
4.e	Gesamtergebnis Erfolgsrg. ohne Folgekosten	63	63	55	38	12	-80
4.f	**Gesamtergebnis Erfolgsrechnung**	**-23**	**-35**	**-44**	**-73**	**-99**	**-125**

Rechnungsergebnisse

Beide gebührenfinanzierten Haushalte (Abwasser und Abfall) schliessen mit negativen Ergebnissen ab.
Die Selbstfinanzierung im gebührenfinanzierten Haushalt beträgt von 2026 – 2031 durchschnittlich CHF 333'000.

Folgekosten von neuen Investitionen

Die Investitionsfolgekosten betragen von 2026 – 2031 insgesamt CHF 550‘000, durchschnittlich rund CHF 92‘000 pro Jahr.

Abwasserentsorgung

Beim Abwasser sind Einlagen in die Werterhaltung (Abschreibungen) in Höhe des gesetzlichen Minimums von 60% der vollen Einlagen vorgesehen.
Es sind Investitionen von CHF 5.7 Millionen eingeplant.
Die Abwasserrechnung weist einen Kostendeckungsgrad von rund 100% auf.
Nachdem in den letzten 20 Jahren das zu hohe Eigenkapital der Spezialfinanzierung (per 2002 CHF 5.5 Millionen) mit bewusst zu tief angesetzten Gebühren auf die angestrebte Zielgrösse abgebaut wurde, müssen wieder kostendeckende Gebühren erhoben werden (neues Reglement seit 2024).
Das Eigenkapital sollte langfristig etwa CHF 1 Millionen betragen.
Die jährlichen Einlagen in die Spezialfinanzierung Werterhalt resp. die Entnahmen für die Abschreibung des Verwaltungsvermögens führen dazu, dass sich der Bestand des Werterhalts von CHF 6.8 Millionen per Ende 2025 im Prognosezeitraum auf CHF 8.3 Millionen erhöht.

Abfallentsorgung

Die Spezialfinanzierung Abfall weist seit mehreren Jahren wiederkehrende Defizite auf. Mit dem Abschluss der Jahresrechnung 2025 resultierte erstmals eine Unterdeckung der Spezialfinanzierung in der Höhe von CHF 24'753.96. Mit Schreiben vom 3. Juli 2026 hat das Amt für Gemeinden und Raumordnung (AGR) die Stadt Nidau darauf hingewiesen, dass Vorschüsse von Spezialfinanzierungen gemäss Artikel 88 der Gemeindeverordnung (GV; BSG 170.111) innert acht Jahren seit ihrer erstmaligen Bilanzierung durch zukünftige Ertragsüberschüsse vollständig abzubauen sind. Das Ressort Tiefbau und Umwelt beabsichtigte ursprünglich, das Abfallreglement aus dem Jahr 1991 im Jahr 2026 einer Gesamtrevision zu unterziehen. Anlass dafür waren insbesondere die strukturelle Unterdeckung der Spezialfinanzierung sowie verschiedene Anpassungen an die heutigen gesetzlichen und betrieblichen Rahmenbedingungen. Aufgrund der Neuorganisation der Verwaltung, der Gründung der EV Nidau AG per Anfang 2027 sowie der bis 30.9.2026 offenen Vakanz der Bereichsleitung Tiefbau musste dieses Projekt auf das Jahr 2027 verschoben werden. Aufgrund der bestehenden Unterdeckung besteht dennoch unmittelbarer Handlungsbedarf. In einem ersten Schritt wurden deshalb die Gebühren innerhalb des bestehenden Reglements angepasst. Die Gesamtrevision des Abfallreglements soll im Jahr 2027 erfolgen und voraussichtlich per 2028 in Kraft treten. Dieses Vorgehen ermöglicht einerseits den zeitnahen Abbau der Unterdeckung und andererseits eine sorgfältige Erarbeitung der vollständigen Reglementsrevision.

Ergebnisse Gesamthaushalt

Ergebnisse der Finanzplanung - konsolidierter Haushalt						Version vom	29.09.26
						Beträge in CHF 1'000	
		Prognoseperiode					
		2026	2027	2028	2029	2030	2031
1.	**Erfolgsrechnung (ohne Folgekosten)**						
1.a	Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit	-6'576	-6'938	-7'258	-7'170	-7'278	-7'239
1.b	Ergebnis aus Finanzierung	2'321	2'296	2'305	2'320	2'334	2'348
	operatives Ergebnis	-4'254	-4'642	-4'953	-4'851	-4'944	-4'891
1.c	ausserordentliches Ergebnis	1'019	780	783	787	791	795
1.d	**Gesamtergebnis Erfolgsrg. ohne Folgekosten**	**-3'236**	**-3'862**	**-4'169**	**-4'063**	**-4'153**	**-4'095**
2.	**Investitionen und Finanzanlagen**						
2.a	steuerfinanzierte Nettoinvestitionen	6'921	3'964	4'328	1'950	12'552	10'000
2.b	gebührenfinanzierte Nettoinvestitionen	1'671	805	600	1'600	500	500
2.c	Finanzanlagen	410	2'360	3'500	500	1'500	0
3.	**Finanzierung von Investitionen/Anlagen**						
3.a	neuer Fremdmittelbedarf	3'888	14'199	25'996	33'470	51'733	66'068
3.b	bestehende Schulden	51'850	51'850	51'850	51'850	51'850	51'850
3.c	total Fremdmittel kumuliert	55'738	66'049	77'846	85'320	103'583	117'918
4.	**Folgekosten neue Investitionen/Anlagen**						
4.a	Abschreibungen	320	579	648	803	886	761
4.b	Zinsen gemäss Mittelfluss	0	136	301	446	639	884
4.c	Folgebetriebskosten/-erlöse	0	0	0	0	0	0
4.d	Total Investitionsfolgekosten	320	715	949	1'249	1'525	1'644
4.e	Gesamtergebnis Erfolgsrg. ohne Folgekosten	-3'236	-3'862	-4'169	-4'063	-4'153	-4'095
4.f	**Gesamtergebnis Erfolgsrg. mit Folgekosten**	**-3'556**	**-4'576**	**-5'119**	**-5'313**	**-5'678**	**-5'740**

Fremdkapital

Gemäss konsolidiertem Ergebnis des Finanzplanes wird laufend neues Fremdkapital benötigt. Der Kapitalbedarf steigt bis 2031 voraussichtlich auf rund CHF 117 Millionen an.

Entsprechend steigen die Zinskosten und führen zu zusätzlichen Ausgaben von rund CHF 880’000 im Jahr 2031.

6 Kommentar zur Entwicklung des Finanzhaushalts

Das Eigenkapital beträgt per 1. Januar 2026 CHF 13.8 Millionen (rund 14 Steuerzehntel). Nach der Umbuchung der Reserven von CHF 3.8 Millionen aus zusätzlichen Abschreibungen per Jahresrechnung 2026 in das Eigenkapital beträgt dieses CHF 17.6 Millionen (rund 18 Steuerzehntel). Diese Reserven erlauben es dem Gemeinderat, auch das Budget 2027 mit einer unveränderten Steueranlage vorzulegen.
Die Finanzlage der Gemeinde kann durch Kreditbeschlüsse für neue Gemeindeaufgaben und für Investitionen nachhaltig beeinflusst werden. Der Finanzplan zeichnet sich durch seinen unverbindlichen Charakter aus, da die Investitionsprojekte einzeln bewilligt werden müssen. Die Resultate des Finanzplans sollten bei künftigen Entscheiden stets mitberücksichtigt werden.

Schlussfolgerungen

Die Budgetierung 2027 basiert auf den effektiven Aufwänden und Erträgen der Jahresrechnung und verzichtet bewusst auf Reservepositionen. Diese Praxis verringert erfahrungsgemäss das Abweichungspotenzial zwischen Budget und Rechnung und leistet einen wesentlichen Beitrag zur angestrebten Erhöhung der Budgetgenauigkeit. Durch die Extrapolation des Budgets 2027 auf die Planjahre 2028 bis 2031 führt dies folglich auch zu verlässlicheren Prognosewerten in der Finanzplanung.
Der Finanzplan bildet die finanzielle Entwicklung exklusive der ab 2027 in eine AG auszulagernden Elektrizitätsversorgung ab. Folglich sind ab diesem Zeitpunkt weder die Investitionen noch die Folgekosten des Elektrizitätsbereichs enthalten. Durch die Ausgliederung reduziert sich der Nettoertrag des städtischen Steuerhaushalts im Vergleich zu den Vorjahren um voraussichtlich rund CHF 1 Million jährlich.
Das gesteigerte Investitionsvolumen mit den entsprechenden Folgekosten (Abschreibungen und Zinsen) und die stetig steigenden Ausgaben bei den Lastenverteilern führen zu angespannten finanziellen Verhältnissen. Das heute angesparte Eigenkapital wird bis Ende 2029 aufgebraucht. In naher Zukunft müssen Schwerpunkte betreffend die Angebote der Gemeinde gesetzt und andere Angebote zu Gunsten dieser Schwerpunkte vorübergehend reduziert werden.
Die in der Finanzstrategie definierten Zielwerte für Steuerungsgrössen wie Nettoinvestitionen, Selbstfinanzierung, Nettoverschuldungsquote und Bilanzüberschussquote konnten in den letzten Jahren teilweise nicht erreicht werden. Dies führte zu einer zunehmenden Nettoverschuldung. Der Gemeinderat verfolgt verschiedene Ansätze, um die Zielwerte der Finanzstrategie zu erreichen. Ein zentrales Instrument ist das Massnahmenpaket, an dessen Umsetzung alle Ressorts in ihren jeweiligen Zuständigkeitsbereichen intensiv arbeiten. Der Gemeinderat ist überzeugt, dass die finanziellen Zielwerte mit einem etappierten Vorgehen langfristig erreicht werden können. Eine klare Investitionsplanung, die konsequente Umsetzung von Sparmassnahmen sowie die Ausschöpfung von Ertragspotenzialen (z. B. Steuersubstratverbesserungen, Gebühreneinnahmen, Steuerfuss) sollen zur nachhaltigen Sicherung der Zielgrössen beitragen.
Der dringendste Handlungsbedarf der Stadt Nidau besteht bei der Selbstfinanzierung, die den definierten Zielwert jährlich um CHF 2 Millionen bis CHF 5 Millionen verfehlt. Um diese strukturelle Lücke dauerhalft zu schliessen, hat der Gemeinderat im Juni 2026 ein Finanzpaket 2026 – 2029 zur Stärkung der Selbstfinanzierung verabschiedet.

Der Gemeinderat ist sich bewusst, dass die Ergebnisse wie in der vorliegenden Finanzplanung ausgewiesen längerfristig nicht tragbar sind. Er geht davon aus, dass die erarbeitete Finanzstrategie mit ihren Steuerungselementen und Schwellenwerten, die Umsetzung von notwendigen Massnahmen und das Finanzpaket 2026 – 2029 zur Stärkung der Selbstfinanzierung die Grundlagen für gesunde Stadtfinanzen sein werden.

7 Genehmigung / Kenntnisnahme

Der vorliegende Finanzplan 2026 - 2031 wurde vom Gemeinderat an der Sitzung vom 20. Oktober 2026 gestützt auf Artikel 23 Absatz 2 der Stadtordnung genehmigt.

Der Stadtrat nimmt vom Finanzplan 2026 – 2031 gestützt auf Artikel 54 Absatz 2 der Stadtordnung an der Sitzung vom 19. November 2026 Kenntnis.

Nidau, 20. Oktober 2026

NAMENS DES GEMEINDERATES

Der Stadtpräsident	Die Stadtschreiberin	Der Finanzverwalter
sig.	sig.	sig.
Tobias Egger	Manuela Jennings	Dominik Rhiner

Anhang

Investitionsprogramm steuerfinanzierte Investitionen (Seiten 1 – 9)
Investitionsprogramm Abwasser (Seiten 10 - 11)
Investitionsprogramm Abfall (Seite 12)
Sachanlagen des Finanzvermögens (Seite 13)
Investitionsplanung bis 2041 (Seite 14)

Tabelle 2: INVESTITIONSPROGRAMM

Version vom 01.10.26

Beträge in CHF 1'000

1)	KontoNr.	Bezeichnung der Projekte	2) Prio-rität	3) ND in J.	4) Fk Fe	5) Anlagen im Bau	Aus-gaben	6) Einnah-men	Netto	2026	2027	2028	2029	2030	2031	später
		Präsidiales Planung							-							
	7900	Erarbeitung UeO Bahnhofgebiet	A	10			360		**360**			30	160	170		
*	7900.5290.05	Planung Bahnhofgebiet	A	10		348			-							
*	7900.5290.10	Erarbeitung Baulinienplan	A	10		74	80		**80**	40	40					
	7900.5290.13	Vorstadt Süd	A	10			600		**600**	40	220	220	120			
*	7900.5290.11	Initial- und Folgefinanzierung espace Biel Nidau	A	10					-							
*	7900.5290.16	Zwischennutzungsreglement	A	10		58	30		**30**	10	20					
	7900.5290.18	Ortsplanungsrevision Gurnigel/Weidteile	A	10			180		**180**		30	70	80			
*	7900.5290.14	espace Biel Nidau Gestaltungskonzept Bernstrasse-Neueburgstrasse	A	10		170			-							
*	7900.5290.15	espace Biel Nidau Gesamtmobilitätsstudie Biel West	A	10					-							
*	7900.5290.19	Grundstückverhältnisse Unterer Kanalweg	A	10		42	50		**50**	30	20					
	7900.5290.20	Vorprojekt Rue de Caractères	A	10			200		**200**		30	50	120			
									-							
									-							
									-							
									-							
									-							

Tabelle 2: **INVESTITIONSPROGRAMM**

Version vom 01.10.26

Beträge in CHF 1'000

1)	KontoNr.	Bezeichnung der Projekte	2) Prio-rität	3) ND in J.	4) Fk Fe	5) Anlagen im Bau	Aus-gaben	6) Einnah-men	Netto	2026	2027	2028	2029	2030	2031	später
		Präsidiales Verwaltung							-							
*	0220.5200.01	Digitale Geschäftsverwaltung & Langzeitarchivierung	A	5					-							
*	0220.5200.03 0220.63xx.xx	Gesamterneuerung Onlineportal	A	5		52	110		**110**	110						
									-							
									-							
		Sicherheit							-							
*	6150.5010.14 6150.6310.03	Verkehrsberuhigung Nidau West Aalmatten (2. Etappe)	A	40		487	70		**70**	50	20					
*	6150.5010.19	Masshnahmenkonzept Zihlstrasse (Planung bewilligt)	A	40		39	137		**137**			137				
*	6150.5010.20 6150.6310.04	Strassenraumgestaltung Dr. Schneiderstrasse (Projektierung bewilligt)	A	40		103	1'480	*750*	**730**	50	600	830	-750			
*	6150.5010.21 6150.6310.06	Verkehrsberuhigung Quartiere nördlich der Zihl	A	40		808	82		**82**	82						
*	6150.5010.26	Betriebs- und Gestaltungskonzept Gurnigel	A	40		109	1'191	*680*	**511**	50	550	591	-680			
	6290.5010.01	Bikesharing	A	20			100	*50*	**50**		50	50	-50			
									-							
									-							
									-							
									-							
									-							

Tabelle 2: INVESTITIONSPROGRAMM

Version vom 01.10.26

Beträge in CHF 1'000

1)	KontoNr.	Bezeichnung der Projekte	2) Prio-rität	3) ND in J.	4) Fk Fe	5) Anlagen im Bau	Aus-gaben	6) Einnah-men	Netto	2026	2027	2028	2029	2030	2031	später
		Liegenschaften Verwaltungsvermögen nach 2041; 3 Millionen							-							
	2170.5040.xx	SH Burgerbeunden, Sanierung Umgebung inkl. Kanalisationssanierung nach 2041; 3 Millionen	B	33					-							
*	2170.5040.08	SH Burgerbeunden, Vorabklärungen Sanierung (Projektierung bewilligt)	A	33		21	80		**80**	20	60					
*	2170.5040.09	SH Weidteile inkl. Provisorien gemäss GR nach 2041; 0.25 Millionen	A	33		434	32'000		**32'000**	700	300	1'000	2'000	12'000	10'000	6'000
	2170.5040.02	Sporthalle Beunden: Sanierung Bodenbelag nach 2041; 0.25 Millionen	A	33			500		**500**		500					
	2170.5040.03	Sporthalle Beunden: Sanierung Lüftung (WRG) nach 2041; 0.55 Millionen	A	33					-							
	2170	Burgerbeunden Provisorien (42 Container) nach 2041; 2 Millionen	A	33					-							
*	2170.5040.10	Neubau Beunden Ost nach 2041; 12 Millionen	A	33					-							
	2170	Beunden San/Neubau nach 2041; 12 Millionen	A	33					-							
	2170.5040.15	Burgerallee Sanierung (2025 Dachsanierung) nach 2041; 2 Millionen	A	33			5'480		**5'480**		30	350				5'100
	2170	Beunden Provisorium Sporthalle nach 2041; 2 Millionen	A	33					-							
	2170	Beunden Sporthalle Sanierung nach 2041; 2 Millionen	A	33					-							
	2170	Burgerallee Turnhalle Sanierung nach 2041; 2 Millionen	C	33					-							
	2170	Burgerallee Aula/Wohnung Sanierung nach 2041; 1.6 Millionen	C	33					-							
	2170	Weidteile Betonsanierungen zusätzlich Gesamtkosten unter Kredit 2170.5040.09	A	33					-							
	2170	Weidteile Provisorium 26 Container Gesamtkosten unter Kredit 2170.5040.09	A	33					-							
	2170	Weidteile Neubau 1 Kindergarten Gesamtkosten unter Kredit 2170.5040.09	B	33			-		-							

Tabelle 2: INVESTITIONSPROGRAMM

Version vom 01.10.26

Beträge in CHF 1'000

1)	KontoNr.	Bezeichnung der Projekte	2) Prio-rität	3) ND in J.	4) Fk Fe	5) Anlagen im Bau	Aus-gaben	6) Einnah-men	Netto	2026	2027	2028	2029	2030	2031	später
	2170	Weidteile Klassentrakt Sanierung Gesamtkosten unter Kredit 2170.5040.09	A	33					**-**							
	2170	Weidteile Provisorium Turnhalle Gesamtkosten unter Kredit 2170.5040.09	A	33			-		**-**							
	2170	Weidteile Turnhalle Sanierung Gesamtkosten unter Kredit 2170.5040.09	A	33					**-**							
	2170	Weidteile Hauswirtschaftstrakt San/Erweiterung Gesamtkosten unter Kredit 2170.5040.09	A	33					**-**							
	2170.5040.19	Aula Burgerallee Heizung	A	33			300		**300**		100	200				
	2170.5040.xx	Balainen, Auffrischung Spielplatz	A	33			95		**95**		95					
*	2170.5040.18	Schulhaus Burgerallee 13, Sanierung Heizung und Wasserleitungen	A	33			65		**65**	65						
	3412.5090.xx	FC Nidau, Sanierung Sportplatz inkl. Beleuchtung	A	25			250		**250**		250					
*	1610.5040.01 1610.6320.01	Spärs: Sanierung Schiessanlage (Kugelfangkäst	A	25			-	*50*	**-50**		-50					
*	1610.5090.01 1610.6320.01	Spärs: Altlastensanierung	A	10			-	*500*	**-500**	-500						
*	1610.5040.02	Spärs: Sanierung Schützenhaus (Wiedererwägu Nettokredit	A	25			300	*150*	**150**	300 -150						
	3411	Strandbad: Restaurant	A	25			2'000		**2'000**							2'000
	3411	Strandbad: Hochwasserschutz (p.m.)	A	25			1'000		**1'000**							1'000
	3411.5090.01	Strandbad: Sonnenkollektoren für Wasser	C	10			500		**500**							500
	3411	Strandbad: Sanierung Becken/Technik	A	25			5'000		**5'000**							5'000
*	3411.5040.03	Strandbad Gesamtsanierung (Projektierung genehmigt)	A	25		12	350		**350**		50	300				
*	0290.5040.05	Dachsanierung Hauptstrasse 73 (Anteil VV)	A	25			160		**160**	80	80					

Tabelle 2: INVESTITIONSPROGRAMM

Version vom 01.10.26

Beträge in CHF 1'000

1)	KontoNr.	Bezeichnung der Projekte	2) Prio-rität	3) ND in J.	4) Fk Fe	5) Anlagen im Bau	Aus-gaben	6) Einnah-men	Netto	2026	2027	2028	2029	2030	2031	später
*	0290.5040.04	Mittelstrasse 3 Fudamentunterfangung	A	25		60			-							
	6191	Werkhof	B	40			5'000		**5'000**							5'000
									-							
									-							
									-							
		Elektrizität (bis Ende 2026)							-							
*	8710.5034.01	Mittelstrasse	A	40			63		**63**	63						
*	8710.5040.13	Trafostation Zentrum	A	50			40		**40**	40						
*	8710.5040.17	Trafostation Mittelstrasse	A	50			69		**69**	69						
*	8710.5040.05	Gesamtkoordination Werke Bahnhof (Trafo Wolf)	A	50			376		**376**	376						
*	8710.5034.19	Gesamtkoordination Werke Bahnhof (Leitungen)	A	40			418		**418**	418						
*	8710.5034.22	16kV-Kabel UW Brügg - MS Aalmatten	A	40			25		**25**	25						
*	8710.5034.25	Allmendstrasse (Kreisel Kreuzweg)	A	40			77		**77**	77						
	8710.5034.06	0.4kV(16 kV: Gerberweg West Aalmatten - Wolf (BTI- Hechtenweg)	A	40					-							
	8710.5034.12	0.4kV: Lyss-Strasse Ost	A	40					-							
	8710	0.4kV/16kV: Strandweg Progressia - Mittelstrasse	A	40					-							
*	8710.5034.17	0.4kV Hofmattenquartier	A	40			98		**98**	98						

Tabelle 2: INVESTITIONSPROGRAMM

Version vom 01.10.26

Beträge in CHF 1'000

1)	KontoNr.	Bezeichnung der Projekte	2) Prio-rität	3) ND in J.	4) Fk Fe	5) Anlagen im Bau	Aus-gaben	6) Einnah-men	Netto	2026	2027	2028	2029	2030	2031	später
	8710.5090.02	Unterflursteckdose Zentrum	C	10					-							
	8710.5034.26	Ersatz MS-Kabel Mikron - Burgerbeunden, Schloss - Schützenmatt, Schützenmatt - Milanweg	A	40					-							
	8710.5034.27	Ersatz MS-Kabel Alpha - BKW, BKW - Schloss	A	40					-							
	8710.5090.04	Neue Zähler iMS	A	**10**			450		**450**	450						
*	8710.5290.01	Eigentümerstrategie EV Nidau	A	5			37		**37**	37						
*	8710.5290.02	Umsetzung Rechtsformänderung	A	5			98		**98**	98						
									-							
									-							
		Tiefbau und Umwelt							-							
*	6150.5010.02 6150.6310.05	Lyss-Strasse (Trottoiranpassung)	A	40					-							
*	6150.5010.09	Strassenbeleuchtung auf LED umrüsten	A	20		118	102		**102**	50	52					
*	6150.5010.03	Mittelstrasse	A	40			1'396		**1'396**	1'296	100					
*	3421.5020.01 3421.6310.01	Revitalisierung Seeufer Nidau (Projektierung beschlossen)	A	20		57	2'512		**2'512**	12						2'500
	6150	Gnägibrüggli (p.m.)	A	40			1'000		**1'000**							1'000
*	6150.5010.31 6150.6320.01	Sanierung Looslibrücke Beitrag Gemeinde Port	A	40		79	135		**135**	135						
*	6150.5010.99 Div. Konti	Rahmenkredit Strassensanierungen (Kategorie mittel bis schlecht)	A	40			1'882		**1'882**		500	500	500	382		
*	6150.5010.37	Strassensanierung Hofmattenquartier (1. Tranche Rahmenkredit)	A	40			118		**118**	118						

Tabelle 2: INVESTITIONSPROGRAMM

Version vom 01.10.26

Beträge in CHF 1'000

1)	KontoNr.	Bezeichnung der Projekte	2) Prio-rität	3) ND in J.	4) Fk Fe	5) Anlagen im Bau	Aus-gaben	6) Einnah-men	Netto	2026	2027	2028	2029	2030	2031	später
*	6150.5010.27 6150.6360.01	Skate-Bewegung-Begegnungspark	A	40		65	500		**500**	450	50					
*	6150.5010.28	Bahnhofgebiet: Infrastrukturverträge Kostenbeter	A	40		520	950		**950**	900	50					
*	6150.5010.29	Kreisel Kreuzweg/Belagssanierung Allmendstras	A	40			156		**156**	156						
	6150.5010.30	Parkplätze Schulgasse	A	40			100		**100**							100
*	6150.5010.33	Sanierung Dr. Schneiderstrasse, Schlossstrasse	A	40		14	171		**171**	171						
*	6150.5010.34	Temporäre Freiraumgestaltung Bibliotheksplatz	A	10			16		**16**	16						
*	6150.5010.36	Sanierung Keltenstrasse	A	40			170		**170**		170					
*	3290.5090.01	Weihnachtsbeleuchtung	A	10			112		**112**	112						
	3421	Badestege	C	40			170		**170**							170
									-							
									-							
									-							
									-							
		Bus														
*	6230.5040.01	Ersatz alte Buswartehäuser Linien 4 und 6	A	25		433			-							
*	6230.5010.02	Umbau Bushaltestellen nach BehiG Milanweg, Guglerstrasse, Ruferheim	A	40		49	447		**447**	400	47					
*	6230.5010.01	Umsetzung Bus 2020, Buslinie 3	A	40			212		**212**	212						

Tabelle 2: INVESTITIONSPROGRAMM

Version vom 01.10.26

Beträge in CHF 1'000

1)	KontoNr.	Bezeichnung der Projekte	2) Prio-rität	3) ND in J.	4) Fk Fe	5) Anlagen im Bau	Aus-gaben	6) Einnah-men	Netto	2026	2027	2028	2029	2030	2031	später
									-							
									-							
		Fahrzeug														
*	6150.5060.03	Kommunalfahrzeug	A	10			165		**165**	165						
									-							
									-							
		Bildung Kultur und Sport														
	2120	Erneuerung Schulmobiliar	A	10			450		**450**				450			
									-							
									-							
									-							
									-							
									-							
									-							
									-							

Tabelle 2: **INVESTITIONSPROGRAMM**

Version vom 01.10.26

Beträge in CHF 1'000

1)	KontoNr.	Bezeichnung der Projekte	2) Prio-rität	3) ND in J.	4) Fk Fe	5) Anlagen im Bau	Aus-gaben	6) Einnah-men	Netto	2026	2027	2028	2029	2030	2031	später
									-							
									-							
									-							
									-							
									-							
	T o t a l					*4'149.84*	***70'265***	***2'180***	***68'085***	***6'921***	***3'964***	***4'328***	***1'950***	*12'552*	*10'000*	***28'370***

[1] bereits beschlossene Projekte mit einem * bzw- Sammelpositionen, für welche die Abschreibungen jährlich zu berücksichtigen sind, mit "A" bezeichnen.

[2] "A" für Zwangsbedarf, "B" für Entwicklungsbedarf und "C" für Wunschbedarf [3] Nutzungsdauer in Jahren; gemäss Anhang 2 Gemeindeverordnung (vgl. Tabelle "Nutzung")

[4] Projekte mit Folgebetriebskosten ("Fk") und -erlösen ("Fe") markieren (ohne Kapitaldienst) > bitte entsprechende Beträge in Tabelle "Aufgaben" einsetzen!

[5] Anlagen im Bau: Bestände letztes Rechnungsjahr sind den entsprechenden Projekten zuzuordnen!

[6] Ausgaben und Einnahmen der Investitionsrechnung sind getrennt in die einzelnen Jahresspalten einzutragen, um zeitliche Verschiebungen zu berücksichtigen!

Tabelle 2: **INVESTITIONSPROGRAMM**

Version vom 01.10.26

Beträge in CHF 1'000

1)	KontoNr.	Bezeichnung der Projekte	2) Prio-rität	3) ND in J.	4) Fk Fe	5) Art	6) Anlagen im Bau	Aus-gaben	7) Einnah-men	Netto	2026	2027	2028	2029	2030	2031	später
*	7201.5032.02	GEP-Massnahmen "Badstubenzihl" (Projektierung bewilligt) 20'000 noch HRM1	A	80			7	24		**24**		24					
*	7201.5032.06	Sanierung Kanalisationsleitung Hauptstrasse 20 - 32	A	80				75		**75**		75					
	7201.5032.02	GEP-Massnahmen "Badstubenzihl"	A	80				1'000		**1'000**				1'000			
*	7201.5032.03	Gerberweg West (Bahnhof - Hechtenweg)	A	80				500		**500**							500
*	7201.5032.04	Mittelstrasse	A	80				329		**329**	329						
	7201.5032.05	Bielstrasse - Guglerstrasse	B	80				150		**150**							150
	7201	Quartier Aalmatten	B	80				1'000		**1'000**							1'000
	7201	Balainen - Zihlstasse	A	80				900		**900**							900
	7201	Hochwasserschutz Beunden (p.m.)								**-**							
	7201	Pumpwerk Barkenhafen p.m.	A	50						**-**							
*	7201.5032.08	Hochwasserentlastung Zihl, Düker	A	80			8			**-**							
*	7201.5032.07	Hofmattenquartier	A	80				191		**191**	191						
*	7201.5032.10	Bahnhof Sanierung Kanalisation	A	80				335		**335**	335						
*	7201.5032.17	Kreisel Kreuzung Sanierung Kanalisation	A	80				140		**140**	140						
*	7201.5292.02	Infrastrukturmanagement Siedlungsentwässerun	A	5			215	115		**115**	115						
*	7201.5032.13	Gesamtkoordination Werke Bahnhof	A	80			186	411		**411**	411						
*	7201.5032.15	Kanal- und Schachtsanierung Martiweg	A	80						**-**							

Tabelle 2: **INVESTITIONSPROGRAMM**

Version vom 01.10.26

Beträge in CHF 1'000

1)	KontoNr.	Bezeichnung der Projekte	2) Prio-rität	3) ND in J.	4) Fk Fe	5) Art	6) Anlagen im Bau	Aus-gaben	7) Einnah-men	Netto	2026	2027	2028	2029	2030	2031	später
*	7201.5032.16	Sanierung Pumpwerk Zihlstrasse	A	50				556		**556**	150	406					
	7201.5032.99	Rahmenkredit Kanalisationssanierungen (Kategorie mittel bis schlecht)						2'500		**2'500**		300	600	600	500	500	
										-							
										-							
										-							
										-							
										-							
										-							
										-							
										-							
										-							
										-							
	T o t a l						***416.29***	***8'226***	***-***	***8'226***	***1'671***	***805***	***600***	***1'600***	***500***	***500***	***2'550***

[1] bereits beschlossene Projekte mit einem * bzw- Sammelpositionen, für welche die Abschreibungen jährlich zu berücksichtigen sind, mit "A" bezeichnen.

[2] "A" für Zwangsbedarf, "B" für Entwicklungsbedarf und "C" für Wunschbedarf [3] Nutzungsdauer in Jahren; gemäss Anhang 2 Gemeindeverordnung (vgl. Tabelle "Nutzung")

[4] Projekte mit Folgebetriebskosten ("Fk") und -erlösen ("Fe") markieren (ohne Kapitaldienst) > bitte entsprechende Beträge in Tabelle "Aufwand" budgetieren!

[5] E = Erweiterungsinvestitionen (erhöhte Einlagen in WE) [6] Anlagen im Bau: Bestände letztes Rechnungsjahr sind den entsprechenden Projekten zuzuordnen!

[7] Ausgaben und Einnahmen der Investitionsrechnung sind getrennt in die einzelnen Jahresspalten einzutragen, um zeitliche Verschiebungen zu berücksichtigen!

Tabelle 2: **INVESTITIONSPROGRAMM**

Version vom 01.10.26

Beträge in CHF 1'000

1)	KontoNr.	Bezeichnung der Projekte	2) Prio-rität	3) ND in J.	4) Fk Fe	Anlagen im Bau	Aus-gaben	5) Einnah-men	Netto	2026	2027	2028	2029	2030	2031	später
									-							
									-							
									-							
									-							
									-							
									-							
									-							
									-							
									-							
									-							
									-							
									-							
									-							
	Total					-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

[1] bereits beschlossene Projekte mit einem * bzw- Sammelpositionen, für welche die Abschreibungen jährlich zu berücksichtigen sind, mit "A" bezeichnen.

[2] "A" für Zwangsbedarf, "B" für Entwicklungsbedarf und "C" für Wunschbedarf [3] Nutzungsdauer in Jahren; gemäss Anhang 2 Gemeindeverordnung (vgl. Tabelle "Nutzung")

[4] Projekte mit Folgebetriebskosten ("Fk") und -erlösen ("Fe") markieren (ohne Kapitaldienst) > bitte entsprechende Beträge in Tabelle "Aufwand" budgetieren!

[5] Anlagen im Bau: Bestände letztes Rechnungsjahr sind den entsprechenden Projekten zuzuordnen!

[6] Ausgaben und Einnahmen der Investitionsrechnung sind getrennt in die einzelnen Jahresspalten einzutragen, um zeitliche Verschiebungen zu berücksichtigen!

Tabelle 3: **Sachanlagen des Finanzvermögens**

Version vom 01.10.26

Beträge in 1'000 CHF

1)	KontoNr.	Bezeichnung der Projekte	2) Prio-rität	3) Fk Fe	4) Total	2026	2027	2028	2029	2030	2031	später
	10840	Sanierung Schloss-Strasse 12	A		500			500				
	10840	Schloss-Strasse 13 und 15; diverser Unterhalt/Sanierung Halle	C		1300	100	100	100	500	500		
	10840	Hauptstrasse 70 - 76 (Broki und Garagen) p.m.	A		50		50					
	10840	Hauptstrasse 78, minimale Sanierungen	A		1500		100	1400				
*	10840.01.1	Sanierung Liegenschaftsentwässerung Schloss-Strasse 15	A		200		200					
*	10840.01.0	Sanierung Schloss-Strasse 15 (Heizzentrale)	A		50	50						
*	10840.01.0	Fernwärmeanschluss, Dr.Schneider-Strasse 92	A		150		150					
	10840	Sanierung Dr. Schneiderstrasse 92	A		1000		500	500				
*	10840.01.1	Dachsanierung Hauptstrasse 73 (Anteil FV)	A		120	60	60					
*	10840.01.1	Schloss-Strasse 15 (Kredit Juni 2026)	A		3400	200	1200	1000		1000		
	T o t a l	***Sachanlagen***			***8270***	***410***	***2360***	***3500***	***500***	***1500***	***0***	***0***

1) bereits beschlossene Projekte mit einem * bezeichnen.

2) "A" für Zwangsbedarf, "B" für Entwicklungsbedarf und "C" für Wunschbedarf

3) "Fk" einsetzen für Projekte mit Folgebetriebskosten und "Fe" für Folgebetriebserlöse (ohne Kapitaldienst) > bitte entsprechende Beträge in Tabelle "Aufgaben" einsetzen!

4) Einnahmen mit **negativem** Vorzeichen einsetzen

Investitionsplanung bis 2041 (Anhang zu Finanzplanungen ab 2025)

Finanzplan 2025 - 2030

	2025	2026	2027	2028	2029	2030	2031	2032	2033	2034	2035	2036	2037	2038	2039	2040	nach 2030 (später gemäss FIPLA)	**Total FIPLA inkl. später**
EW Nidau	1'328	1'383	-															**2'711**
Strandbad		500	-								**4'000**	**4'500**					8'500	**9'000**
Burgerbeunden SH			-											**2'000**	**3'100**		5'100	**5'100**
Investitionen bewilligt	3'733	2'462	1'459	-520	-250													**6'884**
Weidteile	**30**	**270**	**600**	**900**	**1'200**	**5'100**	**13'200**	**8'400**	**300**								21'900	**30'000**
Grundbedarf	120	805	1'650	1'917	100	500	618	618	618	618	618	618	618	618	618	618	6'180	**11'272**
Total Allgemeiner Haushalt	5'211	5'420	3'709	2'297	1'050	5'600	13'818	9'018	918	618	4'618	5'118	618	2'618	3'718	618	41'680	**64'967**
Abwasser	1'803	2'289	397	150	150	450	659	659	659	659	659	659	659	659	659	659	6'592	**11'831**
Total Finanzplan 2025 - 2030	7'014	7'709	4'106	2'447	1'200	6'050	14'477	9'677	1'577	1'277	5'277	5'777	1'277	3'277	4'377	1'277	48'272	**76'798**
Mittelwert 2025 - 2030			**4'754**															
Mittelwert 2025 - 2040								**4'800**										

Finanzplan 2026 - 2031

	2026	2027	2028	2029	2030	2031	2032	2033	2034	2035	2036	2037	2038	2039	2040	2041	nach 2031 (später gemäss FIPLA)	**Total FIPLA inkl. später**
EW Nidau	1'751																	**1'751**
Strandbad		50	300							**4'000**	**4'500**						8'500	**8'850**
Burgerbeunden SH			-										**2'000**	**3'100**			5'100	**5'100**
Investitionen bewilligt	4'430	2'309	1'921	-930	382	-												**8'112**
Weidteile **(früher als VJ)**	**700**	**300**	**1'000**	**2'000**	**12'000**	**10'000**	**6'000**										6'000	**32'000**
Grundbedarf	40	1'305	1'107	880	170	-	877	877	877	877	877	877	877	877	877	877	8'770	**12'272**
Total Allgemeiner Haushalt	6'921	3'964	4'328	1'950	12'552	10'000	6'877	877	877	4'877	5'377	877	2'877	3'977	877	877	28'370	**68'085**
Abwasser	1'671	805	600	1'600	500	500	255	255	255	255	255	255	255	255	255	255	2'550	**8'226**
Total Finanzplan 2026 - 2031	8'592	4'769	4'928	3'550	13'052	10'500	7'132	1'132	1'132	5'132	5'632	1'132	3'132	4'232	1'132	1'132	30'920	**76'311**
Mittelwert 2026 - 2031			**7'565**															
Mittelwert 2026 - 2041								**4'769**										

STADT NIDAU

7. Budget 2027

Ressort	Finanzen
Sitzung	19.11.2026

Der Gemeinderat unterbreitet dem Stadtrat das Budget 2027 inkl. Vorbericht.

nid 9.1.1.2 / 10

Sachlage / Vorgeschichte

Der Vorbericht enthält alle wichtigen Erläuterungen zum Budget 2027.

Beschlussentwurf

Der Stadtrat von Nidau beschliesst, gestützt auf Art. 6, Abs. 2 und 3 des Reglements über die Übertragung der Aufgaben in den Bereichen Feuerwehr und Gemeindeführung in Katastrophen und Notlagen:

1. Die Feuerwehrdienstersatzabgabe für das Jahr 2027 wird auf 10.5% des einfachen Steuerbetrages festgesetzt.
2. Die Ersatzabgabe beträgt mindestens CHF 40.00 und darf den vom kantonalen Recht festgelegten Höchstsatz nicht überschreiten.
3. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

Der Stadtrat von Nidau beschliesst gestützt auf Artikel 55 Buchstabe e der Stadtordnung und unter Vorbehalt des fakultativen Referendums gemäss Artikel 35 der Stadtordnung:

1. Das mit einem Gesamtaufwandüberschuss von CHF 4'576'484.00 (Allgemeiner Haushalt: CHF 4’541'087.00; Spezialfinanzierungen: CHF 35'397.00) abschliessende Budget für das Jahr 2027 wird genehmigt.
2. Im Jahre 2027 werden folgende Gemeindesteuern erhoben:
   a. Auf den Gegenständen der Staatssteuern (Einkommen, Vermögen, Gewinn, Kapital) das 1,7fache der kantonalen Einheitsansätze.
   b. Eine Liegenschaftssteuer von 1,5 ‰ des amtlichen Wertes.
3. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

2560 Nidau, 20. Oktober 2026 la

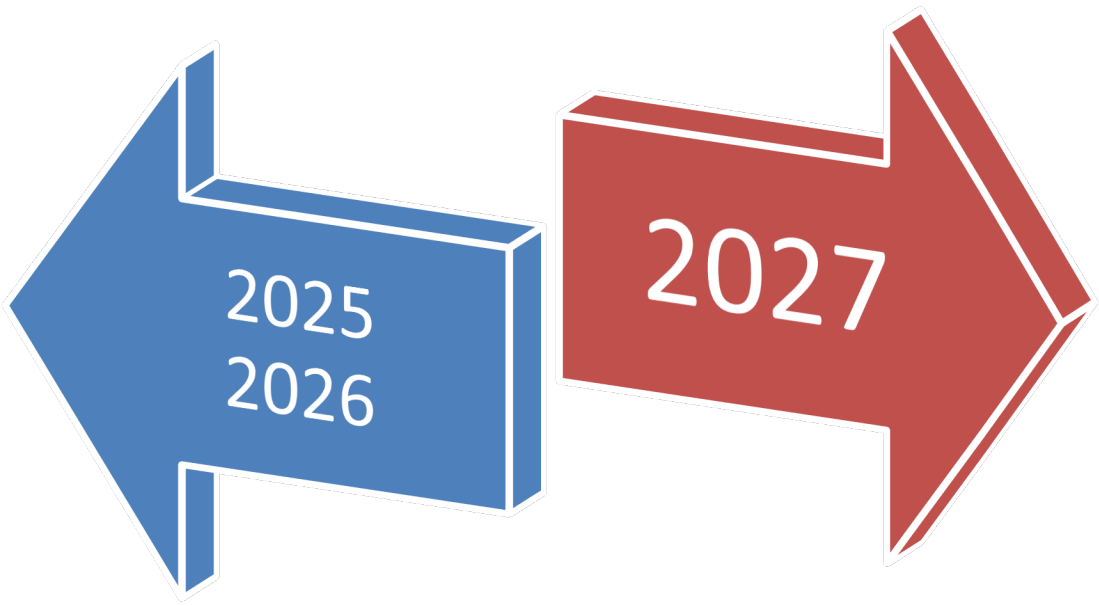
NAMENS DES GEMEINDERATES NIDAU

Der Stadtpräsident	Die Stadtschreiberin
Tobias Egger	Manuela Jennings

Beilagen:
Budget 2027

STADT NIDAU

Budget 2027



Inhalt

0 AUF EINEN BLICK (MANAGEMENT SUMMARY) 3

1 RECHNUNGSLEGUNGSGRUNDSÄTZE HARMONISIERTES RECHNUNGSLEGUNGSMODELL 2 (HRM2) 4

1.1 Allgemeines 4

1.2 Abschreibungen 4

1.2.1 Verwaltungsvermögen 4

1.2.2 Zusätzliche Abschreibungen (Art. 84 GV) 5

1.3 Investitionsrechnung / Aktivierungsgrenze 5

2 ERLÄUTERUNGEN 5

2.1 Allgemeines 5

2.1.1 Ausgangslage bzw. Rechnungsergebnis Vorjahr 5

2.1.2 Ergebnis Budget 5

2.2 Erfolgsrechnung 6

2.2.1 Entwicklung Personalaufwand 6

2.2.2 Entwicklung Sachaufwand 8

2.2.3 Entwicklung Steuerertrag 8

2.2.4 Entwicklung FILAG 10

2.3 Investitionen 13

3 ERGEBNIS 14

3.1 Allgemeine Übersicht 14

3.2 Übersicht Gesamtergebnis Gemeinde 14

3.2.1 Erfolgsrechnung 14

3.2.2 Investitionsrechnung 14

3.2.3 Finanzierungsergebnis 15

3.3 Ergebnis Allgemeiner Haushalt 15

3.4 Ergebnis steuerfinanzierter Haushalt 15

3.5 Ergebnis Elektrizität 16

3.6 Ergebnis Spezialfinanzierung Abwasser 16

3.7 Ergebnis Spezialfinanzierung Abfall 16

4 ERFOLGSRECHNUNG 17

4.1 Zusammenzug Gliederung nach Sachgruppen 17

4.2. Zusammenzug nach funktionaler Gliederung 17

5 INVESTITIONSRECHNUNG 18

5.1 Zusammenzug nach funktionaler Gliederung 18

5.2. Funktionale Gliederung 18

6 EIGENKAPITALNACHWEIS 20
6.1 Nachweis über das voraussichtliche Eigenkapital 21
6.2 Kommentare 21
6.2.1 Spezialfinanzierungen im Eigenkapital 21
6.2.2 Vorfinanzierungen 21
6.2.3 Reserven (zusätzliche Abschreibungen) 21
6.2.4 Neubewertungsreserve Finanzvermögen 21
6.2.5 Bilanzüberschuss/-fehlbetrag 21
7 BESCHLUSSENTWURF 22
8. BESCHLUSS 22
9. BUDGET ERFOLGSRECHNUNG NACH FUNKTIONALER GLIEDERUNG 23

0 Auf einen Blick (Management Summary)

Die Berner Einwohnergemeinden hatten auf 1. Januar 2016 das neue Harmonisierte Rechnungsmodell 2 (HRM2) einzuführen. Das vorliegende Budget entspricht den kantonalen Vorgaben.

Zur finanziellen Führung des Finanzhaushalts müssen die zuständigen Organe über Instrumente verfügen. Gemäss Art. 60 Abs. 1 der Gemeindeverordnung umfasst das Rechnungswesen den Finanzplan, das Budget und die Jahresrechnung. Die Haupteigenschaften des Budgets sind:

- Der Gemeinderat stellt mit dem Budget die finanziellen Auswirkungen seines „Regierungsprogramms" des kommenden Jahres dar.
- Der Gemeinderat stellt im Budget alle Einnahmen und Ausgaben einander gegenüber.
- Das Budget ist zukunftsorientiert, es handelt sich um einen kurzfristigen Finanzplan.
- Das Budget stimmt mit dem ersten Planjahr des Finanzplans überein. Allfällige strategische Korrekturen des Gemeinderates im Finanzplan bleiben vorbehalten.
- Ausgaben sind durch Einnahmen zu decken. Die zuständigen Gemeindeorgane stellen sicher, dass der Haushalt mittelfristig finanziell im Gleichgewicht ist.

Das vom zuständigen Organ genehmigte Budget der Erfolgsrechnung ist rechtlich verbindlich.
Mit dem Budget können direkt Ausgaben beschlossen werden (neue einmalige Konsumausgaben).

Das vorliegende Budget für das Jahr 2027 wurde nach dem Grundsatz der Vollständigkeit erstellt. Das heisst es enthält sämtliche Aufwände und Erträge der Erfolgsrechnung (rechtlich verbindlich) sowie alle zum heutigen Zeitpunkt absehbaren Ausgaben und Einnahmen der Investitionsrechnung (diese dienen lediglich der Planung der Abschreibungen und Zinsen und sind rechtlich nicht verbindlich).

<u>Das vorliegende Budget basiert auf folgenden Grundlagen:</u>

- Detailbudgetierung der Abteilungen gemäss Budgetrichtlinien des Gemeinderates.
- Budget 2026 sowie Jahresrechnung 2025, ferner Finanzplanung 2026 – 2031.
- Kantonale Prognoseannahmen für Positionen aus dem Finanz- und Lastenausgleichsgesetz (FILAG) inkl. Finanzierung der Volksschule.
- Gemeindesteueranlage: 1.7 Einheiten
- Liegenschaftssteuer: 1.5 ‰ vom amtlichen Wert
- Abwassergebühren: CHF 2.20 pro m3 Frischwasserbezug
  Grundgebühr für Schmutzwasser (Tarif abhängig von der Nennleistung des Wasserzählers), Grundgebühr für Regenabwasser nach Fläche
- Kehrichtgebühren: Haushalte und Kleingewerbe: CHF 38.00 pro Einwohnergleichwert Industrie-, Gewerbe- und Handel- & Dienstleistungsbetriebe nach Betriebs- und Lagerflächen: bis 100m2 CHF 300.00, bis 500m2 CHF 800.00, über 500m2 CHF 1'600.00, Container-Vignetten: CHF 15.00
- Feuerwehrdienstersatzabgabe: 10.5% des einfachen Steuerbetrages. Die Ersatzabgabe beträgt mindestens CHF 40.00 und darf den vom kantonalen Recht festgelegten Höchstsatz nicht überschreiten.

Das Budget der Erfolgsrechnung schliesst im

- **Gesamthaushalt** (Konsolidierung Ergebnisse Allgemeiner Haushalt und Spezialfinanzierungen) mit einem Aufwandüberschuss von CHF 4'576'484.00; **unter HRM2 ist das Gesamtergebnis zu beschliessen.**
- **Allgemeinen Haushalt** mit einem Aufwandüberschuss von CHF 4'541'087.00.

Gesamthaushalt
CHF 4'576'484.00

Allgemeiner Haushalt (HRM1: Steuerhaushalt)
CHF 4'541'087.00

Spezialfinanzierungen gebührenfinanziert
CHF 35'397.00

Steuerfinanz. Haushalt
CHF 5'421'087.00

Elektrizität
CHF 880'000.00

Abwasserentsorgung
CHF 6'617.00

Abfall
CHF 28'780.00

Faktoren, welche das Ergebnis der Erfolgsrechnung 2027 (Allgemeiner Haushalt: Defizit CHF 4‘541'087.00) gegenüber dem Budget 2026 (Defizit CHF 3‘722'322.00) massgeblich beeinflussen:

Position	**Auswirkung in CHF**
Weniger Ertrag aus dem EW infolge der Auslagerung in eine AG	950'000
Weniger Gewinnsteuern bei juristischen Personen	250'000
Lastenausgleich Sozialhilfe	300'000
Unterhalt an Grundstücken (v.a. Schulliegenschaften)	100'000
Unterhalt an Gebäuden	38'000
Ausgaben bei den Maturitätsschulen	115'000
Höherer Abschreibungsaufwand (exkl. EW)	60'000
Lastenausgleich Sozialversicherungen und EL	100'000
Weniger Personalaufwand	-135'000
Weniger Wertberichtigungen und Forderungsverluste Steuern	-150'000
Mehr Einkommenssteuern natürliche Personen	-220'000
Mehr Vermögenssteuern natürliche Personen	-50'000
Mehr Quellensteuern	-150'000
Mehr Ertrag aus Finanzausgleich (Disparitätenabbau)	-400'000
Total Abweichungen (Schlechterstellung)	**808'000**

Investitionen
Die Investitionsrechnung (keine Verbindlichkeit) weist Nettoinvestitionen von CHF 4‘769‘000 aus. CHF 3‘964‘000 im Allgemeinen Haushalt und CHF 805‘000 bei der Spezialfinanzierung Abwasser.

Entwicklung Bilanzüberschuss

Bestand per 31. Dezember 2025	CHF	13‘830‘192.73
Aufwandüberschuss gemäss Budget 2026 (Allgemeiner Haushalt)	CHF	3'722'322.00
Aufhebung Konto zusätzliche Abschreibungen und Übertrag auf Bilanzüberschuss*	**CHF**	**-3'865'876.12**
Aufwandüberschuss gemäss Budget 2027 (Allgemeiner Haushalt)	CHF	4‘541‘087.00
Voraussichtlicher Bilanzüberschuss per 31. Dezember 2027	CHF	9‘432‘659.85

* vgl. auch die Ausführungen unter dem Titel «Zusätzliche Abschreibungen (Art. 84 GV)» auf der Seite 5.

1 RECHNUNGSLEGUNGSGRUNDSÄTZE HARMONISIERTES RECHNUNGSLEGUNGSMODELL 2 (HRM2)

1.1 Allgemeines

Das Budget 2026 wurde nach dem neuen Rechnungslegungsmodell HRM2, gemäss Art. 70 Gemeindegesetz (GG [BSG 170.11]), erstellt.

1.2 Abschreibungen

1.2.1 Verwaltungsvermögen

Im Budget 2027 werden die ordentlichen Abschreibungen nach Anlagekategorien und Nutzungsdauer (gemäss Anhang 2 Gemeindeverordnung) der neuen, d.h. nach Einführung von HRM2 erstellten Vermögenswerte berechnet. Die Abschreibungen erfolgen linear nach Nutzungsdauer ab Inbetriebnahme bzw. Nutzung der Investition.

Im Allgemeinen Haushalt werden per 2026 resp. 2027 Nettoinvestitionen von rund CHF 1 Million resp. CHF 4.8 Millionen in Betrieb genommen. Sie sind nach den Vorschriften in der Anlagebuchhaltung zu aktivieren und linear nach vorgeschriebener Nutzungsdauer abzuschreiben.
Mittels Abschreibung wird der Entwertung getätigter Investitionen Rechnung getragen; insbesondere stellen die Abschreibungen eine angemessene Selbstfinanzierung sicher.

1.2.2 Zusätzliche Abschreibungen (Art. 84 GV)

Die Vorschriften über die zusätzlichen Abschreibungen werden mit der Änderung der GV vom 13. November 2024 zehn Jahre nach der Einführung des HRM2 aufgehoben. Die Auflösung des Kontos zusätzliche systembedingte Abschreibungen passiert einmalig zu Gunsten des Bilanzüberschusses im Jahr 2026.

1.3 Investitionsrechnung / Aktivierungsgrenze

Der Gemeinderat belastet einzelne Investitionen bis zum Betrag von CHF 75‘000.00 (Maximalbetrag gemäss Art. 79a GV) **wie bis anhin** der Erfolgsrechnung. Die Richtlinie gilt sowohl für den Allgemeinen Haushalt als auch für spezialfinanzierte Investitionen. Es ist grundsätzlich eine konstante Praxis zu verfolgen.

2 ERLÄUTERUNGEN

2.1. Allgemeines

2.1.1 Ausgangslage bzw. Rechnungsergebnis Vorjahr

Die erfreulichen Jahresabschlüsse der Jahre 2002 bis 2025 haben es ermöglicht, einen Bilanzüberschuss von rund CHF 13.8 Millionen aufzubauen. Per 31. Dezember 2025 weist die Stadt Nidau ein abschreibungspflichtiges Verwaltungsvermögen im steuerfinanzierten Haushalt von rund CHF 32.1 Millionen aus (Vorjahr: CHF 30.3 Millionen).

2.1.2 Ergebnis Budget

Aufgrund der positiven Rechnungsergebnisse der vergangenen Jahre beschlossen Gemeinderat und Stadtrat im Rahmen des Budgets 2016, die Steueranlage um ein Zehntel auf 1.7 Einheiten zu senken. Diese Massnahme führte zu jährlichen Mindereinnahmen von rund CHF 900'000. Dank des aufgebauten Eigenkapitals und regelmässig besserer Abschlüsse als budgetiert, wird diese Steueranlage weiterhin als tragbar eingeschätzt.
Die Hochrechnung für das Jahr 2026 zeigt, dass die budgetierten Steuererträge voraussichtlich erreicht werden. Die Nachhaltigkeit dieser Erträge wird sich jedoch erst in den Folgejahren anhand der definitiven Veranlagungen zeigen. Der Gemeinderat stützt sich bei den Steuererträgen grundsätzlich weiterhin auf die Praxis der Vorjahreswerte. Um das vorliegende Budgetergebnis zu erreichen, hat er jedoch anlässlich der zweiten Budgetrunde entschieden, die Steuererträge um rund CHF 470'000 optimistischer einzustellen als nach der bisherigen Praxis basierend auf den Vorjahreswerten.

Auch beim Personalaufwand wurde unter Berücksichtigung der Teuerung auf die effektiven Vorjahreswerte abgestellt. Der Personalaufwand liegt u.a. auch infolge der Reduktion des Stellenplans per 2027 (vgl. auch Ausführung unter dem Titel «Entwicklung Personalaufwand» auf der Seite 7) um rund CHF 135’000 unter dem Vorjahresbudget.

Um dem Wunsch einer genaueren Budgetierung zu entsprechen, wurden, wie bereits beim Steuerertrag und beim Personalaufwand, über alle Ressorts hinweg keine Reservepositionen in den Budgets eingeplant. Diese Praxis wird dazu führen, dass das Verbesserungspotenzial im Vergleich vom Budget 2027 zur Rechnung 2027 erheblich tiefer liegen dürfte als in den vergangenen Jahren.

Zudem wurde im Budgetprozess von den Ressorts auf alles verzichtet, was nicht unbedingt notwendig ist. Trotz dieser Budgetdisziplin fällt das vorliegende Ergebnis um rund CHF 800'000 schlechter aus als jenes des verabschiedeten Budgets für das laufende Jahr.

Einen massgeblichen Einfluss auf das vorliegende Budget hat die Auslagerung der Elektrizitätsversorgung in eine AG. Dadurch konnten im Vergleich zum Budget 2026 CHF 950'000 weniger Erträge veranschlagt werden. Der vom Ressort Finanzen stets geforderte Ertrag aus der Elektrizitätsversorgung zugunsten des Allgemeinen Haushalts von rund CHF 1.5 Millionen kann mit der Umsetzung der Auslagerung in eine AG nicht mehr erzielt werden.

Die übrigen, durch die Gemeinde nicht beeinflussbaren Verschlechterungen (vor allem der um CHF 300'000 höhere Lastenausgleich Sozialhilfe) konnten durch die oben beschriebenen Massnahmen kompensiert werden.

Bei der Erarbeitung des Budgets ging es dem Gemeinderat darum, die finanziellen Einbussen im Jahr 2027 möglichst gering zu halten.

Die in der Finanzstrategie definierten Zielwerte für Steuerungsgrössen wie Nettoinvestitionen, Selbstfinanzierung, Nettoverschuldungsquote und Bilanzüberschussquote konnten in den letzten Jahren teilweise nicht erreicht werden. Dies führte zu einer zunehmenden Nettoverschuldung. Der Gemeinderat verfolgt verschiedene Ansätze, um die Zielwerte der Finanzstrategie zu erreichen. Ein zentrales Instrument ist das Massnahmenpaket, an dessen Umsetzung alle Ressorts in ihren jeweiligen Zuständigkeiten intensiv arbeiten. Weitere Massnahmen werden in den kommenden Jahren folgen. Entscheidungen, die in die Zuständigkeit des Parlaments oder der Stimmberechtigten fallen (z. B. Gebührenreglement, Steuererhöhung), werden dem Stadtrat unterbreitet. Über andere Massnahmen entscheidet der Gemeinderat gemäss Stadtordnung selbst. Insbesondere Massnahmen mit hohem Potenzial für Mehreinnahmen oder Einsparungen bedürfen vertiefter Abklärungen. Der Gemeinderat ist überzeugt, dass die finanziellen Zielwerte mit einem etappierten Vorgehen langfristig erreicht werden können. Eine klare Investitionsplanung, die konsequente Umsetzung von Sparmassnahmen sowie die Ausschöpfung von Ertragspotenzialen (z. B. Steuersubstratverbesserungen, Gebühreneinnahmen, Steuerfuss) sollen zur nachhaltigen Sicherung der Zielgrössen beitragen. Voraussetzung dafür ist die Mitwirkung aller Gremien – Verwaltung, Gemeinderat, Stadtrat und Bevölkerung.
Der dringendste Handlungsbedarf der Stadt Nidau besteht bei der Selbstfinanzierung, die den definierten Zielwert jährlich um CHF 2 Millionen bis CHF 5 Millionen verfehlt. Um diese strukturelle Lücke dauerhaft zu schliessen, hat der Gemeinderat im Juni 2026 ein Finanzpaket 2026 – 2029 zur Stärkung der Selbstfinanzierung verabschiedet.

Weiterhin soll am in der Finanzstrategie definierten Umfang der Nettoinvestitionen festgehalten werden. Langfristig strebt Nidau durchschnittliche Nettoinvestitionen von CHF 5 Millionen jährlich an, um die öffentliche Infrastruktur zu erhalten und notwendige Entwicklungen zu ermöglichen. In einem separaten Dokument wurden die geplanten Investitionen bis ins Jahr 2041 dargestellt. Diese erweiterte Planung wird dem Finanzplanungsdokument (mit einem kurzfristigeren Planungshorizont) beigelegt. An den drei Investitionsschwerpunkten Schulhaus Weidteile, dem Strandbad und dem Schulstandort Burgerbeunden wird festgehalten. Die durchschnittlichen Investitionsvolumen betragen CHF 7.6 Millionen bis 2031 und CHF 4.8 Millionen bis 2041, womit das Ziel der Finanzstrategie erreicht wird.

In Kürze:
- Die bisherigen gemeindeeigenen Dienstleistungen werden wie bis anhin weitergeführt.
- Das Budget basiert auf einer Steueranlage von **1.7 Einheiten**, nachdem diese von 2002 bis 2015 unverändert bei 1.8 Einheiten lag.
- Der Finanz- und Lastenausgleich (FILAG) belastet die Stadt Nidau insgesamt um CHF 460‘000 mehr als im letzten Jahr budgetiert (vgl. Seite 10).
- Das Budget des Allgemeinen Haushalts schliesst nach Vornahme von sämtlichen obligatorischen Abschreibungen mit einem Aufwandüberschuss von CHF 4‘541’087.00 ab.
- Das Defizit kann vollumfänglich durch vorhandenes Eigenkapital gedeckt werden. Unter Berücksichtigung des veranschlagten Aufwandüberschusses pro 2026 von CHF 3'722'322.00 vermindert sich das Eigenkapital per 31. Dezember 2027 auf ca. CHF 9.4 Millionen (10 Steueranlagezehntel gemäss den Steuererträgen 2025).
- Nachstehende Übersicht zeigt die einzelnen Ergebnisse:

Allgemeiner Haushalt	-4'541'087.00
Abwasserentsorgung	-6'617.00
Abfall	-28'780.00
Gesamthaushalt Aufwandüberschuss	**-4'576'484.00**

- Gegenüber dem Budget 2026 mit einem Aufwandüberschuss (Allgemeiner Haushalt) von CHF 3'722'322.00 schliesst das Budget 2027 (Allgemeiner Haushalt) mit einer Schlechterstellung von CHF 818‘765.00 ab.

2.2 Erfolgsrechnung

Der prognostizierte Aufwandüberschuss entsteht im Wesentlichen durch Leistungen, welche die Gemeinde aufgrund von übergeordnetem Recht zu erfüllen hat und die sich der direkten Einflussnahme durch die Gemeinde entziehen.
Die folgenden Aufstellungen/Vergleiche richten sich nach Sachgruppen. Generell wird der Vergleich Budget 2027/Budget 2026 kommentiert.

2.2.1 Entwicklung Personalaufwand

Der Personalaufwand umfasst hauptsächlich die Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals, die Entschädigungen der Behörden sowie die Personalversicherungsbeiträge (AHV, Pensionskasse und Unfallversicherung). Die Budgetierung der Löhne basiert auf den Gehältern 2026 resp. auf dem Rechnungsergebnis 2025. Insgesamt sinkt der Personalaufwand um CHF 135'000. Der Teuerungsausgleich wird jährlich durch den Regierungsrat des Kantons Bern festgelegt und ist für die Stadt Nidau verbindlich. Über den Anteil, der für individuelle Lohnerhöhungen zur Verfügung steht, entscheidet der Gemeinderat jeweils im Dezember.
Wie anlässlich der Beantwortung der Richtlinienmotion «Stellenplan um mindestens 50 Stellenprozente reduzieren» vom 12. September 2024 in Aussicht gestellt, wird mit nachfolgenden Tabellen über die Entwicklung des Stellenplans informiert.
Die Gesamtzahl der zu bewirtschaftenden Stellen des Gemeindepersonals lag bei 5'585% (SR 12. September 2024).
Gemäss Beschluss im Geschäft «Stellenplan – Erhöhung um 100 Stellenprozente» vom 12. September 2024 ist die Gesamtzahl der Stellen bis zum 1. Januar 2028, um mindestens 100 Stellenprozente zu reduzieren.
Diese Forderung einer Reduktion des Stellenplans um 100 Stellenprozente kann nun aufgrund grosser Anstrengungen aller Beteiligten bereits per 2027 erfüllt werden. Diese Einsparungen sind die Folge von Reorganisationen und das Resultat kumulierter kleinerer Optimierungen. Ausführliche Darlegungen sind dem entsprechenden Stadtratsgeschäft vom 19.11.2026 zu entnehmen.
Die Gesamtzahl der zu bewirtschaftenden Stellen des Gemeindepersonals liegt somit neu bei 5'485% (SR 19.11.2026)

Abteilung/Bereich	**2019**	**2020**	**2021**	**2022**	**2023**	**2024**	**2025**	**2026**	**2027**
Zentrale Dienste (ab 2026 Stadtverwalterin)	700%	750%	750%	720%	720%	700%	700%	690%	100%
Stadtkanzlei									170%
HR (vor 2023 in der Linie)	0%	0%	0%	0%	0%	80%	100%	110%	110%
Finanzen	600%	600%	600%	600%	580%	560%	380%	380%	380%
BKS inkl. Schulverband	230%	230%	250%	250%	250%	250%	230%	230%	230%
Integration	50%	50%	50%	50%	50%	50%	50%	50%	50%
Jugendarbeit	220%	220%	220%	220%	220%	220%	220%	220%	220%
Schulsozialarbeit	105%	105%	105%	105%	150%	150%	150%	150%	150%
Kita	700%	700%	690%	690%	690%	690%	370%	370%	340%
AHV	180%	180%	180%	180%	180%	185%	200%	200%	200%
SozD FIN SH, FIN KES							160%	160%	160%
Alimente	180%	180%	180%	180%	180%	180%	200%	200%	200%
SozD Leitung, Stab	220%	220%	220%	220%	240%	220%	220%	220%	220%
Infrastruktur inkl. Hochbau bis 2025	670%	670%	670%	670%	640%	640%	720%	720%	0%
Bau und Raumplanung									540%
Tiefbau Umwelt Sicherheit									630%
Werkhof	1300%	1300%	1300%	1300%	1300%	1300%	1300%	1300%	1200%
Strandbad	185%	185%	185%	185%	185%	185%	185%	185%	185%
Hausmeister	400%	400%	400%	400%	400%	400%	400%	400%	400%
Total Stellenplan	**5740%**	**5790%**	**5800%**	**5770%**	**5785%**	**5810%**	**5585%**	**5585%**	**5485%**
Veränderung gegenüber Vorjahr		50%	10%	-30%	15%	25%	-225%	0%	-100%

Erklärungen zu Veränderungen	**2020**	**2021**	**2022**	**2023**	**2024**	**2025**	**2026**	**2027**
SRB 21. November 2019 - Schaffung IT-Stelle	50%							
BKS - Verarbeiten Betreuungsgutscheine		20%						
BKS - Entlastung Kita durch Einführung Betreuungsgutscheine		-10%						
Administration AGGLOlac entfällt			-30%					
FIN zu SozD aufgrund Arbeitsplatzanalyse				-20%				
SozD von Fin aufgrund Arbeitsplatzanalyse				20%				
SRB Schulsozialarbeit wird erhöht				45%				
SRB Auslagerung Betriebsführung EVN				-30%				
Aufgabenverschiebung ZD an HR					-20%			
Aufgabenverschiebung FIN an HR					-20%			
Aufgabenverschiebung SozD an HR					-20%			
Aufgabenverschiebung neu HR					80%			
SRB IKZ Ligerz und Twann-Tüscherz					5%	15%		
Aufgabenverschiebung BKS an HR						-20%		

Erklärungen zu Veränderungen	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027
Aufgabenverschiebung Inf an HR						-20%		
Aufgabenverschiebung neu HR abschliessend						20%		
Kita Standort Kanalweg schliessen						-320%		
SRB 12. September 2024 Admin. Inf						100%		
FIN zu SozD aufgrund Reorganisation						-160%		
SozD von FIN aufgrund Reorganisation						160%		
FIN zu Alimente aufgrund Reorganisation						-20%		
Alimente von FIN aufgrund Reorganisation						20%		
Rest von ursprünglichem ZD HR-Anteil HR (30%) an HR							10%	
von ZD an HR							-10%	
Abbau Stellen Kita								-30%
ZD an Stadtkanzlei IT, Vize-Stadtschreiberin								-200%
Stadtkanzlei und IT von ZD								200%
Abbau Stelle IT								-20%
Reduktion Stadtkanzlei								-10%
INF an Bau und Raumplanung								-540%
Bau und Raumplanung von INF								540%
ZD an TUS (Einwohneramt und Sicherheit)								-390%
TUS von ZD (Einwohneramt und Sicherheit)								390%
INF an TUS								-180%
TUS von INF								180%
Werkhof an TUS								-100%
TUS von Werkhof								100%
TUS infolge Auslagerung EV an EV Nidau AG								-20%
Abbau Stellen TUS infolge Reorganisation (TUS, ZD, Werkhof)								-20%
Kontrolle	50%	10%	-30%	15%	25%	-225%	0%	-100%

2.2.2 Entwicklung Sachaufwand

Nachfolgende Aufstellung zeigt einen Überblick über die Veränderungen beim Sachaufwand gegenüber dem Budget 2026 und der Rechnung 2025.

Sachgruppe		Budget 2027	Budget 2026	Rechnung 2025
310	Material- und Warenaufwand	799'371.00	4'867'205.00	5'476'165.66
311	Nicht aktivierbare Anlagen	408'750.00	515'200.00	402'765.96
312	Ver- und Entsorgung Liegenschaften Verwaltungsvermögen	978'150.00	1'006'100.00	877'871.99
313	Dienstleistungen und Honorare	2'361'660.00	2'887'298.00	2'543'770.64
314	Baulicher Unterhalt und betrieblicher Unterhalt	1'276'250.00	1'281'150.00	974'143.65
315	Unterhalt Mobilien und immaterielle Anlagen	823'250.00	882'600.00	740'185.04
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgebühren	240'700.00	216'640.00	196'984.25
317	Spesenentschädigungen	129'950.00	136'950.00	88'414.48
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	430'000.00	586'000.00	-286'560.47
319	Verschiedener Betriebsaufwand	119'600.00	129'500.00	155'151.65
31	**Sach- und übriger Betriebsaufwand**	**7'567'681.00**	**12'508'643.00**	**11'168'892.85**

Die für das Jahr 2027 budgetierten Sachaufwände wurden mehrfach hinterfragt und sorgfältig geprüft. Insgesamt wurde gegenüber dem Vorjahr ein um rund CHF 4.9 Millionen tiefere Sachaufwand veranschlagt.
Die grösste Abweichung zeigt sich beim **Material- und Warenaufwand**, der gegenüber dem Vorjahresbudget um CHF 4.1 Millionen sinkt. Dieser Minderaufwand ist fast ausschliesslich darauf zurückzuführen, dass ab 2027 die Kosten für den Energieeinkauf infolge der Auslagerung der Elektrizitätsversorgung in eine AG in der Erfolgsrechnung der Stadt Nidau entfallen.

Auch bei den **Dienstleistungen und Honoraren** ist ein Minderaufwand von CHF 520'000 zu verzeichnen. Dieser resultiert ebenfalls massgeblich aus den fehlenden Aufwendungen bei der Elektrizitätsversorgung (CHF 370'000) sowie den geringeren Ausgaben für externe Beratungs- und Gutachterhonorare im Bereich des allgemeinen Rechtswesens (CHF 55'000) und der allgemeinen Dienste (CHF 40'000). Bei den Wertberichtigungen auf Steuerforderungen konnten rund CHF 150'000 weniger Aufwand budgetiert werden. Die übrigen Sachaufwandpositionen bewegen sich im Rahmen des Vorjahresbudgets.

2.2.3 Entwicklung Steuerertrag

Die Budgetierung der Steuererträge für das Jahr 2027 basiert erneut auf den effektiven Erträgen des vergangenen Rechnungsjahres. Damit wird die seit dem Budget 2024 angewandte Praxis fortgeführt. Die budgetierten Steuererträge entsprechen den Werten, die in der Finanzplanung 2026–2031 für das Jahr 2027 vorgesehen sind. Die nachfolgende Tabelle stellt die budgetierten Steuererträge für 2027 den im Budget 2026 veranschlagten Beträgen sowie den effektiven Steuererträgen der Rechnung 2025 gegenüber.

Sachgruppe		Budget 2027	Budget 2026	Rechnung 2025
40	**Fiskalertrag**	**19'025'300.00**	**18'875'300.00**	**19'729'679.65**
400	**Direkte Steuern natürliche Personen**	**15'443'500.00**	**15'070'800.00**	**15'560'406.05**
4000	**Einkommenssteuern natürliche Personen**	**13'445'000.00**	**13'274'000.00**	**13'328'791.55**
4000.01	Einkommenssteuern	13'250'000.00	13'029'000.00	13'186'992.65
4000.20	Nachsteuern und Bussen	35'000.00	35'000.00	70'984.35
4000.40	Aktive Steuerausscheidungen Einkommen	650'000.00	700'000.00	642'982.10
4000.50	Passive Steuerausscheidungen Einkommen	-500'000.00	-500'000.00	-561'384.8
4000.60	Pauschale Steueranrechnungen natürliche Personen	10'000.00	10'000.00	-10'782.75
4000.80	Lotteriegewinnsteuern	0.00	0.00	0.00
4001	**Vermögenssteuern natürliche Personen**	**1'395'000.00**	**1'342'800.00**	**1'400'780.70**
4001.01	Vermögenssteuern	1'345'000.00	1'292'800.00	1'338'719.80
4001.40	Aktive Steuerausscheidungen Vermögen	170'000.00	170'000.00	177'165.45
4001.50	Passive Steuerausscheidungen Vermögen	-120'000.00	-120'000.00	-115'104.55
4002	**Quellensteuern natürliche Personen**	**603'500.00**	**454'000.00**	**830'833.80**
4002.01	Quellensteuern	600'000.00	450'000.00	827'493.25
4002.10	Quellensteuern ausserhalb Ertragsabrechnung	3'500.00	4'000.00	3'340.55
401	**Direkte Steuern juristische Personen**	**964'500.00**	**1'107'500.00**	**735'762.50**
4010	**Gewinnsteuern juristische Personen**	**850'000.00**	**1'100'000.00**	**714'066.00**
4010.01	Gewinnsteuern	750'000.00	1'000'000.00	512'296.40
4010.20	Nachsteuern und Bussen	0.00	0.00	0.00
4010.40	Aktive Steuerausscheidungen Gewinnsteuern	600'000.00	600'000.00	765'668.65
4010.50	Passive Steuerausscheidungen Gewinnsteuern	-500'000.00	-500'000.00	-563'814.75
4010.60	Pauschale Steueranrechnungen juristische Personen	0.00	0.00	0.00
4011	**Kapitalsteuern juristische Personen**	**14'500.00**	**7'500.00**	**21'896.50**
4011.01	Kapitalsteuern	10'000.00	6'000.00	15'317.20
4011.40	Aktive Steuerausscheidungen Kapitalsteuern	4'000.00	2'000.00	6'737.50
4011.50	Passive Steuerausscheidungen Kapitalsteuern	500.00	-500.00	-358.20
4019	**Übrige direkte Steuern juristische Personen**	**0.00**	**0.00**	**0.00**
4019.01	Holdingsteuern	0.00	0.00	0.00
402	**Übrige direkte Steuern**	**2'692'000.00**	**2'672'000.00**	**3'408'387.25**
4021	**Grundsteuern**	**1'700'000.00**	**1'700'000.00**	**1'696'667.05**
4021.01	Liegenschaftssteuern	1'700'000.00	1'700'000.00	1'696'667.05
4022	**Vermögensgewinnsteuern**	**890'000.00**	**890'000.00**	**1'298'629.35**
4022.01	Grundstückgewinnsteuern	450'000.00	450'000.00	798'225.80
4022.10	Sonderveranlagungen	440'000.00	440'000.00	500'403.55
4024	**Erbschafts- und Schenkungssteuern**	**12'000.00**	**12'000.00**	**338'868.65**
4024.01	Erbschafts- und Schenkungssteuern	12'000.00	12'000.00	338'868.65
4029	**Eingang abgeschriebene Steuern**	**90'000.00**	**70'000.00**	**74'222.20**
4029.01	Eingang abgeschriebene Steuern	90'000.00	70'000.00	74'217.05
4029.02	Eingang abgeschriebene Sondersteuern	0.00	0.00	5.15
4029.03	Eingang abgeschriebene Liegenschaftssteuern	0.00	0.00	0.00
403	**Besitz- und Aufwandsteuern**	**25'000.00**	**25'000.00**	**25'123.85**
4033	**Hundesteuer**	**25'000.00**	**25'000.00**	**25'123.85**
4033.01	Hundetaxe	25'000.00	25'000.00	25'123.85

Berechnung Steueranlagezehntel

3181.02	Forderungsverluste allgemeine Steuerguthaben	-350'000.00	-400'000.00	-266'075.88
	Total massgebende Steuerarten für die Berechnung des Steueranlagezehntels unter HRM2	16'013'000.00	15'793'300.00	16'024'097.62
	Steueranlagezehntel	**941'941.18**	**929'017.65**	**942'593.98**

Grundlagen:

- Gemeindesteueranlage: 1.7
- Die Unsicherheiten rund um die prognostizierten Steuererträge sind weiterhin gross. Die Stadt Nidau stützte sich ab dem Budget 2024 in erster Linie auf den Rechnungsergebnissen der Vorjahre ab. Bei der Prognose der Steuererträge der natürlichen und juristischen Personen auch auf die Einschätzungen der kantonalen Steuerverwaltung und korrigierte die berechneten Budgetwerte entsprechend.
- Prognosen/Empfehlungen im Rahmen der Finanzplanungshilfe resp. der Finanzplanung 2026 – 2031.
- Die direkten Steuern der natürlichen Personen machen rund 81.1% des Fiskalertrages aus.
- Juristische Personen: Die Ertragslage der Rechnungsjahre 2012 – 2025 wurde als Basis herangezogen (die Spitzenergebnisse 2014 und 2022 sind Einzelfälle und basieren zum Teil auf falschen Veranlagungen, diese wurden daher nicht berücksichtigt). In der Gesamtheit entspricht der eingestellte Ertrag dem realisierten Durchschnittswert 2012 – 2025 und basiert ebenfalls auf der Hochrechnung der Erträge für das Jahr 2026. Aufgrund des Rechnungsergebnisses 2025 und der Hochrechnung 2026 wurden die Steuererträge der juristischen Personen für 2027 um CHF 250'000 tiefer als im Budget 2026 eingestellt.
- In Nidau ist der Ertrag der juristischen Personen von ein paar wenigen Firmen abhängig. Sie sind zum Teil vom Export und somit vom Geschehen in Europa bzw. am Weltwirtschafts- und Devisenmarkt (Frankenstärke) abhängig. Die Gewinnprognosen können sich rasch ändern. Die Veranlagung erfolgt üblicherweise mehrere Jahre später.
- Die Hochrechnung des Steuerertrages für 2026 zeigt auf, dass die für 2026 budgetierten Erträge voraussichtlich insgesamt knapp erreicht werden. Tiefer ausfallen werden voraussichtlich die Steuererträge der juristischen Personen. Wie nachhaltig die Erträge sein werden, muss sich in den Folgejahren aufgrund der definitiven Veranlagungen zeigen.

2.2.4 Entwicklung Finanz- und Lastenausgleich (FILAG)

Der Finanz- und Lastenausgleich belastet die Stadt Nidau insgesamt um CHF 460‘000 stärker als im letzten Jahr budgetiert. Gegenüber dem Vorjahr 2025 ist eine Steigerung von rund CHF 1’060‘000 zu erwarten.

Lastenausgleich	**Budget 2027**	**Budget 2026**	**Rechnung 2025**
Lehrerbesoldungen Kindergarten	492'000.00	525'400.00	475'598.80
Lehrerbesoldungen Primarstufe	1'771'600.00	1'746'000.00	1'706'226.40
Lehrerbesoldungen Sekundarstufe und Sonderschulen	1'272'458.00	1'174'192.00	1'256'517.00
Neue Aufgabenteilung	1'300'000.00	1'300'000.00	1'263'207.00
Sozialversicherung EL	1'800'000.00	1'700'000.00	1'545'129.00
Sozialhilfe	4'750'000.00	4'450'000.00	4'053'707.75
Familienzulagen	35'000.00	35'000.00	32'844.00
Öffentlicher Verkehr	1'371'000.00	1'385'000.00	1'321'154.00
Total Lastenausgleich	**12'792'058.00**	**12'315'592.00**	**11'654'383.95**

Finanzausgleich	**Budget 2027**	**Budget 2026**	**Rechnung 2025**
Zuschuss soziodemografische Lasten	-239'000.00	-225'000.00	-231'927.00
Disparitätenabbau (-Ertrag/+Aufwand)	-1'300'000.00	-1'300'000.00	-1'230'421.00
Total Finanzausgleich	**-1'539'000.00**	**-1'525'000.00**	**-1'462'348.00**
Total Finanz- und Lastenausgleich	**11'253'058.00**	**10'790'592.00**	**10'192'035.95**

Grundlagen:
Budgetgrundlage bilden die durch den Kanton zur Verfügung gestellte Finanzplanungshilfe und das kantonale Kalkulationstool NFV (Neue Finanzierung Volksschule).

Die Lastenausgleichssysteme im Einzelnen
Beim **Lastenausgleich Gehaltskosten Volksschule** übernehmen die Gemeinden 30% der Kosten, der Kanton 70%. Zusätzlich finanzieren die Gemeinden sämtliche Infrastrukturen und die Betriebskosten. Die

Zahl der gehaltenen Lektionen und somit indirekt auch die Anzahl der Klassen sowie das Angebot der fakultativen Fächer sind die massgebenden Faktoren für die Belastung der Gemeinde. Im laufenden Schuljahr 2025/2026 werden 47 Klassen (7 Kindergarten; 18 Primarstufe; 22 Oberstufe) geführt. Für das kommende Schuljahr 2026/2027 werden 46 Klassen (6 Kindergarten; 18 Primarstufe; 22 Oberstufe) erwartet. Der Aufwand im Budget entspricht dem Kalenderjahr.

Der **Lastenausgleich Sozialversicherung Ergänzungsleistungen** wird je zur Hälfte durch Kanton und Gemeinden finanziert. Er beinhaltet die Kosten zur Deckung des allgemeinen Lebensbedarfs und zur Sicherstellung des Aufenthalts in den Heimen sowie an den Krankenkassenprämien. Die Kosten steigen gemäss Prognose der Finanzdirektion des Kantons Bern permanent. Pro Einwohner sind per 2027 gemäss kantonalen Angaben CHF 247 geschuldet (per 2031: CHF 283). Aufgrund der überdurchschnittlich stark steigenden Kosten im Bereich der Ergänzungsleistungen steigen auch die Beiträge der Gemeinden, die sich an den Kosten beteiligen.

Die Kosten für den **Lastenausgleich Sozialhilfe** werden je hälftig durch Kanton und Gemeinden übernommen. Der Lastenausgleichsanteil 2026 (abgerechnet im Jahr 2027) wird gemäss aktuellen Schätzungen gegenüber 2025 um rund CHF 49 auf CHF 677 pro Einwohner (nach Lastenausgleich) steigen (+7.8%).
Insbesondere bei den Leistungen für Kinder mit besonderem Förder- und Schutzbedarf erhöhen sich die von der Bildungs- und Kulturdirektion (BKD) gemeldeten Werte um rund CHF 29 pro Einwohner auf CHF 505.3 Millionen (vor Lastenausgleich). Dieser Mehrbedarf ist aufgrund steigender Zahlen der Schülerinnen und Schüler (SuS). Die Anzahl der SuS hat im besonderen Volksschulangebot erneut zugenommen. 178 zusätzliche Klassen wurden in den letzten vier Jahren eröffnet. Diese Entwicklung war in diesem Ausmass nicht vorhersehbar und die finanziellen Mittel dafür konnten nur zu einem kleinen Teil aufgenommen werden. Zusätzlich sind im Jahr 2026 nochmals 19 Klasseneröffnungen geplant, um den gesetzlichen Auftrag, die bedarfsgerechte Beschulung sicherzustellen und das Recht auf eine angemessene Bildung für alle SuS zu erfüllen. Hinzu kommen die Mehrlektionen im integrativen besonderen Volksschulangebot. Der Mangel an adäquat ausgebildetem Lehrpersonal machte es notwendig, zusätzliche Unterstützungsmassnahmen zu sprechen. Bei den Gemeindeaufwendungen liegt das Budget weiterhin über den effektiven Kosten. Trotz der Reduktionen im Vorjahr und der Reduktion in der diesjährigen Trendmeldung liegen die Mehrkosten bei rund CHF 16 pro Einwohner (nach Lastenausgleich). Insbesondere bei der individuellen Sozialhilfe zeigt sich eine schwer vorhersehbare Entwicklung, da nicht prognostiziert werden kann, wie viele Personen Sozialhilfe beziehen werden. Die ursprünglich erwarteten Mehrkosten konnten daher nicht vollständig realisiert werden. Die Mehrkosten für Krankenkassenprämien wurden hingegen im Budget berücksichtigt. Hinzu kommen die sinkenden Kosten für die Betreuungsgutscheine aufgrund demografischer Veränderungen (Rückgang der Geburtenzahlen) sowie einer verstärkten Umstellung auf schulische Betreuung oder private Betreuung innerhalb der Familie auch pandemiebedingt (Homeoffice, COVID-19).

Die Nettokosten im Nothilfebereich steigen gegenüber dem Vorjahr, insbesondere durch höhere Abgeltungen, Gesundheitskosten und Spezialunterbringungen; dem stehen leicht steigende Nothilfepauschalen des Bundes gegenüber. Die Mehrkosten betragen somit vor Lastenausgleich rund CHF 1.9 Millionen, was zu einer Erhöhung pro Einwohner von rund CHF 1 führt (nach Lastenausgleich).

Der Lastenausgleich im Jahr 2027 (abgerechnet 2028) steigt gemäss aktueller Prognose um weitere CHF 20 pro Einwohner auf CHF 697. Die Abweichungen lassen sich wie folgt erklären:
Die BKD hat im Rahmen der Strategie zur Angebotsplanung Massnahmen zur Stabilisierung eingeleitet, zudem sinkt der Anteil an Geburten leicht. Für die Planung ab dem Jahr 2027ff zeigt sich somit eine Stabilisierung auf den Gesamtkosten von CHF 487.2 Millionen vor Lastenausgleich.

Die Gemeindeaufwände wurden für die Budgetjahre 2027ff bereits angepasst und reduziert, da die Anzahl der Personen, die Sozialhilfe beziehen, weiterhin rückläufig ist. Ebenfalls berücksichtigt sind die sinkenden Kosten im Bereich der Betreuungsgutscheine; hierbei wurden die Auswirkungen (voraussichtliche Mehrkosten) der Motionen Patzen und Köpfli eingerechnet. Die anstehende Revision der Sozialhilfe (SHG) führt zu zusätzlichen Kosten. Unter Berücksichtigung aller Faktoren wird jedoch insgesamt von zusätzlichen Kosten von CHF 7 pro Einwohner (nach Lastenausgleich) ausgegangen.

Im Bereich der Gesundheitsförderung steigen die Kosten im Rahmen der Umsetzung der Gesundheitsstrategie auf CHF 1 pro Einwohner (nach Lastenausgleich). Im Bereich des kantonalen Jugendamtes steigen die Ausgaben für ambulante Hilfen von 2024 auf 2025 um rund 10 Prozent bei abflachender Tendenz. Dies entspricht zusätzlichen Kosten von rund CHF 11.5 Millionen vor Lastenausgleich bzw. CHF 5 pro Einwohner nach Lastenausgleich. Verstärkte ambulante Massnahmen reduzieren den Bedarf an kostenintensiven stationären Unterbringungen, erhöhen jedoch die Anforderungen an spezialisierte stationäre Angebote. Für die Budgetplanung ist ein moderates Wachstum, bei gleichzeitig erhöhtem Individualisierungsbedarf, berücksichtigt.

Im Bereich Nothilfe sind gegenüber der Vorjahresplanung höhere Nettokosten zu erwarten. Ursachen sind steigende Abgeltungen für Leistungen, Betreuung und Fallführung, höhere Gesundheitsaufwendungen sowie erhöhte Aufwendungen für unbegleitete Minderjährige, Sonderunterbringungen und Nothilfepersonen in GSI-Strukturen. Zudem tragen lastenausgleichsberechtigte Massnahmenvollzugskosten im Justizvollzug aufgrund von Mengenwachstum und Tariferhöhungen zu den Kostensteigerungen bei. Aufgrund gesetzlicher Vollzugspflichten bestehen für das Amt für Justizvollzug (AJV) kaum Handlungsspielräume. Demgegenüber stehen marginal höhere Erträge aus der Nothilfepauschale des Bundes. In der Summe resultiert nach Lastenausgleich ein Betrag von −1 CHF pro Einwohner.

Beim **Lastenausgleich öffentlicher Verkehr** gehen ein Drittel der Kosten zu Lasten der Gemeinden. Den Rest finanziert der Kanton. Das Fahrplanangebot nach ÖV-Punkten und die Anzahl Einwohner sind kostenrelevant. Gegenüber der letztjährigen Planung mussten die Annahmen zur Entwicklung der ÖV-Kosten ab 2027 angepasst werden (2027: +2 CHF, 2028: +10 CHF, 2029 +12 CHF und 2030 +11 CHF je ÖV-Punkt).

Der Abgeltungsbedarf für das durch die öffentliche Hand bestellte ÖV-Angebot sowie die Abgeltungen für die Infrastruktur beliefen sich 2025 auf CHF 371 Millionen und waren damit knapp CHF 9 Mio. höher als im Jahr 2024. Im Gegenzug waren die Investitionsbeiträge mit CHF 94 Mio. tiefer als im Vorjahr (CHF 108 Mio.). Die kantonalen ÖV-Ausgaben 2025 waren mit CHF 465 Mio. leicht tiefer als im 2024 (CHF 470 Mio.)
Die ÖV-Ausgaben verändern sich in den kommenden Jahren aufgrund folgender Sachverhalte:

- Der Grosse Rat hat im März 2026 den Angebotsbeschluss öffentlicher Verkehr 2027 – 2030 beschlossen. In den kommenden Jahren sollen verschiedene Angebotserweiterungen umgesetzt werden.
- Folgekosten aus Rollmaterialbeschaffungen sowie Depot Neu- und Ausbauten führen in den kommenden Jahren zu höheren ÖV-Abgeltungen.
- Wegfall Treibstoffzollrückerstattung des Bundes sowie Mehrkosten für die Elektrifizierung von Buslinien.
- Mit den anstehenden oder bereits begonnen Grossprojekten RBS Tiefbahn- of Bern, Zugang Bubenberg zum Bahnhof Bern, ÖV-Knoten Ostermundigen und Tram Bern – Ostermundigen, Tramlinienverlängerung nach Kleinwabern bleiben die ÖV-Investitionsausgaben auf hohem Niveau.

Die Kosten für den **Lastenausgleich Familienzulagen für Nichterwerbstätige** gehen je zur Hälfte zu Lasten Kanton und Gemeinden. Massgebend für die Bestimmung der Gemeindeanteile ist die Wohnbevölkerung. Die Kosten bleiben voraussichtlich stabil.

Lastenverschiebungen der Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden werden in Form des **Lastenausgleichs neue Aufgabenteilung** gegenseitig verrechnet. Ein Saldo zu Gunsten des Kantons wird durch Gemeindeanteile ausgeglichen. Beispiele sind die geänderte Finanzierung im Alters- und Behindertenbereich, die Prämienverbilligung für Sozialhilfebeziehende und der Kindes- und Erwachsenenschutz (KES), für welchen der Kanton seit 2013 vollumfänglich zuständig ist. Pro Einwohner sind in den Planjahren zwischen CHF 185 und CHF 182 eingestellt.

Der **Finanzausgleich** ist das Hauptinstrument zur Verringerung der Unterschiede zwischen finanzschwachen und finanzstarken Gemeinden. Er dient als Steuerkraftausgleich. Deshalb dient als Berechnungsgrundlage der harmonisierte ordentliche Steuerertrag der Gemeinden. Dieser wird mit einem Harmonisierungsfaktor ermittelt und ermöglicht eine Vergleichbarkeit des Steuerertrages unter den einzelnen Gemeinden. Der harmonisierte Steuertrag der jeweiligen Gemeinde wird indexiert und zum sogenannten harmonisierten Steuerertragsindex HEI. Gemeinden mit einem HEI über 100 zahlen eine Ausgleichsleistung, Gemeinden mit einem HEI unter 100 erhalten einen Zuschuss. Nidau erhält einen Zuschuss. Die Ausgleichszahlung, der so genannte Disparitätenabbau, beträgt voraussichtlich CHF 1.3 Millionen bei einem HEI von ca. 87%. Gemeinden, die aufgrund ihrer soziodemografischen Situation belastet sind, erhalten den **soziodemografischen Zuschuss**. Dieser dient zur Deckung der Selbstbehalte bei verschiedenen Angeboten der institutionellen Sozialhilfe wie zum Beispiel der Jugendarbeit und familienergänzenden Betreuungsangebote. Für die Ermittlung der Anspruchsberechtigung wird der Soziallastenindex beigezogen. Massgebende Kriterien sind der Anteil an Ausländern (ab 2019 inkl. Anteil Flüchtlinge und vorläufige Aufgenommene), Arbeitslosen sowie an Bezügern von Ergänzungsleistungen. Die Gemeinde Nidau erfüllt die Anspruchsbedingungen. Im Budget 2027 wird mit einem Zuschuss von CHF 239'000 gerechnet.

2.3 Investitionen

Das Investitionsbudget für 2027 stützt sich auf das vom Gemeinderat am 18. August 2026 beschlossene Investitionsprogramm.
Der Gemeinderat will an dem in der Finanzstrategie definierten Umfang an Nettoinvestitionen festhalten. Langfristig strebt Nidau demnach Investitionen von jährlich durchschnittlich netto CHF 5 Millionen an, um die Substanz der öffentlichen Infrastrukturen zu erhalten und notwendige Entwicklungen zu ermöglichen. Neben dem eher kurzfristigen Zeitraum der Finanzplanung werden die anstehenden Investitionen in einem separaten Dokument bis ins Jahr 2041 dargestellt. Mit durchschnittlichen Investitionsvolumen von CHF 7.6 Millionen im Zeitraum der Finanzplanungsperiode bis 2031 und einem solchen von CHF 4.8 Millionen bis 2041 wird das Ziel der Finanzstrategie erreicht.

Die im Investitionsprogramm für 2027 vorgesehenen Ausgaben können jedoch nicht zusammen mit dem Budget 2027 der Erfolgsrechnung genehmigt werden, sondern müssen dem nach Finanzkompetenzen zuständigen Organ als separate Investitionsvorhaben zur Beschlussfassung unterbreitet werden. Das Budget 2027 der Investitionsrechnung ist ein reines Planungsinstrument (keine Verbindlichkeiten) und dient lediglich den Berechnungen der Kapitalkosten (Abschreibungen, Zinsen). Für das Budget der Investitionsrechnung ist der Gemeinderat zuständig. Er informiert zusammen mit dem Budget der Erfolgsrechnung lediglich über die im nächsten Jahr vorgesehenen Investitionen. Daher können anlässlich der Verabschiedung des Budgets keine Änderungen am durch den Gemeinderat beschlossenen Investitionsprogramm vorgenommen werden. Im Budgetjahr sind Investitionen von netto CHF 4.8 Millionen vorgesehen, was rund CHF 1.4 Million über den Nettoinvestitionen des Jahres 2025 liegt. Gegenüber dem Budget 2026 sind es CHF 2.9 Millionen weniger. Die konkreten Projekte sind unter dem Titel 5 Investitionsrechnung resp. 5.2 Funktionale Gliederung auf der Seite 18 ersichtlich.

3 ERGEBNIS

Die Erfolgsrechnung muss gemäss HRM2 auch gestuft ausgewiesen werden. Der gestufte Erfolgsausweis zeigt das **operative Ergebnis**, das **ausserordentliche Ergebnis** und das **Gesamtergebnis**. Dabei gelten als ausserordentlich (Sachgruppen: Einlagen und Entnahmen Vorfinanzierungen des Eigenkapitals) die zusätzlichen Abschreibungen, Einlagen und Entnahmen aus Spezialfinanzierungen, die eine Vorfinanzierung bezwecken und ausschliesslich auf einer kommunalen Rechtsgrundlage basieren (davon ausgenommen sind Einlagen in den Werterhalt Abwasser). Entnahmen aus der Neubewertungsreserve sowie Einlagen und Entnahmen aus der Schwankungsreserve sind weitere ausserordentliche Buchungsvorfälle. Das **operative Ergebnis** zeigt das Ergebnis aus der **betrieblichen Tätigkeit** (Sachgruppen Aufwand: Personal-, Sach- und Transferaufwand sowie Abschreibungen Verwaltungsvermögen und Einlagen in Fonds und Spezialfinanzierungen; Sachgruppen Ertrag: Fiskalertrag, Entgelte, Verschiedene Erträge, Transferertrag und die Entnahmen aus Fonds und Spezialfinanzierungen) und das **Ergebnis aus der Finanzierung** (Sachgruppen: Finanzaufwand (Zinsaufwände und Aufwände Liegenschaften Finanzvermögen) und Finanzertrag (Zinserträge, Liegenschaftserträge Finanz- und Verwaltungsvermögen, Finanzerträge aus Beteiligungen).

3.1 Allgemeine Übersicht

	Budget 2027	Budget 2026	Rechnung 2025
Jahresergebnis ER Gesamthaushalt	-4'576'484.00	-3'741'872.00	-18'581.84
Jahresergebnis ER Allgemeiner Haushalt	-4'541'087.00	-3'722'322.00	39'316.28
Jahresergebnis Spezialfinanzierungen	-35'397.00	-19'550.00	-57'898.12
Steuerertrag natürliche Personen	15'443'500.00	15'070'800.00	15'560'406.05
Steuerertrag juristische Personen	864'500.00	1'107'500.00	735'762.50
Liegenschaftssteuer	1'700'000.00	1'700'000.00	1'696'667.05
Nettoinvestitionen	4'769'000.00	7'709'000.00	3'413'459.15

3.2 Übersicht Gesamtergebnis Gemeinde

3.2.1. Erfolgsrechnung

	Budget 2027	Budget 2026	Rechnung 2025
Betrieblicher Aufwand	54'214'094.00	58'926'687.00	52'572'783.92
Betrieblicher Ertrag	46'698'195.00	51'956'400.00	48'949'961.63
Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit	**-7'515'899.00**	**-6'970'287.00**	**-3'622'822.29**
Finanzaufwand	1'638'283.00	1'668'550.00	1'551'788.82
Finanzertrag	3'798'123.00	3'878'300.00	4'046'116.95
Ergebnis aus Finanzierung	**2'159'840.00**	**2'209'750.00**	**2'494'328.13**
Operatives Ergebnis	**-5'356'059.00**	**-4'760'537.00**	**-1'128'494.16**
Ausserordentlicher Aufwand	1'025.00	1'135.00	31'132.00
Ausserordentlicher Ertrag	780'600.00	1'019'800.00	1'141'044.32
Ausserordentliches Ergebnis	**779'575.00**	**1'018'665.00**	**1'109'912.32**
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	**-4'576'484.00**	**-3'741'872.00**	**-18'581.84**

3.2.2. Investitionsrechnung

	Budget 2027	Budget 2026	Rechnung 2025
Investitionsausgaben	4'819'000.00	8'769'000.00	4'204'208.65
Investitionseinnahmen	50'000.00	1'060'000.00	790'749.50
Ergebnis Investitionsrechnung	**-4'769'000.00**	**-7'709'000.00**	**-3'413'459.15**

3.2.3. Finanzierungsergebnis

	Budget 2027	Budget 2026	Rechnung 2025
Finanzierungsergebnis			
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	-4'576'484.00	-3'741'872.00	-18'581.84
Abschreibungen Verwaltungsvermögen	1'956'293.00	2'218'250.00	2'098'667.74
Einlagen Fonds und Spezialfinanzierungen	407'420.00	397'420.00	442'212.15
Entnahmen Fonds und Spezialfinanzierungen	-189'395.00	-173'500.00	-145'684.32
Wertberichtigungen Darlehen VV	0.00	0.00	0.00
Wertberichtigungen Beteiligungen VV	0.00	0.00	800'000.00
Abschreibungen Investitionsbeiträge	0.00	0.00	0.00
Zusätzliche Abschreibungen	1'025.00	1'135.00	31'132.00
Einlagen in das Eigenkapital	-780'600.00	-1'019'800.00	-1'141'044.32
Entnahmen aus dem Eigenkapital	0.00	0.00	0.00
Aufwertung Verwaltungsvermögen	-3'181'741.00	-2'318'367.00	2'066'701.41
Selbstfinanzierung			
Nettoinvestitionen			
Ergebnis Investitionsrechnung	-4'769'000.00	-7'709'000.00	-3'413'459.15
Finanzierungsergebnis	**-7'950'741.00**	**-10'027'367.00**	**-1'346'757.74**

(+ = Finanzierungsüberschuss / - = Finanzierungsfehlbetrag)

Es wird das Ergebnis des Gesamthaushalts beschlossen. Also das zusammengefasste (konsolidierte) Ergebnis des Allgemeinen Haushalts und der Spezialfinanzierungen Abwasser und Abfall (unter HRM1 wurde das Ergebnis des Steuerhaushalts beschlossen).

3.3 Ergebnis Allgemeiner Haushalt

	Budget 2027	Budget 2026	Rechnung 2025
Betrieblicher Aufwand	51'458'226.00	56'319'187.00	50'260'659.15
Betrieblicher Ertrag	43'977'247.00	49'369'500.00	46'703'758.98
Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit	**-7'480'979.00**	**-6'949'687.00**	**-3'556'900.17**
Finanzaufwand	1'635'203.00	1'668'550.00	1'551'788.82
Finanzertrag	3'795'520.00	3'877'250.00	4'038'092.95
Ergebnis aus Finanzierung	**2'160'317.00**	**2'208'700.00**	**2'486'304.13**
Operatives Ergebnis	**-5'320'662.00**	**-4'740'987.00**	**-1'070'596.04**
Ausserordentlicher Aufwand	1'025.00	1'135.00	31'132.00
Ausserordentlicher Ertrag	780'600.00	1'019'800.00	1'141'044.32
Ausserordentliches Ergebnis	**779'575.00**	**1'018'665.00**	**1'109'912.32**
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	**-4'541'087.00**	**-3'722'322.00**	**39'316.28**

(+ = Ertragsüberschuss / - = Aufwandüberschuss)

In diesem Ergebnis werden die Spezialfinanzierungen nach übergeordnetem Recht, d.h. Abwasser und Abfall nicht berücksichtigt, da die Ergebnisse mit dem entsprechenden Verpflichtungs- resp. Vorschusskonto verrechnet werden können.

3.4 Ergebnis steuerfinanzierter Haushalt

	Budget 2027	Budget 2026	Rechnung 2025
Betrieblicher Aufwand	51'458'226.00	51'197'147.00	44'850'391.76
Betrieblicher Ertrag	43'097'247.00	42'608'000.00	39'190'733.73
Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit	**-8'360'979.00**	**-8'589'147.00**	**-5'659'658.03**
Finanzaufwand	1'635'203.00	1'541'550.00	1'450'713.82
Finanzertrag	3'795'520.00	3'877'250.00	4'038'092.95
Ergebnis aus Finanzierung	**2'160'317.00**	**2'335'700.00**	**2'587'379.13**
Operatives Ergebnis	**-6'200'662.00**	**-6'253'447.00**	**-3'072'278.90**
Ausserordentlicher Aufwand	1'025.00	1'135.00	31'132.00
Ausserordentlicher Ertrag	780'600.00	699'800.00	939'895.30
Ausserordentliches Ergebnis	**779'575.00**	**698'665.00**	**908'763.30**
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	**-5'421'087.00**	**-5'554'782.00**	**-2'163'515.60**

(+ = Ertragsüberschuss / - = Aufwandüberschuss)

In diesem Ergebnis ist neben den Spezialfinanzierungen Abwasser und Abfall auch das Ergebnis der Elektrizität nicht enthalten. Dieses Ergebnis weist die Abteilung Finanzen zusätzlich zu den vorgeschriebenen Standardauswertungen aus, weil es ihr wichtig ist darzulegen, wie sich der allgemeine Haushalt der Stadt Nidau ohne das Ergebnis der Elektrizität präsentiert.

3.5 Ergebnis Elektrizität

	Budget 2027	Budget 2026	Rechnung 2025
Betrieblicher Aufwand	0.00	5'122'040.00	5'410'267.39
Betrieblicher Ertrag	880'000.00	6'761'500.00	7'513'025.25
Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit	**880'000.00**	**1'639'460.00**	**2'102'757.86**
Finanzaufwand	0.00	127'000.00	101'075.00
Finanzertrag	0.00	0.00	0.00
Ergebnis aus Finanzierung	**0.00**	**-127'000.00**	**-101'075.00**
Operatives Ergebnis	**880'000.00**	**1'512'460.00**	**2'001'682.86**
Ausserordentlicher Aufwand	0.00	0.00	0.00
Ausserordentlicher Ertrag	0.00	320'000.00	201'149.02
Ausserordentliches Ergebnis	**0.00**	**320'000.00**	**201'149.02**
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	**880'000.00**	**1'832'460.00**	**2'202'831.88**

(+ = Ertragsüberschuss / - = Aufwandüberschuss)

Dieses Ergebnis weist die Abteilung Finanzen zusätzlich zu den vorgeschriebenen Standardauswertungen aus, weil sie neben den Spezialfinanzierungen nach übergeordnetem Recht (Abwasser und Abfall) auch das Ergebnis der Elektrizität transparent darstellen will.

3.6 Ergebnis Spezialfinanzierung Abwasser

	Budget 2027	Budget 2026	Rechnung 2025
Betrieblicher Aufwand	1'980'668.00	1'897'070.00	1'607'584.62
Betrieblicher Ertrag	1'971'448.00	1'964'400.00	1'661'946.65
Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit	**-9'220.00**	**67'330.00**	**54'362.03**
Finanzaufwand	0.00	0.00	0.00
Finanzertrag	2'603.00	1'000.00	7'786.00
Ergebnis aus Finanzierung	**2'603.00**	**1'000.00**	**7'786.00**
Operatives Ergebnis	**-6'617.00**	**68'330.00**	**62'148.03**
Ausserordentlicher Aufwand	0.00	0.00	0.00
Ausserordentlicher Ertrag	0.00	0.00	0.00
Ausserordentliches Ergebnis	**0.00**	**0.00**	**0.00**
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	**-6'617.00**	**68'330.00**	**62'148.03**

(+ = Ertragsüberschuss / - = Aufwandüberschuss)

Es müssen 60% des Wiederbeschaffungswertes in die Spezialfinanzierung Werterhalt eingelegt werden. Die Abschreibungen nach Wiederbeschaffungswert betragen CHF 387‘420. Das Eigenkapital der Spezialfinanzierung betrug per Ende 2025 rund CHF 317’000. Nachdem in den letzten 20 Jahren das zu hohe Eigenkapital der Spezialfinanzierung (per 2002 CHF 5.5 Millionen) mit bewusst zu tief angesetzten Gebühren auf die angestrebte Zielgrösse abgebaut wurde, mussten wieder kostendeckende Gebühren erhoben werden (neues Reglement seit 2024).

3.7 Ergebnis Spezialfinanzierung Abfall

	Budget 2027	Budget 2026	Rechnung 2025
Betrieblicher Aufwand	775'200.00	710'430.00	704'540.15
Betrieblicher Ertrag	749'500.00	622'500.00	584'256.00
Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit	**-25'700.00**	**-87'930.00**	**-120'284.15**
Finanzaufwand	3'080.00	0.00	0.00
Finanzertrag	0.00	50.00	238.00
Ergebnis aus Finanzierung	**-3'080.00**	**50.00**	**238.00**
Operatives Ergebnis	**-28'780.00**	**-87'880.00**	**-120'046.15**
Ausserordentlicher Aufwand	0.00	0.00	0.00
Ausserordentlicher Ertrag	0.00	0.00	0.00
Ausserordentliches Ergebnis	**0.00**	**0.00**	**0.00**
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	**-28'780.00**	**-87'880.00**	**-120'046.15**

(+ = Ertragsüberschuss / - = Aufwandüberschuss)

Die Spezialfinanzierung Abfall weist seit mehreren Jahren wiederkehrende Defizite auf. Mit dem Abschluss der Jahresrechnung 2025 resultierte erstmals eine Unterdeckung der Spezialfinanzierung in der Höhe von CHF 24'753.96. Mit Schreiben vom 3. Juli 2026 hat das Amt für Gemeinden und Raumordnung (AGR) die Stadt Nidau darauf hingewiesen, dass Vorschüsse von Spezialfinanzierungen gemäss Artikel 88 der Gemeindeverordnung (GV; BSG 170.111) innert acht Jahren seit ihrer erstmaligen Bilanzierung durch zukünftige Ertragsüberschüsse vollständig abzubauen sind. Das Ressort Tiefbau und Umwelt beabsichtigte ursprünglich, das Abfallreglement aus dem Jahr 1991 im Jahr 2026 einer Gesamtrevision zu unterziehen.

Anlass dafür waren insbesondere die strukturelle Unterdeckung der Spezialfinanzierung sowie verschiedene Anpassungen an die heutigen gesetzlichen und betrieblichen Rahmenbedingungen. Aufgrund der Neuorganisation der Verwaltung, der Gründung der EV Nidau AG per Anfang 2027 sowie der bis 30.9.2026 offenen Vakanz der Bereichsleitung Tiefbau musste dieses Projekt auf das Jahr 2027 verschoben werden. Aufgrund der bestehenden Unterdeckung besteht dennoch unmittelbarer Handlungsbedarf. In einem ersten Schritt wurden deshalb die Gebühren innerhalb des bestehenden Reglements angepasst. Die Gesamtrevision des Abfallreglements soll im Jahr 2027 erfolgen und voraussichtlich per 2028 in Kraft treten. Dieses Vorgehen ermöglicht einerseits den zeitnahen Abbau der Unterdeckung und andererseits eine sorgfältige Erarbeitung der vollständigen Reglementsrevision.

4 ERFOLGSRECHNUNG

4.1 Zusammenzug Gliederung nach Sachgruppen

		Budget 2027		Budget 2026		Rechnung 2025	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
	Erfolgsrechnung	**58'582'840.00**	**58'582'840.00**	**63'387'837.00**	**63'387'837.00**	**56'942'775.85**	**56'942'775.85**
3	**Aufwand**	**58'582'840.00**		**63'319'507.00**		**56'841'311.54**	
30	Personalaufwand	12'072'890.00		12'206'490.00		11'045'279.43	
31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	7'567'681.00		12'508'643.00		11'168'892.85	
33	Abschreibungen Verwaltungsvermögen	1'956'293.00		2'218'250.00		2'098'667.74	
34	Finanzaufwand	1'638'283.00		1'668'550.00		1'551'788.82	
35	Einlagen in Fonds und Spezialfinanzierungen	407'420.00		397'420.00		442'212.15	
36	Transferaufwand	32'209'810.00		31'595'884.00		27'817'731.75	
38	Ausserordentlicher Aufwand	1'025.00		1'135.00		31'132.00	
39	Interne Verrechnungen	2'729'438.00		2'723'135.00		2'685'606.80	
4	**Ertrag**		**54'006'356.00**		**59'577'635.00**		**56'822'729.70**
40	Fiskalertrag		19'025'000.00		18'875'300.00		19'729'679.65
42	Entgelte		9'813'900.00		15'109'100.00		16'081'873.36
43	Verschiedene Erträge						25'500.00
44	Finanzertrag		3'798'123.00		3'878'300.00		4'046'116.95
45	Entnahmen aus Fonds und Spezialfinanzierungen		189'395.00		173'500.00		145'684.32
46	Transferertrag		17'669'900.00		17'798'500.00		12'967'224.30
48	Ausserordentlicher Ertrag		780'600.00		1'019'800.00		1'141'044.32
49	Interne Verrechnungen		2'729'438.00		2'723'135.00		2'685'606.80
9	**Abschlusskonten**	**4'576'484.00**	**68'330.00**	**3'810'202.00**	**101'464.31**	**120'046.15**	
90	Abschluss Erfolgsrechnung	4'576'484.00	68'330.00	3'810'202.00	101'464.31	120'046.15	

4.2 Zusammenzug nach funktionaler Gliederung

		Budget 2027		Budget 2026		Rechnung 2025	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
	ERFOLGSRECHNUNG	**58'582'840.00**	**58'582'840.00**	**63'387'837.00**	**63'387'837.00**	**56'942'775.85**	**56'942'775.85**
0	**Allgemeine Verwaltung**	**5'039'384.00**	**1'865'840.00**	**5'213'258.00**	**1'860'300.00**	**5'145'303.48**	**1'758'175.00**
	Nettoaufwand		3'173'544.00		3'352'958.00		3'387'128.48
1	**Öffentliche Ordnung und Sicherheit, Verteidigung**	**1'018'050.00**	**2'203'100.00**	**1'086'400.00**	**2'112'500.00**	**941'700.65**	**1'913'066.78**
	Nettoertrag	1'185'050.00		1'026'100.00		971'366.13	
2	**Bildung**	**11'522'472.00**	**3'909'000.00**	**11'300'979.00**	**4'155'100.00**	**10'623'317.30**	**3'843'926.60**
	Nettoaufwand		7'613'472.00		7'145'879.00		6'779'390.70
3	**Kultur, Sport und Freizeit, Kirche**	**2'733'990.00**	**395'240.00**	**2'776'245.00**	**443'150.00**	**2'471'164.51**	**450'565.25**
	Nettoaufwand		2'338'750.00		2'333'095.00		2'020'599.26
4	**Gesundheit**	**24'020.00**		**24'020.00**		**18'486.15**	
	Nettoaufwand		24'020.00		24'020.00		18'486.15
5	**Soziale Sicherheit**	**27'630'502.00**	**17'483'620.00**	**27'155'745.00**	**17'363'800.00**	**21'832'774.79**	**13'554'921.84**
	Nettoaufwand		10'146'882.00		9'791'945.00		8'277'852.95
6	**Verkehr und Nachrichtenübermittlung**	**2'776'848.00**	**803'025.00**	**2'821'375.00**	**827'235.00**	**2'584'179.40**	**1'006'908.18**
	Nettoaufwand		1'973'823.00		1'994'140.00		1'577'271.22
7	**Umweltschutz und Raumordnung**	**3'539'393.00**	**2'783'948.00**	**3'447'690.00**	**2'700'830.00**	**3'208'066.00**	**2'615'146.25**
	Nettoaufwand		755'445.00		746'860.00		592'919.75
8	**Volkswirtschaft**		**880'000.00**	**5'249'040.00**	**7'081'500.00**	**6'311'342.39**	**7'714'174.27**
	Nettoertrag	880'000.00		1'832'460.00		1'402'831.88	
9	**Finanzen und Steuern**	**4'298'181.00**	**28'259'067.00**	**4'313'085.00**	**26'843'422.00**	**3'806'441.18**	**24'085'891.68**
	Nettoertrag	23'960'886.00		22'530'337.00		20'279'450.50	

5 INVESTITIONSRECHNUNG

5.1 Zusammenzug nach funktionaler Gliederung

		Budget 2027		Budget 2026		Rechnung 2025	
		Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
	INVESTITIONSRECHNUNG	**4'869'000.00**	**4'869'000.00**	**9'829'000.00**	**9'829'000.00**	**4'994'958.15**	**4'994'958.15**
0	**Allgemeine Verwaltung**	**80'000.00**				**111'385.60**	**20'000.00**
	Nettoausgaben		80'000.00				91'385.60
1	**Öffentliche Ordnung und Sicherheit, Verteidigung**		**50'000.00**	**100'000.00**	**550'000.00**	**5'709.25**	**754'277.00**
	Nettoeinnahmen	50'000.00		450'000.00		748'567.75	
2	**Bildung**	**1'085'000.00**		**765'000.00**		**169'988.15**	
	Nettoausgaben		1'085'000.00		765'000.00		169'988.15
3	**Kultur, Sport und Freizeit, Kirche**	**300'000.00**		**569'000.00**		**55'263.90**	**8'000.00**
	Nettoausgaben		300'000.00		569'000.00		47'263.90
6	**Verkehr und Nachrichtenübermittlung**	**2'189'000.00**		**3'224'000.00**	**510'000.00**	**1'707'816.20**	**5'000.00**
	Nettoausgaben		2'189'000.00		2'714'000.00		1'702'816.20
7	**Umweltschutz und Raumordnung**	**1'165'000.00**		**2'728'000.00**		**1'187'855.82**	**3'472.50**
	Nettoausgaben		1'165'000.00		2'728'000.00		1'184'383.32
8	**Volkswirtschaft**			**1'383'000.00**		**966'189.73**	
	Nettoausgaben				1'383'000.00		966'189.73
9	**Finanzen und Steuern**	**50'000.00**	**4'819'000.00**	**1'060'000.00**	**8'769'000.00**	**790'749.50**	**4'204'208.65**
	Nettoeinnahmen	4'769'000.00		7'709'000.00		3'413'459.15	

5.2 Funktionale Gliederung

		Budget 2027		Budget 2026		Rechnung 2025	
		Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
	INVESTITIONSRECHNUNG	**4'869'000.00**	**4'869'000.00**	**9'829'000.00**	**9'829'000.00**	**4'994'958.15**	**4'994'958.15**
0	**Allgemeine Verwaltung**	**80'000.00**				**111'385.60**	**20'000.00**
	Nettoausgaben		**80'000.00**				**91'385.60**
02	**Allgemeine Dienste**	**80'000.00**				**111'385.60**	**20'000.00**
	Nettoausgaben		**80'000.00**				**91'385.60**
022	**Allgemeine Dienste**					**59'153.60**	**20'000.00**
0220	**Allgemeine Dienste**					**59'153.60**	**20'000.00**
5200.03	Gesamterneuerung Onlineportal					59'153.60	
6300.01	Gesamterneuerung Onlineportal Beitrag gemäss Bundessprachgesetz						10'000.00
6310.01	Gesamterneuerung Onlineportal Beitrag Kanton aus Zweisprachenförderungsbudget						10'000.00
029	**Verwaltungsliegenschaften**	**80'000.00**				**52'232.00**	
290	**Verwaltungsliegenschaften**	**80'000.00**				**52'232.00**	
5040.04	Mittelstrasse 3, Fundamentunterfangung/Teilsanierung					52'232.00	
5040.05	Dachsanierung Hauptstrasse 73 (Anteil Verwaltungsvermögen	80'000.00					
1	**Öffentliche Ordnung und Sicherheit, Verteidigung**		**50'000.00**	**100'000.00**	**550'000.00**	**5'709.25**	**754'277.00**
	Nettoeinnahmen	**50'000.00**		**450'000.00**		**748'567.75**	
16	**Verteidigung**		**50'000.00**	**100'000.00**	**550'000.00**	**5'709.25**	**754'277.00**
	Nettoeinnahmen	**50'000.00**		**450'000.00**		**748'567.75**	
161	**Militärische Verteidiung**		**50'000.00**	**100'000.00**	**550'000.00**	**5'709.25**	**754'277.00**
1610	**Militärische Verteidigung**		**50'000.00**	**100'000.00**	**550'000.00**	**5'709.25**	**754'277.00**
5040.01	Spärs, Sanierung Schiessanlage (Kugelfangkästen)					-26'709.60	
5040.02	Spärs, Sanierung Schützenhaus (Wiedererwägung 2024)			100'000.00			
5090.01	Spärs Altlastensanierung Kugelfang					32'418.85	
6300.01	Spärs, Beitrag aus Abfallfonds						754'277.00
6320.01	Spärs, Beiträge Gemeinden Port und Brügg		50'000.00		550'000.00		
2	**Bildung**	**1'085'000.00**		**765'000.00**		**169'988.15**	
	Nettoausgaben		**1'085'000.00**		**765'000.00**		**169'988.15**
21	**Obligatorische Schule**	**1'085'000.00**		**765'000.00**		**169'988.15**	
	Nettoausgaben		**1'085'000.00**		**765'000.00**		**169'988.15**
217	**Schulliegenschaften**	**1'085'000.00**		**765'000.00**		**169'988.15**	
2170	**Schulliegenschaften**	**1'085'000.00**		**765'000.00**		**169'988.15**	
5040.02	Sporthalle Beunden, Sanierung Bodenbelag	500'000.00					
5040.08	SH Burgerbeunden, Vorabklärungen Sanierungen	60'000.00		100'000.00			
5040.09	SH Weidteile, Studienauftrag Gesamtsanierung	300'000.00		270'000.00		28'786.45	
5040.10	SH Beunden Ost					33'105.20	
5040.15	SH Burgerallee Sanierung Dach	30'000.00		30'000.00			
5040.18	Schulhaus Burgerallee 13, Sanierung Heiz- und Wasserleitung			65'000.00		33'944.00	
5040.19	Aula Burgerallee, Heizung	100'000.00		300'000.00			
5040.20	Kindergarten Aalmattenweg 46, Dach- Fassadensanierung					74'152.50	
5040.21	SH Balainen, Auffrischung Spielplatz	95'000.00					

		Budget 2027		Budget 2026		Rechnung 2025	
		Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
3	**Kultur, Sport und Freizeit, Kirche**	**300'000.00**		**569'000.00**		**55'263.90**	**8'000.00**
	Nettoausgaben		**300'000.00**		**569'000.00**		**47'263.90**
32	**Kultur, übrige**					**38'315.55**	**8'000.00**
	Nettoausgaben						**30'315.55**
329	**Kultur**					**38'315.55**	**8'000.00**
3290	**Übrige Kultur**					**38'315.55**	**8'000.00**
5090.01	Instandstellung Weihnachtsbeleuchtung					38'315.55	
6310.01	Instandstellung Weihnachtsbeleuchtung Beiträge Dritter						8'000.00
34	**Sport und Freizeit**	**300'000.00**		**569'000.00**		**16'948.35**	
	Nettoausgaben		**300'000.00**		**569'000.00**		**16'948.35**
341	**Sport**	**300'000.00**		**500'000.00**		**2'835.00**	
3411	**Strandbad**	**50'000.00**		**500'000.00**		**2'835.00**	
5040.03	Strandbad Nidau Gesamtsanierung Projektierung	50'000.00		500'000.00		2'835.00	
3412	**Fussballplatz**	**250'000.00**					
5090.01	FC Nidau, Sanierung Sportplatz inkl. Beleuchtung	250'000.00					
342	**Freizeit**			**69'000.00**		**14'113.35**	
3421	**Grünzonen, Parkanlagen, Wanderwege, Uferzonen**			**69'000.00**		**14'113.35**	
5020.01	Revitalisierung Seeufer Nidau Projektierung			69'000.00		14'113.35	
6	**Verkehr und Nachrichtenübermittlung**	**2'189'000.00**		**3'224'000.00**	**510'000.00**	**1'707'816.20**	**5'000.00**
	Nettoausgaben		**2'189'000.00**		**2'714'000.00**		**1'702'816.20**
61	**Strassenverkehr**	**2'092'000.00**		**2'760'000.00**	**510'000.00**	**1'681'282.10**	**5000**
	Nettoausgaben		**2'092'000.00**		**2'250'000.00**		**1'676'282.10**
615	**Gemeindestrassen**	**2'092'000.00**		**2'720'000.00**	**510'000.00**	**1'667'462.40**	**5'000.00**
6150	**Gemeindestrassen**	**2'092'000.00**		**2'720'000.00**	**510'000.00**	**1667462.4**	**5'000.00**
5010.02	Lyss-Strasse, Trottoiranpassung					67'122.30	
5010.03	Mittelstrasse	100'000.00		300'000.00		608'383.70	
5010.09	Strassenbeleuchtung auf LED umrüsten	52'000.00		50'000.00			
5010.14	Verkehrsberuhigung Nidau West Beunden/Grasgarten und Aal	20'000.00				37'117.85	
5010.20	Strassenraumgestaltung Dr. Schneiderstrasse	600'000.00				6'286.25	
5010.21	Verkehrsberuhigung Quartiere nördlich der Zihl			50'000.00		568'129.55	
5010.26	Verkehrs- und Strassenraumgestaltung Gurnigel-, Kelten-, Guç	550'000.00		500'000.00		6'671.15	
5010.27	Skate- Bewegungs- und Begegnungspark SH Balainen	50'000.00		500'000.00		13'016.95	
5010.28	Bahnhofgebiet: Infrastrukturverträge Kostenbeteiligung	50'000.00		1'100'000.00		31'563.45	
5010.29	Kreisel Kreuzweg Sanierung Strasse			120'000.00		220'000.00	
5010.31	Sanierung Looslibrücke					79'140.70	
5010.33	Sanierung Dr. Schneiderstrasse, Schlossstrasse					13'836.80	
5010.34	Temporäre Freiraumgestaltung Bibliotheksplatz					16'193.70	
5010.36	Sanierung Keltenstrasse	170'000.00					
5010.37	Strassensanierung Hofmattenquartier (1. Tranche Rahmenkredit Strassen)			100'000.00			
5010.99	Tranchen Rahmenkredit Strassensanierungen (nur für Budget	500'000.00					
6310.05	Lyss-Strasse, Trottoiranpassung Beitrag Aggloprogramm				60'000.00		
6310.06	Verkehrsberuhigung Quartiere nördlich der Zihl Beitrag Aggloprogramm				450'000.00		
6360.01	Skate- Bewegungs- und Begegnungspark SH Balainen Beiträge Sponsoren						5'000.00
619	**Strassen, übriges**			**40'000.00**		**13'819.70**	
6191	**Werkhof**			**40'000.00**		**13'819.70**	
5290.01	Werkhof Betriebsanalyse und Machbarkeitsstudie			40'000.00		13'819.70	
62	**Öffentlicher Verkehr**	**97'000.00**		**464'000.00**		**26'534.10**	
	Nettoausgaben		**97'000.00**		**464'000.00**		**26'534.10**
623	**Agglomerationsverkehr**	**47'000.00**		**464'000.00**		**26'534.10**	
6230	**Agglomerationsverkehr**	**47'000.00**		**464'000.00**		**26'534.10**	
5010.01	Umsetzung Bus 2020, Neue Buslinie 3					16'659.45	
5010.02	BehiG-Umbau Bushaltestellen	47'000.00		400'000.00		7'934.15	
5040.01	Ersatz alte Buswartehäuser 4 und 6			64'000.00		1'940.50	
629	**Öffentlicher Verkehr**	**50'000.00**					
6290	**Öffentlicher Verkehr**	**50'000.00**					
5010.01	Bikesharing	50'000.00					
7	**Umweltschutz und Raumordnung**	**1'165'000.00**		**2'728'000.00**		**1'187'855.82**	**3'472.50**
	Nettoausgaben		**1'165'000.00**		**2'728'000.00**		**1'184'383.32**
72	**Abwasserentsorgung**	**805'000.00**		**2'289'000.00**		**962'550.87**	**3'472.50**
	Nettoausgaben		**805'000.00**		**2'289'000.00**		**959'078.37**
720	**Abwasserentsorgung**	**805'000.00**		**2'289'000.00**		**962'550.87**	**3'472.50**
7201	Abwasserentsorgung (Gemeindebetrieb)	805'000.00		2'289'000.00		962'550.87	3'472.50
5032.02	GEP-Massnahmen "Badstubenzihl"	24'000.00		20'000.00			
5032.04	Mittelstrasse			130'000.00		392'194.42	
5032.06	Hauptstrasse 20 - 32, Sanierung Kanalisationsleitung	75'000.00		70'000.00		-4'739.80	
5032.07	Hofmattenquartier, Neubau/Sanierung Kanalisation			160'000.00		102'139.00	
5032.10	Bahnhof, Sanierung Kanalisation			862'000.00		152'609.90	
5032.13	Gesamtkoordination Werke Bahnhof			293'000.00			
5032.15	Kanal- und Schachtsanierung Martiweg					105'559.25	
5032.16	Sanierung Pumpwerk Zihlstrasse	406'000.00		600'000.00			
5032.17	Kreisel Kreuzweg Sanierung Kanalisation			154'000.00		214'238.10	
5032.99	Tranchen Rahmenkredit Abwasser (nur für Budget IP)	300'000.00					
5292.02	Infrastrukturmanagement Siedlungsentwässerung					550.00	
6320.01	Pumpwerk Guglerstrasse, Beitrag Gemeinde Port						3'472.50

		Budget 2027		Budget 2026		Rechnung 2025	
		Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
79	**Raumordnung**	**360'000.00**		**439'000.00**		**225'304.95**	
	Nettoausgaben		**360'000.00**		**439'000.00**		**225'304.95**
790	**Raumordnung**	**360'000.00**		**439'000.00**		**225'304.95**	
7900	**Raumordnung allgemein**	**360'000.00**		**439'000.00**		**225'304.95**	
5290.05	Planung Bahnhofgebiet			30'000.00		25'587.15	
5290.10	Erarbeitung Baulinienplan	40'000.00		30'000.00		13'328.10	
5290.11	Initial- und Folgefinanzierung espace Biel/Bienne.Nidau			30'000.00		70'782.90	
5290.13	ZPP Vorstadt Süd	220'000.00		75'000.00			
5290.14	Gestaltungskonzept Bernstrasse-Neuenburgstrasse			20'000.00		55'480.55	
5290.15	Gesamtmobilitätsstudie Biel West			10'000.00		13'504.30	
5290.16	Zwischennutzungsreglement	20'000.00				4'918.55	
5290.17	Gestaltung Bahnhofplatz			180'000.00			
5290.18	Ortsplanungsrevision Gurnigel/Weidteile	30'000.00		20'000.00			
5290.19	Grundstückverhältnisse Unterer Kanalweg	20'000.00		44'000.00		41'703.40	
5290.20	Rue de Caractères, Vorprojekt	30'000.00					
8	**Volkswirtschaft**			**1'383'000.00**		**966'189.73**	
	Nettoausgaben				**1'383'000.00**		**966'189.73**
87	**Brennstoffe und Energie**			**1'383'000.00**		**966'189.73**	
	Nettoausgaben				**1'383'000.00**		**966'189.73**
871	**Elektrizität**			**1'383'000.00**		**966'189.73**	
8710	**Elektrizität allgemein**			**1'383'000.00**		**966'189.73**	
5034.01	Mittelstrasse					180'031.80	
5034.17	0.4kV-Leitung Hofmattenquartier					46'524.70	
5034.19	Gesamtkoordination Werke Bahnhof Leitungen			100'000.00		13'857.20	
5034.20	0.4kV-Leitung Beundenring 13 - 21					25'000.00	
5034.22	16 kV-Leitung UW Brügg - MS Aalmatten			25'000.00		49'787.33	
5034.25	Kreisel Kreuzweg Sanierung Elektro			80'000.00		4'456.25	
5034.26	Ersatz MS-Kabel Mikron Burgerbeunden u.a.			100'000.00			
5034.27	Ersatz MS-Kabel Alpha - BKW u.a.			200'000.00			
5040.06	Trafostation Milanweg					7'400.55	
5040.13	Trafostation Zentrum					-2'411.00	
5040.17	Trafostation Mittelstrasse					33'814.65	
5090.04	Neue Zähler iMS			833'000.00		590'447.55	
5290.01	Prüfung Rechtsformänderung EV Nidau			45'000.00		17'280.70	
9	**Finanzen und Steuern**	**50'000.00**	**4'819'000.00**	**1'060'000.00**	**8'769'000.00**	**790'749.50**	**4'204'208.65**
	Nettoeinnahmen	**4'769'000.00**		**7'709'000.00**		**3'413'459.15**	
99	**Nicht aufgeteilte Posten**	**50'000.00**	**4'819'000.00**	**1'060'000.00**	**8'769'000.00**	**790'749.50**	**4'204'208.65**
	Nettoeinnahmen	**4'769'000.00**		**7'709'000.00**		**3'413'459.15**	
999	**Abschluss**	**50'000.00**	**4'819'000.00**	**1'060'000.00**	**8'769'000.00**	**790'749.50**	**4'204'208.65**
9990	**Abschluss**	**50'000.00**	**4'819'000.00**	**1'060'000.00**	**8'769'000.00**	**790'749.50**	**4'204'208.65**
5900.01	Passivierte Einnahmen	50'000.00		1'060'000.00		790'749.50	
6900.01	Aktivierte Ausgaben		4'819'000.00		8'769'000.00		4'204'208.65

6 EIGENKAPITALNACHWEIS

Das Eigenkapital wird detaillierter dargestellt als unter HRM1. Insbesondere werden die Spezialfinanzierungen dem Eigenkapital zugeteilt. Aus der Neubewertung des Finanzvermögens können sich zudem Bewertungsreserven-Veränderungen ergeben.
Der Eigenkapitalnachweis zeigt die Ursachen der Veränderung der einzelnen Eigenkapitalpositionen. Er erhöht die Transparenz und vereinfacht damit die Analyse der finanziellen Situation einer Gemeinde. Das Eigenkapital umfasst:

- Verpflichtungen und Vorschüsse gegenüber Spezialfinanzierungen im Eigenkapital
- Vorfinanzierungen
- Reserven
- Neubewertungsreserve Finanzvermögen
- Bilanzüberschuss und Bilanzfehlbetrag

Der unter HRM1 verwendete Begriff „Eigenkapital" entspricht dem „Bilanzüberschuss". Oder anders ausgedrückt: Der Saldo der Erfolgsrechnung verändert den Bilanzüberschuss respektive den Bilanzfehlbetrag.

6.1 Nachweis über das voraussichtliche Eigenkapital

Eigenkapital per 01.01.2026			Veränderungsnachweis						Eigenkapital per 31.12.2027		
			aus Budget 2026 (+/-)			aus Budget 2027 (+/-)					
		CHF			CHF			CHF			CHF
29	**Eigenkapital**	**33'046'312**			**-4'496'617**			**-5'128'034**	**29**	**Eigenkapital**	**23'421'661**
290	**Verpflichtungen (+) bzw. Vorschüsse (-) gegenüber Spezialfinanzierungen**	**642'466**		**Einlagen in SF EK Entnahmen aus SF EK**	**-28'650**		**Einlagen in SF EK Entnahmen aus SF EK**	**-63'344**	**290**	**Verpflichtungen (+) bzw. Vorschüsse (-) gegenüber Spezialfinanzierungen**	**550'472**
29000.01	*SF Feuerwehr zweiseitig*	*350'210*	*3510.01*	*Einlage in SF des EK*	*-9'100*	*4510.01*	*Entnahme aus SF des EK*	*-27'947*	*29000.01*	*SF Feuerwehr zweiseitig*	*313'163*
29002.01	*SF Abwasserentsorgung*	*317'009*	*9011.01*	*Abschluss SF im EK, Aufwandüberschuss Abwasser*	*68'330*	*9011.01*	*Abschluss SF im EK, Aufwandüberschuss Abwasser*	*-6'617*	*29002.01*	*SF Abwasserentsorgung*	*378'722*
29003.01	*SF Abfall*	*-24'754*	*9011.01*	*Abschluss SF im EK, Aufwandüberschuss Abfall*	*-87'880*	*9011.01*	*Abschluss SF im EK, Aufwandüberschuss Abfall*	*-28'780*	*29003.01*	*SF Abfall*	*-141'414*
293	**Vorfinanzierungen**	**13'987'518**		**Einlagen/Entnahmen**	**-745'645**		**Einlagen/Entnahmen**	**-523'603**	**293**	**Vorfinanzierungen**	**12'718'270**
29302.01	*SF Abwasserentsorgung Werterhalt*	*6'816'466*	*3510.12 3510.52*	*Einlage in SF WE Einlage in SF WE (Anschlussgebühren)*	*387'420 10'000*	*3510.12 3510.52*	*Einlage in SF WE (WbW) Einlage in SF WE (Anschlussgebühren)*	*387'420 20'000*	*29302.01*	*SF Abwasserentsorgung Werterhalt*	*7'315'458*
			4510.12	*Entnahme aus SF Werterhalt*	*-154'400*	*4510.12*	*Entnahme aus SF Werterhalt*	*-151'448*			
29304.01	*Elektrizität Werterhalt*	*356'397*	*4893.01*	*Entnahme aus Vorfinanzierung des EK*	*-320'000*	*4893.01*	*Entnahme aus Vorfinanzierung des EK*	*0*	*29304.01*	*Elektrizität Werterhalt*	*36'397*
29300.04	*Liegenschaften des Finanzvermögens*	*6'311'484*	*4893.01*	*Entnahme aus Vorfinanzierung des EK*	*-669'800*	*4893.01*	*Entnahme aus Vorfinanzierung des EK*	*-780'600*	*29300.04*	*Liegenschaften des Finanzvermögens*	*4'861'084*
29300.01	*Bauinventar*	*0*	*3893.01 4893.01*	*Einlage in Vorfinanzierung des EK, resp. Entnahme*	*0*	*3893.01 4893.01*	*Einlage in Vorfinanzierung des EK, resp. Entnahme*	*0*	*29300.01*	*Bauinventar*	*0*
29300.02	*Förderung von Anstrengungen in den Bereichen Energieeffizienz und Klimaschutz*	*93'366*	*3893.02 4893.01*	*Einlage in Vorfinanzierung des EK, resp. Entnahme*	*0*	*3893.02 4893.01*	*Einlage in Vorfinanzierung des EK, resp. Entnahme*	*0*	*29300.02*	*Förderung von Anstrengungen in den Bereichen Energieeffizienz und Klimaschutz*	*93'366*
29300.03	*Parkplatz-Ersatzabgaben*	*409'806*	*3893.01*	*Einlage in Vorfinanzierung des EK*	*1'135*	*3893.01*	*Einlage in Vorfinanzierung des EK*	*1'025*	*29300.03*	*Parkplatz-Ersatzabgaben*	*411'966*
294	**Reserven**	**3'865'876**		**Einlagen/Entnahmen**	**0**		**Einlagen/Entnahmen**	**0**	**294**	**Reserven**	**0**
29400.01	*Finanzpolitische Reserve (Zusätzliche Abschreibungen)*	*3'865'876*	*3894.01*	*Einlage in Reserve*	*0*	*3894.01*	*Einlage in Reserve*	*0*	29400.01	*Finanzpolitische Reserve (Zusätzliche Abschreibungen)*	*0*
296	**Neubewertungsreserve Finanzvermögen**	**720'259**		**Einlagen/Entnahmen**	**0**		**Einlagen/Entnahmen**	**0**	**296**	**Neubewertungsreserve Finanzvermögen**	**720'259**
29601.01	*Schwankungsreserve*	*720'259*			*0*			*0*	*29601.01*	*Schwankungsreserve*	*720'259*
299	**Bilanzüberschuss/-fehlbetrag**	**13'830'193**		**Jahresergebnis**	**-3'722'322**		**Jahresergebnis**	**-4'541'087**	**299**	**Bilanzüberschuss/-fehlbetrag**	**9'432'660**
29990.01	*Kumulierte Ergebnisse der VJ*	*13'830'193*	*9000.01 9001.01*	*Überschuss (+) Defizit (-)*	*0 -3'722'322*	*9000.01 9001.01*	*Überschuss (+) Defizit (-)*	*0 -4'541'087*	*29990.01*	*Kumulierte Ergebnisse der VJ*	*9'432'660*
			Umbuchung 29400.01 in 29990.01		**3'865'876**						

6.2 Kommentare

6.2.1 Spezialfinanzierungen im Eigenkapital

Die gebührenfinanzierten Spezialfinanzierungen Abwasser und Abfall wurden bereits unter Ziffer 3.5 und 3.6 erläutert. Aufgrund des genügend hohen Eigenkapitals der Feuerwehr wurde der Ansatz der Feuerwehrdienstersatzabgabe für das Jahr 2019 von 11.5% des einfachen Steuerbetrages auf 10.5% gesenkt.

6.2.2 Vorfinanzierungen

Der Bereich Vorfinanzierungen enthält die Spezialfinanzierung Werterhalt Abwasser, den Werterhalt Elektrizität (wird per 2027 in die EV Nidau AG überführt) sowie die weiteren Spezialfinanzierungen nach Reglementen der Gemeinde.

6.2.3 Reserven (zusätzliche Abschreibungen)

Die Vorschriften über die zusätzlichen Abschreibungen werden mit der Änderung der GV vom 13. November 2024 zehn Jahre nach der Einführung des HRM2 aufgehoben. Die Auflösung des Kontos zusätzliche systembedingte Abschreibungen passiert einmalig zu Gunsten des Bilanzüberschusses im Jahr 2026.

6.2.4 Neubewertungsreserve Finanzvermögen/Schwankungsreserve

Mit der Einführung von HRM2 wurde das Finanzvermögen per 1.1.2016 neu bewertet. Fünf Jahre nach der Neubewertung (d.h. per 01.01.2021) wurde die Neubewertungsreserve in die Schwankungsreserve überführt.

6.2.5 Bilanzüberschuss/-fehlbetrag

Der Bilanzüberschuss von CHF 13.8 Millionen per Ende 2025 nimmt nach der einmaligen Zuweisung der Reserven aus den zusätzlichen Abschreibungen von CHF 3'865'876.12 um die für 2026 und 2027 erwarteten Aufwandüberschüsse im Allgemeinen Haushalt ab. Falls sich die Aufwandüberschüsse tatsächlich im budgetierten Bereich bewegen sollten, ist per Ende 2027 ist mit einem Bilanzüberschuss von CHF 9.4 Millionen zu rechnen – dies entspricht rund 10 Steueranlagezehnteln des Rechnungsjahres 2025.

7 BESCHLUSSENTWURF

Der Stadtrat von Nidau beschliesst, gestützt auf Art. 6, Abs. 2 und 3 des Reglements über die Übertragung der Aufgaben in den Bereichen Feuerwehr und Gemeindeführung in Katastrophen und Notlagen:
1. Die Feuerwehrdienstersatzabgabe für das Jahr 2027 wird auf 10.5% des einfachen Steuerbetrages festgesetzt.
2. Die Ersatzabgabe beträgt mindestens CHF 40.00 und darf den vom kantonalen Recht festgelegten Höchstsatz nicht überschreiten.
3. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

Der Stadtrat von Nidau beschliesst gestützt auf Artikel 55 Buchstabe e der Stadtordnung und unter Vorbehalt des fakultativen Referendums gemäss Artikel 35 der Stadtordnung:
1. Das mit einem Gesamtaufwandüberschuss von CHF 4’576'484.00 (Allgemeiner Haushalt: CHF 4’541'087.00; Spezialfinanzierungen: CHF 35'397.00) abschliessende Budget für das Jahr 2027 wird genehmigt.
2. Im Jahre 2027 werden folgende Gemeindesteuern erhoben:
   a) Auf den Gegenständen der Staatssteuern (Einkommen, Vermögen, Gewinn, Kapital) das 1,7fache der kantonalen Einheitsansätze.
   b) Eine Liegenschaftssteuer von 1,5 ‰ des amtlichen Wertes.
3. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

Nidau, 20. Oktober 2026

NAMENS DES GEMEINDERATES

Der Stadtpräsident	Die Stadtschreiberin	Der Finanzverwalter
sig.	sig.	sig.
Tobias Egger	Manuela Jennings	Dominik Rhiner

8 BESCHLUSS

Der Stadtrat von Nidau beschliesst, gestützt auf Art. 6, Abs. 2 und 3 des Reglements über die Übertragung der Aufgaben in den Bereichen Feuerwehr und Gemeindeführung in Katastrophen und Notlagen:
1. Die Feuerwehrdienstersatzabgabe für das Jahr 2027 wird auf 10.5% des einfachen Steuerbetrages festgesetzt.
2. Die Ersatzabgabe beträgt mindestens CHF 40.00 und darf den vom kantonalen Recht festgelegten Höchstsatz nicht überschreiten.
3. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

Der Stadtrat von Nidau beschliesst gestützt auf Artikel 55 Buchstabe e der Stadtordnung und unter Vorbehalt des fakultativen Referendums gemäss Artikel 35 der Stadtordnung:
1. Das mit einem Gesamtaufwandüberschuss von CHF 4’576'484.00 (Allgemeiner Haushalt: CHF 4’541'087.00; Spezialfinanzierungen: CHF 35'397.00) abschliessende Budget für das Jahr 2027 wird genehmigt.
2. Im Jahre 2027 werden folgende Gemeindesteuern erhoben:
   a) Auf den Gegenständen der Staatssteuern (Einkommen, Vermögen, Gewinn, Kapital) das 1,7fache der kantonalen Einheitsansätze.
   b) Eine Liegenschaftssteuer von 1,5 ‰ des amtlichen Wertes.
3. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

Nidau, 19. November 2026

NAMENS DES STADTRATES

Der Stadtratspräsident	Die Stadtschreiberin
sig.	sig.
Hans Peter Meier	Manuela Jennings

9 BUDGET ERFOLGSRECHNUNG NACH FUNKTIONALER GLIEDERUNG

Seiten 24 - 62

Erfolgsrechnung nach funktionaler Gliederung

		Budget 2027		Budget 2026		Rechnung 2025	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
	ERFOLGSRECHNUNG	**58'582'840.00**	**58'582'840.00**	**63'387'837.00**	**63'387'837.00**	**56'942'775.85**	**56'942'775.85**
0	**Allgemeine Verwaltung**	**5'039'384.00**	**1'865'840.00**	**5'213'258.00**	**1'860'300.00**	**5'145'303.48**	**1'758'175.00**
	Nettoaufwand		3'173'544.00		3'352'958.00		3'387'128.48
01	**Legislative und Exekutive**	**400'710.00**		**389'310.00**		**434'329.90**	
	Nettoaufwand		400'710.00		389'310.00		434'329.90
011	**Legislative**	**103'710.00**		**101'360.00**		**110'856.15**	
	Nettoaufwand		103'710.00		101'360.00		110'856.15
0110	**Legislative**	**103'710.00**		**101'360.00**		**110'856.15**	
3000.01	Löhne, Tag- und Sitzungsgelder an Stadtrat	16'500.00		15'000.00		17'368.00	
3000.03	Löhne, Tag- und Sitzungsgelder an Kommissionen	14'000.00		11'000.00		8'636.00	
3050.01	AG-Beiträge AHV, IV, EO, ALV, Verwaltungskosten	4'000.00		2'400.00		3'494.60	
3053.01	AG-Beiträge an Unfallversicherungen	60.00		60.00		51.90	
3054.01	AG-Beiträge an Familienausgleichskasse	500.00		300.00		423.50	
3102.01	Drucksachen, Publikationen	9'650.00		3'400.00		15'532.90	
3130.04	Portokosten	12'000.00		12'000.00		14'822.00	
3132.01	Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten etc.	36'300.00		36'500.00		49'620.30	
3132.02	Datenaufsichtsstelle Art. 14 DSV und Reglement Aufsichtskommission Art. 17	10'000.00		20'000.00			
3170.01	Reisekosten und Spesen	200.00		200.00		611.55	
3199.01	Stadtratskredit	500.00		500.00		295.40	
012	**Exekutive**	**297'000.00**		**287'950.00**		**323'473.75**	
	Nettoaufwand		297'000.00		287'950.00		323'473.75
0120	**Exekutive**	**297'000.00**		**287'950.00**		**323'473.75**	
3000.02	Löhne, Tag- und Sitzungsgelder an Gemeinderat	189'000.00		196'000.00		189'366.00	
3000.03	Löhne, Tag- und Sitzungsgelder an Kommissionen	10'100.00		6'200.00		15'097.00	
3000.04	Löhne, Tag- und Sitzungsgelder an Ausschüsse	32'500.00		20'000.00		30'299.80	
3050.01	AG-Beiträge AHV, IV, EO, ALV, Verwaltungskosten	30'000.00		30'000.00		25'889.10	
3053.01	AG-Beiträge an Unfallversicherungen	600.00		600.00		507.75	
3054.01	AG-Beiträge an Familienausgleichskasse	3'400.00		3'200.00		3'044.60	
3090.02	Aus- und Weiterbildung Behörden und Kommissionen	2'800.00		3'000.00			
3102.01	Drucksachen, Publikationen	900.00		900.00		6'421.45	
3113.01	Hardware	1'500.00		1'500.00		9'829.55	
3120.08	Nebenkosten Sitzungszimmer Hauptstrasse 73			6'500.00			

Erfolgsrechnung nach funktionaler Gliederung

		Budget 2027		Budget 2026		Rechnung 2025	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
3134.01	Sachversicherungsprämien			550.00			
3170.01	Reisekosten und Spesen	1'100.00		500.00		831.50	
3170.02	Gratulationen	4'000.00		4'000.00		6'481.00	
3199.02	Gemeinderatskredit	11'300.00		11'300.00		15'754.50	
3199.03	Kommissionskredite					4'022.90	
3199.04	Kontakt zu Industrie und Gewerbe	2'000.00				2'000.00	
3199.05	Repräsentationskosten	6'300.00		2'000.00		12'781.30	
3199.08	Jungbürgerfeier	1'500.00		1'700.00		1'147.30	
02	**Allgemeine Dienste**	**4'638'674.00**	**1'865'840.00**	**4'823'948.00**	**1'860'300.00**	**4'710'973.58**	**1'758'175.00**
	Nettoaufwand		2'772'834.00		2'963'648.00		2'952'798.58
022	**Allgemeine Dienste**	**4'327'074.00**	**1'788'940.00**	**4'445'448.00**	**1'783'400.00**	**4'360'349.64**	**1'680'984.20**
	Nettoaufwand		2'538'134.00		2'662'048.00		2'679'365.44
0220	**Allgemeine Dienste**	**4'327'074.00**	**1'788'940.00**	**4'445'448.00**	**1'783'400.00**	**4'360'349.64**	**1'680'984.20**
3010.01	Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals	2'450'000.00		2'540'000.00		2'408'426.45	
3050.01	AG-Beiträge AHV, IV, EO, ALV, Verwaltungskosten	155'000.00		155'000.00		153'520.90	
3050.09	Erwerbsersatz und Mutterschaftsentschädigung der Ausgleichskasse					-6'594.90	
3052.01	AG-Beiträge an Pensionskassen	195'000.00		200'000.00		208'736.30	
3053.01	AG-Beiträge an Unfallversicherungen	18'000.00		14'000.00		16'439.85	
3053.09	Taggelder von Unfallversicherung					-30'384.30	
3054.01	AG-Beiträge an Familienausgleichskasse	38'000.00		39'000.00		36'094.30	
3055.01	AG-Beiträge an Krankentaggeldversicherungen	18'000.00		13'000.00		11'582.10	
3055.09	Taggelder von Krankentaggeldversicherung					-956.00	
3090.01	Aus- und Weiterbildung des Personals	69'600.00		73'020.00		61'598.60	
3091.01	Personalwerbung	44'500.00		41'500.00		81'453.80	
3099.01	Übriger Personalaufwand	25'450.00		23'800.00		34'807.50	
3099.02	Personalbefragungen	16'000.00					
3100.01	Büromaterial	4'000.00		5'000.00		4'128.75	
3100.02	Verbrauchsmaterial Büroinformatik	1'000.00		6'000.00		2'001.80	
3101.02	Treibstoffe	500.00		6'000.00		225.80	
3102.01	Drucksachen, Publikationen	12'600.00		14'000.00		16'559.55	
3103.01	Fachliteratur, Zeitschriften	1'756.00		3'030.00		2'671.00	
3110.01	Büromöbel und Geräte	21'200.00		23'400.00		51'233.10	
3113.01	Hardware	51'500.00		54'000.00		65'717.40	
3118.01	Anschaffung und Entwicklung Software und Lizenzen (inkl. Release-Wechsel)	85'250.00		90'000.00		87'437.35	
3130.01	Dienstleistungen Dritter	5'500.00		5'500.00		8'790.55	

Erfolgsrechnung nach funktionaler Gliederung

		Budget 2027		Budget 2026		Rechnung 2025	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
3130.02	Telefon- und Kommunikation	17'000.00		23'000.00		21'292.35	
3130.03	Betreibungskosten	3'000.00		2'000.00		3'186.40	
3130.04	Portokosten	38'000.00		40'000.00		38'468.65	
3130.05	Post- und Bankspesen	3'000.00		3'000.00		2'963.75	
3130.07	Kartengebühren	5'000.00		6'000.00		4'761.10	
3130.08	Mitglieder- und Verbandsbeiträge	7'848.00		7'458.00		7'893.65	
3132.01	Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten etc.	65'000.00		103'000.00		136'594.95	
3132.03	Rechtskosten	29'000.00		30'000.00		25'124.45	
3133.01	Informatik-Nutzungsaufwand	1'000.00		2'000.00		1'487.80	
3133.02	Rechenzentrum	199'600.00		207'200.00		187'153.25	
3133.03	Rechenzentrum (Leitungskosten)	22'000.00		23'000.00		14'589.75	
3134.01	Sachversicherungsprämien	30'000.00		25'000.00		29'398.05	
3137.01	Steuern und Abgaben	320.00		500.00		302.95	
3150.01	Unterhalt Büromöbel und -geräte	12'000.00					
3151.01	Unterhalt Apparate, Maschinen, Geräte, Fahrzeuge, Werkzeuge					355.00	
3151.11	Unterhalt Apparate, Maschinen, Geräte, Fahrzeuge, Werkzeuge mit 2. KST Fahrzeuge	500.00		2'500.00		450.55	
3153.01	Informatik-Unterhalt (Hardware)	4'000.00		6'400.00		3'971.95	
3158.01	Unterhalt Software und Lizenzen (Service-Verträge, Up-Grades)	437'950.00		433'800.00		467'352.99	
3160.01	Miete und Pacht Liegenschaften	20'000.00		19'320.00		20'220.00	
3161.02	Miete und Benützungskosten Hardware und Bürogeräte	24'000.00		22'320.00		23'724.95	
3170.01	Reisekosten und Spesen	15'000.00		15'500.00		17'817.45	
3190.01	Schadenersatzleistungen	15'000.00		6'000.00		14'865.90	
3320.00	Planmässige Abschreibungen Software Allgemeiner Haushalt	55'000.00		51'200.00		22'562.40	
3611.01	Entschädigungen an Kanton	110'000.00		110'000.00		102'321.45	
4240.01	Benützungsgebühren und Dienstleistungen		15'000.00		15'000.00		15'013.20
4260.01	Rückerstattungen und Kostenbeteiligungen Dritter						3'944.65
4260.02	Versicherungsleistungen						12'618.35
4611.02	Entschädigungen Registerführung Kirchensteuern		4'000.00		4'000.00		4'269.00
4611.03	Entschädigungen Registerführung Quellensteuern		1'300.00		1'200.00		1'329.00
4612.12	Interne Verrechnung (7201)		46'000.00		39'000.00		36'000.00
4612.13	Interne Verrechnung (7301)		21'000.00		14'000.00		21'000.00
4612.14	Interne Verrechnung (8710)				10'000.00		8'000.00
4632.02	Beiträge von Schulverband		149'400.00		149'400.00		149'400.00
4930.01	Interne Verrechnung (1610)		6'000.00		6'000.00		6'000.00
4930.02	Interne Verrechnung (2180)		54'500.00		80'500.00		80'500.00
4930.03	Interne Verrechnung (5310)		87'040.00		79'600.00		78'160.00

Erfolgsrechnung nach funktionaler Gliederung

		Budget 2027		Budget 2026		Rechnung 2025	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
4930.04	Interne Verrechnung (5444)		76'250.00		76'250.00		76'250.00
4930.05	Interne Verrechnung (5451)		48'000.00		39'000.00		39'000.00
4930.06	Interne Verrechnung (5796)		986'750.00		986'750.00		850'200.00
4930.07	Interne Verrechnung (9630)		82'000.00		71'000.00		73'000.00
4930.08	Interne Verrechnung (6155)		13'000.00		13'000.00		13'000.00
4930.10	Interne Verrechnung (7792)		3'000.00		3'000.00		3'000.00
4930.11	Interne Verrechnung (5430)		78'600.00		78'600.00		79'200.00
4930.12	Interne Verrechnung (2197)		19'500.00		19'500.00		19'500.00
4930.13	Interne Verrechnung (5797)		78'600.00		78'600.00		78'600.00
4930.14	Interne Verrechnung (3290)		19'000.00		19'000.00		33'000.00
029	**Verwaltungsliegenschaften**	**311'600.00**	**76'900.00**	**378'500.00**	**76'900.00**	**350'623.94**	**77'190.80**
	Nettoaufwand		234'700.00		301'600.00		273'433.14
0290	**Verwaltungsliegenschaften**	**311'600.00**	**76'900.00**	**378'500.00**	**76'900.00**	**350'623.94**	**77'190.80**
3010.01	Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals	13'000.00		13'000.00		11'521.85	
3010.02	Löhne Reinigungspersonal	45'000.00		57'000.00		42'056.65	
3050.01	AG-Beiträge AHV, IV, EO, ALV, Verwaltungskosten	4'000.00		4'400.00		3'449.20	
3052.01	AG-Beiträge an Pensionskassen	5'000.00		5'300.00		4'293.35	
3053.01	AG-Beiträge an Unfallversicherungen	400.00		400.00		359.45	
3054.01	AG-Beiträge an Familienausgleichskasse	1'000.00		1'000.00		799.75	
3055.01	AG-Beiträge an Krankentaggeldversicherungen	400.00		300.00		253.10	
3101.01	Betriebs-, Verbrauchsmaterial	5'000.00		8'000.00		673.42	
3111.01	Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	2'000.00		3'000.00		1'514.95	
3116.01	Medizinische Geräte	1'000.00				250.72	
3120.02	Heizmaterial	28'000.00		30'000.00		24'619.25	
3120.11	Nebenkosten Elektrizität	24'000.00		27'000.00		20'103.20	
3120.12	Nebenkosten Wasser	3'000.00		3'000.00		2'261.45	
3120.13	Nebenkosten Abwasser	13'000.00		13'000.00		2'484.20	
3120.14	Nebenkosten Kehricht	1'000.00		2'000.00		738.05	
3130.02	Telefon- und Kommunikation	500.00		500.00			
3130.10	Serviceabonnemente	16'900.00		17'200.00		14'978.00	
3131.01	Planungen und Projektierungen Dritter (für spätere Investitionskredite)	10'000.00		10'000.00			
3132.01	Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten etc.	10'000.00		10'000.00		28'427.10	
3134.01	Sachversicherungsprämien	10'000.00		12'000.00		8'420.25	
3144.01	Unterhalt Hochbauten, Gebäude	70'000.00		118'000.00		143'316.50	
3151.01	Unterhalt Apparate, Maschinen, Geräte, Fahrzeuge, Werkzeuge	1'000.00		3'000.00		145.00	
3300.10	Planmässige Abschreibungen Strassen / Verkehrswege VV	400.00		400.00		389.70	

Erfolgsrechnung nach funktionaler Gliederung

		Budget 2027		Budget 2026		Rechnung 2025	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
3300.40	Planmässige Abschreibungen Hochbauten VV Allgemeiner Haushalt	47'000.00		40'000.00		39'568.80	
4470.01	Pacht- und Mietzinse Liegenschaften VV		76'900.00		76'900.00		77'190.80
1	**Öffentliche Ordnung und Sicherheit, Verteidigung**	**1'018'050.00**	**2'203'100.00**	**1'086'400.00**	**2'112'500.00**	**941'700.65**	**1'913'066.78**
	Nettoertrag	1'185'050.00		1'026'100.00		971'366.13	
11	**Öffentliche Sicherheit**	**302'100.00**	**87'500.00**	**283'950.00**	**61'000.00**	**294'077.70**	**84'436.00**
	Nettoaufwand		214'600.00		222'950.00		209'641.70
111	**Polizei**	**302'100.00**	**87'500.00**	**283'950.00**	**61'000.00**	**294'077.70**	**84'436.00**
	Nettoaufwand		214'600.00		222'950.00		209'641.70
1110	**Polizei**	**302'100.00**	**87'500.00**	**283'950.00**	**61'000.00**	**294'077.70**	**84'436.00**
3101.01	Betriebs-, Verbrauchsmaterial	4'000.00		3'000.00		5'021.75	
3130.08	Mitglieder- und Verbandsbeiträge	3'650.00		200.00		150.00	
3132.01	Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten etc.	264'450.00		252'750.00		258'725.65	
3631.05	Gemeindeanteil Pauschalierung der Interventionskosten	30'000.00		28'000.00		30'180.30	
4210.01	Gebühren für Amtshandlungen		2'000.00		2'000.00		746.70
4240.01	Benützungsgebühren und Dienstleistungen		85'500.00		59'000.00		83'205.05
4260.08	Rückerstattung Einsatzkosten Kantonspolizei						484.25
14	**Allgemeines Rechtswesen**	**163'500.00**	**1'712'500.00**	**231'500.00**	**1'662'000.00**	**132'947.05**	**1'440'002.28**
	Nettoertrag	1'549'000.00		1'430'500.00		1'307'055.23	
140	**Allgemeines Rechtswesen**	**163'500.00**	**1'712'500.00**	**231'500.00**	**1'662'000.00**	**132'947.05**	**1'440'002.28**
	Nettoertrag	1'549'000.00		1'430'500.00		1'307'055.23	
1400	**Allgemeines Rechtswesen**	**163'500.00**	**222'500.00**	**231'500.00**	**232'000.00**	**132'947.05**	**212'464.78**
3130.11	Gebühren Einwohnerkontrolle, Fremdenpolizei	70'000.00		83'000.00		62'634.70	
3130.12	Nicht verrechenbare Aufwände Baubewilligungen	14'000.00		7'000.00		1'338.90	
3132.01	Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten etc.	59'500.00		116'500.00		47'698.45	
3611.01	Entschädigungen an Kanton	20'000.00		25'000.00		21'275.00	
4210.01	Gebühren für Amtshandlungen		181'500.00		191'000.00		180'410.63
4210.02	Gebühren für Amtshandlungen (Bau und Raumplanung und TUS)		40'000.00		40'000.00		31'214.15
4631.01	Beiträge von Kanton		1'000.00		1'000.00		840.00
1402	**Kinder- und Erwachsenenschutz**		**1'490'000.00**		**1'430'000.00**		**1'227'537.50**
4611.01	Entschädigungen vom Kanton		1'350'000.00		1'300'000.00		1'105'889.65

Erfolgsrechnung nach funktionaler Gliederung

		Budget 2027		Budget 2026		Rechnung 2025	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
4611.20	Entschädigung vom Kanton (Zusatzpauschale KES)		140'000.00		130'000.00		121'647.85
15	**Feuerwehr**	**388'800.00**	**388'800.00**	**369'800.00**	**369'800.00**	**383'475.60**	**383'475.60**
150	**Feuerwehr**	**388'800.00**	**388'800.00**	**369'800.00**	**369'800.00**	**383'475.60**	**383'475.60**
1506	**Regionale Feuerwehrorganisation**	**388'800.00**	**388'800.00**	**369'800.00**	**369'800.00**	**383'475.60**	**383'475.60**
3181.08	Forderungsverluste/Erlasse Ersatzabgaben Feuerwehrdienstpflicht	12'000.00		13'000.00		11'378.00	
3300.95	Planmässige Abschreibungen übrige Sachanlagen VV Feuerwehr (bishheriges VV, 10 Jahre)					22'517.45	
3510.01	Einlagen in Spezialfinanzierungen EK					54'792.15	
3632.02	Beitrag an Regiofeuerwehr Agglomeration Biel	360'000.00		340'000.00		276'800.20	
3910.01	Interne Verrechnung (9300)	16'800.00		16'800.00		17'368.80	
3940.01	Interne Verrechnung von kalk. Zinsen und Finanzaufwand					619.00	
4200.50	Ersatzabgaben Feuerwehrdienstpflicht		360'000.00		360'000.00		374'509.65
4510.01	Entnahmen aus Spezialfinanzierungen des EK		27'947.00		9'100.00		
4632.01	Beiträge von Gemeinden und Gemeindeverbänden						8'226.95
4940.01	Interne Verrechnung von kalkulatorischen Zinsen und Finanzaufwand		853.00		700.00		739.00
16	**Verteidigung**	**163'650.00**	**14'300.00**	**201'150.00**	**19'700.00**	**131'200.30**	**5'152.90**
	Nettoaufwand		149'350.00		181'450.00		126'047.40
161	**Militärische Verteidigung**	**53'500.00**	**14'000.00**	**95'000.00**	**19'400.00**	**30'980.75**	**4'902.90**
	Nettoaufwand		39'500.00		75'600.00		26'077.85
1610	**Militärische Verteidigung**	**53'500.00**	**14'000.00**	**95'000.00**	**19'400.00**	**30'980.75**	**4'902.90**
3132.01	Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten etc.	2'000.00		3'000.00			
3132.03	Rechtskosten	2'000.00		3'000.00			
3134.01	Sachversicherungsprämien	2'800.00		2'800.00		2'753.75	
3137.01	Steuern und Abgaben	500.00		500.00			
3144.01	Unterhalt Hochbauten, Gebäude	15'000.00		23'500.00		1'052.00	
3300.40	Planmässige Abschreibungen Hochbauten VV Allgemeiner Haushalt	7'200.00		8'000.00		3'204.40	
3300.90	Planmässige Abschreibungen übrige Sachanlagen VV Allgemeiner Haushalt	18'000.00		48'200.00		17'970.60	
3930.01	Interne Verrechnung (0220)	6'000.00		6'000.00		6'000.00	
4632.01	Beiträge von Gemeinden und Gemeindeverbänden		14'000.00		19'400.00		4'902.90

Erfolgsrechnung nach funktionaler Gliederung

		Budget 2027		Budget 2026		Rechnung 2025	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
162	**Zivile Verteidigung**	**110'150.00**	**300.00**	**106'150.00**	**300.00**	**100'219.55**	**250.00**
	Nettoaufwand		109'850.00		105'850.00		99'969.55
1620	**Zivilschutz**	**8'150.00**	**300.00**	**5'150.00**	**300.00**	**2'920.35**	**250.00**
3120.01	Elektrizität und Wasser	3'000.00		3'000.00		303.00	
3134.01	Sachversicherungsprämien	1'150.00		1'150.00		1'114.75	
3144.01	Unterhalt Hochbauten, Gebäude	3'000.00				1'502.60	
3611.01	Entschädigungen an Kanton	1'000.00		1'000.00			
4631.01	Beiträge von Kanton		300.00		300.00		250.00
1626	**Regionale Zivilschutzorganisation**	**97'000.00**		**96'000.00**		**92'384.35**	
3632.01	Beiträge an Gemeinden und Gemeindeverbände	97'000.00		96'000.00		92'384.35	
1627	**Regionale Führungsstab**	**5'000.00**		**5'000.00**		**4'914.85**	
3632.01	Beiträge an Gemeinden und Gemeindeverbände	5'000.00		5'000.00		4'914.85	
2	**Bildung**	**11'522'472.00**	**3'909'000.00**	**11'300'979.00**	**4'155'100.00**	**10'623'317.30**	**3'843'926.60**
	Nettoaufwand		7'613'472.00		7'145'879.00		6'779'390.70
21	**Obligatorische Schule**	**11'144'937.00**	**3'909'000.00**	**10'935'248.00**	**4'155'100.00**	**10'244'676.24**	**3'843'926.60**
	Nettoaufwand		7'235'937.00		6'780'148.00		6'400'749.64
211	**Eingangsstufe**	**598'400.00**		**654'500.00**		**573'081.85**	
	Nettoaufwand		598'400.00		654'500.00		573'081.85
2110	**Kindergarten**	**598'400.00**		**654'500.00**		**573'081.85**	
3090.03	Aus- und Weiterbildung Lehrpersonen			200.00			
3100.01	Büromaterial	1'000.00		1'000.00		868.75	
3100.02	Verbrauchsmaterial Büroinformatik	1'200.00		1'200.00		746.00	
3102.01	Drucksachen, Publikationen	200.00		200.00			
3104.01	Lehrmittel	28'000.00		28'000.00		26'278.75	
3119.01	Übrige nicht aktivierbare Anlagen	5'600.00		2'000.00			
3130.02	Telefon- und Kommunikation	4'800.00		4'000.00		2'624.80	
3134.01	Sachversicherungsprämien	1'100.00		1'100.00		1'043.40	
3159.01	Unterhalt übrige mobile Anlagen	500.00		500.00			
3171.01	Exkursionen, Schulreisen und Lager	5'600.00		5'600.00		3'769.60	
3611.02	Gemeindeanteil Lastenausgleich Lehrergehälter	400'000.00		400'000.00		374'676.50	
3612.04	Schulgelder französisch sprechende Kinder Lehrergehälter	92'000.00		125'400.00		100'922.50	
3612.05	Schulgelder französisch sprechende Kinder Betriebskosten	58'400.00		85'300.00		62'151.55	

Erfolgsrechnung nach funktionaler Gliederung

		Budget 2027		Budget 2026		Rechnung 2025	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
212	**Primarstufe**	**2'661'550.00**		**2'707'515.00**		**2'464'338.08**	
	Nettoaufwand		2'661'550.00		2'707'515.00		2'464'338.08
2120	**Primarstufe**	**2'661'550.00**		**2'707'515.00**		**2'464'338.08**	
3090.03	Aus- und Weiterbildung Lehrpersonen	12'000.00		12'000.00		4'733.35	
3099.01	Übriger Personalaufwand	4'000.00		11'000.00		2'353.25	
3100.01	Büromaterial	1'000.00		1'000.00		770.60	
3100.02	Verbrauchsmaterial Büroinformatik	4'000.00		4'000.00		1'987.60	
3102.01	Drucksachen, Publikationen	4'000.00		4'000.00		3'036.35	
3104.01	Lehrmittel	128'850.00		129'200.00		116'410.40	
3104.02	Bibliotheken	10'000.00		10'000.00		9'868.55	
3104.03	Werkmaterial	26'500.00		26'515.00		17'445.40	
3110.02	Schulmobiliar	9'600.00		42'600.00		35'892.90	
3111.01	Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	7'000.00		2'000.00		5'287.35	
3113.01	Hardware	30'000.00		25'000.00		24'815.85	
3118.01	Anschaffung und Entwicklung Software und Lizenzen (inkl. Release-Wechsel)	1'000.00		2'000.00			
3119.01	Übrige nicht aktivierbare Anlagen	5'000.00		5'000.00			
3120.03	Abfallgebühren	1'700.00		1'700.00		500.00	
3130.02	Telefon- und Kommunikation	8'000.00		8'000.00		5'948.45	
3132.01	Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten etc.	23'000.00		16'000.00		7'276.10	
3134.01	Sachversicherungsprämien	3'500.00		3'500.00		3'498.45	
3153.01	Informatik-Unterhalt (Hardware)	45'500.00		45'500.00		32'047.70	
3158.01	Unterhalt Software und Lizenzen (Service-Verträge, Up-Grades)	69'100.00		74'100.00		46'380.85	
3159.01	Unterhalt übrige mobile Anlagen	25'000.00		25'000.00		15'637.40	
3171.01	Exkursionen, Schulreisen und Lager	88'700.00		94'800.00		48'280.93	
3300.60	Planmässige Abschreibungen Mobilien VV Allgemeiner Haushalt	18'500.00		18'500.00		18'255.95	
3320.00	Planmässige Abschreibungen Software Allgemeiner Haushalt			36'100.00			
3611.02	Gemeindeanteil Lastenausgleich Lehrergehälter	1'300'000.00		1'290'000.00		1'252'696.25	
3612.04	Schulgelder französisch sprechende Kinder Lehrergehälter	459'600.00		441'000.00		447'290.85	
3612.05	Schulgelder französisch sprechende Kinder Betriebskosten	354'000.00		354'000.00		348'793.75	
3612.06	Schulgelder andere Primarschulen Lehrergehälter	12'000.00		15'000.00		6'239.30	
3612.07	Schulgelder andere Primarschulen Betriebskosten	10'000.00		10'000.00		8'890.50	
213	**Oberstufe**	**2'845'772.00**	**490'000.00**	**2'705'113.00**	**510'000.00**	**2'771'185.65**	**456'401.75**
	Nettoaufwand		2'355'772.00		2'195'113.00		2'314'783.90

Erfolgsrechnung nach funktionaler Gliederung

		Budget 2027		Budget 2026		Rechnung 2025	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
2130	**Sekundarstufe I**	**2'845'772.00**	**490'000.00**	**2'705'113.00**	**510'000.00**	**2'771'185.65**	**456'401.75**
3134.01	Sachversicherungsprämien	4'000.00		4'000.00		3'805.40	
3611.04	Schulgelder Maturitätsschulen Lehrergehälter	121'800.00		56'000.00		88'625.90	
3611.05	Schulgelder Maturitätsschulen Betriebskosten	81'900.00		33'000.00		43'390.35	
3612.02	Schulgelder Schulverband Lehrergehälter	1'125'000.00		1'151'685.00		1'144'989.00	
3612.03	Schulgelder Schulverband Betriebskosten	1'081'262.00		1'063'388.00		1'058'960.65	
3612.04	Schulgelder französisch sprechende Kinder Lehrergehälter	234'900.00		207'200.00		217'960.50	
3612.05	Schulgelder französisch sprechende Kinder Betriebskosten	196'910.00		189'840.00		213'453.85	
4611.01	Entschädigungen vom Kanton		490'000.00		510'000.00		456'401.75
214	**Musikschulen**	**160'000.00**		**160'000.00**		**160'470.10**	
	Nettoaufwand		160'000.00		160'000.00		160'470.10
2140	**Musikschulen**	**160'000.00**		**160'000.00**		**160'470.10**	
3612.01	Entschädigungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	160'000.00		160'000.00		160'470.10	
217	**Schulliegenschaften**	**3'370'450.00**	**2'470'500.00**	**3'169'830.00**	**2'472'100.00**	**2'902'032.61**	**2'462'264.15**
	Nettoaufwand		899'950.00		697'730.00		439'768.46
2170	**Schulliegenschaften**	**3'370'450.00**	**2'470'500.00**	**3'169'830.00**	**2'472'100.00**	**2'902'032.61**	**2'462'264.15**
3010.01	Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals	410'000.00		410'000.00		397'387.40	
3010.02	Löhne Reinigungspersonal	430'000.00		420'000.00		429'880.15	
3050.01	AG-Beiträge AHV, IV, EO, ALV, Verwaltungskosten	53'000.00		52'000.00		51'570.25	
3052.01	AG-Beiträge an Pensionskassen	62'000.00		60'000.00		60'305.25	
3053.01	AG-Beiträge an Unfallversicherungen	6'000.00		4'680.00		5'522.85	
3054.01	AG-Beiträge an Familienausgleichskasse	12'500.00		12'100.00		11'968.20	
3055.01	AG-Beiträge an Krankentaggeldversicherungen	5'000.00		3'500.00		3'295.55	
3055.09	Taggelder von Krankentaggeldversicherung					-1'577.80	
3101.01	Betriebs-, Verbrauchsmaterial	95'000.00		95'000.00		87'826.11	
3111.01	Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	9'000.00		14'000.00		13'586.35	
3112.01	Dienstkleider	2'000.00		2'000.00		1'632.30	
3120.02	Heizmaterial	350'000.00		377'000.00		329'508.30	
3120.03	Abfallgebühren	1'100.00		1'200.00		191.00	
3120.11	Nebenkosten Elektrizität	143'000.00		151'000.00		128'755.45	
3120.12	Nebenkosten Wasser	17'000.00		17'000.00		13'317.80	
3120.13	Nebenkosten Abwasser	28'000.00		28'000.00		16'569.05	
3120.14	Nebenkosten Kehricht	8'000.00		8'000.00		6'259.70	
3130.02	Telefon- und Kommunikation	500.00		800.00		291.70	
3130.10	Serviceabonnemente	19'350.00		21'350.00		15'688.50	
3132.01	Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten etc.	60'000.00		60'000.00		29'655.50	

Erfolgsrechnung nach funktionaler Gliederung

		Budget 2027		Budget 2026		Rechnung 2025	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
3134.01	Sachversicherungsprämien	105'000.00		108'000.00		103'216.40	
3140.01	Unterhalt an Grundstücken	139'000.00		30'000.00		7'976.95	
3144.01	Unterhalt Hochbauten, Gebäude	16'000.00		11'000.00		11'383.80	
3144.02	Unterhalt Schulhaus Balainen	72'000.00		66'000.00		53'314.15	
3144.03	Unterhalt Schulhaus Beunden	84'000.00		75'000.00		61'665.60	
3144.04	Unterhalt Schulhaus Burgerallee	39'000.00		32'000.00		26'445.45	
3144.05	Unterhalt Schulhaus Weidteile	70'000.00		78'000.00		73'226.60	
3144.06	Unterhalt Kindergärten und KITA Aalmatten	115'000.00		54'000.00		23'578.15	
3144.13	Unterhalt Schulhaus Beunden Ost 19a	50'000.00		10'000.00			
3144.20	Unterhalt Balainenweg 29 (Wohnung)			4'000.00			
3151.01	Unterhalt Apparate, Maschinen, Geräte, Fahrzeuge, Werkzeuge	6'000.00		9'200.00		3'722.45	
3300.40	Planmässige Abschreibungen Hochbauten VV Allgemeiner Haushalt	963'000.00		955'000.00		935'869.45	
4240.41	Rücklieferung Solarstrom		6'000.00		7'000.00		6'243.05
4470.01	Pacht- und Mietzinse Liegenschaften VV		2'447'500.00		2'448'100.00		2'438'500.00
4472.01	Vergütung für Benützungen Liegenschaften VV		17'000.00		17'000.00		17'521.10
218	**Tagesbetreuung**	**1'280'065.00**	**855'500.00**	**1'315'460.00**	**1'083'000.00**	**1'160'452.55**	**847'402.65**
	Nettoaufwand		424'565.00		232'460.00		313'049.90
2180	**Tagesbetreuung**	**1'217'665.00**	**835'000.00**	**1'253'370.00**	**1'060'000.00**	**1'118'563.05**	**829'075.65**
3010.01	Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals	750'000.00		750'000.00		681'382.60	
3010.02	Löhne Reinigungspersonal	20'000.00		20'000.00		15'209.15	
3050.01	AG-Beiträge AHV, IV, EO, ALV, Verwaltungskosten	50'000.00		51'590.00		43'733.55	
3052.01	AG-Beiträge an Pensionskassen	50'000.00		50'000.00		44'296.95	
3053.01	AG-Beiträge an Unfallversicherungen	5'000.00		4'620.00		4'581.75	
3054.01	AG-Beiträge an Familienausgleichskasse	11'000.00		13'860.00		10'149.00	
3055.01	AG-Beiträge an Krankentaggeldversicherungen	5'000.00		4'000.00		3'345.95	
3090.01	Aus- und Weiterbildung des Personals	11'600.00		18'100.00		4'555.80	
3100.01	Büromaterial	200.00		200.00		24.00	
3101.01	Betriebs-, Verbrauchsmaterial	20'000.00		20'000.00		16'799.40	
3102.01	Drucksachen, Publikationen	1'000.00		1'000.00			
3105.01	Lebensmittel	129'865.00		132'000.00		125'338.10	
3105.09	Erstattung Lebensmittel Personal	-5'000.00		-5'000.00		-5'334.00	
3110.01	Büromöbel und Geräte	6'000.00		6'000.00		5'781.20	
3119.01	Übrige nicht aktivierbare Anlagen	5'000.00		5'000.00			
3120.01	Elektrizität und Wasser	5'000.00		5'000.00		4'447.80	
3130.02	Telefon- und Kommunikation	3'500.00		1'500.00		310.10	
3160.01	Miete und Pacht Liegenschaften	78'000.00		78'000.00		72'967.35	

Erfolgsrechnung nach funktionaler Gliederung

		Budget 2027		Budget 2026		Rechnung 2025	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
3169.01	Übrige Mieten und Benützungskosten	2'000.00		2'000.00		536.95	
3170.01	Reisekosten und Spesen	15'000.00		15'000.00		9'937.40	
3930.01	Interne Verrechnung (0220)	54'500.00		80'500.00		80'500.00	
4240.07	Elternbeiträge Betreuung		190'000.00		185'000.00		187'763.15
4260.03	Elternbeiträge Mahlzeiten		135'000.00		145'000.00		133'334.10
4502.01	Entnahme aus Legaten und Stiftungen		10'000.00		10'000.00		9'937.40
4631.01	Beiträge von Kanton		500'000.00		720'000.00		498'041.00
2181	**Ferienbetreuung**	**62'400.00**	**20'500.00**	**62'090.00**	**23'000.00**	**41'889.50**	**18'327.00**
3010.01	Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals	45'000.00		49'000.00		33'698.05	
3050.01	AG-Beiträge AHV, IV, EO, ALV, Verwaltungskosten	3'000.00		3'000.00		2'177.80	
3052.01	AG-Beiträge an Pensionskassen	1'000.00		1'000.00		510.00	
3053.01	AG-Beiträge an Unfallversicherungen	300.00		300.00		228.15	
3054.01	AG-Beiträge an Familienausgleichskasse	800.00		890.00		505.40	
3055.01	AG-Beiträge an Krankentaggeldversicherungen	300.00		300.00		167.05	
3101.01	Betriebs-, Verbrauchsmaterial	9'000.00		4'000.00		2'538.30	
3105.01	Lebensmittel	3'000.00		3'500.00		2'064.75	
3130.02	Telefon- und Kommunikation			100.00			
4240.07	Elternbeiträge Betreuung		10'000.00		10'000.00		8'205.00
4260.03	Elternbeiträge Mahlzeiten		2'500.00		3'000.00		2'592.00
4631.01	Beiträge von Kanton		8'000.00		10'000.00		7'530.00
219	**Obligatorische Schule**	**228'700.00**	**93'000.00**	**222'830.00**	**90'000.00**	**213'115.40**	**77'858.05**
	Nettoaufwand		135'700.00		132'830.00		135'257.35
2197	**Schulsozialdienst**	**228'700.00**	**93'000.00**	**222'830.00**	**90'000.00**	**213'115.40**	**77'858.05**
3010.01	Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals	165'000.00		165'000.00		163'218.40	
3050.01	AG-Beiträge AHV, IV, EO, ALV, Verwaltungskosten	10'450.00		10'450.00		9'993.85	
3052.01	AG-Beiträge an Pensionskassen	12'000.00		12'000.00		11'655.80	
3053.01	AG-Beiträge an Unfallversicherungen	1'100.00		940.00		1'046.85	
3054.01	AG-Beiträge an Familienausgleichskasse	2'500.00		2'400.00		2'319.65	
3055.01	AG-Beiträge an Krankentaggeldversicherungen	1'000.00		990.00		784.05	
3055.09	Taggelder von Krankentaggeldversicherung					-7'329.30	
3090.01	Aus- und Weiterbildung des Personals	6'100.00		6'100.00		9'526.20	
3101.01	Betriebs-, Verbrauchsmaterial	6'800.00		2'300.00		1'654.90	
3130.02	Telefon- und Kommunikation	1'000.00					
3132.01	Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten etc.	250.00		150.00		745.00	
3199.07	Projektarbeit	3'000.00		3'000.00			
3930.01	Interne Verrechnung (0220)	19'500.00		19'500.00		19'500.00	
4631.01	Beiträge von Kanton		15'000.00		15'000.00		

Erfolgsrechnung nach funktionaler Gliederung

		Budget 2027		Budget 2026		Rechnung 2025	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
4632.02	Beiträge von Schulverband		78'000.00		75'000.00		77'858.05
22	**Sonderschulen**	**377'535.00**		**365'731.00**		**378'641.06**	
	Nettoaufwand		377'535.00		365'731.00		378'641.06
220	**Sonderschulen**	**377'535.00**		**365'731.00**		**378'641.06**	
	Nettoaufwand		377'535.00		365'731.00		378'641.06
2200	**Sonderschulen**	**377'535.00**		**365'731.00**		**378'641.06**	
3612.08	Schulgelder Sonderschulen Lehrergehälter	280'758.00		269'307.00		261'343.55	
3612.11	Schulgelder Sonderschulen Betriebskosten	96'777.00		96'424.00		117'297.51	
3	**Kultur, Sport und Freizeit, Kirche**	**2'733'990.00**	**395'240.00**	**2'776'245.00**	**443'150.00**	**2'471'164.51**	**450'565.25**
	Nettoaufwand		2'338'750.00		2'333'095.00		2'020'599.26
31	**Kulturerbe**					**2'698.70**	**42'358.30**
	Nettoertrag					39'659.60	
312	**Denkmalpflege und Heimatschutz**					**2'698.70**	**42'358.30**
	Nettoertrag					39'659.60	
3120	**Denkmalpflege und Heimatschutz**					**2'698.70**	**42'358.30**
3637.12	Beiträge aus SF Bauinventar					2'698.70	
4893.01	Entnahmen aus Vorfinanzierungen des EK						42'358.30
32	**Kultur, übrige**	**831'890.00**	**33'300.00**	**841'620.00**	**34'500.00**	**825'276.38**	**35'747.20**
	Nettoaufwand		798'590.00		807'120.00		789'529.18
321	**Bibliotheken**	**188'950.00**	**20'800.00**	**186'980.00**	**22'500.00**	**166'480.98**	**15'997.20**
	Nettoaufwand		168'150.00		164'480.00		150'483.78
3210	**Bibliothek deutsch**	**126'550.00**	**16'000.00**	**126'980.00**	**17'700.00**	**115'293.78**	**12'097.20**
3010.01	Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals	75'000.00		75'000.00		72'212.70	
3050.01	AG-Beiträge AHV, IV, EO, ALV, Verwaltungskosten	4'500.00		5'030.00		4'069.50	
3052.01	AG-Beiträge an Pensionskassen	4'500.00		6'500.00		3'704.25	
3053.01	AG-Beiträge an Unfallversicherungen	500.00		450.00		488.95	
3054.01	AG-Beiträge an Familienausgleichskasse	1'000.00		1'350.00		945.05	
3055.01	AG-Beiträge an Krankentaggeldversicherungen	500.00		450.00		365.10	
3090.01	Aus- und Weiterbildung des Personals	1'000.00		1'000.00			
3101.01	Betriebs-, Verbrauchsmaterial	2'000.00		2'000.00		1'728.70	

Erfolgsrechnung nach funktionaler Gliederung

		Budget 2027		Budget 2026		Rechnung 2025	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
3103.02	Ankauf Ausleihmaterial	15'000.00		15'000.00		14'981.63	
3110.01	Büromöbel und Geräte	2'500.00		1'000.00			
3113.01	Hardware	800.00				800.00	
3120.01	Elektrizität und Wasser	1'000.00		1'000.00		907.45	
3130.02	Telefon- und Kommunikation	700.00		700.00		602.30	
3130.04	Portokosten	550.00		550.00		96.10	
3130.08	Mitglieder- und Verbandsbeiträge	500.00		500.00		445.00	
3132.01	Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten etc.	2'000.00		2'000.00		1'100.00	
3134.01	Sachversicherungsprämien	700.00		1'450.00		306.90	
3158.01	Unterhalt Software und Lizenzen (Service-Verträge, Up-Grades)	800.00				460.25	
3159.01	Unterhalt übrige mobile Anlagen	1'000.00		1'000.00		263.50	
3160.01	Miete und Pacht Liegenschaften	12'000.00		12'000.00		11'816.40	
4210.01	Gebühren für Amtshandlungen		2'000.00		2'000.00		402.90
4240.01	Benützungsgebühren und Dienstleistungen		11'000.00		11'000.00		8'994.30
4636.01	Beiträge von privaten Organisationen ohne Erwerbszweck		3'000.00		4'700.00		2'700.00
3211	**Bibliothek französisch**	**62'400.00**	**4'800.00**	**60'000.00**	**4'800.00**	**51'187.20**	**3'900.00**
3010.01	Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals	30'000.00		30'000.00		25'049.90	
3010.02	Löhne Reinigungspersonal	5'000.00		5'000.00		2'922.45	
3050.01	AG-Beiträge AHV, IV, EO, ALV, Verwaltungskosten	2'000.00		2'350.00		1'763.30	
3052.01	AG-Beiträge an Pensionskassen	500.00		500.00		309.85	
3053.01	AG-Beiträge an Unfallversicherungen	200.00		210.00		189.25	
3054.01	AG-Beiträge an Familienausgleichskasse	500.00		630.00		409.25	
3055.01	AG-Beiträge an Krankentaggeldversicherungen	200.00		210.00		140.90	
3090.01	Aus- und Weiterbildung des Personals	500.00		800.00			
3101.01	Betriebs-, Verbrauchsmaterial	500.00		500.00		313.50	
3103.02	Ankauf Ausleihmaterial	7'000.00		7'000.00		6'972.00	
3113.01	Hardware	800.00				800.00	
3119.01	Übrige nicht aktivierbare Anlagen	1'000.00		1'000.00			
3120.01	Elektrizität und Wasser	500.00		500.00		402.70	
3130.02	Telefon- und Kommunikation	500.00		500.00		434.30	
3130.08	Mitglieder- und Verbandsbeiträge	300.00		300.00			
3132.01	Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten etc.	1'000.00		1'000.00		979.30	
3134.01	Sachversicherungsprämien	1'600.00				1'535.85	
3158.01	Unterhalt Software und Lizenzen (Service-Verträge, Up-Grades)	800.00				190.25	
3159.01	Unterhalt übrige mobile Anlagen	500.00		500.00			
3160.01	Miete und Pacht Liegenschaften	9'000.00		9'000.00		8'774.40	
4240.01	Benützungsgebühren und Dienstleistungen		2'500.00		2'500.00		2'600.00

Erfolgsrechnung nach funktionaler Gliederung

		Budget 2027		Budget 2026		Rechnung 2025	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
4636.01	Beiträge von privaten Organisationen ohne Erwerbszweck		2'300.00		2'300.00		1'300.00
329	**Kultur**	**642'940.00**	**12'500.00**	**654'640.00**	**12'000.00**	**658'795.40**	**19'750.00**
	Nettoaufwand		630'440.00		642'640.00		639'045.40
3290	**Übrige Kultur**	**444'540.00**		**451'840.00**		**458'794.05**	
3130.16	Infrastruktur für Veranstaltungen in Nidau	85'000.00		98'000.00		49'438.80	
3199.06	Schliengen Partnerschaft	5'000.00		10'000.00		3'910.00	
3300.90	Planmässige Abschreibungen übrige Sachanlagen VV Allgemeiner Haushalt	14'200.00				3'031.55	
3612.17	Interne Verrechnung (8710)			5'000.00		5'000.00	
3634.02	Kulturelle Institutionen Biel	141'000.00		141'000.00		137'955.00	
3636.03	Kulturelle Institutionen Nidau	5'500.00		5'300.00		4'800.00	
3636.04	Kulturelle Veranstaltungen Nidau	300.00		300.00		360.00	
3636.05	Kultur Kreuz Nidau	50'000.00		50'000.00		50'000.00	
3636.06	Verschiedene freiwillige Beiträge	84'800.00		84'800.00		107'858.70	
3636.07	Verschiedene Vereinsbeiträge	10'740.00		9'440.00		9'440.00	
3930.01	Interne Verrechnung (0220)	19'000.00		19'000.00		33'000.00	
3930.05	Interne Verrechnung (6191)	29'000.00		29'000.00		54'000.00	
3291	**Integration**	**198'400.00**	**12'500.00**	**202'800.00**	**12'000.00**	**200'001.35**	**19'750.00**
3010.01	Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals	55'000.00		55'000.00		67'131.40	
3010.03	Löhne Projektarbeit	56'000.00		59'000.00		49'641.80	
3050.01	AG-Beiträge AHV, IV, EO, ALV, Verwaltungskosten	8'000.00		6'970.00		7'821.35	
3050.09	Erwerbsersatz und Mutterschaftsentschädigung der Ausgleichskasse					-11'344.75	
3052.01	AG-Beiträge an Pensionskassen	9'000.00		6'500.00		8'663.30	
3053.01	AG-Beiträge an Unfallversicherungen	800.00		700.00		749.70	
3054.01	AG-Beiträge an Familienausgleichskasse	2'000.00		2'050.00		1'815.25	
3055.01	AG-Beiträge an Krankentaggeldversicherungen	900.00		680.00		613.85	
3130.08	Mitglieder- und Verbandsbeiträge	1'450.00		1'400.00		1'161.45	
3132.01	Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten etc.	250.00		500.00			
3199.07	Projektarbeit	30'000.00		30'000.00		28'844.55	
3199.12	Projekte Impulsprogramm			5'000.00		17'102.20	
3636.02	Internido	35'000.00		35'000.00		27'801.25	
4231.01	Kursgelder		10'000.00		10'000.00		9'050.00
4611.01	Entschädigungen vom Kanton		2'500.00		2'000.00		2'700.00
4630.02	Beiträge Impulsprogramm						8'000.00
33	**Medien**	**56'500.00**	**4'000.00**	**55'100.00**	**4'000.00**	**52'557.45**	**4'183.00**

Erfolgsrechnung nach funktionaler Gliederung

		Budget 2027		Budget 2026		Rechnung 2025	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
	Nettoaufwand		52'500.00		51'100.00		48'374.45
332	**Massenmedien**	**56'500.00**	**4'000.00**	**55'100.00**	**4'000.00**	**52'557.45**	**4'183.00**
	Nettoaufwand		52'500.00		51'100.00		48'374.45
3320	**Massenmedien**	**56'500.00**	**4'000.00**	**55'100.00**	**4'000.00**	**52'557.45**	**4'183.00**
3130.17	Nidauer Anzeiger Portokosten	36'000.00		34'000.00		36'415.50	
3132.01	Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten etc.	8'000.00		15'000.00		10'470.60	
3133.04	Homepage	12'500.00		6'100.00		5'671.35	
4636.01	Beiträge von privaten Organisationen ohne Erwerbszweck		4'000.00		4'000.00		4'183.00
34	**Sport und Freizeit**	**1'845'600.00**	**357'940.00**	**1'879'525.00**	**404'650.00**	**1'590'631.98**	**368'276.75**
	Nettoaufwand		1'487'660.00		1'474'875.00		1'222'355.23
341	**Sport**	**1'141'450.00**	**339'040.00**	**1'088'450.00**	**386'550.00**	**942'740.28**	**350'739.60**
	Nettoaufwand		802'410.00		701'900.00		592'000.68
3410	**Sport**	**3'500.00**		**3'500.00**		**4'000.00**	
3636.08	Sportvereine Nidau	3'500.00		3'500.00		4'000.00	
3411	**Strandbad**	**1'045'900.00**	**333'040.00**	**1'003'500.00**	**385'550.00**	**876'841.63**	**341'788.80**
3010.01	Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals	350'000.00		350'000.00		344'933.40	
3050.01	AG-Beiträge AHV, IV, EO, ALV, Verwaltungskosten	23'500.00		23'450.00		22'214.05	
3052.01	AG-Beiträge an Pensionskassen	23'000.00		18'000.00		22'166.95	
3053.01	AG-Beiträge an Unfallversicherungen	5'000.00		4'000.00		4'223.20	
3054.01	AG-Beiträge an Familienausgleichskasse	5'500.00		6'300.00		5'155.20	
3055.01	AG-Beiträge an Krankentaggeldversicherungen	2'000.00		1'750.00		1'361.25	
3090.01	Aus- und Weiterbildung des Personals	2'500.00		2'500.00		4'649.68	
3091.01	Personalwerbung	1'000.00		1'000.00		618.25	
3100.01	Büromaterial	500.00		500.00			
3101.01	Betriebs-, Verbrauchsmaterial	25'000.00		28'000.00		20'358.68	
3101.02	Treibstoffe	400.00		200.00		324.50	
3101.03	Chemikalien	40'000.00		40'000.00		38'489.69	
3102.01	Drucksachen, Publikationen	2'000.00		2'000.00		1'900.00	
3110.01	Büromöbel und Geräte	2'000.00		1'000.00		1'559.60	
3111.01	Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	5'000.00		5'000.00		2'833.40	
3112.01	Dienstkleider	3'000.00		3'500.00		469.55	
3116.01	Medizinische Geräte	1'000.00		1'000.00		34.90	
3119.01	Übrige nicht aktivierbare Anlagen	70'000.00		75'000.00		20'735.80	
3120.02	Heizmaterial			1'000.00			

Erfolgsrechnung nach funktionaler Gliederung

		Budget 2027		Budget 2026		Rechnung 2025	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
3120.03	Abfallgebühren			2'500.00			
3120.11	Nebenkosten Elektrizität	80'000.00		80'000.00		76'819.65	
3120.12	Nebenkosten Wasser	30'000.00		30'000.00		22'262.46	
3120.13	Nebenkosten Abwasser	18'000.00		18'000.00		13'964.60	
3120.14	Nebenkosten Kehricht	2'000.00		2'000.00		1'457.78	
3130.02	Telefon- und Kommunikation	5'500.00		7'200.00		4'834.49	
3132.01	Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten etc.	62'000.00		59'000.00		40'104.55	
3134.01	Sachversicherungsprämien	8'000.00		8'500.00		7'684.40	
3140.01	Unterhalt an Grundstücken	34'000.00		30'500.00		49'242.80	
3144.01	Unterhalt Hochbauten, Gebäude	80'000.00		45'000.00		73'554.45	
3151.01	Unterhalt Apparate, Maschinen, Geräte, Fahrzeuge, Werkzeuge	109'000.00		83'000.00		40'314.65	
3158.01	Unterhalt Software und Lizenzen (Service-Verträge, Up-Grades)	15'000.00		13'000.00		14'166.60	
3300.40	Planmässige Abschreibungen Hochbauten VV Allgemeiner Haushalt	25'000.00		44'600.00		24'601.50	
3320.00	Planmässige Abschreibungen Software Allgemeiner Haushalt	16'000.00		16'000.00		15'805.60	
4240.04	Eintrittsgelder		300'000.00		350'000.00		304'290.47
4240.05	Verschiedene Einnahmen						10'974.08
4240.41	Rücklieferung Solarstrom		500.00		1'000.00		263.45
4470.01	Pacht- und Mietzinse Liegenschaften VV		10'200.00		10'200.00		10'200.00
4470.10	Pachtzins Restaurant		20'000.00		22'000.00		13'720.80
4479.06	Nebenkosten Wohnung Strandbad		2'340.00		2'350.00		2'340.00
3412	**Fussballplatz**	**92'050.00**	**6'000.00**	**81'450.00**	**1'000.00**	**61'898.65**	**8'950.80**
3120.02	Heizmaterial	7'000.00		7'000.00		6'464.70	
3120.11	Nebenkosten Elektrizität	3'000.00		3'000.00		2'406.50	
3120.12	Nebenkosten Wasser	4'000.00		4'000.00		3'604.70	
3120.13	Nebenkosten Abwasser	3'000.00		2'500.00		2'747.30	
3120.14	Nebenkosten Kehricht	200.00		200.00		140.55	
3134.01	Sachversicherungsprämien	1'100.00		1'200.00		1'014.50	
3137.01	Steuern und Abgaben	2'000.00		1'800.00		6'255.00	
3140.02	Unterhalt Fussballplatz	49'000.00		49'000.00		31'427.10	
3144.01	Unterhalt Hochbauten, Gebäude	7'250.00		7'250.00		2'486.20	
3300.40	Planmässige Abschreibungen Hochbauten VV Allgemeiner Haushalt	5'500.00		5'500.00		5'352.10	
3300.90	Planmässige Abschreibungen übrige Sachanlagen VV Allgemeiner Haushalt	10'000.00					
4636.01	Beiträge von privaten Organisationen ohne Erwerbszweck		6'000.00		1'000.00		8'950.80

Erfolgsrechnung nach funktionaler Gliederung

		Budget 2027		Budget 2026		Rechnung 2025	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
342	**Freizeit**	**704'150.00**	**18'900.00**	**791'075.00**	**18'100.00**	**647'891.70**	**17'537.15**
	Nettoaufwand		685'250.00		772'975.00		630'354.55
3420	**Freizeit**	**38'500.00**	**9'100.00**	**41'725.00**	**9'100.00**	**32'530.05**	**7'529.50**
3010.01	Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals	25'000.00		25'000.00		23'322.35	
3050.01	AG-Beiträge AHV, IV, EO, ALV, Verwaltungskosten	1'400.00		1'675.00		1'232.25	
3053.01	AG-Beiträge an Unfallversicherungen	200.00		150.00		157.95	
3054.01	AG-Beiträge an Familienausgleichskasse	300.00		450.00		286.20	
3055.01	AG-Beiträge an Krankentaggeldversicherungen	200.00		150.00		118.05	
3090.01	Aus- und Weiterbildung des Personals	1'000.00		1'000.00		181.60	
3100.01	Büromaterial	200.00		200.00		160.20	
3101.01	Betriebs-, Verbrauchsmaterial	600.00		600.00		452.90	
3102.01	Drucksachen, Publikationen	200.00		200.00			
3103.02	Ankauf Ausleihmaterial	3'000.00		3'000.00		2'931.05	
3113.01	Hardware	200.00		200.00		443.00	
3119.01	Übrige nicht aktivierbare Anlagen	500.00		500.00		78.95	
3120.01	Elektrizität und Wasser	500.00		500.00		332.20	
3130.08	Mitglieder- und Verbandsbeiträge	500.00		500.00		450.00	
3134.01	Sachversicherungsprämien	1'600.00		3'500.00		1'535.90	
3144.01	Unterhalt Hochbauten, Gebäude	2'000.00		3'000.00		657.20	
3158.01	Unterhalt Software und Lizenzen (Service-Verträge, Up-Grades)	600.00		600.00		190.25	
3159.01	Unterhalt übrige mobile Anlagen	500.00		500.00			
4210.01	Gebühren für Amtshandlungen		100.00		100.00		
4240.01	Benützungsgebühren und Dienstleistungen		9'000.00		9'000.00		7'529.50
3421	**Grünzonen, Parkanlagen, Wanderwege, Uferzonen**	**642'250.00**	**9'800.00**	**726'350.00**	**9'000.00**	**594'313.40**	**10'007.65**
3010.01	Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals	440'000.00		440'000.00		399'830.25	
3050.01	AG-Beiträge AHV, IV, EO, ALV, Verwaltungskosten	29'000.00		29'000.00		23'953.65	
3050.09	Erwerbsersatz und Mutterschaftsentschädigung der Ausgleichskasse					-362.60	
3052.01	AG-Beiträge an Pensionskassen	33'000.00		33'000.00		27'422.90	
3053.01	AG-Beiträge an Unfallversicherungen	7'000.00		9'000.00		5'502.10	
3053.09	Taggelder von Unfallversicherung					-4'194.00	
3054.01	AG-Beiträge an Familienausgleichskasse	7'000.00		7'000.00		5'558.85	
3055.01	AG-Beiträge an Krankentaggeldversicherungen	1'900.00		1'900.00		1'280.70	
3055.09	Taggelder von Krankentaggeldversicherung					-26'765.10	
3101.01	Betriebs-, Verbrauchsmaterial	24'000.00		34'000.00		41'518.20	
3101.02	Treibstoffe	7'000.00		12'000.00		5'691.95	

Erfolgsrechnung nach funktionaler Gliederung

		Budget 2027		Budget 2026		Rechnung 2025	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
3101.07	Betriebs-, Verbrauchsmaterial Parzellen 371, 390, 475	1'000.00		1'000.00			
3111.11	Maschinen, Geräte und Fahrzeuge mit 2. KST Fahrzeuge	5'000.00		23'000.00		16'734.65	
3112.01	Dienstkleider	2'300.00		3'000.00		2'205.40	
3120.01	Elektrizität und Wasser	500.00					
3120.03	Abfallgebühren	3'000.00				140.50	
3132.01	Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten etc.	15'000.00		13'000.00		7'186.25	
3134.01	Sachversicherungsprämien			8'000.00		6'548.45	
3137.01	Steuern und Abgaben	2'600.00		2'350.00		2'500.45	
3140.01	Unterhalt an Grundstücken	16'000.00		28'000.00		10'632.25	
3142.01	Unterhalt Wasserbau	4'000.00		14'000.00		9'425.25	
3149.01	Unterhalt übrige Sachanlagen	1'000.00		6'500.00		658.85	
3151.11	Unterhalt Apparate, Maschinen, Geräte, Fahrzeuge, Werkzeuge mit 2. KST Fahrzeuge	24'000.00		27'000.00		29'688.15	
3161.03	Mieten, Benützungskosten Parzellen 371, 390, 475	5'000.00		15'000.00		15'344.20	
3300.20	Planmässige Abschreibungen Wasserbau			5'600.00			
3300.60	Planmässige Abschreibungen Mobilien VV Allgemeiner Haushalt	12'500.00		12'500.00		12'418.10	
3634.01	Beiträge an öffentliche Unternehmungen	1'450.00		1'500.00		1'394.00	
4240.01	Benützungsgebühren und Dienstleistungen		5'300.00		4'500.00		5'317.40
4631.01	Beiträge von Kanton		4'500.00		4'500.00		4'690.25
3422	**Spielplätze**	**23'400.00**		**23'000.00**		**21'048.25**	
3120.01	Elektrizität und Wasser			300.00			
3149.02	Unterhalt Spielplätze	21'500.00		21'500.00		19'148.25	
3160.01	Miete und Pacht Liegenschaften	1'900.00		1'200.00		1'900.00	
4	**Gesundheit**	**24'020.00**		**24'020.00**		**18'486.15**	
	Nettoaufwand		24'020.00		24'020.00		18'486.15
43	**Gesundheit**	**24'020.00**		**24'020.00**		**18'486.15**	
	Nettoaufwand		24'020.00		24'020.00		18'486.15
433	**Schulgesundheitsdienst**	**24'020.00**		**24'020.00**		**18'486.15**	
	Nettoaufwand		24'020.00		24'020.00		18'486.15
4330	**Schulgesundheitsdienst**	**7'120.00**		**7'120.00**		**2'143.15**	
3010.01	Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals	6'500.00		6'500.00		2'137.85	
3050.01	AG-Beiträge AHV, IV, EO, ALV, Verwaltungskosten	440.00		440.00			
3053.01	AG-Beiträge an Unfallversicherungen	40.00		40.00		5.30	
3054.01	AG-Beiträge an Familienausgleichskasse	100.00		100.00			

Erfolgsrechnung nach funktionaler Gliederung

		Budget 2027		Budget 2026		Rechnung 2025	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
3055.01	AG-Beiträge an Krankentaggeldversicherungen	40.00		40.00			
4331	**Schulzahnpflege**	**16'900.00**		**16'900.00**		**16'343.00**	
3010.01	Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals	1'700.00		1'700.00		951.00	
3050.01	AG-Beiträge AHV, IV, EO, ALV, Verwaltungskosten	150.00		150.00			
3053.01	AG-Beiträge an Unfallversicherungen	10.00		10.00		9.25	
3054.01	AG-Beiträge an Familienausgleichskasse	30.00		30.00			
3055.01	AG-Beiträge an Krankentaggeldversicherungen	10.00		10.00		6.90	
3101.01	Betriebs-, Verbrauchsmaterial	1'500.00		1'500.00		222.65	
3132.04	Zahnkontrollen	12'000.00		12'000.00		14'200.10	
3637.10	Beiträge für normale Gebisse	1'000.00		1'000.00		953.10	
3637.11	Beiträge für anormale Gebisse	500.00		500.00			
5	**Soziale Sicherheit**	**27'630'502.00**	**17'483'620.00**	**27'155'745.00**	**17'363'800.00**	**21'832'774.79**	**13'554'921.84**
	Nettoaufwand		10'146'882.00		9'791'945.00		8'277'852.95
53	**Alter + Hinterlassene**	**2'149'140.00**	**69'000.00**	**2'068'285.00**	**64'000.00**	**1'889'589.00**	**63'740.00**
	Nettoaufwand		2'080'140.00		2'004'285.00		1'825'849.00
531	**Alters- und Hinterlassenenversicherung AHV**	**334'140.00**	**69'000.00**	**348'285.00**	**64'000.00**	**330'716.20**	**63'740.00**
	Nettoaufwand		265'140.00		284'285.00		266'976.20
5310	**Alters- und Hinterlassenenversicherung AHV**	**334'140.00**	**69'000.00**	**348'285.00**	**64'000.00**	**330'716.20**	**63'740.00**
3010.01	Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals	205'000.00		205'000.00		206'640.90	
3050.01	AG-Beiträge AHV, IV, EO, ALV, Verwaltungskosten	14'000.00		13'735.00		13'352.10	
3052.01	AG-Beiträge an Pensionskassen	19'000.00		19'000.00		18'142.80	
3053.01	AG-Beiträge an Unfallversicherungen	1'400.00		1'250.00		1'397.65	
3054.01	AG-Beiträge an Familienausgleichskasse	3'100.00		3'300.00		3'098.75	
3055.01	AG-Beiträge an Krankentaggeldversicherungen	1'500.00		1'100.00		1'044.00	
3130.08	Mitglieder- und Verbandsbeiträge	100.00		100.00			
3132.01	Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten etc.	3'000.00		3'000.00			
3930.01	Interne Verrechnung (0220)	87'040.00		79'600.00		78'160.00	
3930.03	Interne Verrechnung (5797)			22'200.00		8'880.00	
4611.01	Entschädigungen vom Kanton		34'000.00		35'000.00		28'098.00
4632.01	Beiträge von Gemeinden und Gemeindeverbänden		35'000.00		29'000.00		35'642.00
532	**Ergänzungsleistungen AHV / IV**	**1'800'000.00**		**1'700'000.00**		**1'545'129.00**	
	Nettoaufwand		1'800'000.00		1'700'000.00		1'545'129.00
5320	**Ergänzungsleistungen AHV / IV**	**1'800'000.00**		**1'700'000.00**		**1'545'129.00**	

Erfolgsrechnung nach funktionaler Gliederung

		Budget 2027		Budget 2026		Rechnung 2025	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
3631.02	Gemeindeanteil Lastenausgleich Sozialversicherung EL	1'800'000.00		1'700'000.00		1'545'129.00	
533	**Leistungen an Pensionierte**	**10'000.00**		**15'000.00**		**8'743.80**	
	Nettoaufwand		10'000.00		15'000.00		8'743.80
5330	**Leistungen an Pensionierte**	**10'000.00**		**15'000.00**		**8'743.80**	
3062.01	Vom Gemeinwesen getragene Teuerungszulagen	10'000.00		15'000.00		8'743.80	
535	**Leistungen an das Alter**	**5'000.00**		**5'000.00**		**5'000.00**	
	Nettoaufwand		5'000.00		5'000.00		5'000.00
5350	**Leistungen an das Alter**	**5'000.00**		**5'000.00**		**5'000.00**	
3636.12	Verein für Altersfragen	5'000.00		5'000.00		5'000.00	
54	**Familie und Jugend**	**2'763'320.00**	**1'413'600.00**	**2'704'710.00**	**1'459'700.00**	**2'665'155.60**	**1'701'841.42**
	Nettoaufwand		1'349'720.00		1'245'010.00		963'314.18
541	**Familienzulagen**	**35'000.00**		**35'000.00**		**32'844.00**	
	Nettoaufwand		35'000.00		35'000.00		32'844.00
5410	**Familienzulagen**	**35'000.00**		**35'000.00**		**32'844.00**	
3631.03	Gemeindeanteil Lastenausgleich Familienzulagen Nichterwerbstätige	35'000.00		35'000.00		32'844.00	
543	**Alimentenbevorschussung und -inkasso**	**758'120.00**	**324'600.00**	**710'090.00**	**365'700.00**	**750'857.75**	**361'281.30**
	Nettoaufwand		433'520.00		344'390.00		389'576.45
5430	**Alimentenbevorschussung und -inkasso**	**758'120.00**	**324'600.00**	**710'090.00**	**365'700.00**	**750'857.75**	**361'281.30**
3010.01	Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals	200'000.00		212'000.00		197'956.45	
3050.01	AG-Beiträge AHV, IV, EO, ALV, Verwaltungskosten	14'000.00		14'500.00		12'787.75	
3052.01	AG-Beiträge an Pensionskassen	18'000.00		19'000.00		17'284.20	
3053.01	AG-Beiträge an Unfallversicherungen	1'400.00		1'400.00		1'339.50	
3054.01	AG-Beiträge an Familienausgleichskasse	3'500.00		3'900.00		2'967.65	
3055.01	AG-Beiträge an Krankentaggeldversicherungen	1'500.00		1'300.00		1'000.20	
3130.08	Mitglieder- und Verbandsbeiträge	330.00		300.00		330.00	
3130.13	Inkassokosten Alimentenbevorschussungen	2'700.00		1'000.00		2'624.35	
3132.01	Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten etc.	3'000.00		3'000.00		1'412.65	
3637.06	Alimentenbevorschussungen	410'000.00		350'000.00		408'865.00	
3930.01	Interne Verrechnung (0220)	78'600.00		78'600.00		79'200.00	
3930.03	Interne Verrechnung (5797)	25'090.00		25'090.00		25'090.00	

Erfolgsrechnung nach funktionaler Gliederung

		Budget 2027		Budget 2026		Rechnung 2025	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
4260.04	Rückerstattungen Alimentenbevorschussungen		170'000.00		210'000.00		168'520.15
4632.01	Beiträge von Gemeinden und Gemeindeverbänden		59'600.00		65'700.00		63'164.60
4632.03	Beiträge von Gemeinden gemäss LA Abgeltung für das Personal		95'000.00		90'000.00		129'596.55
544	**Jugendschutz**	**484'550.00**	**83'000.00**	**487'470.00**	**83'000.00**	**441'254.00**	**60'573.00**
	Nettoaufwand		401'550.00		404'470.00		380'681.00
5440	**Jugendschutz allgemein**	**500.00**		**500.00**		**275.00**	
3636.10	Pro Juventute (Elternbriefe)	500.00		500.00		275.00	
5444	**Offene Kinder- und Jugendarbeit**	**457'350.00**	**80'000.00**	**458'960.00**	**80'000.00**	**419'346.55**	**58'773.00**
3010.01	Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals	240'000.00		240'000.00		226'194.65	
3010.03	Löhne Projektarbeit	19'000.00		20'000.00		11'764.05	
3050.01	AG-Beiträge AHV, IV, EO, ALV, Verwaltungskosten	17'000.00		17'000.00		14'968.35	
3050.09	Erwerbsersatz und Mutterschaftsentschädigung der Ausgleichskasse					-2'233.65	
3052.01	AG-Beiträge an Pensionskassen	17'000.00		16'720.00		16'341.70	
3053.01	AG-Beiträge an Unfallversicherungen	1'600.00		1'600.00		1'590.25	
3054.01	AG-Beiträge an Familienausgleichskasse	3'600.00		4'790.00		3'467.80	
3055.01	AG-Beiträge an Krankentaggeldversicherungen	1'500.00		1'200.00		958.15	
3090.01	Aus- und Weiterbildung des Personals	4'000.00		4'000.00		3'102.00	
3101.01	Betriebs-, Verbrauchsmaterial	3'000.00		3'000.00		2'012.45	
3102.01	Drucksachen, Publikationen	7'500.00		8'000.00		5'288.05	
3111.01	Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	1'000.00		1'000.00			
3119.01	Übrige nicht aktivierbare Anlagen	3'000.00		3'000.00			
3120.01	Elektrizität und Wasser	6'500.00		6'000.00		5'040.00	
3130.08	Mitglieder- und Verbandsbeiträge	1'600.00		1'600.00		1'591.85	
3159.01	Unterhalt übrige mobile Anlagen	1'000.00		1'000.00			
3160.01	Miete und Pacht Liegenschaften	23'800.00		23'800.00		23'700.00	
3199.07	Projektarbeit	30'000.00		30'000.00		29'310.90	
3930.01	Interne Verrechnung (0220)	76'250.00		76'250.00		76'250.00	
4632.01	Beiträge von Gemeinden und Gemeindeverbänden		80'000.00		80'000.00		58'773.00
5445	**Robinsonspielplatz**	**26'700.00**	**3'000.00**	**28'010.00**	**3'000.00**	**21'632.45**	**1'800.00**
3010.04	Löhne Robinsonspielplatz	20'000.00		21'000.00		15'543.40	
3050.01	AG-Beiträge AHV, IV, EO, ALV, Verwaltungskosten	1'300.00		1'410.00		813.45	
3053.01	AG-Beiträge an Unfallversicherungen	100.00		100.00		94.40	
3054.01	AG-Beiträge an Familienausgleichskasse	200.00		380.00		188.70	
3055.01	AG-Beiträge an Krankentaggeldversicherungen	100.00		120.00		56.10	

Erfolgsrechnung nach funktionaler Gliederung

		Budget 2027		Budget 2026		Rechnung 2025	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
3199.10	Betrieb Robinsonspielplatz	5'000.00		5'000.00		4'936.40	
4632.01	Beiträge von Gemeinden und Gemeindeverbänden		2'000.00		2'000.00		800.00
4636.01	Beiträge von privaten Organisationen ohne Erwerbszweck		1'000.00		1'000.00		1'000.00
545	**Leistungen an Familien**	**1'485'650.00**	**1'006'000.00**	**1'472'150.00**	**1'011'000.00**	**1'440'199.85**	**1'279'987.12**
	Nettoaufwand		479'650.00		461'150.00		160'212.73
5450	**Leistungen an Familien allgemein**						**219'480.85**
4631.02	Finanzhilfe familienergänzende Kinderbetreuung						219'480.85
5451	**Kinderkrippen und Kinderhorte**	**510'650.00**	**226'000.00**	**512'150.00**	**243'000.00**	**492'063.30**	**299'293.15**
3010.01	Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals	310'000.00		310'000.00		305'575.65	
3010.02	Löhne Reinigungspersonal	17'000.00		18'000.00		16'103.85	
3050.01	AG-Beiträge AHV, IV, EO, ALV, Verwaltungskosten	22'500.00		22'500.00		20'217.40	
3052.01	AG-Beiträge an Pensionskassen	22'000.00		22'000.00		18'078.95	
3053.01	AG-Beiträge an Unfallversicherungen	2'500.00				2'283.70	
3054.01	AG-Beiträge an Familienausgleichskasse	6'000.00		6'000.00		4'692.40	
3055.01	AG-Beiträge an Krankentaggeldversicherungen	2'800.00		2'200.00		1'739.20	
3090.01	Aus- und Weiterbildung des Personals	5'000.00		5'000.00		5'464.05	
3091.01	Personalwerbung	250.00		250.00		544.00	
3100.01	Büromaterial	250.00		500.00			
3101.01	Betriebs-, Verbrauchsmaterial	3'000.00		3'000.00		1'958.95	
3102.01	Drucksachen, Publikationen			100.00			
3105.01	Lebensmittel	45'000.00		45'000.00		48'666.55	
3105.09	Erstattung Lebensmittel Personal	-3'000.00		-2'500.00		-3'490.30	
3111.01	Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	1'000.00		1'000.00			
3113.01	Hardware	1'000.00					
3119.01	Übrige nicht aktivierbare Anlagen	1'000.00		1'500.00			
3120.02	Heizmaterial	1'500.00		2'500.00		2'742.20	
3120.03	Abfallgebühren	100.00		300.00			
3120.11	Nebenkosten Elektrizität	500.00		1'000.00		1'728.00	
3120.12	Nebenkosten Wasser	200.00		500.00		591.00	
3120.13	Nebenkosten Abwasser	300.00		500.00		292.00	
3120.14	Nebenkosten Kehricht	50.00		200.00		168.00	
3130.02	Telefon- und Kommunikation	1'200.00		1'000.00		1'160.00	
3130.04	Portokosten	250.00		250.00			
3130.08	Mitglieder- und Verbandsbeiträge	900.00		1'000.00		884.00	
3132.01	Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten etc.					1'418.80	
3134.01	Sachversicherungsprämien			1'000.00			
3144.01	Unterhalt Hochbauten, Gebäude	2'000.00		5'000.00		2'549.15	

Erfolgsrechnung nach funktionaler Gliederung

		Budget 2027		Budget 2026		Rechnung 2025	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
3158.01	Unterhalt Software und Lizenzen (Service-Verträge, Up-Grades)			1'000.00		1'000.00	
3159.01	Unterhalt übrige mobile Anlagen	1'000.00		1'000.00		594.55	
3160.01	Miete und Pacht Liegenschaften	18'000.00		23'000.00		18'000.00	
3170.01	Reisekosten und Spesen	350.00		350.00		101.20	
3930.01	Interne Verrechnung (0220)	48'000.00		39'000.00		39'000.00	
4240.07	Elternbeiträge Betreuung		150'000.00		140'000.00		188'247.40
4260.03	Elternbeiträge Mahlzeiten		15'000.00		20'000.00		18'531.00
4612.03	Entschädigung Betreuungsgutscheine		61'000.00		83'000.00		92'514.75
5453	**Abrechnung Betreuungsgutscheine eigene Kita**	**55'000.00**	**44'000.00**	**60'000.00**	**48'000.00**	**77'229.55**	**62'003.88**
3637.20	Betreuungsgutscheine	55'000.00		60'000.00		77'229.55	
4611.21	Anteil Kanton für Betreuungsgutscheine		44'000.00		48'000.00		62'003.88
5454	**Abrechnung Betreuungsgutscheine unabhängige Leistungserbringer**	**920'000.00**	**736'000.00**	**900'000.00**	**720'000.00**	**870'907.00**	**699'209.24**
3637.20	Betreuungsgutscheine	920'000.00		900'000.00		870'907.00	
4611.21	Anteil Kanton für Betreuungsgutscheine		736'000.00		720'000.00		699'209.24
55	**Arbeitslosigkeit**	**217'000.00**		**215'000.00**		**152'665.59**	
	Nettoaufwand		217'000.00		215'000.00		152'665.59
559	**Arbeitslosigkeit**	**217'000.00**		**215'000.00**		**152'665.59**	
	Nettoaufwand		217'000.00		215'000.00		152'665.59
5590	**Arbeitslosigkeit**	**217'000.00**		**215'000.00**		**152'665.59**	
3636.13	Beschäftigungsprogramme	100'000.00		100'000.00		47'340.39	
3636.14	Motion Gfeller Betreuungskosten	117'000.00		115'000.00		105'325.20	
57	**Sozialhilfe und Asylwesen**	**22'501'042.00**	**16'001'020.00**	**22'167'750.00**	**15'840'100.00**	**17'125'364.60**	**11'789'340.42**
	Nettoaufwand		6'500'022.00		6'327'650.00		5'336'024.18
572	**Wirtschaftliche Hilfe**	**13'120'000.00**	**4'920'000.00**	**13'152'000.00**	**4'380'000.00**	**9'144'953.35**	**4'620'048.59**
	Nettoaufwand		8'200'000.00		8'772'000.00		4'524'904.76
5720	**Gesetzliche wirtschaftliche Hilfe**	**13'120'000.00**	**4'920'000.00**	**13'152'000.00**	**4'380'000.00**	**9'144'953.35**	**4'620'048.59**
3637.02	Unterstützungen wirtschaftliche Hilfe (inkl. KVG/VVG)	13'000'000.00		13'000'000.00		9'038'844.80	
3637.03	AHV-Mindestbeiträge (lastenausgleichsberechtigt)	80'000.00		117'000.00		68'365.50	
3637.04	Nicht lastenausgleichsberechtigte Kosten	15'000.00		15'000.00		12'976.05	
3637.05	Spezielle Kosten wirtschaftliche Hilfe	25'000.00		20'000.00		24'767.00	

Erfolgsrechnung nach funktionaler Gliederung

		Budget 2027		Budget 2026		Rechnung 2025	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
4260.05	Erträge und Rückerstattungen mit Inkassoprivileg		200'000.00		200'000.00		106'521.93
4260.06	Übrige Ertäge ohne Inkassoprivileg inkl. Prämienverbilligungen Krankenkassen		3'770'000.00		3'230'000.00		3'822'843.06
4611.05	Prämienverbilligungen über ASV abgerechnet (ohne Prämienverbilligungen von Krankenkassen)		950'000.00		950'000.00		690'683.60
579	**Sozialhilfe**	**9'381'042.00**	**11'081'020.00**	**9'015'750.00**	**11'460'100.00**	**7'980'411.25**	**7'169'291.83**
	Nettoaufwand						811'119.42
	Nettoertrag	1'699'978.00		2'444'350.00			
5790	**Sozialhilfe**	**17'500.00**		**17'500.00**		**15'917.40**	
3636.15	Gemeinnütziger Frauenverein	17'500.00		17'500.00		15'917.40	
5796	**Regionaler Sozialdienst**	**4'099'442.00**	**438'500.00**	**4'033'250.00**	**358'500.00**	**3'419'273.15**	**239'390.50**
3010.01	Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals	850'000.00		820'000.00		664'992.30	
3010.06	Löhne Sozialarbeitende	1'350'000.00		1'350'000.00		1'210'748.55	
3050.01	AG-Beiträge AHV, IV, EO, ALV, Verwaltungskosten	145'000.00		145'000.00		116'331.10	
3050.09	Erwerbsersatz und Mutterschaftsentschädigung der Ausgleichskasse					-36'620.30	
3052.01	AG-Beiträge an Pensionskassen	165'000.00		165'000.00		138'679.25	
3053.01	AG-Beiträge an Unfallversicherungen	14'000.00		13'000.00		12'325.85	
3053.09	Taggelder von Unfallversicherung					-26'377.30	
3054.01	AG-Beiträge an Familienausgleichskasse	35'000.00		39'000.00		27'139.40	
3055.01	AG-Beiträge an Krankentaggeldversicherungen	15'000.00		10'000.00		8'806.75	
3055.09	Taggelder von Krankentaggeldversicherung					-5'027.85	
3130.03	Betreibungskosten	4'500.00		4'500.00		-3'194.70	
3130.08	Mitglieder- und Verbandsbeiträge	6'662.00		5'990.00		5'402.00	
3132.01	Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten etc.	25'000.00		39'000.00		628.10	
3160.01	Miete und Pacht Liegenschaften	47'000.00					
3636.01	Beiträge an private Organisationen ohne Erwerbszweck	10'100.00		10'100.00		10'100.00	
3637.01	Beträge an private Haushalte (Überbrückungshilfe in Notlagen) Gutscheine	1'000.00					
3930.01	Interne Verrechnung (0220)	986'750.00		986'750.00		850'200.00	
3930.03	Interne Verrechnung (5797)	444'430.00		444'910.00		445'140.00	
4210.01	Gebühren für Amtshandlungen		3'500.00		3'500.00		3'436.00
4632.01	Beiträge von Gemeinden und Gemeindeverbänden		435'000.00		355'000.00		235'954.50
5797	**Allgemeine Soziale Dienste**	**514'100.00**	**469'520.00**	**515'000.00**	**492'200.00**	**491'512.95**	**479'110.00**
3010.01	Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals	330'000.00		330'000.00		328'062.55	
3050.01	AG-Beiträge AHV, IV, EO, ALV, Verwaltungskosten	22'000.00		22'000.00		20'587.80	

Erfolgsrechnung nach funktionaler Gliederung

		Budget 2027		Budget 2026		Rechnung 2025	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
3052.01	AG-Beiträge an Pensionskassen	33'000.00		33'000.00		31'196.75	
3053.01	AG-Beiträge an Unfallversicherungen	2'100.00		2'000.00		1'959.90	
3054.01	AG-Beiträge an Familienausgleichskasse	5'000.00		6'000.00		4'861.95	
3055.01	AG-Beiträge an Krankentaggeldversicherungen	2'000.00		2'000.00		1'339.55	
3090.01	Aus- und Weiterbildung des Personals	6'400.00		6'400.00		4'228.55	
3090.02	Aus- und Weiterbildung Behörden und Kommissionen	1'000.00		1'000.00		650.90	
3090.04	Aus- und Weiterbildung des Personals SD, KES und Alimente	34'000.00		34'000.00		20'025.00	
3930.01	Interne Verrechnung (0220)	78'600.00		78'600.00		78'600.00	
4930.06	Interne Verrechnung (5796)		444'430.00		444'910.00		445'140.00
4930.11	Interne Verrechnung (5430)		25'090.00		25'090.00		25'090.00
4930.15	Interne Verrechnung (5310)				22'200.00		8'880.00
5799	**Lastenausgleich Sozialhilfe**	**4'750'000.00**	**10'173'000.00**	**4'450'000.00**	**10'609'400.00**	**4'053'707.75**	**6'450'791.33**
3611.03	Gemeindeanteil Lastenausgleich Sozialhilfe	4'750'000.00		4'450'000.00		4'053'707.75	
4611.11	Inkassoprovision		60'000.00		60'000.00		53'298.62
4611.12	Lastenausgleich "Motion Gfeller"		115'000.00		115'000.00		105'325.20
4611.15	Entschädigung vom Kanton (wirtschaftliche Hilfe und Alimente)		8'242'000.00		8'731'000.00		4'754'897.91
4611.16	Entschädigung vom Kanton (Abgeltung für das Personal SH)		1'319'000.00		1'285'000.00		1'122'090.60
4611.17	Entschädigung vom Kanton (Abgeltung für das Personal Alimente)		137'000.00		123'400.00		106'891.00
4611.19	Entschädigung vom Kanton (Jugendarbeit)		300'000.00		295'000.00		308'288.00
6	**Verkehr und Nachrichtenübermittlung**	**2'776'848.00**	**803'025.00**	**2'821'375.00**	**827'235.00**	**2'584'179.40**	**1'006'908.18**
	Nettoaufwand		1'973'823.00		1'994'140.00		1'577'271.22
61	**Strassenverkehr**	**1'353'800.00**	**803'025.00**	**1'377'775.00**	**827'235.00**	**1'230'150.75**	**1'006'896.18**
	Nettoaufwand		550'775.00		550'540.00		223'254.57
615	**Gemeindestrassen**	**1'247'600.00**	**774'025.00**	**1'252'105.00**	**798'235.00**	**1'143'659.00**	**952'896.18**
	Nettoaufwand		473'575.00		453'870.00		190'762.82
6150	**Gemeindestrassen**	**1'020'525.00**	**179'000.00**	**1'027'270.00**	**199'600.00**	**835'276.80**	**254'499.60**
3010.01	Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals	370'000.00		450'000.00		346'150.10	
3050.01	AG-Beiträge AHV, IV, EO, ALV, Verwaltungskosten	22'000.00		29'000.00		20'737.70	
3050.09	Erwerbsersatz und Mutterschaftsentschädigung der Ausgleichskasse					-313.90	
3052.01	AG-Beiträge an Pensionskassen	27'000.00		33'000.00		23'741.15	
3053.01	AG-Beiträge an Unfallversicherungen	6'000.00		8'300.00		4'763.35	

Erfolgsrechnung nach funktionaler Gliederung

		Budget 2027		Budget 2026		Rechnung 2025	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
3053.09	Taggelder von Unfallversicherung					-3'630.90	
3054.01	AG-Beiträge an Familienausgleichskasse	6'000.00		7'000.00		4'812.55	
3055.01	AG-Beiträge an Krankentaggeldversicherungen	1'500.00		1'570.00		1'108.80	
3055.09	Taggelder von Krankentaggeldversicherung					-23'171.70	
3101.01	Betriebs-, Verbrauchsmaterial	8'500.00		8'000.00		9'923.45	
3101.02	Treibstoffe	4'300.00		2'500.00		7'033.30	
3101.04	Signale Strassen und Parkplätze	12'000.00		7'000.00		46'717.85	
3111.11	Maschinen, Geräte und Fahrzeuge mit 2. KST Fahrzeuge	5'000.00		15'500.00		6'080.55	
3112.01	Dienstkleider	1'500.00		3'000.00		1'407.65	
3119.01	Übrige nicht aktivierbare Anlagen					-3'829.15	
3120.04	Strassenbeleuchtung Elektrizität	120'000.00		112'000.00		120'606.35	
3130.01	Dienstleistungen Dritter			12'000.00			
3132.01	Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten etc.	21'000.00		32'500.00		10'265.35	
3134.01	Sachversicherungsprämien	4'200.00		4'500.00		4'145.25	
3137.01	Steuern und Abgaben	4'500.00		3'150.00		2'710.35	
3141.01	Unterhalt Strassen / Verkehrswege	30'000.00		30'000.00		52'394.35	
3141.02	Strassenmarkierungen ab 2025 3141.04			5'000.00			
3141.03	Schneeräumung	13'000.00		13'000.00			
3141.04	Markierungen Strassen und Parkplätze	5'000.00		5'000.00		3'393.25	
3141.05	Unterhalt Strassenbeleuchtung	55'000.00		40'000.00		78'442.15	
3151.11	Unterhalt Apparate, Maschinen, Geräte, Fahrzeuge, Werkzeuge mit 2. KST Fahrzeuge	8'500.00		10'000.00		11'457.40	
3300.10	Planmässige Abschreibungen Strassen / Verkehrswege VV	247'325.00		158'250.00		73'674.30	
3300.60	Planmässige Abschreibungen Mobilien VV Allgemeiner Haushalt	32'200.00		21'000.00		20'657.25	
3320.90	Planmässige Abschreibungen übrige immaterielle Anlagen VV Allgemeiner Haushalt	16'000.00		16'000.00		16'000.00	
4240.01	Benützungsgebühren und Dienstleistungen		107'000.00		125'000.00		153'162.40
4310.01	Aktivierbare Eigenleistungen auf Sachanlagen (IR)						25'000.00
4612.12	Interne Verrechnung (7201)		53'000.00		64'000.00		58'000.00
4631.01	Beiträge von Kanton		19'000.00		10'600.00		18'337.20
6155	**Parkplätze**	**227'075.00**	**595'025.00**	**224'835.00**	**598'635.00**	**308'382.20**	**698'396.58**
3101.01	Betriebs-, Verbrauchsmaterial	1'000.00		2'000.00		192.80	
3101.04	Signale Strassen und Parkplätze	5'000.00		5'000.00			
3101.05	Parkuhren	36'000.00		21'000.00		39'822.20	
3120.01	Elektrizität und Wasser	300.00		250.00		293.15	
3120.61	Elektrizität Ladestationen	28'000.00		16'250.00		24'240.90	
3130.02	Telefon- und Kommunikation	1'000.00		1'000.00		1'067.60	
3132.01	Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten etc.	93'500.00		98'500.00		161'392.20	

Erfolgsrechnung nach funktionaler Gliederung

		Budget 2027		Budget 2026		Rechnung 2025	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
3134.01	Sachversicherungsprämien	1'750.00		1'800.00		1'742.50	
3141.04	Markierungen Strassen und Parkplätze	10'000.00		10'000.00		748.05	
3149.61	Unterhalt Ladestationen	1'500.00		900.00		62.75	
3300.90	Planmässige Abschreibungen übrige Sachanlagen VV Allgemeiner Haushalt	35'000.00		54'000.00		34'688.05	
3893.01	Einlagen in Vorfinanzierungen des EK	1'025.00		1'135.00		31'132.00	
3930.01	Interne Verrechnung (0220)	13'000.00		13'000.00		13'000.00	
4200.01	Ersatzabgaben zu Gunsten SF Parkplatz-Ersatzabgaben						30'000.00
4240.02	Parkbewilligungen Schalter		65'000.00		70'000.00		63'284.00
4240.03	Parkbewilligungen und Parkgebühren Digitalparking		300'000.00		300'000.00		303'929.32
4240.31	Parkgebühren Bar		60'000.00		65'000.00		56'766.85
4240.61	Energieverkauf Ladestationen		49'000.00		22'500.00		43'572.21
4260.02	Versicherungsleistungen						11'490.70
4270.01	Bussen		120'000.00		140'000.00		114'255.90
4893.01	Entnahmen aus Vorfinanzierungen des EK						73'965.60
4940.01	Interne Verrechnung von kalkulatorischen Zinsen und Finanzaufwand		1'025.00		1'135.00		1'132.00
619	**Strassen, übriges**	**106'200.00**	**29'000.00**	**125'670.00**	**29'000.00**	**86'491.75**	**54'000.00**
	Nettoaufwand		77'200.00		96'670.00		32'491.75
6191	**Werkhof**	**106'200.00**	**29'000.00**	**125'670.00**	**29'000.00**	**86'491.75**	**54'000.00**
3010.01	Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals	6'000.00		6'000.00		5'772.05	
3050.01	AG-Beiträge AHV, IV, EO, ALV, Verwaltungskosten	400.00		400.00		345.80	
3050.09	Erwerbsersatz und Mutterschaftsentschädigung der Ausgleichskasse					-5.25	
3052.01	AG-Beiträge an Pensionskassen	500.00		500.00		395.90	
3053.01	AG-Beiträge an Unfallversicherungen	100.00		100.00		79.45	
3053.09	Taggelder von Unfallversicherung					-60.55	
3054.01	AG-Beiträge an Familienausgleichskasse	100.00		100.00		80.25	
3055.01	AG-Beiträge an Krankentaggeldversicherungen	50.00		20.00		18.50	
3055.09	Taggelder von Krankentaggeldversicherung					-386.40	
3099.01	Übriger Personalaufwand					107.05	
3101.01	Betriebs-, Verbrauchsmaterial	6'000.00		6'000.00		5'645.60	
3101.02	Treibstoffe	1'000.00		2'000.00		811.25	
3111.11	Maschinen, Geräte und Fahrzeuge mit 2. KST Fahrzeuge	10'000.00		10'000.00		9'900.00	
3120.02	Heizmaterial	2'200.00		2'000.00		1'857.25	
3120.11	Nebenkosten Elektrizität	7'000.00		7'000.00		7'121.50	
3120.12	Nebenkosten Wasser	3'000.00		3'000.00		2'948.60	
3120.13	Nebenkosten Abwasser	3'000.00		1'700.00		3'761.90	

Erfolgsrechnung nach funktionaler Gliederung

		Budget 2027		Budget 2026		Rechnung 2025	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
3120.14	Nebenkosten Kehricht	2'000.00		2'000.00		1'405.30	
3130.02	Telefon- und Kommunikation	1'050.00		1'000.00		1'030.95	
3134.01	Sachversicherungsprämien	5'000.00		5'000.00		4'591.70	
3137.01	Steuern und Abgaben	800.00		650.00		731.95	
3144.01	Unterhalt Hochbauten, Gebäude	40'000.00		48'000.00		18'415.40	
3151.11	Unterhalt Apparate, Maschinen, Geräte, Fahrzeuge, Werkzeuge mit 2. KST Fahrzeuge	10'000.00		15'000.00		13'958.45	
3320.90	Planmässige Abschreibungen übrige immaterielle Anlagen VV Allgemeiner Haushalt	8'000.00		15'200.00		7'965.10	
4930.14	Interne Verrechnung (3290)		29'000.00		29'000.00		54'000.00
62	**Öffentlicher Verkehr**	**1'415'520.00**		**1'436'200.00**		**1'346'500.65**	**12.00**
	Nettoaufwand		1'415'520.00		1'436'200.00		1'346'488.65
623	**Agglomerationsverkehr**	**44'520.00**		**51'200.00**		**25'346.65**	
	Nettoaufwand		44'520.00		51'200.00		25'346.65
6230	**Agglomerationsverkehr**	**44'520.00**		**51'200.00**		**25'346.65**	
3134.01	Sachversicherungsprämien	200.00		200.00		167.20	
3144.01	Unterhalt Hochbauten, Gebäude	2'000.00		5'000.00			
3300.10	Planmässige Abschreibungen Strassen / Verkehrswege VV	25'000.00		25'000.00		25'179.45	
3300.40	Planmässige Abschreibungen Hochbauten VV Allgemeiner Haushalt	17'320.00		21'000.00			
629	**Öffentlicher Verkehr**	**1'371'000.00**		**1'385'000.00**		**1'321'154.00**	**12.00**
	Nettoaufwand		1'371'000.00		1'385'000.00		1'321'142.00
6290	**Öffentlicher Verkehr**						**12.00**
4250.03	Generalabonnemente SBB						12.00
6291	**Gemeindeanteil Öffentlicher Verkehr**	**1'371'000.00**		**1'385'000.00**		**1'321'154.00**	
3631.04	Gemeindeanteil Lastenausgleich Öffentlicher Verkehr	1'371'000.00		1'385'000.00		1'321'154.00	
63	**Verkehr, übrige**	**7'528.00**		**7'400.00**		**7'528.00**	
	Nettoaufwand		7'528.00		7'400.00		7'528.00
634	**Verkehrsplanung allgemein**	**7'528.00**		**7'400.00**		**7'528.00**	
	Nettoaufwand		7'528.00		7'400.00		7'528.00
6340	**Verkehrsplanung allgemein**	**7'528.00**		**7'400.00**		**7'528.00**	

Erfolgsrechnung nach funktionaler Gliederung

		Budget 2027		Budget 2026		Rechnung 2025	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
3634.03	Regionale Verkehrskonferenz Biel-Seeland-Berner Jura	7'528.00		7'400.00		7'528.00	
7	**Umweltschutz und Raumordnung**	**3'539'393.00**	**2'783'948.00**	**3'447'690.00**	**2'700'830.00**	**3'208'066.00**	**2'615'146.25**
	Nettoaufwand		755'445.00		746'860.00		592'919.75
72	**Abwasserentsorgung**	**1'980'668.00**	**1'980'668.00**	**1'965'400.00**	**1'965'400.00**	**1'669'732.65**	**1'669'732.65**
720	**Abwasserentsorgung**	**1'980'668.00**	**1'980'668.00**	**1'965'400.00**	**1'965'400.00**	**1'669'732.65**	**1'669'732.65**
7201	**Abwasserentsorgung [Gemeindebetrieb]**	**1'980'668.00**	**1'980'668.00**	**1'965'400.00**	**1'965'400.00**	**1'669'732.65**	**1'669'732.65**
3010.01	Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals	195'000.00		190'000.00		161'868.35	
3050.01	AG-Beiträge AHV, IV, EO, ALV, Verwaltungskosten	13'000.00		12'730.00		9'985.80	
3050.09	Erwerbsersatz und Mutterschaftsentschädigung der Ausgleichskasse					-78.90	
3052.01	AG-Beiträge an Pensionskassen	14'000.00		14'000.00		11'261.55	
3053.01	AG-Beiträge an Unfallversicherungen	3'000.00		2'500.00		1'695.90	
3053.09	Taggelder von Unfallversicherung					-912.40	
3054.01	AG-Beiträge an Familienausgleichskasse	3'500.00		3'420.00		2'318.30	
3055.01	AG-Beiträge an Krankentaggeldversicherungen	1'000.00		850.00		592.45	
3055.09	Taggelder von Krankentaggeldversicherung					-5'822.90	
3101.01	Betriebs-, Verbrauchsmaterial	1'500.00		5'000.00		640.00	
3101.02	Treibstoffe	1'000.00		1'700.00		894.80	
3111.11	Maschinen, Geräte und Fahrzeuge mit 2. KST Fahrzeuge	9'000.00		15'000.00		7'925.55	
3111.72	Werkzeuge & Geräte mit 2. KST Pumpwerke	1'500.00		5'000.00			
3112.01	Dienstkleider	1'800.00		2'000.00		1'815.85	
3119.01	Übrige nicht aktivierbare Anlagen	1'000.00		1'000.00			
3120.72	Elektrizität und Wasser mit 2. KST Pumpwerke	25'000.00		25'000.00		23'366.50	
3130.08	Mitglieder- und Verbandsbeiträge	600.00		950.00		600.00	
3132.72	Dienstleistungen und Honorare mit 2. KST Pumpwerke	132'000.00		135'000.00		82'135.45	
3134.01	Sachversicherungsprämien	3'700.00		3'700.00		3'392.70	
3137.01	Steuern und Abgaben	2'200.00		2'900.00		2'045.25	
3143.01	Unterhalt übrige Tiefbauten	180'000.00		138'000.00		65'366.50	
3151.11	Unterhalt Apparate, Maschinen, Geräte, Fahrzeuge, Werkzeuge mit 2. KST Fahrzeuge	11'000.00		26'000.00		7'187.45	
3151.72	Unterhalt Apparate, Maschinen, Geräte, Fahrzeuge, Werkzeuge mit 2. KST Pumpwerke	30'000.00		27'000.00		10'032.15	
3300.32	Planmässige Abschreibungen übrige Tiefbauten VV Abwasserentsorgung	85'448.00		87'000.00		52'422.72	
3320.92	Planmässige Abschreibungen übrige immaterielle Anlagen VV Abwasserentsorgung	66'000.00		67'400.00			

Erfolgsrechnung nach funktionaler Gliederung

		Budget 2027		Budget 2026		Rechnung 2025	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
3510.12	Einlagen in Spezialfinanzierung Werterhalt (Wiederbeschaffungswert)	387'420.00		387'420.00		356'320.00	
3510.52	Einlagen in Spezialfinanzierung Werterhalt (Anschlussgebühren)	20'000.00		10'000.00		31'100.00	
3612.14	Interne Verrechnung (0220)	46'000.00		39'000.00		36'000.00	
3612.15	Interne Verrechnung (6150)	53'000.00		64'000.00		58'000.00	
3632.03	Betriebsbeiträge Abwasserentsorgung	103'000.00		122'500.00		100'775.55	
3634.04	Betriebsbeiträge ARA	590'000.00		508'000.00		586'656.00	
4240.01	Benützungsgebühren und Dienstleistungen		1'800'000.00		1'800'000.00		1'495'099.73
4240.52	Anschlussgebühren Abwasserentsorgung		20'000.00		10'000.00		31'100.00
4409.02	Verrechnete Zinsen Abwasserentsorgung (9610)		2'603.00		1'000.00		7'786.00
4510.12	Entnahmen aus Spezialfinanzierung Werterhalt		151'448.00		154'400.00		135'746.92
9010.01	Abschluss Spezialfinanzierungen im EK, Ertragsüberschuss			68'330.00		62'148.03	
9011.01	Abschluss Spezialfinanzierungen im EK, Aufwandüberschuss		6'617.00				
73	**Abfall**	**778'280.00**	**778'280.00**	**710'430.00**	**710'430.00**	**704'540.15**	**704'540.15**
730	**Abfall**	**778'280.00**	**778'280.00**	**710'430.00**	**710'430.00**	**704'540.15**	**704'540.15**
7301	**Abfall [Gemeindebetrieb]**	**778'280.00**	**778'280.00**	**710'430.00**	**710'430.00**	**704'540.15**	**704'540.15**
3010.01	Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals	172'000.00		140'000.00		145'450.30	
3050.01	AG-Beiträge AHV, IV, EO, ALV, Verwaltungskosten	11'000.00		9'380.00		8'816.00	
3050.09	Erwerbsersatz und Mutterschaftsentschädigung der Ausgleichskasse					-109.90	
3052.01	AG-Beiträge an Pensionskassen	13'000.00		10'500.00		10'174.40	
3053.01	AG-Beiträge an Unfallversicherungen	2'300.00		2'300.00		1'829.05	
3053.09	Taggelder von Unfallversicherung					-1'270.85	
3054.01	AG-Beiträge an Familienausgleichskasse	2'500.00		2'520.00		2'046.15	
3055.01	AG-Beiträge an Krankentaggeldversicherungen	900.00		630.00		500.15	
3055.09	Taggelder von Krankentaggeldversicherung					-8'110.30	
3101.01	Betriebs-, Verbrauchsmaterial	8'000.00		8'000.00		6'733.90	
3101.02	Treibstoffe	1'200.00		2'000.00		1'057.60	
3102.01	Drucksachen, Publikationen	14'500.00		20'000.00		4'592.35	
3111.11	Maschinen, Geräte und Fahrzeuge mit 2. KST Fahrzeuge	27'000.00		28'500.00		26'258.50	
3112.01	Dienstkleider	1'200.00		2'000.00		1'174.35	
3119.01	Übrige nicht aktivierbare Anlagen	5'000.00		5'000.00			
3130.15	Vignetteneinkauf	30'000.00		40'000.00		24'792.87	
3132.73	Dienstleistungen mit 2. KST Abfall	450'000.00		413'000.00		442'655.98	
3134.01	Sachversicherungsprämien	1'500.00		1'600.00		1'405.85	

Erfolgsrechnung nach funktionaler Gliederung

		Budget 2027		Budget 2026		Rechnung 2025	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
3137.01	Steuern und Abgaben	700.00		1'000.00		698.70	
3151.11	Unterhalt Apparate, Maschinen, Geräte, Fahrzeuge, Werkzeuge mit 2. KST Fahrzeuge	8'000.00		6'000.00		14'845.05	
3409.03	Verrechnete Zinsen Abfall	3'080.00					
3612.14	Interne Verrechnung (0220)	21'000.00		14'000.00		21'000.00	
3632.04	Beitrag an Tierkörpersammelstelle	5'400.00		4'000.00			
4210.02	Gebühren für Amtshandlungen (Bau und Raumplanung und TUS)		500.00				
4240.01	Benützungsgebühren und Dienstleistungen		680'000.00		500'000.00		511'045.23
4240.13	Vignettenverkauf		26'000.00		55'000.00		26'254.30
4250.05	Verkauf Abfall Container				500.00		
4260.73	Rückerstattungen mit 2. KST Abfall		30'000.00		54'000.00		33'956.47
4409.03	Verrechnete Zinsen Abfall (9610)				50.00		238.00
4612.23	Interne Verrechnung (7792)		13'000.00		13'000.00		13'000.00
9011.01	Abschluss Spezialfinanzierungen im EK, Aufwandüberschuss		28'780.00		87'880.00		120'046.15
74	**Verbauungen**	**65'000.00**		**78'000.00**		**68'095.00**	
	Nettoaufwand		65'000.00		78'000.00		68'095.00
741	**Gewässerverbauungen**	**65'000.00**		**78'000.00**		**68'095.00**	
	Nettoaufwand		65'000.00		78'000.00		68'095.00
7410	**Gewässerverbauungen**	**65'000.00**		**78'000.00**		**68'095.00**	
3631.01	Beiträge an Kantone und Konkordate	65'000.00		78'000.00		68'095.00	
76	**Bekämpfung von Umweltverschmutzung**	**38'800.00**		**44'800.00**		**259'807.95**	**215'749.60**
	Nettoaufwand		38'800.00		44'800.00		44'058.35
769	**Bekämpfung von Umweltverschmutzung**	**38'800.00**		**44'800.00**		**259'807.95**	**215'749.60**
	Nettoaufwand		38'800.00		44'800.00		44'058.35
7690	**Bekämpfung von Umweltverschmutzung**	**38'800.00**		**44'800.00**		**259'807.95**	**215'749.60**
3130.08	Mitglieder- und Verbandsbeiträge	4'800.00		4'800.00		4'614.80	
3132.01	Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten etc.	24'000.00		20'000.00		21'263.25	
3199.11	Anlässe, Massnahmen Energiestadt	10'000.00		20'000.00		18'180.30	
3637.13	Beiträge aus SF Föderung von Anstrengungen in den Bereichen Energieeffizienz und Klimaschutz					215'749.60	
4893.01	Entnahmen aus Vorfinanzierungen des EK						215'749.60

Erfolgsrechnung nach funktionaler Gliederung

		Budget 2027		Budget 2026		Rechnung 2025	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
77	**Übriger Umweltschutz**	**325'260.00**	**25'000.00**	**331'760.00**	**25'000.00**	**248'662.20**	**25'123.85**
	Nettoaufwand		300'260.00		306'760.00		223'538.35
771	**Friedhof und Bestattung**	**236'000.00**		**231'000.00**		**176'998.45**	
	Nettoaufwand		236'000.00		231'000.00		176'998.45
7716	**Regionale Friedhoforganisation**	**236'000.00**		**231'000.00**		**176'998.45**	
3632.01	Beiträge an Gemeinden und Gemeindeverbände	236'000.00		231'000.00		176'998.45	
779	**Umweltschutz**	**89'260.00**	**25'000.00**	**100'760.00**	**25'000.00**	**71'663.75**	**25'123.85**
	Nettoaufwand		64'260.00		75'760.00		46'539.90
7790	**Umweltschutz**	**3'000.00**		**10'000.00**		**254.35**	
3102.01	Drucksachen, Publikationen	3'000.00		10'000.00		254.35	
7791	**Öffentliche Toilettenanlagen**	**64'260.00**		**63'260.00**		**51'810.30**	
3010.01	Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals	12'000.00		11'000.00		11'544.10	
3050.01	AG-Beiträge AHV, IV, EO, ALV, Verwaltungskosten	700.00		700.00		691.60	
3050.09	Erwerbsersatz und Mutterschaftsentschädigung der Ausgleichskasse					-10.45	
3052.01	AG-Beiträge an Pensionskassen	900.00		900.00		791.75	
3053.01	AG-Beiträge an Unfallversicherungen	200.00		200.00		158.85	
3053.09	Taggelder von Unfallversicherung					-121.10	
3054.01	AG-Beiträge an Familienausgleichskasse	170.00		170.00		160.50	
3055.01	AG-Beiträge an Krankentaggeldversicherungen	40.00		40.00		37.00	
3055.09	Taggelder von Krankentaggeldversicherung					-772.80	
3134.01	Sachversicherungsprämien	250.00		250.00		220.60	
3144.01	Unterhalt Hochbauten, Gebäude	50'000.00		50'000.00		39'110.25	
7792	**Hundetoiletten**	**22'000.00**	**25'000.00**	**27'500.00**	**25'000.00**	**19'599.10**	**25'123.85**
3101.01	Betriebs-, Verbrauchsmaterial	4'000.00		5'500.00		3'599.10	
3119.01	Übrige nicht aktivierbare Anlagen	2'000.00		6'000.00			
3612.16	Interne Verrechnung (7301)	13'000.00		13'000.00		13'000.00	
3930.01	Interne Verrechnung (0220)	3'000.00		3'000.00		3'000.00	
4033.01	Hundetaxe		25'000.00		25'000.00		25'123.85
79	**Raumordnung**	**351'385.00**		**317'300.00**		**257'228.05**	
	Nettoaufwand		351'385.00		317'300.00		257'228.05
790	**Raumordnung**	**351'385.00**		**317'300.00**		**257'228.05**	

Erfolgsrechnung nach funktionaler Gliederung

		Budget 2027		Budget 2026		Rechnung 2025	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
	Nettoaufwand		351'385.00		317'300.00		257'228.05
7900	**Raumordnung allgemein**	**315'700.00**		**282'300.00**		**221'543.05**	
3102.01	Drucksachen, Publikationen	2'700.00		2'200.00		2'330.25	
3130.08	Mitglieder- und Verbandsbeiträge	2'300.00		2'300.00		2'560.00	
3132.01	Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten etc.	50'000.00		60'000.00		41'514.00	
3132.05	Fachausschuss	29'000.00		26'000.00		28'757.50	
3320.10	Planmässige Abschreibungen Lizenzen, Nutzungsrechte, Markenrechte VV	1'500.00		1'600.00		1'513.15	
3320.90	Planmässige Abschreibungen übrige immaterielle Anlagen VV Allgemeiner Haushalt	230'200.00		190'200.00		144'868.15	
7907	**Regionalkonferenzen**	**35'685.00**		**35'000.00**		**35'685.00**	
3636.01	Beiträge an private Organisationen ohne Erwerbszweck	35'685.00		35'000.00		35'685.00	
8	**Volkswirtschaft**		**880'000.00**	**5'249'040.00**	**7'081'500.00**	**6'311'342.39**	**7'714'174.27**
	Nettoertrag	880'000.00		1'832'460.00		1'402'831.88	
87	**Brennstoffe und Energie**		**880'000.00**	**5'249'040.00**	**7'081'500.00**	**6'311'342.39**	**7'714'174.27**
	Nettoertrag	880'000.00		1'832'460.00		1'402'831.88	
871	**Elektrizität**		**880'000.00**	**5'249'040.00**	**7'081'500.00**	**5'511'342.39**	**7'714'174.27**
	Nettoertrag	880'000.00		1'832'460.00		2'202'831.88	
8710	**Elektrizität allgemein**		**880'000.00**	**5'249'040.00**	**7'081'500.00**	**5'511'342.39**	**7'714'174.27**
3010.01	Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals			20'000.00		15'708.35	
3050.01	AG-Beiträge AHV, IV, EO, ALV, Verwaltungskosten			1'500.00		994.50	
3052.01	AG-Beiträge an Pensionskassen			1'500.00		910.80	
3053.01	AG-Beiträge an Unfallversicherungen			120.00		104.55	
3054.01	AG-Beiträge an Familienausgleichskasse			360.00		230.75	
3055.01	AG-Beiträge an Krankentaggeldversicherungen			100.00		58.15	
3090.01	Aus- und Weiterbildung des Personals			1'000.00			
3101.01	Betriebs-, Verbrauchsmaterial			500.00		292.90	
3101.11	Netznutzungsentgelt Vorlieferanten			782'000.00		816'772.50	
3101.12	Energieankauf			2'494'000.00		3'002'955.90	
3101.13	Energie-Rücklieferung aus Solaranlagen			43'000.00		110'797.30	
3101.14	Energieankauf HKN			57'000.00		52'810.00	
3101.21	Systemdienstleistungen			153'000.00		167'273.25	
3101.22	Aufwand Netzzuschlag (EnG)			501'000.00		528'928.08	
3102.01	Drucksachen, Publikationen			16'000.00		14'045.20	

Erfolgsrechnung nach funktionaler Gliederung

		Budget 2027		Budget 2026		Rechnung 2025	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
3103.01	Fachliteratur, Zeitschriften			560.00			
3111.01	Maschinen, Geräte und Fahrzeuge			4'000.00			
3111.02	Messapparate			20'000.00		2'358.39	
3130.02	Telefon- und Kommunikation			500.00			
3130.08	Mitglieder- und Verbandsbeiträge			3'000.00		2'350.00	
3132.01	Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten etc.			125'000.00		120'122.05	
3132.06	Dienstleistungen Verwaltung Elektrizität			190'000.00		167'364.90	
3132.07	Dienstleistungen Betrieb Elektrizität			25'000.00		20'240.00	
3132.08	Hausinstallationskontrollen			28'000.00		20'999.30	
3134.01	Sachversicherungsprämien			5'600.00		5'527.80	
3137.01	Steuern und Abgaben			2'300.00		1'784.95	
3143.02	Unterhalt Leitungsnetz, 0.4 kV (NE 7)			115'000.00		98'307.70	
3143.03	Unterhalt Leitungsnetz, 16 kV (NE 5)			65'000.00		750.90	
3144.40	Unterhalt Trafostationen (NE 6)			45'000.00		13'909.05	
3151.02	Unterhalt Zähler/Messwesen			66'000.00		24'272.45	
3151.03	Unterhalt Rundsteueranlage			4'000.00		1'500.00	
3160.01	Miete und Pacht Liegenschaften			11'000.00			
3170.01	Reisekosten und Spesen			1'000.00		583.85	
3181.01	Tatsächliche Forderungsverluste			5'000.00		7'164.80	
3199.05	Repräsentationskosten			5'000.00		2'000.00	
3300.34	Planmässige Abschreibungen übrige Tiefbauten VV Elektrizität			86'000.00		68'286.08	
3300.44	Planmässige Abschreibungen Hochbauten VV Elektrizität			36'000.00		40'251.24	
3300.94	Planmässige Abschreibungen übrige Sachanlagen VV Elektrizität			9'000.00		8'866.35	
3320.94	Planmässige Abschreibungen übrige immaterielle Anlagen VV Elektrizität			189'000.00		83'745.35	
3409.04	Verrechnete Zinsen Elektrizität			127'000.00		101'075.00	
3612.14	Interne Verrechnung (0220)			10'000.00		8'000.00	
4240.01	Benützungsgebühren und Dienstleistungen				25'000.00		21'852.00
4240.15	Netznutzungsentgelt NE 5				254'000.00		337'192.50
4240.16	Netznutzungsentgelt NE 7				1'880'000.00		1'726'664.52
4240.17	Abgaben an das Gemeinwesen		880'000.00		741'000.00		825'785.12
4240.18	Energieverkauf Grundversorgung NE 5 & 7				2'425'000.00		3'149'463.68
4240.21	Systemdienstleistungen				159'000.00		202'144.02
4240.22	Ertrag Netzzuschlag (EnG)				501'000.00		558'555.24
4240.23	Energieverkauf Marktversorgung NE 5 & 7				745'000.00		663'506.87
4240.54	Hausanschlussgebühren und Netzerweiterungen				25'000.00		22'861.30
4250.04	Verkauf alte Kupferkabel				1'500.00		
4612.15	Interne Verrechnung (3290)				5'000.00		5'000.00

Erfolgsrechnung nach funktionaler Gliederung

		Budget 2027		Budget 2026		Rechnung 2025	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
4893.01	Entnahmen aus Vorfinanzierungen des EK				320'000.00		201'149.02
873	**Nichtelektrische Energie**					**800'000.00**	
	Nettoaufwand						800'000.00
8730	**Nicht elektrische Energie allgemein**					**800'000.00**	
3650.40	Wertberichtigungen Beiteiligungen an öffentlichen Unternehmungen					800'000.00	
9	**Finanzen und Steuern**	**4'298'181.00**	**28'259'067.00**	**4'313'085.00**	**26'843'422.00**	**3'806'441.18**	**24'085'891.68**
	Nettoertrag	23'960'886.00		22'530'337.00		20'279'450.50	
91	**Steuern**	**365'000.00**	**18'988'000.00**	**515'000.00**	**18'838'300.00**	**-288'119.97**	**19'365'687.15**
	Nettoertrag	18'623'000.00		18'323'300.00		19'653'807.12	
910	**Steuern**	**365'000.00**	**18'988'000.00**	**515'000.00**	**18'838'300.00**	**-288'119.97**	**19'365'687.15**
	Nettoertrag	18'623'000.00		18'323'300.00		19'653'807.12	
9100	**Allgemeine Gemeindesteuern**	**350'000.00**	**16'398'000.00**	**400'000.00**	**16'248'300.00**	**186'332.13**	**16'370'385.60**
3180.02	Wertberichtigung gefährdete Steuerguthaben					-79'743.75	
3181.02	Forderungsverluste/Erlasse allgemeine Gemeindesteuern	350'000.00		400'000.00		266'075.88	
4000.01	Einkommenssteuern		13'250'000.00		13'029'000.00		13'186'992.65
4000.20	Nachsteuern und Bussen		35'000.00		35'000.00		70'984.35
4000.40	Aktive Steuerausscheidungen Einkommen		650'000.00		700'000.00		642'982.10
4000.50	Passive Steuerausscheidungen Einkommen		-500'000.00		-500'000.00		-561'384.80
4000.60	Pauschale Steueranrechnungen natürliche Personen		10'000.00		10'000.00		-10'782.75
4001.01	Vermögenssteuern		1'345'000.00		1'292'800.00		1'338'719.80
4001.40	Aktive Steuerausscheidungen Vermögen		170'000.00		170'000.00		177'165.45
4001.50	Passive Steuerausscheidungen Vermögen		-120'000.00		-120'000.00		-115'104.55
4002.01	Quellensteuern		600'000.00		450'000.00		827'493.25
4002.10	Quellensteuern ausserhalb Ertragsabrechnung (BGSA, Grenzgänger)		3'500.00		4'000.00		3'340.55
4010.01	Gewinnsteuern		750'000.00		1'000'000.00		512'296.40
4010.40	Aktive Steuerausscheidungen Gewinnsteuern		600'000.00		600'000.00		765'668.65
4010.50	Passive Steuerausscheidungen Gewinnsteuern		-500'000.00		-500'000.00		-563'814.75
4010.60	Pauschale Steueranrechnungen juristische Personen						-84.30
4011.01	Kapitalsteuern		10'000.00		6'000.00		15'317.20
4011.40	Aktive Steuerausscheidungen Kapitalsteuern		4'000.00		2'000.00		6'737.50
4011.50	Passive Steuerausscheidungen Kapitalsteuern		500.00		-500.00		-358.20
4029.01	Eingang abgeschriebene Steuern		90'000.00		70'000.00		74'217.05

Erfolgsrechnung nach funktionaler Gliederung

		Budget 2027		Budget 2026		Rechnung 2025	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
9101	**Sondersteuern**	**10'000.00**	**890'000.00**	**10'000.00**	**890'000.00**	**-474'504.00**	**1'298'634.50**
3180.03	Wertberichtigung gefährdete Sondersteuern					-480'256.25	
3181.03	Forderungsverluste/Erlasse Sondersteuern	10'000.00		10'000.00		5'752.25	
4022.01	Grundstückgewinnsteuern		450'000.00		450'000.00		798'225.80
4022.10	Sonderveranlagungen		440'000.00		440'000.00		500'403.55
4029.02	Eingang abgeschriebene Sondersteuern						5.15
9102	**Liegenschaftssteuern**	**5'000.00**	**1'700'000.00**	**105'000.00**	**1'700'000.00**	**51.90**	**1'696'667.05**
3180.04	Wertberichtigung gefährdete Liegenschaftssteuern			100'000.00			
3181.04	Forderungsverluste/Erlasse Liegenschaftssteuern	5'000.00		5'000.00		51.90	
4021.01	Liegenschaftssteuern		1'700'000.00		1'700'000.00		1'696'667.05
93	**Finanz- und Lastenausgleich**	**1'300'000.00**	**1'955'800.00**	**1'300'000.00**	**1'541'800.00**	**1'263'207.00**	**1'479'716.80**
	Nettoertrag	655'800.00		241'800.00		216'509.80	
930	**Finanz- und Lastenausgleich**	**1'300'000.00**	**1'955'800.00**	**1'300'000.00**	**1'541'800.00**	**1'263'207.00**	**1'479'716.80**
	Nettoertrag	655'800.00		241'800.00		216'509.80	
9300	**Finanz- und Lastenausgleich**	**1'300'000.00**	**1'955'800.00**	**1'300'000.00**	**1'541'800.00**	**1'263'207.00**	**1'479'716.80**
3621.60	Lastenausgleich neue Aufgabenteilung	1'300'000.00		1'300'000.00		1'263'207.00	
4621.60	Soziodemografischer Zuschuss		239'000.00		225'000.00		231'927.00
4622.70	Diparitätenabbau Gemeinden		1'700'000.00		1'300'000.00		1'230'421.00
4910.01	Interne Verrechnung (1506)		16'800.00		16'800.00		17'368.80
95	**Ertragsanteile, übrige**		**112'000.00**		**102'000.00**	**576.00**	**447'585.25**
	Nettoertrag	112'000.00		102'000.00		447'009.25	
950	**Ertragsanteile, übrige**		**112'000.00**		**102'000.00**	**576.00**	**447'585.25**
	Nettoertrag	112'000.00		102'000.00		447'009.25	
9500	**Ertragsanteile, übrige**		**112'000.00**		**102'000.00**	**576.00**	**447'585.25**
3181.10	Forderungsverluste/Erlasse Erbschafts- und Schenkungssteuern					576.00	
4024.01	Erbschafts- und Schenkungssteuern		12'000.00		12'000.00		338'868.65
4600.01	Ertragsanteile an Direkter Bundessteuer		100'000.00		90'000.00		108'716.60
96	**Vermögens- und Schuldenverwaltung**	**2'633'181.00**	**2'662'180.00**	**2'498'085.00**	**2'633'000.00**	**2'392'458.92**	**2'790'289.05**
	Nettoertrag	28'999.00		134'915.00		397'830.13	

Erfolgsrechnung nach funktionaler Gliederung

		Budget 2027		Budget 2026		Rechnung 2025	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
961	**Zinsen**	**740'081.00**	**809'080.00**	**704'585.00**	**879'500.00**	**595'969.97**	**963'810.10**
	Nettoertrag	68'999.00		174'915.00		367'840.13	
9610	**Zinsen**	**740'081.00**	**809'080.00**	**704'585.00**	**879'500.00**	**595'969.97**	**963'810.10**
3181.05	Abschreibungen (Verzugszinsen Nesko)	10'000.00		10'000.00		9'340.70	
3401.01	Verzinsung kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	50'000.00		40'000.00		53'696.97	
3406.01	Verzinsung langfristige Finanzverbindlichkeiten	650'000.00		630'000.00		498'348.15	
3409.02	Verrechnete Zinsen Abwasserentsorgung	2'603.00		1'000.00		7'786.00	
3409.03	Verrechnete Zinsen Abfall			50.00		238.00	
3409.05	Zinsen Legate und Stiftungen	600.00		700.00		613.60	
3499.02	Vergütungszinsen NESKO	20'000.00		17'000.00		19'738.70	
3499.03	Vorauszahlungszinsen NESKO	5'000.00		4'000.00		4'336.85	
3940.01	Interne Verrechnung von kalk. Zinsen und Finanzaufwand	1'878.00		1'835.00		1'871.00	
4401.01	Zinsen Forderungen und Kontokorrente (Verzugszinse)		1'000.00				721.60
4401.02	Verzugszinsen NESKO		115'000.00		92'000.00		114'996.80
4402.01	Zinsen kurzfristige Finanzanlagen		5'000.00		3'000.00		5'414.70
4409.03	Verrechnete Zinsen Abfall (9610)		3'080.00				
4409.04	Verrechnete Zinsen Elektrizität (8710)				127'000.00		101'075.00
4451.01	Erträge aus Beteiligungen VV		25'000.00		25'000.00		37'755.00
4940.01	Interne Verrechnung von kalkulatorischen Zinsen und Finanzaufwand		660'000.00		632'500.00		703'847.00
963	**Liegenschaften des Finanzvermögens**	**1'853'100.00**	**1'853'100.00**	**1'753'500.00**	**1'753'500.00**	**1'826'478.95**	**1'826'478.95**
9630	**Liegenschaften des Finanzvermögens**	**1'853'100.00**	**1'853'100.00**	**1'753'500.00**	**1'753'500.00**	**1'826'478.95**	**1'826'478.95**
3010.01	Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals	170'000.00		170'000.00		154'858.15	
3050.01	AG-Beiträge AHV, IV, EO, ALV, Verwaltungskosten	11'000.00		11'000.00		9'625.10	
3052.01	AG-Beiträge an Pensionskassen	14'500.00		12'500.00		12'006.90	
3053.01	AG-Beiträge an Unfallversicherungen	1'100.00		1'050.00		1'028.95	
3054.01	AG-Beiträge an Familienausgleichskasse	2'500.00		2'500.00		2'234.35	
3055.01	AG-Beiträge an Krankentaggeldversicherungen	1'000.00		650.00		596.20	
3130.05	Post- und Bankspesen	1'000.00		500.00		855.75	
3181.01	Tatsächliche Forderungsverluste	3'000.00		3'000.00		3'100.00	
3430.01	Baulicher Unterhalt Liegenschaften FV	298'000.00		315'000.00		361'615.08	
3431.01	Nicht baulicher Unterhalt Liegenschaften FV	85'000.00		127'000.00		34'999.90	
3431.02	Nicht baulicher Unterhalt zu Lasten Nebenkosten Mieter	36'000.00		36'000.00		7'716.90	
3439.03	Heizmaterial	25'000.00		25'000.00			
3439.04	Sachversicherungsprämien	53'000.00		50'000.00		52'721.95	
3439.05	Honorare	90'000.00		84'000.00		95'532.40	
3439.11	Nebenkosten zu Lasten Eigentümer	320'000.00		210'000.00		313'359.32	

Erfolgsrechnung nach funktionaler Gliederung

		Budget 2027		Budget 2026		Rechnung 2025	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
3439.12	Nebenkosten Wasser (alt 3431.12)			500.00			
3439.13	Nebenkosten Abwasser (alt 3431.13)			500.00			
3439.14	Nebenkosten Kehricht (alt 3431.14)			800.00			
3930.01	Interne Verrechnung (0220)	82'000.00		71'000.00		73'000.00	
3940.01	Interne Verrechnung von kalk. Zinsen und Finanzaufwand	660'000.00		632'500.00		703'228.00	
4430.01	Pacht- und Mietzinse Liegenschaften FV		962'500.00		963'100.00		1'075'241.90
4430.02	Baurechtszinse FV		60'000.00		60'000.00		80'054.85
4430.03	Parzelle 17 Warteliste				600.00		
4439.11	Rückerstattungen Dritter Nebenkosten Liegenschaften FV		50'000.00		30'000.00		63'360.40
4893.01	Entnahmen aus Vorfinanzierungen des EK		780'600.00		699'800.00		607'821.80
969	**Finanzvermögen**	**40'000.00**		**40'000.00**		**-29'990.00**	
	Nettoaufwand		40'000.00		40'000.00		
	Nettoertrag					29'990.00	
9690	**Finanzvermögen**	**40'000.00**		**40'000.00**		**-29'990.00**	
3180.01	Wertberichtigung auf Forderungen	40'000.00		40'000.00		-30'000.00	
3499.01	Übriger Finanzaufwand					10.00	
97	**Rückverteilungen**				**6'000.00**		
	Nettoertrag			6'000.00			
971	**Rückverteilungen aus CO2-Abgabe**				**6'000.00**		
	Nettoertrag			6'000.00			
9710	**Rückverteilung aus CO2-Abgabe**				**6'000.00**		
4699.10	Rückvergütung CO2-Abgabe				6'000.00		
99	**Nicht aufgeteilte Posten**		**4'541'087.00**		**3'722'322.00**	**438'319.23**	**2'613.43**
	Nettoaufwand						435'705.80
	Nettoertrag	4'541'087.00		3'722'322.00			
990	**Nicht aufgeteilte Posten**					**399'002.95**	
	Nettoaufwand						399'002.95
9901	**Abschreibung bestehendes Verwaltungsvermögen**					**399'002.95**	
3300.90	Planmässige Abschreibungen übrige Sachanlagen VV					399'002.95	
	Allgemeiner Haushalt						
995	**Neutrale Aufwendungen und Erträge**						**2'613.43**

Erfolgsrechnung nach funktionaler Gliederung

		Budget 2027		Budget 2026		Rechnung 2025	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
	Nettoertrag					2'613.43	
9950	**Neutrale Aufwendungen und Erträge**						**2'613.43**
4290.01	Übrige Entgelte						2'113.43
4390.01	Übriger Ertrag						500.00
999	**Abschluss**		**4'541'087.00**		**3'722'322.00**	**39'316.28**	
	Nettoaufwand						39'316.28
	Nettoertrag	4'541'087.00		3'722'322.00			
9990	**Abschluss**		**4'541'087.00**		**3'722'322.00**	**39'316.28**	
9000.01	Ertragsüberschuss					39'316.28	
9001.01	Aufwandüberschuss		4'541'087.00		3'722'322.00		

STADT NIDAU

8. Teilrevision Organisationsreglement Schulverband Nidau – Einführung Schulmodell Nidau 3+

Ressort	Bildung, Kultur, Sport
Sitzung	19.11.2026

Der Stadtrat genehmigt die Teilrevision des Organisationsreglements des Schulverbandes Nidau und ermöglicht damit die Einführung des neuen Schulmodells Nidau3+ auf der Oberstufe

nid 2.4.4 / 3

Sachlage / Vorgeschichte

Der Schulverband Nidau führt die Oberstufe der Volkschule für die Gemeinden Bellmund, Hermrigen, Ipsach, Jens, Merzligen, Nidau und Port.
Die Bildungs- und Kulturdirektion des Kantons Bern überprüft regelmässig, wie die Gemeinden ihre Schulen organisieren. Vor drei Jahren stellte er fest, dass die durchschnittliche Klassengrösse im Schulverband Nidau zu tief liegt. Kleine Realklassen stehen dabei grossen Sekundarklassen gegenüber. Die Realklassen können jedoch nicht ohne Weiteres zusammengelegt werden, da in den Hauptfächern genügend Platz für Sekundarschülerinnen und -schüler bleiben muss, die dort das Niveau wechseln. Der Kanton verlangte deshalb, dass der Schulverband seine Schulorganisation überprüft. Die kantonalen Vorgaben zur Klassengrösse sind verbindlich; offen ist allein der Weg dorthin.
Die Bildungskommission nahm den Auftrag zum Anlass, die Oberstufe nicht nur organisatorisch, sondern auch pädagogisch weiterzuentwickeln.
Die Bildungskommission lancierte ein Schulentwicklungsprojekt und setzte eine Projektgruppe ein. Ihr gehören die Schulleitungen, die Abteilungsleitung Bildung, Kultur und Sport sowie das Präsidium der Bildungskommission an. Die Projektgruppe wurde von Anfang an von externen Fachpersonen begleitet.

Projekt

Das Wichtigste in Kürze

Die eingesetzte Projektgruppe erarbeitete in enger Zusammenarbeit mit den Lehrpersonen des Zyklus 3 das neue Schulmodell nidau3+.
Zunächst hatte das Projekt den Auftrag, die bestehende Schulorganisation zu analysieren. Im Rahmen dieser Arbeit wurde auch die Frage nach einem möglichen Modellwechsel auf der Sekundarstufe I aufgeworfen. Die Projektgruppe wird dabei von einer Fachperson der Organisation «schulentwicklung.ch» begleitet. In bislang drei Workshops wurden auch die Lehrpersonen aktiv in den Prozess einbezogen.
Die Analyse des aktuellen Schulmodells zeigte einen klaren Veränderungsbedarf. Derzeit ist die Sekundarstufe I nach dem Schulmodell Manuel (3a) organisiert, das im Organisationsreglement des Schulverbands (Art. 9) verankert ist. In diesem Modell werden Sekundar- und Re-

alklassen getrennt geführt. In den Fächern Deutsch, Französisch und Mathematik besteht jedoch die Möglichkeit eines Niveauwechsels, wodurch eine Durchmischung von Real- und Sekundarschülerinnen und -schülern in diesen Fächern möglich ist.
In Zusammenarbeit mit den Lehrpersonen entwickelte die Projektgruppe das Modell Nidau 3+. Dieses stellt eine eigenständige, auf die lokalen Bedürfnisse angepasste Variante dar und ähnelt in seiner Struktur am ehesten dem Modell 3b. Im Modell 3b sind Real- Sekundarschulkinder in einer Stammklasse zusammen eingeteilt. In den Fächern Deutsch, Französisch und Mathematik werden sie aber nach Niveau getrennt unterrichtet.
Auch im Modell Nidau 3+ sind die Stammklassen bewusst niveau-durchmischt zusammengesetzt: Etwa zwei Drittel der Lernenden einer Klasse besuchen das Sekundarniveau, rund ein Drittel das Realschulniveau. Die Parallelklassen koordinieren ihre Stundenpläne so, dass bestimmte Fächer – insbesondere Deutsch und Mathematik – gleichzeitig unterrichtet werden können. Dies ermöglicht, zusammen mit den Unterstützungslektionen, eine flexible Bildung von Lerngruppen mit unterschiedlichen Leistungsniveaus. Gleichzeitig wird die Durchlässigkeit zwischen den Niveaus gefördert. Die enge Zusammenarbeit innerhalb der Klassenteams hat dabei einen hohen Stellenwert.
Gemischte Stammklassen sind im Kanton Bern keine Besonderheit mehr. Viele Gemeinden kennen ähnliche Modelle der Oberstufe – auch im Seeland, zum Beispiel Lyss, Täuffelen und Orpund. Die Entwicklung zeigt, dass im gesamten Kantonsgebiet immer mehr Schulen ein ähnliches Modell wählen. Das heutige Modell 3a ist im Kanton derzeit noch das am weitesten verbreitete Schulmodell. Gemäss der letzten Erhebung aus dem Jahr 2019 sind rund 46 % aller Oberstufenschulen nach diesem Modell organisiert.
Der Trend zeigt jedoch deutlich, dass immer mehr Schulen einen Modellwechsel anstreben. Das Schulmodell 3a weist verschiedene Schwächen auf. Die reinen Realklassen sind oft zu klein, während die Sekundarklassen tendenziell zu gross werden. Allein dieses Ungleichgewicht führt zu organisatorischen Herausforderungen.
Auch die Verteilung der Unterstützungslektionen ist unausgewogen. Dies hat zur Folge, dass die reinen Realklassen überproportional von den zusätzlichen Ressourcen profitieren. Gleichzeitig fehlen Möglichkeiten, Sekundarschülerinnen und Sekundarschüler ausreichend zu unterstützen und individuell zu fördern.

Eine Besonderheit des Modells Nidau 3+ liegt in der unterschiedlichen pädagogischen Schwerpunktsetzung innerhalb der Jahrgangsklassen. Das Modell bietet allen Schülerinnen und Schülern bessere Bildungschancen als das bisherige System. Es ist zudem deutlich flexibler und erlaubt bei der Klassenbildung ein angepasstes Vorgehen bei veränderten Rahmenbedingungen. Auch Klassenschliessungen könnten im Vergleich zu heute einfacher aufgefangen werden, ohne dass ein erheblicher Qualitätsverlust befürchtet werden müsste.
Das neue Modell verleiht den Schulen mehr Flexibilität- sowohl bei der Klassenorganisation als auch bei der Förderung der Schülerinnen und Schüler. Die zahlreichen Förderlektionen, die heute grösstenteils relativ wenigen Schülerinnen und Schüler des Realniveaus zur Verfügung stehen, könnten nun vermehrt für alle Schülerinnen und Schüler eingesetzt werden. Durch die klare Schwerpunktsetzung der drei Jahrgangsklassen erhofft sich die Projektgruppe eine bessere und individueller Vorbereitung der Jugendlichen auf Mittelschulen und Berufslehren.
Formeller Gegenstand des Entscheids ist die Teilrevision des Organisationsreglements des Schulverbands Nidau. Mit ihr wird die rechtliche Grundlage geschaffen, um die Oberstufe nach dem Modell «nidau 3+» zu führen. Das geltende Reglement schreibt getrennte Real-

und Sekundarklassen vor. Für gemischte Stammklassen mit niveaudifferenziertem Unterricht müssen Artikel 3 Absatz 3, Artikel 9 Absätze 1 und 2, Artikel 10 sowie Artikel 69 Absatz 4 angepasst werden.

Bei einem Ja

- wird die Oberstufe des Schulverbands ab dem Schuljahr 2027/28 nach dem Modell «nidau 3+» geführt, beginnend mit den 7. Klassen;
- werden die Stammklassen niveaudurchmischt geführt, mit Leistungsgruppen in ausgewählten Fächern;
- erhalten die Schulen mehr Flexibilität bei der Organisation der Klassen und bei pädagogischen Fördermassnahmen;
- können rückläufige Schülerzahlen und damit verbundene Klassenschliessungen organisatorisch besser aufgefangen werden;
- bleiben Zusammensetzung, Aufgaben und Zuständigkeiten der Verbandsorgane im Übrigen unverändert.

Bei einem Nein bleibt das geltende Reglement in Kraft, und die Oberstufe wird weiterhin in getrennten Real- und Sekundarklassen geführt. Die kantonalen Anforderungen an die Klassenorganisation gelten unabhängig vom Abstimmungsergebnis. Der Schulverband müsste deshalb eine andere organisatorische Lösung erarbeiten und den zuständigen Organen vorlegen. Wie diese Lösung konkret aussähe und welche Auswirkungen sie auf Klassen, Standorte, Personal und Kosten hätte, ist heute offen.
Der Entscheid fällt in allen sieben Verbandsgemeinden. Die Teilrevision ändert mit Artikel 3 Absatz 3 den Verbandszweck. Sie ist deshalb nur angenommen, wenn alle sieben Verbandsgemeinden zustimmen.

Die Vorlage im Detail

Ausgangslage: der Auftrag des Kantons

Der Kanton Bern überprüft regelmässig, wie die Gemeinden ihre Schulen organisieren. Der Schulverband Nidau muss seine Schulorganisation anpassen, weil die durchschnittliche Klassengrösse zu tief ist. Grosse Sekundarklassen stehen kleinen Realklassen gegenüber. Letztere lassen sich wegen flexibler Niveauwechsel nicht einfach zusammenlegen. Der Kanton fordert nun die verbindliche Umsetzung seiner Vorgaben.
Wenn Klassen geschlossen werden müssen, ist dies eine Folge der Schülerzahlen und der verbindlichen kantonalen Vorgaben zur Klassengrösse – nicht des Modells «nidau 3+».
Die Bildungskommission nutzte den Auftrag, um die Oberstufe organisatorisch und pädagogisch weiterzuentwickeln.
Das Beispiel des 7. Schuljahres zeigt, wie sich die 159 Schülerinnen und Schüler auf acht Klassen verteilen: Im bisherigen Modell unterscheiden sich die Klassengrössen deutlich. Im neuen Modell entstehen acht gemischte Stammklassen mit je rund 20 Schülerinnen und Schülern.

Bisheriges Modell		**Neues Modell**	
Klasse	**Schülerzahl**	**Stammklasse**	**Schülerzahl**
Realklasse 1	12	Stammklasse 1	rund 20

Bisheriges Modell		Neues Modell	
Klasse	**Schülerzahl**	**Stammklasse**	**Schülerzahl**
Realklasse 2	14	Stammklasse 2	rund 20
Realklasse 3	15	Stammklasse 3	rund 20
Sekundarklasse 1	23	Stammklasse 4	rund 20
Sekundarklasse 2	23	Stammklasse 5	rund 20
Sekundarklasse 3	23	Stammklasse 6	rund 20
Sekundarklasse 4	24	Stammklasse 7	rund 20
Sekundarklasse 5	25	Stammklasse 8	rund 20
Total	**159**	**Total**	**159**

Klassenbestand des 7. Schuljahres im Schuljahr 2026/27, Stichtag 4. September 2026, ohne Klassen zur besonderen Förderung..

Wie das Modell entstanden ist

Die Bildungskommission lancierte ein Schulentwicklungsprojekt und setzte eine Projektgruppe ein. Ihr gehören die Schulleitungen, die Abteilungsleitung Bildung, Kultur und Sport sowie das Präsidium der Bildungskommission an. Die Projektgruppe erarbeitete das Modell über zwei Jahre hinweg in enger Zusammenarbeit mit den Lehrpersonen des Zyklus 3; begleitet wurde sie von einer Schulentwicklungsberatung.
Der Schulverband präsentierte das Modell am 15. Juni 2026 an einer ersten öffentlichen Veranstaltung. Weitere Informationsanlässe fanden im Spätsommer statt.

Das Modell «nidau 3+»

Das Modell «Nidau 3+» ist ein eigenständiges Schulmodell, das sich jedoch an bereits bestehenden Modellen im Kanton Bern orientiert. Es setzt auf niveaudurchmischte Stammklassen, um die individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler zu stärken und die Durchlässigkeit zwischen den Leistungsniveaus zu erhöhen. Durch die Schwerpunktsetzung in den drei Jahrgängen soll zudem die Vorbereitung auf Berufslehren und Mittelschulen verbessert werden.

Vorteile des Modell nidau 3+ auf einen Blick

Grössere Flexibilität	Das heutige Modell ist einengend. Die Aufteilung in Real- und Sekundarklassen führt zu grossen Sekundarklassen und kleinen Realklassen. Damit das Modell jedoch funktioniert, muss stets eine bestimmte Anzahl von Realklassen geführt werden. Diese Vorgabe schränkt die Organisation und Einteilung der Klassen stark ein.

Auch aus pädagogischer Sicht bietet das neue Modell deutlich mehr Flexibilität. So können Klassen entsprechend ihren unterschiedlichen Bedürfnissen besser organisiert werden. In Klassen mit einem positiven und förderlichen Lernklima kann der Niveauunterricht im selben Raum stattfinden. Bei anspruchsvollen Klassensituationen oder einem weniger förderlichen Lernklima ist es im neuen Modell sogar besser als im aktuellen möglich, die Schülerinnen und Schüler in verschiedenen Fächern nach Leistungsgruppen zu unterrichten.
Diese Flexibilität ermöglicht eine gezieltere und wirksamere Förderung aller Schülerinnen und Schüler.

Gemischte Stammklassen

Die Stammklassen werden niveaudurchmischt geführt und in ausgewählten Fächern durch Leistungsgruppen ergänzt. Rund zwei Drittel der Lernenden einer Klasse besuchen das Sekundarniveau, etwa ein Drittel das Realschulniveau. Dadurch wird das gemeinsame Lernen gestärkt und die Durchlässigkeit zwischen den Niveaus gefördert. Gleichzeitig werden starre Einteilungen und feste Zuschreibungen abgebaut.

Leistungsgruppen in ausgewählten Fächern

Die Parallelklassen stimmen ihre Stundenpläne so aufeinander ab, dass insbesondere die Fächer Deutsch und Mathematik gleichzeitig unterrichtet werden. Dadurch können flexible Lerngruppen auf unterschiedlichen Leistungsniveaus gebildet und gezielt gefördert werden.
In Kombination mit den Unterstützungslektionen lassen sich Lerngruppen bedarfsgerecht zusammensetzen und den individuellen Lernvoraussetzungen der Schülerinnen und Schüler anpassen.
Je nach Klassensituation und Förderbedarf können bei Bedarf auch in weiteren Fächern klare Leistungsgruppen eingerichtet werden. Dies ermöglicht eine gezielte Unterstützung sowohl von leistungsstarken als auch von leistungsschwächeren Schülerinnen und Schülern.

Unterstützungslektionen
Individuelle Förderung

Unterstützungslektionen können gezielter eingesetzt werden und kommen allen Schülerinnen und Schülern zugute. Derzeit werden diese Angebote vor allem von den Realklassen in Anspruch genommen. Schülerinnen und Schüler des Sekundarniveaus konnten bisher nur begrenzt davon profitieren. Durch das neue Modell können die vorhandenen Ressourcen bedarfsgerechter verteilt und effizienter genutzt werden. Dadurch wird die individuelle Förderung der Kinder und Jugendlichen verbessert.

	Dank der unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen in den einzelnen Jahrgängen können die Unterstützungs- und Förderlektionen zudem noch gezielter und wirkungsvoller eingesetzt werden.
Durchlässigkeit	Wechselt eine Schülerin oder ein Schüler das Einstufungsniveau, bleibt die Stammklasse dieselbe. Dies fördert die Durchlässigkeit des Systems, da ein Niveauwechsel nicht mehr automatisch einen Klassenwechsel nach sich zieht. Die Schülerinnen und Schüler können in ihrem vertrauten Klassenverband bleiben, wodurch ihr soziales Umfeld erhalten bleibt und unnötige Brüche in ihrer Schullaufbahn vermieden werden.
Standortbestimmungen	Regelmässige Lernstandserhebungen ermöglichen es, flexibler auf die individuellen Lernbedürfnisse der Schülerinnen und Schüler einzugehen. Zudem schaffen sie eine fundierte Grundlage für die Zuteilung zu passenden Lerngruppen. Dadurch kann die Förderung gezielter gestaltet und besser auf die jeweiligen Stärken und Entwicklungspotenziale abgestimmt werden.
Stärkung der Stammklassen /Gemeinsames Lernen	Durch die Stärkung der Stammklassen wird das gemeinsame Lernen gefördert und starre Zuschreibungen werden abgebaut. Gleichzeitig nimmt die Gefahr von Stigmatisierungen ab: Bei der Einteilung in die 7. Klasse müssen befreundete Jugendliche aufgrund unterschiedlicher Leistungsniveaus seltener getrennt werden. Sie können häufiger gemeinsam in derselben Stammklasse bleiben, auch wenn sie in einzelnen Fächern unterschiedlichen Niveaus zugeteilt sind. Dadurch bleiben bestehende soziale Beziehungen erhalten, was das Zugehörigkeitsgefühl stärkt und zu einem positiven Lernklima beiträgt.
Leistungsorientierung	Durch den flexibleren Einsatz der Unterstützungslektionen und die Möglichkeit, in den Fächern situative Lerngruppen zu bilden, soll das neue Modell die individuellen Lernerfolge der Schülerinnen und Schüler im Vergleich zum aktuellen Modell steigern. Nidau 3+ ist klar leistungsorientiert, ohne dass die Kinder dabei einem übermässigen Leistungsdruck ausgesetzt werden und dabei scheitern.
Zusammenarbeit der Lehrpersonen im Klassen- und Stufenteam.	Im Modell Nidau 3+ wird der Zusammenarbeit der Lehrpersonen ein hoher Stellenwert beigemessen. Durch die verstärkte Kooperation entstehen Synergien, die zu einer Entlastung der Lehrpersonen beitragen und den fachlichen Austausch fördern.

	Gleichzeitig werden gemeinsame Qualitätsstandards gestärkt und deren Umsetzung besser überprüfbar. Davon profitieren letztlich auch die Schülerinnen und Schüler, da Unterricht und Förderung gezielter abgestimmt und weiterentwickelt werden können.
Finanzen: Die kantonalen Vorgaben zu den Klassengrössen, können eingehalten werden.	Bisher musste bei der Festlegung der Anzahl Klassen stets berücksichtigt werden, dass genügend Realklassen geführt werden können. Dies führte dazu, dass die angestrebten Klassengrössen häufig nicht erreicht wurden und die Kosten für den Schulverband sowie die angeschlossenen Gemeinden höher ausfielen. Mit dem neuen Modell können Klassen von vergleichbarer Grösse gebildet werden, ohne auf eine bestimmte Anzahl Realklassen Rücksicht nehmen zu müssen. Dadurch wird die Klassenorganisation vereinfacht und die vorhandenen Ressourcen können effizienter genutzt werden. Das neue Modell ist deshalb tendenziell kostengünstiger als das heutige. Gleichzeitig wird die pädagogische Wirkung erhöht, da die vorhandenen Mittel gezielter für die Förderung der Schülerinnen und Schüler eingesetzt werden können.
Entspricht der kantonalen Tendenz	Immer mehr Oberstufenschulen stellen auf durchlässigere Schulmodelle um. Zwar ist das Modell 3a, nach dem auch der Schulverband Nidau derzeit organisiert ist, noch immer das am häufigsten verbreitete Modell im Kanton Bern. Seine Verbreitung ist jedoch seit Jahren deutlich rückläufig. Durchlässigere Modelle entsprechen den aktuellen Erkenntnissen und Empfehlungen der Bildungsforschung besser, da sie flexiblere Bildungswege ermöglichen und die individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler stärken. Zudem stehen viele Schulgemeinden vor ähnlichen organisatorischen Herausforderungen. Durchlässigere Modelle bieten hierfür oft bessere Lösungen, da sie mehr Flexibilität bei der Klassenbildung ermöglichen und vorhandene Ressourcen effizienter genutzt werden können.
Schwerpunktsetzung in den drei Jahrgängen	Neben der grossen Flexibilität ist die Schwerpunktsetzung in den drei Jahrgängen eine weitere Besonderheit des Modells Nidau 3+. Sie ermöglicht eine gezieltere Vorbereitung der Kinder und Jugendlichen auf den Eintritt in eine Berufslehre oder eine weiterführende Schule. Dadurch kann der Übergang von der Volksschule in die nachfolgende Ausbildungsphase deutlich besser vorbereitet und begleitet werden.

Die drei Schuljahre

Eine Besonderheit von «nidau 3+» ist die unterschiedliche pädagogische Schwerpunktsetzung in den drei Jahrgängen.

Klasse	**Schwerpunkt**
7. Klasse	**Ankommen und Potenziale erkennen.** Die Jugendlichen kommen im Zyklus 3 an und bauen tragfähige Beziehungen auf. Lernstanderhebungen zeigen den individuellen Förderbedarf und die vorhandenen Ressourcen.
8. Klasse	**Bildungswege klären.** Die Frage nach dem weiteren Bildungsweg rückt ins Zentrum. Die Lehrpersonen begleiten die Jugendlichen gezielt und persönlich; der Unterricht wird differenziert, die Anforderungen werden individuell angepasst.
9. Klasse	**Anschluss sichern**: Die Lerngruppen werden nach den individuellen Zielen gebildet – Gymnasium, andere Mittelschule oder Berufsausbildung. Dafür werden die Stammklassen gegebenenfalls neu durchmischt. Das Lernen ist stark personalisiert. Die Jugendlichen werden gezielt auf eine Berufslehre oder eine weiterführende Schule vorbereitet.

Mehr Informationen zum Modell Nidau 3+ sind unter www.nidau3plus zu finden.

Was sich für die Primarstufe ändert

An der Organisation der Primarschulen und am kantonalen Übertrittsverfahren ändert sich nichts. Die Schule informiert Kinder und Eltern bereits im 5. Schuljahr; die Zuweisung zum Real- oder Sekundarniveau erfolgt im 6. Schuljahr nach den kantonalen Vorgaben.
Der Übertrittsentscheid soll im durchlässigeren Oberstufenmodell jedoch weniger stark über die weitere Schullaufbahn bestimmen. Ein späterer Niveauwechsel ist in der 7. und 8. Klasse möglich, ohne dass dafür die Stammklasse gewechselt werden muss; in der 9. Klasse können die Stammklassen entsprechend den individuellen Anschlusszielen neu zusammengesetzt werden.

Was wird im Organisationsreglement geändert?

Die Teilrevision beseitigt die reglementarische Verpflichtung, getrennte Real- und Sekundarklassen zu führen, und schafft die Grundlage für niveaudurchmischte Stammklassen sowie niveaudifferenzierten Unterricht. Geändert werden Artikel 3 Absatz 3, Artikel 9 Absätze 1 und 2, Artikel 10 sowie Artikel 69 Absatz 4. Das Verfahren richtet sich nach den Bestimmungen des Organisationsreglements über Reglementsänderungen.

- **Artikel 3 Absatz 3 (Zweck):** Die Zusammenarbeit zwischen Real- und Sekundarniveau richtet sich neu nach dem Schulmodell gemäss Artikel 9. Die Verbandsgemeinden können Schülerinnen und Schüler des Realniveaus weiterhin selbst unterrichten oder an einer anderen Schule unterrichten lassen; die Kostenverteilung nach Artikel 63 bleibt unberührt.

- **Artikel 9 Absätze 1 und 2 (Schulmodell):** Real- und Sekundarschülerinnen und -schüler werden grundsätzlich in gemischten Stammklassen unterrichtet. In Deutsch, Französisch und Mathematik erfolgt der Unterricht entsprechend dem Leistungsstand auf Real- oder Sekundarniveau nach kantonalem Lehrplan. Die Bildungskommission beschliesst das Konzept zu den Rahmenbedingungen des Schulmodells.
- **Artikel 10 (Mittelschulvorbereitung):** Die Vorbereitung auf weiterführende Schulen erfolgt im obligatorischen IVE-Unterricht (individuelle Vertiefung und Erweiterung) und im Regelunterricht.
- **Artikel 69 Absatz 4 (Inkrafttreten):** Die Teilrevision tritt unter Vorbehalt der Genehmigung durch die zuständige Stelle des Kantons Bern am 1. August 2027 in Kraft.

Die Änderung von Artikel 3 hat zur Folge, dass das Schulmodell künftig gemäss Artikel 9 des Organisationsreglements geregelt wird. Dadurch unterstünde ein künftiger Modellwechsel nicht mehr dem obligatorischen, sondern dem fakultativen Referendum.

Umsetzung, Herausforderungen und Qualitätssicherung

Im Schuljahr 2026/27 werden Stundenpläne, Lerngruppen, Zuständigkeiten und Weiterbildungen vorbereitet. Die Einführung beginnt im Schuljahr 2027/28 mit den 7. Klassen und wächst jahrgangsweise. Im Schuljahr 2029/30 umfasst das Modell erstmals alle drei Jahrgänge.
Die Umstellung stellt erhöhte Anforderungen an die Differenzierung im Unterricht, die Zusammenarbeit in den Klassenteams und die Stundenplanung. Während der Übergangsphase werden das bisherige und das neue Modell parallel geführt. Digitale Werkzeuge sollen Lernfortschritte sichtbar machen und das Lernen etwa bei Übungen und Rückmeldungen unterstützen.
Der Schulverband überprüft die Einführung anhand festgelegter Kriterien. Dazu gehören insbesondere Klassengrössen, Wechsel zwischen Leistungsgruppen, Anschlusslösungen nach der 9. Klasse sowie Rückmeldungen von Lernenden, Eltern und Lehrpersonen.

Änderungen des Organisationsreglements

Gegenüberstellung der Bestimmungen, die mit der Teilrevision geändert werden. Nicht aufgeführte Bestimmungen bleiben unverändert. Wortlaut gemäss Beschluss der Delegiertenversammlung vom 25. Juni 2026.

Artikel 3 Absatz 3 Zweck

Aktuelle Fassung	**Revidierte Fassung**
Der Verband führt getrennte Real- und Sekundarklassen. Die Verbandsgemeinden können die dem Realniveau zugeteilten Schülerinnen und Schüler selbst unterrichten oder in einer andern Schule unterrichten lassen. Die Kostenverteilung nach Artikel 63 wird dadurch nicht berührt.	Die Zusammenarbeit zwischen Real- und Sekundarniveau richtet sich nach dem in Artikel 9 festgelegten Schulmodell. Die Verbandsgemeinden können die dem Realniveau zugeteilten Schülerinnen und Schüler selbst unterrichten oder in einer anderen Schule unterrichten lassen. Die Kostenverteilung nach Artikel 63 wird dadurch nicht berührt.

Artikel 9 Absätze 1 und 2 Schulmodell

Aktuelle Fassung	Revidierte Fassung
1 Der Verband führt getrennte Real- und Sekundarklassen (Modell 3 / Manuel). 2 Der Unterricht erfolgt in allen Fächern getrennt nach dem Lehrplan für das Real- und das Sekundarniveau.	1 Die Realschülerinnen und -schüler sowie die Sekundarschülerinnen und -schüler werden grundsätzlich in gemischten Stammklassen unterrichtet. 2 Der Unterricht in den Fächern Deutsch, Französisch und Mathematik findet entsprechend dem Leistungsstand der Schülerin bzw. des Schülers in Real- oder Sekundarniveau nach kantonalem Lehrplan statt. Die Bildungskommission beschliesst das Konzept über die Rahmenbedingung des Schulmodells.

Artikel 10 Mittelschulvorbereitung

Aktuelle Fassung	Revidierte Fassung
Die Vorbereitung auf weiter führende Schulen im achten und neunten Schuljahr erfolgt durch fakultativen Unterricht in den Sekundarklassen.	Die Vorbereitung auf weiterführende Schulen erfolgt im obligatorischen IVE – Unterricht (individuelle Vertiefung und Erweiterung) und im Regelunterricht.

Artikel 69 Absatz 4 Inkrafttreten

Aktuelle Fassung	Revidierte Fassung
Kein bisheriger Regelungsinhalt.	Die Teilrevision dieses Reglements vom …, beinhaltend die Änderung der Artikel 3 Absatz 3, Artikel 9 Absatz 1 und 2, Artikel 10 sowie Artikel 69 Absatz 4, tritt, unter Vorbehalt der Genehmigung durch die zuständige Stelle des Kantons Bern, am 1. August 2027 in Kraft.

Kosten

Nach heutiger Planung ist die Einführung für den Schulverband und die Verbandsgemeinden nicht mit zusätzlichen Kosten für den Schulbetrieb verbunden. Einmalige Kosten entstanden während der Projektentwicklung für Beratung und Weiterbildung. Die Weiterbildungskosten werden grösstenteils vom Kanton übernommen.
Der Kanton fordert den Schulverband auf, die Richtlinien bezüglich der Schülerzahlen einzuhalten. Er ist nicht länger bereit, aufgrund der bestehenden Schulorganisation mehr Klassen zu finanzieren, als in den Richtlinien vorgesehen sind. Aus diesem Grund wurde bereits im vergangenen Sommer eine Klasse aufgehoben.

Mit dem neuen Modell können die Vorgaben deutlich besser eingehalten werden. Sollten Klassenschliessungen notwendig werden, sind keine qualitativen Einbussen im Unterricht zu erwarten. Dadurch können die Lohnkosten mit dem Modell Nidau 3+ im kantonalen Durchschnitt gehalten werden.
Das Modell Nidau 3+ ist keine Sparmassnahme. Vielmehr ermöglicht es den Schulen eine flexiblere Organisation und eine zeitgemässe Pädagogik. Gleichzeitig trägt es dazu bei, die Kosten der Oberstufe besser zu steuern und langfristig unter Kontrolle zu halten.

Personelle Auswirkungen

Es entstehen keine personellen Auswirkungen.

Termine

Bei einer Zustimmung zur Teilrevision ist die Umsetzung des neuen Modells nidau3+ ab neuem Schuljahr ab August 2027 geplant. Die Umsetzung beginnt mit den 7. Klassen.

Zustimmungen

Das Amt für Gemeinden und Raumordnung (AGR) des Kanton Berns hat die Teilrevision bereits geprüft.

Die Delegiertenversammlung hat die Teilrevision am 25. Juni 2026 genehmigt und als Antrag zur Abstimmung an die Legislativen der Verbandsgemeinden verabschiedet.
Alle Gemeindelegislativen müssen der Teilrevision zustimmen. Diese Einstimmigkeit ist gefordert, weil die Teilrevision auch den Zweckartikel (Art 3) betrifft.

Beschlussentwurf

1. Der Teilrevision des Organisationsreglements des Schulverbands Nidau vom 21. November 2012 gemäss dem Beschluss der Delegiertenversammlung vom 25. Juni 2026 wird zugestimmt.

2560 Nidau, Klicken Sie hier, um ein Datum einzugeben. la

NAMENS DES GEMEINDERATES NIDAU

Der Stadtpräsident	Die Stadtschreiberin
Tobias Egger	Manuela Jennings

Beilagen:

- Teilrevision des Organisationsreglements des Schulverbandes
- Aktuelles Organisationsreglement mit Markierung von betroffenen Artikeln

ORGANISATIONSREGLEMENT DES SCHULVERBANDES NIDAU

vom 21. November 2012

.... 2012

ORGANISATIONSREGLEMENT DES SCHULVERBANDES NIDAU

I. Allgemeine Bestimmungen

Name, Sitz

Art. 1 [1] Unter dem Namen Schulverband Nidau besteht ein Gemeindeverband nach den Artikeln 130 ff. des Gemeindegesetzes vom 16. März 1998.

[2] Der Verband hat seinen Sitz in Nidau.

[3] Zuständig ist das Regierungsstatthalteramt Biel/Bienne.

Verbandsgemeinden

Art. 2 Mitglieder des Verbandes (Verbandsgemeinden) sind die Gemeinden Bellmund, Hermrigen, Ipsach, Jens, Merzligen, Nidau und Port.

[2] Der Verband kann weitere Gemeinden als Mitglieder aufnehmen.

[3] Treten weitere Gemeinden bei, passt das zuständige Organ dieses Reglement soweit erforderlich den neuen Verhältnissen an. Es kann eine Einkaufssumme festlegen.

Zweck

Art. 3 [1] Der Verband führt für die Verbandsgemeinden die Volksschule auf der Sekundarstufe I mit den durch die kantonale Volksschulgesetzgebung vorgeschriebenen und den durch das zuständige Organ beschlossenen weiteren Angeboten mit Ausnahme der Angebote im Bereich der Tagesschule.

[2] Der Unterricht nach gymnasialem Lehrplan im neunten Schuljahr erfolgt an den kantonalen Gymnasien.

[3] Der Verband führt getrennte Real- und Sekundarklassen. Die Verbandsgemeinden können die dem Realniveau zugeteilten Schülerinnen und Schüler selbst unterrichten oder in einer andern Schule unterrichten lassen. Die Kostenverteilung nach Artikel 63 wird dadurch nicht berührt.

[4] Der Verband bietet für alle Verbandsgemeinden besondere Massnahmen nach Artikel 17 des Volksschulgesetzes vom 19. März 1992 (VSG) für den Kindergarten, die Primarstufe und die Sekundarstufe I an.

[5] Er erfüllt seine Aufgaben in Zusammenarbeit mit den Schulen der Verbandsgemeinden.

Erfüllung der Aufgaben

Art. 4 [1] Der Verband kann zur Erfüllung seiner Aufgaben bei Verbandsgemeinden oder Dritten Leistungen beziehen, namentlich Schulanlagen mieten oder die Funktion der Abteilungsleitung und Aufgaben der Administration einer geeigneten Stelle oder Person übertragen.

[2] Die Bildungskommission regelt die Einzelheiten durch Vertrag mit den zuständigen Stellen.

[3] Vorbehalten bleibt die Bewilligung der erforderlichen Ausgaben durch das zuständige Organ.

Pflichten der Verbandsgemeinden

Art. 5 [1] Die Verbandsgemeinden stellen dem Verband alle Informationen zur Verfügung, welche dieser zur Erfüllung seiner Aufgaben benötigt.

[2] Sie stellen dem Verband den ihnen für besondere Massnahmen gemäss Artikel 17 VSG zustehenden Lektionenpool zur Verfügung.

Information

Art. 6 [1] Der Verband informiert aktiv über seine Tätigkeit und über geplante Vorhaben.

[2] Er stellt den Verbandsgemeinden den nachgeführten Finanzplan einmal jährlich zur Kenntnisnahme zu.

Form der Mitteilungen

Art. 7 [1] Mitteilungen an die Verbandsgemeinden erfolgen schriftlich.

[2] Bekanntmachungen zuhanden der Öffentlichkeit erfolgen im amtlichen Anzeiger der Verbandsgemeinden.

[3] Der Verband kann Mitteilungen in weiteren Publikationsorganen bekannt machen.

II. Schulangebote

Grundsatz

Art. 8 [1] Der Verband führt im Rahmen des Verbandszwecks (Art. 3) die durch die kantonale Volksschulgesetzgebung vorgeschriebenen Angebote mit Einschluss des schulärztlichen und schulzahnärztlichen Dienstes.

[2] Er kann in diesem Rahmen aufgrund eines Beschlusses des zuständigen Organs weitere Schulangebote führen.

Schulmodell

Art. 9 [1] Der Verband führt getrennte Real- und Sekundarklassen (Modell 3 / Manuel).

[2] Der Unterricht erfolgt in allen Fächern getrennt nach dem Lehrplan für das Real- und das Sekundarniveau.

[3] In den drei Niveaufächern Deutsch, Französisch und Mathematik werden die Schülerinnen und Schüler entsprechend ihrem Leistungsstand dem Real- oder Sekundarniveau zugeteilt.

[4] Es gilt das Prinzip der Durchlässigkeit.

Mittelschulvorbereitung

Art. 10 Die Vorbereitung auf weiter führende Schulen im achten und neunten Schuljahr erfolgt durch fakultativen Unterricht in den Sekundarklassen.

Besondere Massnahmen

Art. 11 Die Bildungskommission bestimmt in einer Verordnung, ob der Verband besondere Massnahmen nach Artikel 17 VSG nach dem Modell 1 (Um-

setzung mit Führung besonderer Klassen) oder nach dem Modell 2 (Umsetzung mit integrativen Förderformen) gemäss der Verordnung vom 19. September 2007 über die besonderen Massnahmen im Kindergarten und in der Volksschule (BMV) anbietet.

III. Organisation

1. Allgemeines

Organe

Art. 12 Organe des Verbandes sind

a **die Verbandsgemeinden,**

b **die Delegiertenversammlung,**

c **die Bildungskommission und deren Mitglieder, soweit sie entscheidbefugt sind,**

d **die Abteilungsleitung,**

e **die Schulleitungen,**

f **weitere Kommissionen, soweit sie entscheidbefugt sind,**

g **das Rechnungsprüfungsorgan,**

h **das zur Vertretung des Verbands befugte Personal.**

Amtsdauer

Art. 13 [1] **Die Amtsdauer der Präsidentin oder des Präsidenten der Bildungskommission beträgt vier Jahre.**

[2] **Die Amtsdauer der Mitglieder allfälliger ständiger Kommissionen mit Ausnahme der Bildungskommission beträgt vier Jahre. Sie beginnt am 1. August und endet am 31. Juli.**

[3] **Die Amtsdauer des Rechnungsprüfungsorgans beträgt ein Jahr. Sie beginnt und endet mit dem Kalenderjahr.**

[4] **Es besteht keine Amtszeitbeschränkung. Die auf eine Amtsdauer gewählten Personen können unbeschränkt wiedergewählt werden.**

Unvereinbarkeit, Verwandtenausschluss, Ausstand

Art. 14 [1] **Die Mitglieder der Bildungskommission dürfen nicht Delegierte der Verbandsgemeinden sein.**

[2] **Das Verbandspersonal mit Einschluss der Lehrpersonen darf nicht der Bildungskommission oder der Delegiertenversammlung angehören.**

[3] **Im Übrigen richten sich die Unvereinbarkeit, der Verwandtenausschluss und die Pflicht zum Ausstand nach dem Gemeindegesetz.**

Sorgfaltspflicht, Verantwortlichkeit

Art. 15 [1] **Die Mitglieder der Verbandsorgane und das Verbandspersonal erfüllen ihre Aufgaben gewissenhaft und sorgfältig.**

[2] **Sie sind der disziplinarischen Verantwortlichkeit unterstellt. Für die Lehrpersonen gelten die Vorschriften der Lehreranstellungsgesetzgebung.**

[3] **Die Bildungskommission ist Disziplinarbehörde für das Verbandspersonal.**

[4] **Im Übrigen richten sich die disziplinarische und vermögensrechtliche Ver-**

antwortlichkeit nach dem Gemeindegesetz.

Den Ausgaben gleichgestellte Geschäfte

Art. 16 Um die Zuständigkeit zu bestimmen, werden den Ausgaben gleichgestellt

a die Gewährung von Darlehen mit Ausnahme von Anlagen des Finanzvermögens,

b Bürgschaftsverpflichtungen und andere Sicherheitsleistungen,

c Beteiligungen an juristischen Personen des Privatrechts mit Ausnahme von Anlagen des Finanzvermögens,

d Rechtsgeschäfte über Eigentum und beschränkte dingliche Rechte an Grundstücken,

e Anlagen in Immobilien,

f die Anhebung und Beilegung von Prozessen oder deren Übertragung an ein Schiedsgericht; massgebend ist der Streitwert,

g die Entwidmung von Verwaltungsvermögen,

h der Verzicht auf Einnahmen.

Nachkredite 1. zu neuen Ausgaben

Art. 17 [1] Das für einen Nachkredit zuständige Organ bestimmt sich, indem der ursprüngliche Kredit und der Nachkredit zu einem Gesamtkredit zusammengerechnet werden.

[2] Den Nachkredit beschliesst dasjenige Organ, das für den Gesamtkredit ausgabenberechtigt ist.

[3] Beträgt der Nachkredit 10 Prozent oder weniger des ursprünglichen Kredits, höchstens aber 100 000 Franken, beschliesst ihn immer die Bildungskommission.

2. zu gebundenen Ausgaben

Art. 18 [1] Nachkredite zu gebundenen Ausgaben beschliesst die Bildungskommission.

[2] Die Bildungskommission publiziert den Beschluss über den Nachkredit, wenn der Gesamtkredit ihre ordentliche Kreditzuständigkeit für neue Ausgaben übersteigt.

2. Verbandsgemeinden

Zuständigkeiten

Art. 19 [1] Die Verbandsgemeinden beschliessen

a Änderungen des Verbandszwecks (Art. 3),

b wesentliche Änderungen der Kostenverteilung,

c Geschäfte nach Artikel 34 Absatz 1, wenn das Referendum zustande gekommen ist.

[2] Geschäfte nach Absatz 1 Buchstaben a und b sind angenommen, wenn alle Verbandsgemeinden zustimmen.

[3] Geschäfte nach Absatz 1 Buchstabe c sind angenommen, wenn die Mehrheit der Verbandsgemeinden zustimmt.

Verfahren

Art. 20 [1] **Die Delegiertenversammlung legt für Geschäfte nach Artikel 19 Absatz 1 Buchstaben a und b die Abstimmungsfrage fest und stellt Antrag.**

[2] **Die Bildungskommission teilt die Anträge der Delegiertenversammlung den Gemeinderäten der Verbandsgemeinden schriftlich mit.**

[3] **Die Verbandsgemeinden beschliessen innert neun Monaten. Die Zuständigkeit für die Beschlussfassung richtet sich nach den gemeindeeigenen Bestimmungen.**

Initiative 1. Grundsatz

Art. 21 [1] **Die Stimmberechtigten können die Behandlung eines Geschäfts verlangen, das in die Zuständigkeit der Verbandsgemeinden oder der Delegiertenversammlung fällt.**

[2] **Die Initiative ist gültig, wenn sie**

- ***a*** **von mindestens fünf Prozent der Stimmberechtigten im Verbandsgebiet unterzeichnet ist,**
- ***b*** **innert der Frist nach Artikel 22 Absatz 2 eingereicht wird,**
- ***c*** **entweder als einfache Anregung oder als ausgearbeiteter Entwurf ausgestaltet ist,**
- ***d*** **eine vorbehaltlose Rückzugsklausel sowie die Namen der Rückzugsberechtigten enthält,**
- ***e*** **nicht rechtswidrig oder undurchführbar ist und**
- ***f*** **nicht mehr als einen Gegenstand umfasst.**

2. Einreichung

Art. 22 [1] **Der Beginn der Unterschriftensammlung ist der Bildungskommission schriftlich anzuzeigen.**

[2] **Die Initiative ist spätestens sechs Monate nach Anmeldung bei der Bildungskommission einzureichen.**

[3] **Ist die Initiative eingereicht, können die Unterzeichnenden ihre Unterschrift nicht mehr zurückziehen.**

3. Prüfung der Gültigkeit

Art. 23 [1] **Die Bildungskommission prüft, ob die Initiative gültig ist.**

[2] **Fehlt eine Voraussetzung nach Artikel 21 Absatz 2, verfügt sie die Ungültigkeit der Initiative, soweit der Mangel reicht. Sie hört die Initiantinnen und Initianten vorher an.**

4. Behandlung

Art. 24 [1] **Über die Initiative beschliessen**

- ***a*** **die Verbandsgemeinden innert zwölf Monaten seit Einreichung,**
- ***b*** **die Delegiertenversammlung innert sechs Monaten seit Einreichung.**

[2] **Lehnt die Delegiertenversammlung eine Initiative ab, unterbreitet die Bildungskommission diese den Verbandsgemeinden.**

[3] **Für das Verfahren gilt Artikel 20 sinngemäss.**

Fakultative Volksabstimmung (Referen-

Art. 25 [1] **Fünf Prozent der im Gebiet der Verbandsgemeinden Stimm-**

dum) 1. Grundsatz

berechtigten oder die Gemeinderäte von drei Verbandsgemeinden können gegen Beschlüsse der Delegiertenversammlung nach Artikel 34 Absatz 1 das Referendum ergreifen.

[2] Die Referendumsfrist beträgt 30 Tage seit der Bekanntmachung.

2. Verfahren

Art. 26 **[1] Die Bildungskommission gibt Beschlüsse der Delegiertenversammlung, die dem fakultativen Referendum unterstehen, im amtlichen Anzeiger der Verbandsgemeinden bekannt.**

[2] Die Bekanntmachung enthält

a **den Beschluss,**

b **den Hinweis auf die Referendumsmöglichkeit,**

c **die Referendumsfrist,**

d **den Hinweis, dass das Referendum durch fünf Prozent der im Gebiet der Verbandsgemeinden Stimmberechtigten oder durch die Gemeinderäte von drei Verbandsgemeinden ergriffen werden kann,**

e **die Stelle, wo das Referendumsbegehren einzureichen ist,**

f **den Hinweis, wo und wann allfällige Akten aufliegen.**

[3] Kommt das Referendum gültig zustande, unterbreitet die Bildungskommission das Geschäft den Verbandsgemeinden innert 30 Tagen zum Entscheid.

[4] Die Verbandsgemeinden beschliessen innert sechs Monaten. Die Zuständigkeit für die Beschlussfassung richtet sich nach den gemeindeeigenen Bestimmungen.

3. Delegiertenversammlung

Zusammensetzung

Art. 27 **[1] Die Delegiertenversammlung besteht aus Delegierten der Verbandsgemeinden.**

[2] Die Verbandsgemeinden können für jede Sitzung der Delegiertenversammlung

a **eine oder mehrere, höchstens aber soviele Delegierte entsenden, wie sie Stimmen haben,**

b **bestimmen, wer wieviele Stimmen vertritt.**

[3] Die Präsidentin oder der Präsident der Bildungskommission leitet die Sitzung der Delegiertenversammlung.

[4] Die übrigen Mitglieder der Bildungskommission nehmen an den Sitzungen der Delegiertenversammlung mit beratender Stimme und Antragsrecht teil.

Weisungen

Art. 28 **[1] Die Verbandsgemeinden können den Delegierten für ein bestimmtes oder für mehrere bestimmte Geschäfte Weisungen, namentlich zum Abstimmungsverhalten, erteilen.**

[2] Erteilt eine Verbandsgemeinde Weisungen, geht die Verantwortlichkeit für das Verhalten in der Delegiertenversammlung auf das anweisende Gemeinde-

organ über.

Einberufung

Art. 29 [1] Die Bildungskommission beruft die Delegiertenversammlung ein.

[2] Mindestens zwei Verbandsgemeinden, die zusammen mindestens 10 Prozent der Einwohnerinnen und Einwohner des Verbandsgebiets umfassen, können die Einberufung innert drei Monaten und die Traktandierung eines bestimmten Geschäftes verlangen.

[3] Die Bildungskommission stellt die Einladung mit Angabe des Orts und der Zeit, die Traktandenliste und weitere Mitteilungen an die Delegierten spätestens 30 Tage vorher den Verbandsgemeinden zu.

[4] Sie gibt die Einladung im amtlichen Anzeiger der Verbandsgemeinden öffentlich bekannt.

[4] In dringenden Fällen kann sie ausnahmsweise innert einer kürzeren Frist einladen.

Beschlussfähigkeit

Art. 30 Die Delegiertenversammlung kann beschliessen, wenn die Mehrheit der Stimmen vertreten ist.

Traktandierung

Art. 31 [1] Die Delegiertenversammlung beschliesst nur über traktandierte Geschäfte.

[2] Sie kann beschliessen, dass ein nicht traktandiertes Geschäft für eine nächste Versammlung traktandiert oder dass eine ausserordentliche Versammlung einberufen wird.

Stimmkraft der Verbandsgemeinden

Art. 32 [1] Die Verbandsgemeinden verfügen in der Delegiertenversammlung

a über zwei Stimmen wenn sie nicht mehr als 500 Einwohnerinnen und Einwohner zählen,

b über drei Stimmen, wenn sie mehr als 500, aber nicht mehr als 1000 Einwohnerinnen und Einwohner zählen,

c über vier Stimmen, wenn sie mehr als 1000, aber nicht mehr als 1500 Einwohnerinnen und Einwohner zählen,

d über fünf Stimmen, wenn sie mehr als 1500, aber nicht mehr als 3000 Einwohnerinnen und Einwohner zählen,

e über sechs Stimmen, wenn sie mehr als 3000, aber nicht mehr als 6000 Einwohnerinnen und Einwohner zählen,

f über sieben Stimmen, wenn sie mehr als 6000 Einwohnerinnen und Einwohner zählen.

[2] Die Einwohnerzahl bestimmt sich nach dem Durchschnitt der mittleren Wohnbevölkerung der drei letzten Jahre gemäss Berechnung der Finanzverwaltung des Kantons Bern (FILAG-Statistik).

Zuständigkeiten 1. Wahlen

Art. 33 Die Delegiertenversammlung wählt

a die Präsidentin oder den Präsidenten der Bildungskommission,

b **das Rechnungsprüfungsorgan,**

c **die Mitglieder weiterer Kommissionen, wenn dies der einsetzende Erlass so bestimmt.**

2. Sachgeschäfte

Art. 34 [1] **Die Delegiertenversammlung beschliesst unter Vorbehalt des fakultativen Referendums**

a **die Aufnahme neuer Verbandsgemeinden und die Modalitäten des Beitritts,**

b **Änderungen des Organisationsreglements, soweit nicht die Verbandsgemeinden zuständig sind (Art. 19 Abs. 1 Bst. a und b),**

c **andere Reglemente,**

d **neue einmalige Ausgaben von mehr als 200 000 Franken,**

e **neue wiederkehrende Ausgaben von mehr als 50 000 Franken.**

[2] **Sie beschliesst abschliessend**

a **die Schaffung oder Aufhebung von Schulstandorten,**

b **neue einmalige Ausgaben von mehr als 20 000 bis 200 000 Franken,**

c **neue wiederkehrende Ausgaben von mehr als 2 000 bis 50 000 Franken,**

d **den Voranschlag der Laufenden Rechnung,**

e **die Jahresrechnung,**

f Entschädigungen für die Mitglieder und das Sekretariat der Verbandsorgane,

g die Auflösung des Verbands.

Verfahren

Art. 35 [1] **Die Delegiertenversammlung tagt in öffentlicher Sitzung.**

[2] **Die Präsidentin oder der Präsident der Bildungskommission leitet die Versammlung, eröffnet und schliesst zu jedem Traktandum die Diskussion und erteilt oder entzieht gegebenenfalls das Wort.**

[3] **Sie oder er legt das Abstimmungs- und Wahlverfahren so fest, dass der wahre Wille der Delegierten zum Ausdruck kommt.**

[4] **Abstimmungen über Sachgeschäfte und Wahlen erfolgen offen, sofern die Delegiertenversammlung nichts anderes beschliesst. Jede oder jeder Delegierte kann eine geheime Abstimmung oder Wahl verlangen.**

[5] **Die Delegiertenversammlung entscheidet über nicht geregelte Verfahrensfragen. Die Präsidentin oder der Präsident entscheidet über Rechtsfragen.**

Beschlüsse über Sachgeschäfte

Art. 36 [1] **Die Delegiertenversammlung beschliesst**

a **über die Auflösung des Verbands mit einer Mehrheit von drei Vierteln der abgegebenen Stimmen,**

b **über die übrigen Sachgeschäfte mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen.**

[2] **Der Präsidentin oder der Präsident der Bildungskommission stimmt nicht mit, hat aber im Fall der Stimmengleichheit den Stichentscheid.**

Wahlen

Art. 37 [1] **Bei Wahlen entscheidet**

a **im ersten Wahlgang das absolute Mehr der abgegebenen Stimmen,**

b **im zweiten Wahlgang das relative Mehr der abgegebenen Stimmen und im Fall der Stimmgleichheit das Los.**

[2] **In einem zweiten Wahlgang dürfen höchstens doppelt so viele Vorgeschlagene bleiben als Sitze zu vergeben sind.**

Rügepflicht

Art. 38 [1] **Stellt eine stimmberechtigte Person die Verletzung von Zuständigkeits- oder Verfahrensvorschriften fest, hat sie die Präsidentin oder den Präsidenten sofort auf diese hinzuweisen.**

[2] **Unterlässt sie pflichtwidrig einen solchen Hinweis, verliert sie das Beschwerderecht (Art. 49a Gemeindegesetz).**

4. Bildungskommission

Zusammensetzung

Art. 39 Die Bildungskommission besteht aus sieben Mitgliedern, nämlich aus je einem für die Bildung zuständigen Mitglied der Gemeinderäte der Verbandsgemeinden.

Konstituierung

Art. 40 [1] **Die Delegiertenversammlung wählt aus der Mitte der Kommissionsmitglieder die Präsidentin oder den Präsidenten.**

[2] **Im Übrigen konstituiert sich die Bildungskommission selbst.**

Sitzungen

Art. 41 [1] **Die Bildungskommission versammelt sich auf Einladung der Präsidentin oder des Präsidenten, sooft es die Geschäfte erfordern.**

[2] **Zwei Mitglieder der Bildungskommission können die Einberufung einer Sitzung innert 10 Tagen verlangen.**

[3] **Die Präsidentin oder der Präsident lädt wenigstens 5 Tage vor der Sitzung unter Angabe von Ort, Zeit und Traktanden schriftlich ein.**

[4] **Sie oder er kann zur Behandlung eines nicht aufschiebbaren Geschäfts innert kürzerer Zeit einladen.**

Beschlussfähigkeit, Traktandierung

Art. 42 [1] **Die Bildungskommission ist beschlussfähig, wenn die Mehrheit der Mitglieder anwesend ist.**

[2] **Sie beschliesst nur über traktandierte Geschäfte. Sie kann nicht traktandierte Geschäfte behandeln und darüber beschliessen, wenn alle anwesenden Mitglieder damit einverstanden sind.**

Verfahren

Art. 43 [1] **Die Bildungskommission beschliesst und wählt mit der Mehrheit der Stimmenden.**

[2] **Die Präsidentin oder der Präsident stimmt mit und gibt in Sachgeschäften im Fall der Stimmengleichheit den Stichentscheid.**

[3] Im Übrigen gelten für das Verfahren an Sitzungen der Bildungskommission sinngemäss die Bestimmungen über die Delegiertenversammlung.

Zirkularbeschlüsse

Art. 44 [1] Die Bildungskommission kann ausserhalb ihrer Sitzungen auf dem Zirkularweg beschliessen, wenn alle Mitglieder mit diesem Vorgehen einverstanden sind.

[2] Zirkularbeschlüsse werden protokolliert.

Zuständigkeiten

Art. 45 [1] Die Bildungskommission führt den Verband, plant dessen Entwicklung und koordiniert die Geschäfte.

[2] Die Bildungskommission

a bestimmt soweit erforderlich die Organisation des Verbands im Rahmen dieses Reglements,
b bestimmt namentlich, wer den Verband durch Unterschrift verpflichten kann,
c beschliesst im Rahmen des kantonalen Rechts und dieses Reglements über strategische Fragen der Schulen des Verbands,
d legt die Entwicklungsschwerpunkte fest (Schulprogramm),
e beschliesst über die Schaffung oder Schliessung von Klassen,
f weist die Klassen den Schulstandorten zu,
g beschliesst über die Einführung und Aufhebung von fakultativem Unterricht,
h beschliesst den Antrag an die zuständige Stelle der kantonalen Erziehungsdirektion betreffend Einführung oder Aufhebung von Niveau- oder Förderunterricht,
i erlässt ein Kommunikationskonzept,
j beschliesst neue einmalige Ausgaben bis 20 000 Franken und neue wiederkehrende Ausgaben bis 2 000 Franken,
k beschliesst gebundene Ausgaben unabhängig von ihrer Höhe,
l beschliesst über die Anstellung und Entlassung der Abteilungsleitung und des administrativen Personals oder über den Abschluss entsprechender Verträge mit Verbandsgemeinden oder Dritten,
m schliesst unter dem Vorbehalt, dass das zuständige Organ die damit verbundene Ausgabe bewilligt hat, weitere Verträge ab,
n unterbreitet der Delegiertenversammlung Geschäfte in deren Zuständigkeitsbereich oder im Zuständigkeitsbereich der Verbandsgemeinden.

[3] Sie nimmt darüber hinaus alle Zuständigkeiten wahr, die nicht nach diesem Reglement, durch Vorschriften des übergeordneten Rechts oder durch Delegation im Rahmen der Ausführungsbestimmungen zu diesem Reglement einem andern Organ zugewiesen sind.

5. Abteilungsleitung

Grundsatz

Art. 46 [1] Der Verband stellt eine geeignete Abteilungsleiterin oder einen

geeigneten Abteilungsleiter an oder überträgt die Abteilungsleitung durch Vertrag einer geeigneten Stelle oder Person (Art. 4).

[2] Die Abteilungsleiterin oder der Abteilungsleiter ist verantwortlich dafür, dass die Schulen des Verbandes nach den Vorgaben dieses Reglements und der Bildungskommission geführt werden.

[2] Sie oder er steht den Schulleitungen vor und koordiniert deren Tätigkeiten.

[3] Sie oder er nimmt mit beratender Stimme und Antragsrecht an den Sitzungen der Bildungskommission teil und vertritt die Anliegen der Schulleitungen gegenüber der Kommission.

Zuständigkeiten

Art. 47 **[1] Die Abteilungsleiterin oder der Abteilungsleiter**

- ***a*** **ist verantwortlich für die Schulraumplanung,**
- ***b*** **beschliesst über allgemeine Vorgaben für den Schulbetrieb wie namentlich den Unterrichtsschluss vor Ferien und Feiertagen, Abweichungen von den Blockzeiten und unterrichtsfreie Halbtage,**
- ***c*** **stellt die Schulleitungen an und entlässt diese,**
- ***d*** **führt und beaufsichtigt die Schulleitungen,**
- ***e*** **legt die Grundsätze für die Anstellung der Lehrpersonen fest,**
- ***f*** **entscheidet über die vorzeitige Schulentlassung und über den Ausschluss vom Besuch der neunten Schulklasse als 10. Schuljahr,**
- ***g*** **beschliesst über den Ausschluss vom Unterricht nach Artikel 28 VSG,**
- ***h*** **erstattet Gefährdungsmeldungen nach Artikel 29 VSG und Anzeigen wegen Schulversäumnis nach Artikel 32 VSG.**

6. Schulleitungen und Lehrpersonen

Schulleitungen

Art. 48 **[1] An jedem Schulstandort besteht eine Schulleitung. Für besondere Angebote besteht eine besondere Schulleitung.**

[2] Die Schulleitungen bestehen aus einer Person oder aus mehreren Personen mit Führungsausbildung.

[3] Die Schulleitungen der Schulstandorte

- ***a*** **leiten die Schule an ihrem Schulstandort nach den Vorgaben des übergeordneten Rechts, dieses Reglements und der übergeordneten Schulorgane in pädagogischer und betrieblicher Hinsicht,**
- ***b*** **setzen die Beschlüsse der übergeordneten Schulorgane um,**
- ***c*** **sind verantwortlich für die Organisation und Administration, die Personalführung, die pädagogische Leitung, die Qualitätssicherung und -evaluation und die Informations- und Öffentlichkeitsarbeit,**
- ***d*** **stellen die Lehrpersonen an und entlassen diese,**
- ***e*** **treffen Laufbahnentscheide und entscheiden über Dispensationsgesuche,**
- ***f*** **beschliessen über Verweise an Schülerinnen und Schüler,**
- ***g*** **nehmen weitere Aufgaben in pädagogischer und betrieblicher Hinsicht wahr, die ihr das übergeordnete oder gemeindeeigene Recht zuweist.**

[4] Die Schulleitung für besondere Angebote nimmt die Aufgaben nach Absatz 3 wahr, soweit diese für ihren Tätigkeitsbereich von Bedeutung sind.

Information und Mitwirkung der Lehrpersonen

Art. 49 [1] Die Schulleitungen stellen die Information und Mitwirkung der Lehrpersonen sicher.

[2] Die Mitwirkung erfolgt in erster Linie über die Lehrerkonferenz.

[3] Die Lehrerkonferenzen beraten und unterstützen die Schulleitungen. Sie können diesen Anträge unterbreiten und zu Anträgen der Schulleitungen an die übrigen Schulorgane Stellung nehmen.

7. Rechnungsprüfungsorgan

Grundsatz

Art. 50 [1] Die Delegiertenversammlung wählt eine externe Revisionsstelle als Rechnungsprüfungsorgan.

[2] Delegierte, Mitglieder der Bildungskommission, Lehrpersonen und das Verbandspersonal sowie Personen, die mit diesen im Sinne von Artikel 37 des Gemeindegesetzes verbunden sind, dürfen dem Rechnungsprüfungsorgan nicht angehören.

Aufgaben und Wählbarkeitsvoraussetzungen

Art. 51 Die Aufgaben und die Voraussetzungen für die Wahl als Rechnungsprüfungsorgan richten sich nach dem Gemeindegesetz, der Gemeindeverordnung vom 16. Dezember 1998 und der Direktionsverordnung vom 23. Februar 2005 über den Finanzhaushalt der Gemeinden.

Datenschutz

Art. 52 [1] Das Rechnungsprüfungsorgan ist Aufsichtsstelle für Datenschutz gemäss Artikel 33 des kantonalen Datenschutzgesetzes vom 19. Februar 1986.

[2] Es berichtet einmal jährlich der Delegiertenversammlung.

8. Kommissionen

Ständige Kommissionen

Art. 53 [1] Die Delegiertenversammlung kann durch ein Reglement ständige Kommissionen einsetzen.

[2] Die Bildungskommission kann zur Bearbeitung von Fragen in ihrem Zuständigkeitsbereich durch eine Verordnung ständige Kommissionen ohne Entscheidbefugnis einsetzen.

[3] Der einsetzende Erlass bestimmt die Aufgaben, die Zuständigkeiten, namentlich allfällige Ausgabenzuständigkeiten, die Organisation und die Mitgliederzahl.

Nicht ständige Kommissionen

Art. 54 [1] Die Delegiertenversammlung und die Bildungskommission können zur Behandlung einzelner Geschäften aus ihrem Zuständigkeitsbereich nicht

ständige Kommissionen einsetzen.

[2] Der Einsetzungsbeschluss bestimmt die Aufgaben, die Zuständigkeiten, namentlich allfällige Ausgabenzuständigkeiten, die Organisation und die Mitgliederzahl.

9. Personal

Art. 55 **[1] Der Verband stellt die Schulleitungen und die Lehrpersonen nach den Bestimmungen der kantonalen Lehreranstellungsgesetzgebung an.**

[2] Er stellt das übrige Personal öffentlichrechtlich an, soweit die Leistungen nicht bei Verbandsgemeinden oder Dritten bezogen werden (Art. 4).

[3] Beschäftigt der Verband neben den Schulleitungen und Lehrpersonen eigenes Personal, regelt die Delegiertenversammlung das Arbeitsverhältnis und die Rechte und Pflichten der Mitarbeitenden in einem Personalreglement.

IV. Mitwirkung der Eltern und der Schülerinnen und Schüler

Eltern

Art. 56 **[1] Der Verband arbeitet im Sinn der kantonalen Vorgaben mit den Eltern der Schülerinnen und Schüler und andern Erziehungsberechtigten zusammen.**

[2] Alle Eltern oder andern Erziehungsberechtigten der Schülerinnen und Schüler einer Klasse bilden die Klasseneltern. Sie wählen in jedem Schuljahr eine Klassenvertreterin oder einen Klassenvertreter.

[3] Die Klassenvertreterinnen und Klassenvertreter besprechen Schulfragen von allgemeinem Interesse und vertreten die Anliegen der Eltern und andern Erziehungsberechtigten gegenüber den Schulleitungen und der Abteilungsleitung.

[4] Die Klassenvertreterinnen und Klassenvertreter organisieren sich selbst. Sie beschliessen, ob sie einen Elternrat bilden wollen.

[5] Die Abteilungsleitung und die Schulleitungen stellen sicher, dass die Klassenvertreterinnen und Klassenvertreter oder der Elternrat ihre Anliegen wirksam und auf zweckmässige Weise vertreten können.

Schülerinnen und Schüler

Art. 57 **[1] Die Schülerinnen und Schüler werden in die Gestaltung des Schullebens einbezogen.**

[2] Sie können den Schulleitungen Anregungen unterbreiten.

V. Öffentlichkeit, Protokoll

Delegiertenversammlung

Art. 58 [1] **Die Delegiertenversammlung ist öffentlich.**

[2] **Die Medien haben freien Zugang zur Delegiertenversammlung und dürfen darüber berichten.**

[3] **Über die Zulässigkeit von Bild- und Tonaufnahmen oder -übertragungen entscheidet die Delegiertenversammlung**

[4] **Die Delegierten können verlangen, dass ihre Äusserung oder Stimmabgabe nicht aufgezeichnet wird.**

Bildungskommission, weitere Kommissionen

Art. 59 [1] **Die Sitzungen der Bildungskommission und weiterer Kommissionen sind nicht öffentlich.**

[2] **Die Beschlüsse sind öffentlich, soweit nicht überwiegende öffentliche oder private Interessen entgegenstehen.**

Protokoll

Art. 60 [1] **Über die Verhandlungen der Delegiertenversammlung, der Bildungskommission und weiterer Kommissionen wird ein Protokoll geführt.**

[2] **Das Protokoll enthält**

a **Ort, Datum, Zeit und Dauer der Verhandlungen,**
b **die Namen der oder des Vorsitzenden und der Protokoll führenden Person,**
c **die Anzahl der Teilnehmenden,**
d **die Traktanden und ihre Reihenfolge,**
e **die Anträge mit Begründungen,**
f **die angewandten Abstimmungs- und Wahlverfahren,**
g **die gefassten Beschlüsse und Wahlergebnisse,**
h **bei Bedarf eine Zusammenfassung der Beratungen,**
i **allfällige Rügen nach Artikel 49a des Gemeindegesetzes.**

[3] **Das Protokoll wird durch die Vorsitzende oder den Vorsitzenden und die Protokoll führende Person unterzeichnet und den Mitgliedern des betreffenden Gremiums innert 30 Tagen zugestellt.**

[4] **Es wird an der nächsten Versammlung oder Sitzung genehmigt.**

[5] **Die Protokolle der Delegiertenversammlung sind öffentlich. Die Protokolle der Bildungskommission und weiterer Kommissionen sind nicht öffentlich.**

VI. Finanzen

Finanzplanung

Art. 61 **Der Verband plant und führt den Finanzhaushalt weitsichtig nach den Vorschriften des übergeordneten Rechts.**

Rechnungsführung

Art. 62 [1] **Rechnungsjahr ist das Kalenderjahr.**

[2] **Der Verband erfasst alle Aufwendungen und Erträge so, dass die Grundlagen für die Kostenverteilung nach Artikel 63 in der Rechnung nachvollziehbar ausgewiesen sind.**

Kostenverteilung

Art. 63 [1] **Die Verbandsgemeinden beteiligen sich am Nettoaufwand für die Umsetzung der besonderen Massnahmen nach Artikel 17 VSG mit Einschluss des Aufwandes für die Lehrergehälter nach Massgabe der Schülerzahlen der Verbandsgemeinden.**

[2] **Sie beteiligen sich an dem auf die Gemeinden entfallenden Anteil der Lehrergehälter mit Ausnahme der Gehälter für Massnahmen nach Artikel 17 VSG nach Massgabe der Schülerzahlen, soweit die Schülerinnen und Schüler in den Schulen des Verbands oder in einer andern Schule unterrichtet werden, die dem Verband die Lehrergehälter in Rechnung stellt.**

[3] **Sie beteiligen sich am übrigen Aufwandüberschuss**

a **zu 30 Prozent nach Massgabe ihrer Wohnbevölkerung und**

b **zu 70 Prozent nach Massgabe der Schülerzahlen, soweit die Schülerinnen und Schüler in den Schulen des Verbands unterrichtet werden.**

[4] **Massgebende Wohnbevölkerung ist die mittlere ständige Wohnbevölkerung pro Jahr gemäss Statistik der Finanzverwaltung des Kantons Bern im dem Rechnungsjahr vorangegangenen Jahr. Massgebende Schülerzahlen sind die Zahlen gemäss Erhebung der kantonalen Erziehungsdirektion für das Rechnungsjahr.**

Zahlungsmodalitäten

Art. 64 [1] **Der Verband informiert die Verbandsgemeinden jährlich bis zum 15. Juli über die voraussichtlichen Beiträge gemäss Voranschlag.**

[2] **Er stellt den Verbandsgemeinden jeweils per 1. Januar die Hälfte und per 1. April und 1. Juli je einen Viertel der Beiträge gemäss Voranschlag in Rechnung.**

[3] **Er rechnet die Beiträge nach Abschluss der genehmigten Jahresrechnung endgültig ab. Er stellt Fehlbeträge in Rechnung und trägt Guthaben vor.**

[4] **Die Verbandsgemeinden bezahlen die Rechnungen innert 30 Tagen nach Erhalt. Für verspätete Zahlungen ist ein Verzugszins von fünf Prozent geschuldet.**

Haftung

Art. 65 [1] **Für die Verbandsschulden haftet das Verbandsvermögen.**

[2] **Nach der Auflösung des Verbands haften die Verbandsgemeinden Dritten gegenüber nach den Vorschriften des Gemeindegesetzes. Für das Verhältnis der Verbandsgemeinden unter sich gilt Artikel 67 Absatz 3 sinngemäss.**

VII. Austritt, Auflösung, Liquidation

Austritt

Art. 66 [1] **Eine Verbandsgemeinde kann unter Einhaltung einer Kündigungs-**

frist von zwei Jahren auf das Ende eines Schuljahres aus dem Verband austreten.

[2] Austretende Gemeinden haben keinen Anspruch auf Anteile am Verbandsvermögen oder auf Rückerstattung geleisteter Beiträge.

[3] Sie haften während fünf Jahren ab Austritt anteilmässig (Art. 63 Abs. 2) für die zur Zeit des Austritts bestehenden Schulden des Verbands.

Auflösung

Art. 67 [1] Der Verband wird aufgelöst

a durch Beschluss der Delegiertenversammlung oder

b dadurch, dass alle Verbandsgemeinden bis auf eine austreten.

[2] Die Bildungskommission besorgt die Liquidation.

[3] Ein Vermögens- oder Schuldenüberschuss wird den Verbandsgemeinden im Verhältnis ihrer Beiträge während der drei vorangegangenen Jahre zugewiesen.

VIII. Schluss- und Übergangsbestimmungen

Ausführungsbestimmungen

Art. 68 [1] Die Bildungskommission regelt die Einzelheiten im Rahmen dieses Reglements soweit erforderlich in einer Verordnung. Sie regelt namentlich

a das Modell für besondere Massnahmen gemäss der BMV,

b die Mitwirkung der Eltern,

c die Unterschriftsberechtigung für den Verband.

[2] Sie legt die Zuständigkeiten im Rahmen dieses Reglements in einem Funktionendiagramm fest.

Inkrafttreten

Art. 69 [1] Dieses Reglement tritt unter Vorbehalt der Genehmigung durch die zuständige Stelle des Kantons Bern am 1. August 2013 in Kraft.

[2] Mit dem Inkrafttreten sind das Organisationsreglement des Schulverbandes Nidau vom 4. März 2000 und das Reglement vom 15. März 2000 über die Zusammenarbeit (Modellwahl) aufgehoben.

[3] Das als Anhang I zum Organisationsreglement erlassene Reglement vom 19. Juni 2002 über die Entschädigungen für Behörden und Kommissionen wird nicht aufgehoben.

[4] ....

Die Delegiertenversammlung des Schulverbandes Nidau hat dieses Organisationsreglement am 21. November 2012 angenommen.

Namens der Delegiertenversammlung des Schulverbandes Nidau

Die Präsidentin:	**Der Sekretär:**
Karin Jeanneret Vezzini	**Martin Zesiger**

Teilrevision des Organisationsreglements des Schulverbandes Nidau

---

Die Delegiertenversammlung des Schulverbandes Nidau beschliesst auf Antrag der Bildungskommission die folgende Änderung des Organisationsreglements des Schulverbandes Nidau vom 21. November 2012 zu Händen der Verbandsgemeinden:

Die nachstehenden Artikel des Organisationsreglements werden wie folgt geändert (nicht aufgeführte Artikel bleiben unverändert):

Zweck

Art. 3

[1] *unverändert*

[2] *unverändert*

[3] Die Zusammenarbeit zwischen Real- und Sekundarniveau richtet sich nach dem in Artikel 9 festgelegten Schulmodell. Die Verbandsgemeinden können, die dem Realniveau zugeteilten Schülerinnen und Schüler selbst unterrichten oder in einer anderen Schule unterrichten lassen. Die Kostenverteilung nach Artikel 63 wird dadurch nicht berührt.

[4] *unverändert*

[5] *unverändert*

Schulmodell

Art. 9

[1] Die Realschülerinnen und -schüler sowie die Sekundarschülerinnen und -schüler werden grundsätzlich in gemischten Stammklassen unterrichtet.

[2] Der Unterricht in den Fächern Deutsch, Französisch und Mathematik findet entsprechend dem Leistungsstand der Schülerin bzw. des Schülers in Real- oder Sekundarniveau nach kantonalem Lehrplan statt. Die Bildungskommission beschliesst das Konzept über die Rahmenbedingung des Schulmodells.

[3] *unverändert*

[4] *unverändert*

Mittelschulvorbereitungl

Art. 10

Die Vorbereitung auf weiterführende Schulen erfolgt im obligatorischen IVE – Unterricht (individuelle Vertiefung und Erweiterung) und im Regelunterricht.

Inkrafttreten

Art. 69

[1] *unverändert*

[2] *unverändert*

[3] *unverändert*

[4] Die Teilrevision dieses Reglements vom ..., beinhaltend die Änderung der Artikel 3 Absatz 3, Artikel 9 Absatz 1 und 2, Artikel 10 sowie Artikel 69 Absatz 4, tritt, unter Vorbehalt der Genehmigung durch die zuständige Stelle des Kantons Bern, am 1. August 2027 in Kraft.

Beschluss zur Teilrevision des Organisationsreglements

Die Delegiertenversammlung des Schulverbandes Nidau nahm am 25. Juni 2026 die Teilrevision des Organisationsreglements zu Händen der Verbandsgemeinden an.

Der Vize-Präsident: Der Sekretär:

....

Sandro Schmid Lukas Jaggi

Beschlüsse der Verbandsgemeinden und Auflagezeugnisse
[Je Verbandsgemeinde im Anschluss an die Beschlussfassung zu ergänzen]

Die Gemeindeversammlung der Einwohnergemeinde Bellmund /Hermrigen / Ipsach /Jens / Merzligen / Port nahm am ..... die Teilrevision des Organisationsreglements an.

Unterzeichnung durch Präsidentin/Präsident sowie Gemeindeschreiberin/Gemeindeschreiber

Die Gemeindeschreiberin/der Gemeindeschreiber hat die Teilrevision des Organisationsreglements vom ... bis ... in der Gemeindeschreiberei öffentlich aufgelegt. Sie/Er gab die Auflage im amtlichen Anzeiger vom ... bekannt.

Unterzeichnung durch Gemeindeschreiberin/Gemeindeschreiber

Der Stadtrat von Nidau nahm am ..... die Teilrevision des Organisationsreglements an.

Unterzeichnung durch Stadtratspräsidentin/-präsident sowie Stadtschreiber/Stadtschreiberin

Genehmigung

Genehmigt durch das Amt für Gemeinden und Raumordnung am _____

STADT NIDAU

9. Zwischennutzungsreglement - Erlass mit erweitertem Perimeter

Ressort Präsidiales
Sitzung 19.11.2026

Der Stadtrat beschliesst das angepasste Zwischennutzungsreglement (ZNR; SRS 728.1) unter Vorbehalt des fakultativen Referendums.

nid 0.1.5.2 / 4.12

Sachlage

Mit dem Zwischennutzungsreglement soll die Gemeindeinitiative «Kulturelle und soziale Zwischennutzungen auf dem ehemaligen Expo-Areal» umgesetzt werden. Der erste, auf die Parzelle Nidau-Gbbl. Nr. 139 beschränkte Entwurf wurde am 12. September 2024 an den Gemeinderat zurückgewiesen. Der Stadtrat verlangte insbesondere die Prüfung des Einbezugs weiterer Parzellen.

Die neue Vorlage soll den räumlichen Geltungsbereich erweitern und die Voraussetzungen für Zwischennutzungen innerhalb des geltenden Rechts verständlich regeln. Sie verfolgt weiterhin den Ansatz, ohne Änderung der baurechtlichen Grundordnung auszukommen.

1. Chronologie

Das ehemalige Expo-Areal bildet einen bedeutenden Entwicklungsraum der Stadt Nidau. Das Zwischennutzungsreglement regelt einzig die zeitlich begrenzte Zwischennutzung; die langfristige Entwicklung des Areals bleibt Gegenstand eigenständiger Planungsarbeiten.

- März 2021 Das Projekt AGGLOlac scheitert in den Stadtparlamenten Nidau und Biel. Zeitgleich Ablehnung der Motion M 197: Zweckhafte Zwischennutzungen in Nidau.
- 25. Februar 2022 Die Gemeindeinitiative «Kulturelle und soziale Zwischennutzungen auf dem ehemaligen Expo-Areal» wird mit 373 gültigen Unterschriften eingereicht.
- 17. November 2022 Der Stadtrat stimmt der Initiative zu und beauftragt den Gemeinderat, bis Mitte 2024 einen Reglemententwurf vorzulegen.
- 16. März 2023 Der Stadtrat nimmt das Postulat P 229 Erwerb Parzelle 139 (Expo02-Areal) und weiterer Parzellen im AGGLOlac-Perimeter an.
- 15. Juni 2023 Der Stadtrat nimmt die Motion M 216: Plantation provisoire d'arbres et de végétation sur le terrain d'Expo Areal als Richtlinienmotion an.
- 27. Juni 2023 Der Gemeinderat genehmigt die Projektorganisation mit Einsetzung einer strategischen Projektgruppe unter Vorsitz der Stadtpräsidentin.
- 8. September 2023 Die Projektgruppe entscheidet, eine auf die Parzelle Nr. 139 beschränkte Lösung ohne Änderung der baurechtlichen Grundordnung weiterzuverfolgen.
- 24. Oktober 2023 Genehmigung eines Investitionskredits von 82 000 Franken für juristische Begleitung, Projektorganisation sowie Kommunikation und Partizipation.
- 22. Februar 2024 Gründung des Vereins «Atelier – seepark nidau bord du lac».

- 29. Februar und 7. März 2024 Im Rahmen von Partizipationsveranstaltungen bringen potenzielle Nutzende und Anwohnende ihre Anliegen ein.
- 24. April 2024 Im Rahmen einer Informationsveranstaltung wird über die Ergebnisse der Partizipation informiert und das weitere Vorgehen erläutert.
- 12. September 2024 Rückweisung der Stadtratsvorlage mit 23 Ja gegen 6 Nein, verlangt wird die Prüfung einer Ausdehnung des Geltungsbereichs und weitere Anpassungen.
- 18. März 2025 Der Gemeinderat unterbreitet dem AGR eine Voranfrage zu den Folgen einer Ausdehnung des Perimeters. Parallel laufen Abklärungen mit der Stadt Biel.
- 20. März 2025 Annahme von P 236 - Strategie Entwicklung ehemaliger AGGLOlac-Perimeter und M 228 - Stillstand deblockieren - Expo-Areal (Parzelle 139) auszonen!
- 16. Juni 2025 Die Vorfrageantwort des AGR stellt fest, dass der damalige Entwurf ein Plangenehmigungsverfahren erfordern würde. Bei Beschränkung auf die Wiedergabe des kantonalen Rechts entfiele dieses voraussichtlich.
- 18. November 2025 Der Gemeinderat nimmt die Zwischenberichterstattung zur Vorfrageantwort und zum weiteren Vorgehen zur Kenntnis. Vor einer erneuten Vorlage an den Stadtrat soll die Stellungnahme der Stadt Biel abgewartet werden.

2. Initiative und Auftrag

Die am 25. Februar 2022 eingereichte Gemeindeinitiative wurde von 373 in Nidau stimmberechtigten Personen unterzeichnet. Die Initiative enthält die folgenden Begehren:

> *«Die Initiative **Kulturelle und soziale Zwischennutzungen auf dem ehemaligen Expo-Areal**, respektive die unterzeichnenden Stimmberechtigten der Stadt Nidau verlangen, gestützt auf Art. 36 der Stadtordnung von Nidau die Ausarbeitung und den Erlass eines Reglements mit folgendem Begehren:*
>
> – *Das Reglement hat zum Zweck, Zwischennutzungen auf dem ehemaligen Expo-Areal zu regeln und soziale und kulturelle Projekte unter bestimmten Voraussetzungen zu ermöglichen. Kommerzielle Nutzungen bleiben ausdrücklich erlaubt.*
> – *Für Zwischennutzungen auf diesem Gebiet soll grundsätzlich ein Bewilligungsanspruch bestehen, sofern nicht zwingende Gründe rechtlicher oder tatsächlicher Natur dagegensprechen und die jeweilige Nutzungsform keine übermässigen Lärmemissionen verursacht.*
> – *Die Stadtbehörde übernimmt die Organisation der Bewilligungen.*
> – *Das Reglement definiert eine fixe Infrastruktur (insb. Strom, Wasser und Toiletten), welche von der Stadt Nidau zur Verfügung gestellt wird.»*

Die Umsetzung der Initiative fällt in die Zuständigkeit des Stadtrats. Am 17. November 2022 stimmte der Stadtrat der Initiative zu und beauftragte den Gemeinderat, ihm bis Mitte 2024 einen Reglemententwurf zu unterbreiten.

3. Erarbeitung des ersten Reglemententwurfs

a) Strategische Projektgruppe und Partizipation

Für die Erarbeitung des Entwurfs des Reglements wurde durch den Gemeinderat per 27. Juni 2023 eine **strategische Projektgruppe** unter der Leitung der Stadtpräsidentin eingesetzt, in welcher neben Verwaltungsmitarbeitenden die Grundeigentümerin (Stadt Biel) sowie ein Vertreter des Initiativkomitees Einsitz hatten. Fachlich sowie im Prozess wurde die Stadt Nidau von externen Fachpersonen unterstützt.

Hinsichtlich der Konzeption des Zwischennutzungsreglements bestanden zwei Optionen:

- Die Änderung der baurechtlichen Grundordnung durch Aufnahme eines Zwischennutzungsartikels im Rahmen eines Planerlassverfahrens, oder
- der Erlass eines kommunalen Reglements, das aufgrund des übergeordneten kantonalen Rechts bereits bestehenden Möglichkeiten für Zwischennutzungen aufnimmt.

Die strategische Projektgruppe entschied am 8. September 2023, die Weiterbearbeitung eines Entwurfs **ohne Anpassung** der baurechtlichen Grundordnung weiterzuverfolgen. Ausschlaggebend für diesen Entscheid war, ein langwieriges Planerlassverfahren zur Änderung der kommunalen baurechtlichen Grundordnung mit ungewissem Ausgang zu vermeiden.

Ein wichtiges Anliegen des Gemeinderates war, dass die Bevölkerung in den Prozess miteingebunden wird. Dazu wurden nach einer ersten inhaltlichen Klärung am 29. Februar 2024 sowie am 7. März 2024 zwei **Partizipationsveranstaltungen** mit potenziellen Arealnutzenden sowie Anwohnerinnen und Anwohnern durchgeführt.

Wiederkehrende Themen waren die Ausdehnung des räumlichen Geltungsbereichs sowie der Schutz der Nachbarschaft vor Lärm, die Infrastruktur, die räumliche oder zeitliche Koordination mit Grossveranstaltungen sowie Renaturierung und Biodiversität. Potenzial wird gesehen für kleinere aber länger dauernde, kreative und eher nichtkommerzielle Nutzungen. Eine räumliche Trennung von Grossveranstaltungen und kleineren Zwischennutzungen soll deren gleichzeitige Durchführung ermöglichen und verhindern, dass kleinere Nutzungen gerade während der attraktiven Sommermonate ihre Bauten ab- und wieder aufbauen müssen. Befürchtet werden Beeinträchtigungen durch veranstaltungsbedingten Lärm, Abfall und Mehrverkehr. Die Lage der bestehenden Parkplätze wird hinterfragt. Diskutiert wird zudem eine Pilotphase.

Auf die erhaltenen Anregungen und Bedenken wurde anlässlich der öffentlichen **Informationsveranstaltung** vom 24. April 2024 eingegangen.

Die im Rahmen des partizipativen Prozesses geäusserten Anliegen wurden bei der Erarbeitung des ersten Reglemententwurfs berücksichtigt und teilweise aufgenommen. So wurden spezifische Regelungen betreffend Lärmimmissionen, Koordination und Parkierung festgehalten. Nicht berücksichtigt wurde hingegen der Wunsch nach einer Ausdehnung des Geltungsbereichs.

b) Inhalt des ersten Reglemententwurfs

Der dem Stadtrat an der Sitzung vom 12. September 2024 vorgelegte Reglemententwurf basierte – wie von der strategischen Projektgruppe empfohlen – auf dem Ansatz, ohne eine Änderung der baurechtlichen Grundordnung auszukommen. Dementsprechend sind gemäss Reglemententwurf ausschliesslich baubewilligungsfreie Zwischennutzungen zulässig sowie solche, die sich auf die **Ausnahmebestimmung** für Kleinbauten im kantonalen Baugesetz (BauG; BSG 721.0) stützen. Gestützt auf **Art. 28 BauG** können insb. für zonenwidrige **Kleinbauten** jederzeit widerrufbare Bewilligungen erteilt werden, sofern der Bauherr ein genügendes Interesse nachweist und weder öffentliche noch nachbarliche Interessen beeinträchtigt werden. Gemäss Art. 28 Abs. 1 BauG gelten als Kleinbauten «**kleine und leicht entfernbare** Bauten und Anlagen», wobei das Gesetz zu den Dimensionen der Bauten keine Angaben macht.

Mit **Art. 6** des Zwischennutzungsreglements wird vom Spielraum, welcher den Gemeinden bei der Anwendung von Art. 28 BauG verbleibt, bestmöglich Gebrauch gemacht: Art.6 Abs. 1 hält als Grundsatz fest, dass alle Voraussetzungen von Art. 28 BauG erfüllt sein müssen. Dabei sieht Art. 6 Abs. 2 insofern Erleichterungen vor, als der Interessennachweis der Bauherrschaft

an einer Zwischennutzung als erbracht gilt, zumal die geltenden Nutzungsvorschriften veraltet sind und faktisch keine (definitive) bauliche Nutzung zulassen. Der nachbarliche Immissionsschutz richtet sich nach dem Polizeireglement und den Schutzbestimmungen des übergeordneten Rechts; zu lärmige Zwischennutzungen sind einzuschränken (Art. 6 Abs. 3). Für Kleinbauten wird eine maximale Grundfläche von 100 m^2 sowie eine Maximalhöhe von drei Metern festgelegt (vgl. Art. 6 Abs. 4). Weiter wird die **leichte Entfernbarkeit** mit Aussagen zur Fundation umschrieben; zulässig sind – neben Fahrnisbauten – Bauten, deren «Fundament» ohne Erdarbeiten entfernt oder ohne Nachteile im Boden belassen werden kann (Art. 6 Abs. 5).

Im Weiteren umschreibt der Entwurf in **Art. 1,** weitgehend durch Übernahme der Vorgaben aus dem Initiativtext, den **Zweck** des Reglements und legt sodann in **Art. 2** seinen **Geltungsbereich** fest, welcher sich, wie erwähnt, auf die Parzelle Nidau-Gbbl. Nr. 139 beschränkte.

Art. 3 des Reglemententwurfs bestätigt sodann, dass **bewilligungsfreie** Bauten nach Art. 6 des kantonalen Baubewilligungsdekrets (BewD; BSG 725.1) auch im Zwischennutzungsperimeter keine Baubewilligungen benötigen. Zudem weist **Art. 4** darauf hin, dass bei sämtlichen – also auch baubewilligungsfreien - Zwischennutzungen die anderweitig vorgeschriebenen Bewilligungen (Polizeibewilligungen, Gastwirtschaft, Infrastruktur, etc.) einzuholen sind.

In **Art. 7** des Entwurfs wird umschrieben, welche Auflagen und Bedingungen mit einer Bewilligung verbunden werden können. Im Vordergrund steht die **Befristung:** Zwischennutzungsbewilligungen sind stets befristet und spätestens aufzugeben, sobald das Areal aufgrund neuer Nutzungsvorschriften definitiv anderweitig genutzt werden kann (Art. 7 Abs. 1 und 2). Um eine rechtzeitige und ordnungsgemässe Entfernung der Zwischennutzungsbauten zu gewährleisten, können die Zwischennutzenden zu **Sicherheitsleistungen** von bis zu 10 000 Franken verhalten werden (Art. 7 Abs. 3). Deren Verwendung ist in Art. 7 Abs. 4 geregelt.

Mit dem **Erschliessungs- und Nutzungskonzept** gemäss **Art. 8** des Entwurfs wird vorgegeben, wie das Zwischennutzungsareal möglichst einfach erschlossen werden kann und wie Immissionsaspekte zu berücksichtigen sind (Art. 8 Abs. 1). Weiter wird festgelegt, wie ein Nebeneinander von Grossanlässen und Zwischennutzungen ermöglicht werden kann (Art. 8 Abs. 2). Ausserdem wird festgehalten, dass keine neuen Erschliessungsstrassen benötigt werden und auf zusätzliche Parkplätze verzichtet werden kann (Art. 8 Abs. 3).

Ergänzend bestimmt **Art 9** betreffend **Gebühren**, dass - soweit die Stadt Nidau zuständig ist - für die Infrastruktureinrichtungen zwar die ordentlichen Benützungsgebühren, aber einzig die für Baustelleneinrichtungen geschuldeten Anschlussgebühren zu entrichten sind (Art. 10).

c) Abklärungen betreffend Infrastruktur, Emissionen und Grossveranstaltungen

Im Vorfeld der Reglementvorlage wurden Abklärungen hinsichtlich der Voraussetzungen und Folgen einer möglichen Zwischennutzung auf der Parzelle Nidau-Gbbl. Nr. 139 getätigt, welche im Stadtratsvortrag vom 12. September 2024 folgendermassen zusammengefasst werden:

- **Wasser:** Die Abklärungen mit dem Energie Service Biel (ESB) haben ergeben, dass die Wasserbezugsmöglichkeiten für die Zwischennutzung der Parzelle Nidau-Gbbl. Nr. 139 gewährleistet und momentan keine baulichen Massnahmen erforderlich sind. Die Wasseranschlüsse reichen für temporäre Veranstaltungen (Zirkus, Lakelive, Bar, etc.) aus.
- **Abwasser:** Gemäss GEP-Ingenieur reichen die bestehenden Anschlüsse auf der Parzelle Nidau-Gbbl. Nr. 139 für Zwischennutzungen aus. Von den bestehenden Leitungen

wurden Kanalfernsehaufnahmen durchgeführt, um den Zustand der Leitungen zu erfassen. Die Kanalfernsehaufnahmen und Instandstellungskosten der Anschlussleitung gingen gemäss Abwasserreglement zu Lasten der Eigentümerin (Stadt Biel).

- **Elektrizität:** Hinsichtlich des Infrastrukturbedarfs künftiger Zwischennutzungen auf der Parzelle Nidau-Gbbl. Nr. 139 wurde eine – eher grosszügige - Annahme getroffen. Diese enthält eine Gesamtenergiemessung in der Trafostation «Expo» und sechs Unterflurverteiler mit je einem CEE63 für höhere Leistungen und 2xT25 Anschlüssen für kleinere Geräte. Die Baumeisterarbeiten wurden ebenfalls grob geschätzt. Die Gesamtkosten belaufen sich auf rund 76 000 Franken inkl. MWST.
- **Lärmemissionen:** Der Freizeitlärm wird nach konstanter Rechtsprechung bis heute einzelfallweise beurteilt. Das dafür erstellte Veranstaltungskonzept der Stadt Nidau vom 9. Juli 2019 wird auch bei den Zwischennutzungen zur Anwendung kommen. So wird eine Gleichbehandlung mit anderen Veranstaltungen gewährleistet. Anpassungen des städtischen Veranstaltungskonzepts wurden als vorerst nicht notwendig erachtet.

Ergänzend wurde festgehalten, dass die Kosten für die zusätzliche Infrastruktur inkl. allfälliger Anschlussgebühren zu Lasten der Grundeigentümerin (Stadt Biel) gehen.

4. Rückweisung durch den Stadtrat

Der Reglemententwurf wurde dem Stadtrat anlässlich seiner Sitzung vom 12. September 2024 zur Genehmigung vorgelegt. Der Stadtrat wies das Geschäft mit 23 Ja- zu 6 Nein-Stimmen an den Gemeinderat zurück. Zwar wurden das vorgelegte Zwischennutzungsreglement und die allgemeine Stossrichtung eines Vorgehens ohne Planerlassverfahren begrüsst. Das Reglement solle jedoch überarbeitet werden, da relevante Punkte aus dem partizipativen Verfahren nicht oder nur teilweise berücksichtigt worden seien. Die Beratung ergab folgende Anliegen:

- Prüfung einer **Ausdehnung des Geltungsbereichs** auf die Parzellen Nidau-Gbbl. Nrn. 17, 40, 483, 500 und 897 sowie Darlegung der auf den einzelnen Grundstücken bewilligungsfähigen Zwischennutzungen;
- Abklärung, welche Erweiterung des Geltungsbereichs **ohne Planerlassverfahren** möglich ist, nötigenfalls durch Anfrage bei den zuständigen kantonalen Stellen;
- Vergleich des gewählten Regelungsansatzes betreffend Zwischennutzungen mit demjenigen der Städte **Bern, Thun und Burgdorf**;
- Präzisierung der Bemessung der **Sicherheitsleistungen** nach Art. 7 Abs. 3 unter Berücksichtigung von Erleichterungen für nichtkommerzielle Projekte;
- Streichung der Flächenreservation für **Grossveranstaltungen** gemäss Art. 8 Abs. 2;

Im Rahmen der Rückweisung wurde eine Berichterstattung bis spätestens zur Stadtratssitzung im Juni 2025 und eine erneute Vorlage des überarbeiteten Reglements spätestens innerhalb eines Jahres verlangt.

Eine Berichterstattung bis Juni 2025 erwies sich jedoch als nicht realisierbar, da die Voranfrageantwort des AGR erst im Juni 2025 vorlag (vgl. nachfolgende Ausführungen) und die Stellungnahme der Stadt Biel zu diesem Zeitpunkt noch ausstand. Angesichts des bevorstehenden Legislaturwechsels, der zudem mit einem Wechsel im langjährigen Stadtpräsidium verbunden war, entschied der Gemeinderat, die Berichterstattung auf die neue Legislatur zu verschieben.

Projekt

Der neuzusammengesetzte Gemeinderat misst der raschen Umsetzung der Zwischennutzungsinitiative hohe Priorität bei. Nachdem die Abklärungen ergeben hatten, dass eine Erweiterung des Geltungsbereichs ohne Planerlassverfahren möglich ist, entschied er, dem Stadtrat unmittelbar den überarbeiteten Reglemententwurf samt den Ergebnissen der verlangten Abklärungen vorzulegen und auf eine separate vorgängige Berichterstattung zu verzichten.

Die Ergebnisse der geforderten Abklärungen werden nachstehend dargelegt. Basierend auf den dadurch gewonnenen Erkenntnissen wurde der Reglemententwurf von 2024, soweit rechtlich zulässig und zweckmässig, gemäss den bei der Rückweisung formulierten Anliegen angepasst.

1. Abklärungen betreffend Ausdehnung des Geltungsbereichs

a) Voranfrage beim Amt für Gemeinden und Raumordnung (AGR)

Gestützt auf den Gemeinderatsbeschluss vom 18. März 2025 wurde das AGR mit Schreiben vom 19. März 2025 um Beantwortung folgender Fragen ersucht:

1. Ist eine Ausdehnung des Geltungsbereichs des Zwischennutzungsreglements auf die Parzellen 17, 40, 483, 500 und 897 denkbar? Alle Grundstücke sind nicht überbaut[1]. Die Parzellen Nr. 17 und 40 befinden sich im Baugebiet, wobei die (noch) geltenden Nutzungsvorschriften aus der «Vorexpozeit» stammen und nach dem Scheitern der Planung AGGLOlac neue Nutzungsvorschriften zu erarbeiten und zu erlassen sind. Die anderen Parzellen liegen im SFG-Perimeter.
2. Ist die Aufnahme eines Zwischennutzungsartikels in die baurechtliche Grundordnung aus der Sicht des AGR denkbar und zulässig und vermöchte der Erlass eines solchen Zwischennutzungsartikels die temporäre Zwischennutzung auf den in Frage stehenden Parzellen zu erleichtern? Falls ja, wie würde ein entsprechendes Verfahren zur Aufnahme eines solchen Artikels in die baurechtliche Grundordnung konkret aussehen?

Mit Vorfrageantwort vom 16. Juni 2025 hat das AGR die ihm vorgelegten Fragen beantwortet. Aus der Stellungnahme des AGR ergeben sich folgende **Schlussfolgerungen**:

- Die Regelung von Zwischennutzungen in einem eigenständigen Reglement ist zulässig. Der derzeitige Wortlaut von Art. 6 des Zwischennutzungsreglements sprenge jedoch den Rahmen von Art. 28 BauG, da die von Art. 28 BauG geregelten «Kleinbauten» selbständig definiert werden und Art. 6 damit über den Regelungsgehalt von Art. 28 BauG hinausgeht. Art. 28 BauG lasse jedoch keinen Raum für abweichende kommunale Vorschriften.
- Infolgedessen wäre bei Erlass des Zwischennutzungsreglements in der heutigen Form ein **Planerlassverfahren** nach Art. 58 ff. BauG durchzuführen. Diesfalls würde das Zwischennutzungsreglement Bestandteil der baurechtlichen Grundordnung.
- Sofern Art. 6 des Zwischennutzungsreglements dahingehend angepasst würde, dass er lediglich den Wortlaut von Art. 28 BauG wiederholt, so wäre das Reglement **nicht genehmigungspflichtig** und hätte auch kein Plangenehmigungsverfahren zu durchlaufen.
- Sofern das Zwischennutzungsreglement nicht über Art. 28 BauG hinausgeht, führt die Ausdehnung des Geltungsbereichs **nicht zwingend** zu einem Plangenehmigungsverfahren.

[1] Korrigendum: Die Parzelle Nr. 40 ist teilweise überbaut (Dispo), alle anderen Grundstücke sind nicht überbaut.

- Zwischennutzungen, die sich auf Art. 28 BauG stützen, sind nur in Gebieten in der Bauzone möglich. Die Parzellen Nrn. 17 und 40 liegen in der **Bauzone.** Die Parzellen Nrn. 483, 897 und 500 hingegen befinden sich im Perimeter des **Uferschutzplans** gemäss See- und Flussufergesetz (SFG), was die Anwendbarkeit von Art. 28 BauG erheblich erschwert, da Bauvorhaben im geschützten Uferbereich nach SFG für jegliche Bewilligung der Zustimmung, allenfalls einer Ausnahmebewilligung, des kantonalen Amtes für Gemeinden und Raumordnung (AGR) bedürfen (Art. 5 Abs. 3 und Art. 6 Abs. 3 SFG).

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass ein Planerlassverfahren nur vermieden werden kann, wenn keine über das übergeordnete Recht hinausgehenden Bewilligungsmöglichkeiten geschaffen werden. Die Voranfrageantwort des AGR knüpft die Genehmigungsfreiheit ausdrücklich an diese inhaltliche Beschränkung. Eine blosse Erweiterung des räumlichen Anwendungsbereichs ist deshalb nicht entscheidend; entscheidend bleibt, welche Rechtswirkungen das Reglement für die zusätzlich erfassten Flächen anordnet.

b) Vergleich von Regelungsansätzen

Der Stadtrat verlangte anlässlich der Rückweisung der Vorlage, es sei anhand der Beispiele der Städte Bern, Thun und Burgdorf aufzuzeigen, wie ein Zwischennutzungsartikel im kommunalen Baureglement die temporäre Nutzung von Parzellen erleichtern könnte.

Die drei Städte verfolgen einen grundsätzlich anderen Ansatz als das für Nidau vorgesehene Zwischennutzungsreglement: Zwischennutzungen werden unmittelbar in der **baurechtlichen Grundordnung** geregelt. Dafür ist ein ordentliches Planerlassverfahren erforderlich. Dieses umfasst namentlich Mitwirkung, kantonale Vorprüfung, öffentliche Auflage, Beschlussfassung und kantonale Genehmigung und kann mehrere Jahre beanspruchen. Der Aufwand für ein solches Verfahren ist wesentlich grösser, wobei, wie die Beispiele Bern, Thun und Burgdorf zeigen, der «Erfolg» keineswegs gewährleistet ist.

Zwischen den beiden Ansätzen bestehen unterschiedliche Möglichkeiten und Konsequenzen:

- **Ein Zwischennutzungsartikel in der baurechtlichen Grundordnung** kann einen erheblich grösseren materiellen Spielraum eröffnen, insbesondere, weil auch grössere oder nach der Grundzone nicht zulässige Nutzungen in Frage kommen könnten. Allerdings: Nach der heute geltenden Rechtsprechung muss das Zwischennutzungskonzept räumlich und sachlich hinreichend differenziert ausgestaltet sowie auf eine vollständige Interessenabwägung abgestützt werden. Eine pauschale Freigabe «aller Zwischennutzungen» über unterschiedliche Zonen hinweg genügt diesen Anforderungen nicht.
- **Das Nidauer Zwischennutzungsreglement** knüpft demgegenüber an bereits bestehende kantonalrechtliche Bewilligungsmöglichkeiten (vgl. Art.28 BauG) an und konkretisiert deren Anwendung für einen bestimmten, räumlich abgegrenzten Perimeter.

Die Städte Thun, Burgdorf und Bern regeln Zwischennutzungen als Bestandteil der baurechtlichen Grundordnung folgendermassen:

Art. 50 des Baureglements der Stadt Thun vom 17. November 2022 (BR; SRS 72.01)

- Regelungsansatz: Zonenfremde ***Zwischennutzungen*** in Bauzonen können für höchstens fünf Jahre bewilligt werden; eine Verlängerung um zwei Jahre ist möglich. Voraussetzungen sind insbesondere die Befristung des Projekts, der einfache und finanziell gesicherte Rückbau sowie «zonenkonforme» Immissionen.

- Praktische Erleichterung: Auch eine grundsätzlich zonenfremde Nutzung kann zeitlich beschränkt zugelassen werden, ohne dass für jedes Vorhaben vorgängig die Grundnutzung geändert werden muss.
- Rechtliche Würdigung: Das Verwaltungsgericht hat 2026 ausdrücklich festgehalten, dass es die Vereinbarkeit der Thuner Bestimmung mit übergeordnetem Recht bisher nicht geprüft hatte, womit wohl beträchtliche Zweifel an der Zulässigkeit der Thuner Regelung angebracht sind.

Art. 45 des Baureglements der Stadt Burgdorf vom 31. Oktober 2005 (BR)

- Regelungsansatz: Es handelt sich um dasselbe Modell wie in Thun, nach dem zonenfremde ***Übergangsnutzungen*** während fünf Jahren (verlängerbar auf sieben Jahre) bewilligt werden können, falls ein einfacher und gesicherter Rückbau, zonenkonforme Immissionen und besondere Anforderungen an Wohnungen gewährleistet sind.
- Praktische Erleichterung: Temporäre zonenfremde Nutzungen erhalten eine eigenständige Rechtsgrundlage in der Grundordnung.
- Rechtliche Würdigung: Bereits der Erläuterungsbericht der Stadt Bern aus dem Jahr 2021 hielt fest, dass die Thuner und Burgdorfer Regelungen nach heutiger Einschätzung wohl nicht mehr unverändert genehmigungsfähig wären.

Art. 27a (nicht in Kraft!) Bauordnung der Stadt Bern (BO; SRS 721.1)

- Regelungsansatz: Gemäss Erläuterungsbericht zur Revision der Bauordnung betreffend Zwischennutzungen vom 16. März 2021 wurde hier ein weitergehender Ansatz verfolgt, wonach ***alle Arten befristeter Nutzungen*** in nahezu allen Bauzonen für zonenkonform erklärt werden, wenn sie einer öffentlichen Aufgabe dienten oder für den bisher bewilligten Nutzungszweck objektiv kein Bedarf besteht, ohne nach dem jeweiligen Zonenzweck, der Nutzungsart oder den konkreten örtlichen Verhältnissen zu differenzieren. Die Bewilligung ist für fünf Jahre, mit Verlängerungsmöglichkeiten, vorgesehen.
- Praktische Erleichterung: Die Regelung hätte das Erfordernis einer Ausnahmebewilligung für ansonsten zonenfremde Zwischennutzungen weitgehend beseitigt und damit einen erheblich grösseren Nutzungsspielraum geschaffen.
- Rechtliche Würdigung: Das Verwaltungsgericht des Kantons Bern verweigerte mit Urteil vom 24. Juni 2026 (100.2024.163U) die Genehmigung von Art. 27a BO. Das Gericht erachtete den Regelungsansatz als unvereinbar mit der raumplanungsrechtlichen Planungspflicht. Die bestehende, differenzierte Zonenordnung werde dadurch für Zwischennutzungen weitgehend überlagert; potenzielle Nutzungskonflikte würden nicht planerisch verhindert, sondern durch die (zu) generelle Zonenkonformität zugelassen.

Zusammenfassend zeigen die Beispiele Bern, Thun und Burgdorf, dass ein Zwischennutzungsartikel in der baurechtlichen Grundordnung den materiellen Handlungsspielraum für temporäre Nutzungen zwar grundsätzlich erweitern könnte. Die neuere Rechtsprechung setzt einer solchen Regelung jedoch enge Grenzen. Insbesondere können zonenfremde Nutzungen nicht allein aufgrund ihrer Befristung generell und zonenübergreifend für zonenkonform erklärt werden. Erforderlich wären eine hinreichend differenzierte planerische Regelung sowie eine vorgängige, den örtlichen Verhältnissen Rechnung tragende Interessenabwägung.

Der Gemeinderat hält daher am bereits 2024 verfolgten Regelungsansatz fest, die baurechtliche Grundordnung für die Ermöglichung der Zwischennutzungen nicht anzupassen. Das Zwischennutzungsreglement schafft keine neue Zonenkonformität, sondern konkretisiert für den

bezeichneten Perimeter die im Rahmen des übergeordneten Rechts bestehenden Möglichkeiten für temporäre und leicht reversible Nutzungen. Dieser Ansatz weist zwar einen geringeren materiellen Anwendungsbereich auf als ein Zwischennutzungsartikel in der baurechtlichen Grundordnung, vermeidet jedoch ein zusätzliches Planerlassverfahren und die mit einer generellen Erweiterung der zonenkonformen Nutzungen verbundenen planungsrechtlichen Fragestellungen mit ungewissem Ausgang.

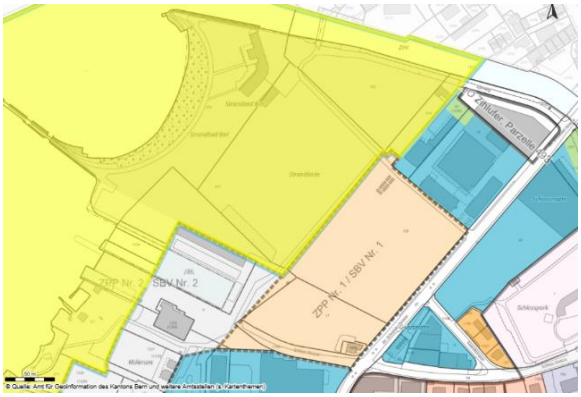
2. Erweiterter Perimeter und Beurteilung der einzelnen Parzellen

Wie anlässlich der Rückweisung verlangt, wurde eine Erweiterung des Geltungsbereichs auf die im Rahmen der Beratung genannten Parzellen Nidau-Gbbl. Nrn. 17, 40, 483, 500 und 897 geprüft. Sämtliche Grundstücke befinden sich im Stadtgebiet Nidaus; die Eigentumsverhältnisse, die geltenden Vorschriften und die Verfügbarkeit unterscheiden sich jedoch erheblich.



a) Parzelle Nidau-Gbbl. Nr. 483 (Eigentum Stadt Biel)

Es handelt sich um das Grundstück mit den Parkplätzen vor dem Strandbad Nidau. Die Parzelle liegt in der **Uferschutzzone** gemäss Uferschutzplan vom 7. Oktober 1988. Diesbezüglich bestimmt Art. 4 Abs. 1 des Gesetzes über See- und Flussufer (SFG; BSG 704.1), dass in der Uferschutzzone nur Bauten und Anlagen errichtet werden dürfen, die nach ihrem Zweck einen Standort in der Uferschutzzone erfordern, im öffentlichen Interesse liegen und die Uferlandschaft nicht beeinträchtigen.



Für die in den Perimeter des Zwischennutzungsreglements aufzunehmenden Grundstücke wird das öffentliche Interesse an der Zwischennutzung mit einer Kleinbaute unterstellt. Ob Zwischennutzungen als Kleinbauten generell

einen Standort in der Uferschutzzone erfordern und die Uferlandschaft nicht beeinträchtigen, ist jedoch zu bezweifeln. Aus diesem Grund werden gemäss Zwischennutzungsreglement Kleinbauten in der Uferschutzzone nur auf heute bestehenden Parkplätzen zugelassen. Diese Einschränkung wird, in einem gesonderten Absatz von Art. 2, in das Zwischennutzungsreglement aufgenommen. Es ist nicht ersichtlich, inwiefern eine derartige auf jederzeit entschädigungslos entfernbare Kleinbautennutzungen beschränkte Zwischennutzung weniger gut mit dem Uferschutz vereinbar sein soll als die heutige Parkplatznutzung. Es stehen demnach nur die **bestehenden Parkierungsflächen** für Zwischennutzungen mit Kleinbauten zur Verfügung, wobei diese Flächen für Zwischennutzungskleinbauten ohnehin besonders geeignet erscheinen.

Voraussetzung dafür bleibt allerdings, dass die Stadt Biel als Grundeigentümerin damit einverstanden ist, zumindest einen Teil der bestehenden Parkierungsflächen (temporär) für Zwischennutzungen mit Kleinbauten zur Verfügung zu stellen. Nicht ausgeschlossen werden kann überdies, dass das AGR gestützt auf Art. 5 Abs. 3 und Art. 6 Abs. 3 SFG – aus unserer Sicht unbegründete – Vorbehalte gegen eine Zwischennutzung mit Kleinbauten anbringt.

b) Parzelle Nidau-Gbbl. Nr. 500 (Eigentum Stadt Biel)

Es handelt sich um die Sommerwiese vor dem Lago Lodge. Auch diese Parzelle befindet sich in der Uferschutzzone. Der Gemeinderat ist zum Schluss gekommen, dass diese Fläche **nicht** für Zwischennutzungen zur Verfügung stehen soll, da das Lago Lodge ansonsten sein Betriebskonzept ändern müsste. Dies erscheint nicht zielführend. Ausserdem umfasst die Parzelle auch den Uferweg, wo Zwischennutzungen ohnehin schwerlich möglich sind.

c) Parzelle Nidau-Gbbl. Nr. 897 (Eigentum Stadt Biel)

Auf Parzelle Nr. 897 besteht neben den Vorgaben des Uferschutzplans eine eigenständige waldrechtliche Frage. Das frühere **«Expo-Wäldchen»** wurde 1999 nur temporär gerodet und es ist derzeit unklar, inwieweit rechtlich weiterhin ein Wald vorliegt. Der Gemeinderat erachtet es aufgrund dieser rechtlichen Ausgangslage als wenig wahrscheinlich, auf dieser Parzelle in absehbarer Zukunft Zwischennutzungskleinbauten realisieren zu können. Er **verzichtet** deshalb darauf, dieses Grundstück in den Reglementperimeter aufzunehmen.

d) Parzelle Nidau-Gbbl. Nr. 17 (Eigentum Stadt Nidau)

Die geltenden überholten Nutzungsvorschriften der Überbauungsordnung (UeO) Nr. 1 «Wohnzone am See» (SRS 722.14) begrenzen derzeit die Entwicklung dieses Grundstücks. Die Parzelle gehört zum **Finanzvermögen** der Stadt Nidau und wird derzeit gemäss der Nutzungsordnung Parzellen 17 und 525 vom 14. März 2023 (SRS 681.2) für **Bootsabstellplätze** vermietet; die Mietverträge sind unbefristet. Es besteht keine sofortige praktische Verfügbarkeit: Für eine Verlegung der Boote und Anhänger steht derzeit kein geeigneter Ersatzstandort zur Verfügung. Eine Freistellung hätte daher neben organisatorischen Engpässen erhebliche finanzielle Einbussen durch Wegfall der Mietzinseinnahmen zur Folge.

Eine Aufnahme in den Reglementperimeter kann die Prüfung künftiger Zwischennutzungen ermöglichen. Sie enthält für sich allein keinen Entscheid über die Kündigung bestehender Verträge oder den Verzicht auf Mieterträge. Die Stadt hat bei einer konkreten Bereitstellung kulturelle und soziale Anliegen, bestehende Verpflichtungen, Bewirtschaftungsaufwand und finanzielle Interessen gegeneinander **abzuwägen**. Anzumerken ist an dieser Stelle, dass mit Liegenschaften im Finanzvermögen – wie mit allen Finanzanlagen – grundsätzlich eine angemessene Rendite erzielt werden sollte.

Es drängt sich somit auf, das Grundstück vorsorglich in den Zwischennutzungsperimeter **aufzunehmen**. Ob darauf unter Preisgabe der bisherigen (Zwischen-)Nutzungen tatsächlich Zwischennutzungen realisiert werden, kann und soll aber hier offenbleiben. Die Stadt Nidau hat als Grundeigentümerin die Möglichkeit, für ihr im Finanzvermögen liegendes Areal in Kenntnis der Nachfragesituation darüber zu befinden, ob und in welchem Umfang die bisherigen Zwischennutzungen durch Zwischennutzungen mit Kleinbauten ersetzt werden sollen.

e) Parzelle Nidau-Gbbl. Nr. 40 (Eigentum Stadt Nidau)

Diese Parzelle liegt gemäss den über 40-jährigen und stark veralteten Vorschriften des Baureglements vom 20. Mai 1979 (SRS 720.1) sowie des dazugehörenden Zonenplans vom 29. Oktober 1980 in der **Gewerbe- und Industriezone** (GI1) und gehört zum **Finanzvermögen** der Stadt Nidau. Ein Teil ist bis Mitte 2028 (mit Verlängerungsoption) als Baustelleninstallationsplatz vermietet. Weitere Flächen sind ebenfalls vermietet. Neue Zwischennutzungen setzen die Verfügbarkeit der jeweiligen Fläche voraus und müssen mit den bestehenden Verträgen sowie den finanziellen Interessen der Stadt Nidau vereinbar sein.

Das für die Parzelle Nidau-Gbbl. Nr. 17 Gesagte gilt damit auch hier, wobei beizufügen bleibt, dass Zwischennutzungen mit Kleinbauten auf diesem Grundstück zum Vorherein nicht in Frage kommen, soweit und solange auf ihm Gebäude (i. c. das DISPO) stehen. Dementsprechend wird der bebaute Bereich der Parzelle vom Perimeter ausgenommen (vgl. Art. 2 Abs. 1 Zwischennutzungsreglement), im Übrigen wird die Parzelle in den Perimeter **aufgenommen**.

f) *Schlussfolgerung*

Vor diesem Hintergrund erscheint die **Aufnahme** der Parzellen Nidau-Gbbl. Nrn. **483, 17 und 40** (mit Vorbehalt, soweit das Grundstück überbaut ist) in den Perimeter des Zwischennutzungsreglements möglich und sinnvoll. Da sich die neu aufgenommenen Parzellen teilweise in der Uferschutzzone befinden, wird ausserdem Art. 2 Abs. 2 wie vorstehend ausgeführt ergänzt.

Eine Aufnahme der Parzellen Nidau-Gbbl. Nrn. **500 und 897** hingegen ist aus den dargelegten Gründen nicht angezeigt.

Festzuhalten bleibt abschliessend, dass die Realisierung einer Zwischennutzung neben der Bewilligung gemäss Zwischennutzungsreglement die **Zustimmung** der Grundeigentümerschaft und ggf. einen Miet- oder anderen Nutzungsvertrag voraussetzt. Durch den Erlass des Zwischennutzungsreglements werden weder bestehende Mietverhältnisse aufgehoben noch privatrechtliche Nutzungsrechte begründet. Auch die ggf. erforderlichen Gastgewerbe- und weiteren Bewilligungen sowie spezialgesetzliche Zustimmungen bleiben vorbehalten.

3. Wesentliche Anpassungen des Reglements

Basierend auf den anlässlich der Sitzung vom 12. September 2024 formulierten Anliegen und der erfolgten Abklärungen wurde der Reglemententwurf wie folgt angepasst:

Art. 1 – Zweck

Ergänzend werden geeignete gewerbliche Projekte ausdrücklich einbezogen. Damit wird das im Erarbeitungsprozess formulierte Anliegen aufgenommen, solche Nutzungen zu ermöglichen.

Art. 2 – Geltungsbereich

Der Geltungsbereich wird mit den Parzellen Nidau-Gbbl. Nrn. 483, 17 und 40 (mit Vorbehalt) erweitert; die Parzellen Nidau-Gbbl. Nrn. 500 und 897 werden nicht aufgenommen.

Für Flächen in der Uferschutzzone enthält der neue Abs. 2 eine besondere Einschränkung: Bewilligungen nach Art. 6 kommen nur auf bestehenden Motorfahrzeugparkplätzen in Betracht.

Art. 3 und 4 – Baubewilligungsfreiheit und andere Bewilligungen

Keine Änderungen.

Art. 5 – Geltende Nutzungsvorschriften

Keine Änderungen.

Art. 6 – Bewilligungen nach Art. 28 BauG

Keine Änderungen.

Art. 7 – Auflagen und Bedingungen

Die Sicherheitsleistung dient dazu, die Wiederherstellung zu finanzieren, wenn der Inhaber der Zwischennutzungsbewilligung seine ihm insofern übertragenen Verpflichtungen nicht (rechtzeitig) erfüllt. Massgebend ist die Höhe der jeweiligen Wiederherstellungskosten.

Aufgrund der anlässlich der Sitzung vom 12. September 2024 gewünschten Erleichterungen für nichtkommerzielle Projekte wurde der Wortlaut von Art. 7 Abs. 3 dahingehend angepasst, dass Sicherheiten nicht nur in Form von Geldleistungen, sondern auch «in anderer geeigneter Weise» möglich sind. Die angepasste Formulierung erlaubt eine flexible, auf die Verhältnisse der Bewilligungsnehmenden Rücksicht nehmende Regelung (z. B. Bankgarantie, persönliche Verpflichtungen einzelner Beteiligter, etc.).

Art. 8 – Konzept

Die beantragte Streichung der Flächenreservation nach Art. 8 Abs. 2 wurde nicht vorgenommen; der Reglemententwurf enthält folglich weiterhin die Reservation einer zusammenhängenden Fläche von rund 15 000 m² für Grossveranstaltungen.

Mit Beschluss vom 12. September 2024 hat der Stadtrat den Leistungsvertrag Lakelive Festival 2025 bis 2027 genehmigt, in welchem sich die Stadt Nidau verpflichtet, Zwischennutzungen auf dem Areal nur so zu bewilligen, dass der Lakelive GmbH für grössere Konzerte eine zusammenhängende Fläche im bisherigen Umfang nach wie vor zur Verfügung steht.

Des Weiteren hält der Stadtratsvortrag vom 12. September 2024 zum Zwischennutzungsreglement fest, es entspreche dem ausdrücklichen Willen der Grundeigentümerin und Vermieterin Stadt Biel, dass die für Grossanlässe benötigten zusammenhängenden Flächen freizuhalten und nicht mit Zwischennutzungen zu belegen seien. Weiter habe die Stadt Biel verlauten lassen, dass, sofern eine massgebliche Nachfrage an Zwischennutzungen bestehe, welche die jährlichen Grossanlässe nicht verhindern würden, unter Einbezug der wirtschaftlichen Machbarkeit eine Übernahme der Infrastrukturkosten dem Gemeinderat der Stadt Biel zur Genehmigung vorgelegt würde. Eine Zusage oder Vereinbarung liege aber nicht vor. Für die Stadt Biel setzt die Zustimmung zur Zwischennutzung und die Übernahme von Infrastrukturkosten demnach voraus, dass die Vermietung der betroffenen Parzellen insgesamt eine gewisse Wirtschaftlichkeit ausweist. Dies bedingt, dass Grossveranstaltungen weiterhin stattfinden können.

Überdies werden die Koordinationsschwierigkeiten mit der Ausdehnung des Geltungsbereichs wohl ohnehin erheblich entschärft.

Art. 9 – Hausanschlüsse

Keine Änderungen. Für die Finanzierung der Hausanschlüsse gelten die Reglemente der jeweiligen Erschliessungsträger (Elektrizität, Wasser, Abwasser).

Art. 10 – Gebühren

Keine Änderungen. Für Zwischennutzungen fallen die für Baustellen geltenden Gebühren an.

Art. 12 – Inkrafttreten

Der Zeitpunkt der Inkraftsetzung obliegt dem Gemeinderat. Er wird diesen festsetzen, sobald die Frage geklärt ist, ob ein fakultatives Referendum ergriffen worden ist.

Kosten

Abgesehen von den Kosten für die elektrizitätsmässige Erschliessung des Zwischennutzungsareals sind keine bzw. kaum Kosten zu erwarten, abschliessend lässt sich die jeweiligen Kosten jedoch erst anhand einer konkreten Zwischennutzung bestimmen. Mit der Grundeigentümerin Stadt Biel wird im konkreten Einzelfall festzulegen sein, welche Erschliessungskosten (Hausanschluss) durch sie zu übernehmen sind. Der Aufwand wird den Gesuchstellenden im Rahmen des Gebührentarifs der Stadt Nidau in Rechnung gestellt.

Im Antrag von 2024 wurden für die elektrische Infrastruktur auf Parzelle Nr. 139 rund 76 000 Franken einschliesslich Mehrwertsteuer geschätzt. Für die neu erfassten Parzellen wurde keine erneute Kostenschätzung vorgenommen. Der Gemeinderat erachtet es als angezeigt, erst den Erlass des Reglements abzuwarten, um dann entsprechende Abklärungen zu tätigen. Insbesondere dürfte es zielführend sein, erst im Zusammenhang mit einer konkreten Zwischennutzung die benötigte Infrastruktur sowie die entsprechenden Kosten zu prüfen.

Personelle Auswirkungen

Keine.

Finanzielle Auswirkungen

Die im Zusammenhang mit der Erarbeitung des Zwischennutzungsreglements anfallenden Kosten werden über den vom Gemeinderat mit Beschluss vom 24. Oktober 2023 (Publikation im Nidauer Anzeiger Nr. 43 vom 16. November 2023) bewilligten Investitionskredit von 82 000 Franken (Konto Nr. 7900.5290.16) finanziert. Für den Erlass des Zwischennutzungsreglements ist kein zusätzlicher Kredit erforderlich.

Die finanziellen Auswirkungen allfälliger Zwischennutzungen können nicht prognostiziert werden. Es ist davon auszugehen, dass die Stadt Nidau kaum regelmässige Einnahmen aus Zwischennutzungen erzielen wird; es könnten jedoch bestehende Mietzinseinnahmen wegfallen.

Sofern eine Parzelle der Stadt Biel zwischengenutzt wird, besteht hinsichtlich Einnahmen höchstens die Möglichkeit, dass Quellensteuern von ausländischen Künstlern oder Steuereinnahmen anfallen, falls die Projekte finanziell sehr erfolgreich sind. Mieterträge stehen nur der jeweiligen Grundeigentümerin zu.

Für Nidau sind deshalb insbesondere die Folgen einer veränderten Nutzung der eigenen Parzellen Nidau-Gbbl. Nrn. 17 und 40 relevant. Die blosse Aufnahme dieser Flächen in den Reglementperimeter führt noch zu keinem Ertragsausfall. Solche Auswirkungen entstehen erst aus konkreten Entscheiden über die Vermietung, Freistellung oder Umnutzung.

Abschliessend ist darauf hinzuweisen, dass es aufgrund von Zwischennutzungen nicht selten zu einer lokalen Wertschöpfung kommt, deren monetärer Wert nicht beziffert werden kann.

Termine

- Publikation und Referendumsfrist nach dem Stadtratsbeschluss gemäss Stadtordnung
- **Inkraftsetzung** durch den Gemeinderat (voraussichtlich Frühjahr 2027)
- Zwischennutzung nach Klärung der Verfügbarkeit, Zustimmung der Eigentümerschaft, Vorliegen eines Infrastrukturkonzepts und Einholen der erforderlichen Bewilligungen.

Zustimmungen

Das Zwischennutzungsreglement bedarf keiner übergeordneten Genehmigung, unterliegt jedoch dem fakultativen Referendum.

Bei Flächen im Uferschutzplanperimeter oder mit Waldbezug sind – soweit erforderlich – die zuständigen kantonalen Stellen einzubeziehen.

Für die Realisierung einzelner Zwischennutzungen bleiben die erforderlichen Gastgewerbe- und weiteren Bewilligungen sowie spezialgesetzliche Zustimmungen vorbehalten.

Hinzu kommt die Zustimmung der Grundeigentümerschaft zur Nutzung des Grundstücks bzw. die entsprechenden Vereinbarungen.

Beschlussentwurf

Der Stadtrat von Nidau, gestützt auf Art. 55 Abs. 1 Bst. a der Stadtordnung und unter Vorbehalt des fakultativen Referendums gemäss Art. 35 der Stadtordnung, beschliesst:

1. Das Zwischennutzungsreglement (ZNR; SRS 728.1) wird genehmigt.
2. Die Gemeindeinitiative «Kulturelle und soziale Zwischennutzungen auf dem ehemaligen Expo-Areal» (Zwischennutzungsinitiative) vom 25. Februar 2022 gilt als umgesetzt.
3. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

2560 Nidau, 27. Oktober 2026 la

NAMENS DES GEMEINDERATES NIDAU

Der Stadtpräsident	Die Stadtschreiberin
Tobias Egger	Manuela Jennings

Beilagen:

- Zwischennutzungsreglement in der bereinigten Fassung (CRS-Export mit Plan)
- Synopse der Reglemententwürfe von 2024 und 2026

Synopse der Reglemententwürfe 2024 und 2026

Erlass Zwischennutzungsreglement

Von diesem Geschäft tangierte Erlasse (SRS Nummern)

Neu: **728.1**
Geändert: –
Aufgehoben: –

Entwurf Stadtrat vom 12. September 2024	Entwurf Stadtrat vom 19. November 2026	Notizen
	Zwischennutzungsreglement (ZNR)	Titel ergänzt.
	Der Stadtrat von Nidau, gestützt auf Art. 55, Abs. 1, Bst. a Stadtordnung und unter Vorbehalt des fakultativen Referendums gemäss Art. 35 Stadtordnung, *beschliesst:*	Ingress ergänzt.
	I.	
Art. 1 Zweck [1] Auf der Grundlage der angenommenen Gemeindeinitiative «Kulturelle und soziale Zwischennutzungen auf dem ehemaligen Expo–Areal» (Zwischennutzungsinitiative) umschreibt dieses Reglement die Voraussetzungen, um im bezeichneten Gebiet (vgl. Art. 2) für kulturelle und soziale Projekte in die Bewilligungskompetenz der Gemeindebehörde fallende Zwischennutzungen zuzulassen.	[1] Auf der Grundlage der angenommenen Gemeindeinitiative «Kulturelle und soziale Zwischennutzungen auf dem ehemaligen Expo–Areal» (Zwischennutzungsinitiative) umschreibt dieses Reglement die Voraussetzungen, um im bezeichneten Gebiet (vgl. Art. 2) für kulturelle und soziale sowie geeignete gewerbliche Projekte in die Bewilligungskompetenz der Gemeindebehörde fallende Zwischennutzungen zuzulassen.	Ergänzung gemäss Initiativtext *(«Kommerzielle Nutzungen bleiben ausdrücklich erlaubt».)*
Art. 2 Geltungsbereich		

Entwurf Stadtrat vom 12. September 2024	Entwurf Stadtrat vom 19. November 2026	Notizen
[1] Dieses Reglement gilt innerhalb des Perimeters des als Anhang beiliegenden Plans im Massstab 1:200 (Parzelle Nidau Gbbl. Nr. 139).	[1] Dieses Reglement gilt innerhalb des Perimeters des als Anhang beiliegenden Plans (Parzellen Nidau-Gbbl. Nrn. 139, 483, 17 und 40 [nur unbebauter Bereich]).	Der Geltungsbereich wird um die Parzellen Nidau-Gbbl. Nrn. 483, 17 und 40 (nur unbebauter Bereich) erweitert. Ein entsprechender Perimeterplan wird dem Reglement als Anhang beigefügt. Der vormals angegebene Massstab von 1:200 ist offenkundig überdimensioniert (wohl ein Redaktionsversehen). Die Angabe des Massstabs ist jedoch ohnehin nicht relevant, weshalb sie weggelassen wird.
	[2] Soweit ein Areal in einer Uferschutzzone liegt, sind Zwischennutzungsbewilligungen nach Art. 6 nur auf bestehenden Parkplätzen für Motorfahrzeuge zulässig.	Um die Vereinbarkeit mit Art. 4 Abs. 1 SFG zu gewährleisten, enthält der neue Abs. 2 eine Einschränkung für Zwischennutzungen innerhalb der Uferschutzzone: Bewilligungen nach Art. 6 sind nur auf bestehenden Motorfahrzeugparkplätzen möglich. Grund: Für die im Perimeter des Zwischennutzungsreglements liegenden Grundstücke wird das öffentliche Interesse an der Zwischennutzung mit einer Kleinbaute unterstellt. Es ist jedoch zu bezweifeln, dass diese immer auch einen Standort in der Uferschutzzone erfordert und die Uferlandschaft nicht beeinträchtigt. Da nicht ersichtlich ist, inwiefern eine Zwischennutzung mit einer Kleinbaute weniger gut mit dem Uferschutz vereinbar sein soll als die heutige Parkplatznutzung, sind Kleinbauten in der Uferschutzzone nur auf heute bestehenden Parkplätzen zuzulassen. Es stehen demnach nur die bestehenden Parkierungsflächen für Zwischennutzungen mit Kleinbauten zur Verfügung stehen, wobei diese Flächen für Zwischennutzungskleinbauten ohnehin besonders geeignet erscheinen.
Art. 6 Bewilligung nach Art. 28 BauG		

Entwurf Stadtrat vom 12. September 2024	Entwurf Stadtrat vom 19. November 2026	Notizen
[2] Solange die im Geltungsbereich des Reglements in Kraft stehenden Nutzungsvorschriften veraltet sind und faktisch keine (definitive) bauliche Nutzung zulassen, besteht ein öffentliches Interesse an einer auf seine besondere Lage abgestimmten Zwischennutzung des Areals und gilt der Interessennachweis des Bauherrn als erbracht (vgl. Art. 28 Abs. 1 Bst. a und b BauG).	[2] Solange die im Geltungsbereich des Reglements in Kraft stehenden Nutzungsvorschriften veraltet sind und faktisch keine (definitive) bauliche Nutzung zulassen, besteht ein öffentliches Interesse an einer auf seine besondere Lage abgestimmten Zwischennutzung des Areals und gilt der Interessennachweis der Bauherrschaft als erbracht (vgl. Art. 28 Abs. 1 Bst. a und b BauG).	Redaktionelle Anpassung zwecks geschlechtsneutraler Formulierung.
Art. 7 Auflagen und Bedingungen [3] Für die Einhaltung der mit der Erteilung der Bewilligung nach Art. 28 BauG verbundenen Verpflichtungen ist vor der Inangriffnahme der Bauarbeiten Sicherheit von bis zu 10 000 Franken zu leisten. Soweit diese nicht beansprucht wurde, ist sie zurückzuerstatten, sobald die Bewilligung nach Art. 28 BauG abgelaufen ist, die erstellten Bauten und Anlagen entfernt sind und das beanspruchte Land vollständig wiederhergestellt ist.	[3] Für die Einhaltung der mit der Erteilung der Bewilligung nach Art. 28 BauG verbundenen Verpflichtungen ist vor der Inangriffnahme der Bauarbeiten mit einer Geldleistung von bis zu 10 000 Franken oder in anderer geeigneter Weise Sicherheit zu leisten. Soweit diese nicht beansprucht wurde, ist sie zurückzuerstatten, sobald die Bewilligung nach Art. 28 BauG abgelaufen ist, die erstellten Bauten und Anlagen entfernt sind und das beanspruchte Land vollständig wiederhergestellt ist.	Aufgrund der anlässlich der Sitzung vom 12. September 2024 gewünschten Erleichterungen für nichtkommerzielle Projekte wurde der Wortlaut von Art. 7 Abs. 3 dahingehend angepasst, dass Sicherheiten nicht nur in Form von Geldleistungen möglich sind. Die angepasste Formulierung ermöglicht eine flexible Regelung, die den persönlichen Verhältnissen der Bewilligungsnehmenden sowie der Art des Projekts Rechnung trägt (z. B. Bankgarantie, persönliche Verpflichtungen einzelner Beteiligter, etc.).
Art. 8 Konzept [2] Die zu bewilligenden Zwischennutzungen sind so anzuordnen, dass für Grossveranstaltungen (Lakelivekonzerte, Zirkusveranstaltungen, etc.) auf dem Areal eine ausreichende zusammenhängende Fläche (ca. 15'000 m2) weiterhin zur Verfügung steht.	[2] Die zu bewilligenden Zwischennutzungen sind so anzuordnen, dass für Grossveranstaltungen (Lakelivekonzerte, Zirkusveranstaltungen etc.) auf dem Areal eine ausreichende zusammenhängende Fläche (ca. 15 000 m2) weiterhin zur Verfügung steht.	Redaktionelle Anpassung (Vereinheitlichung der Zahlenschreibweise gemäss städtischer Praxis).
Art. 9 Hausanschlüsse		

Entwurf Stadtrat vom 12. September 2024	Entwurf Stadtrat vom 19. November 2026	Notizen
[1] Die Verbindung zu den aufgrund des Erschliessungskonzepts (vgl. Art. 9) zu erstellenden öffentlichen Leitungen erfolgt mit Hausanschlüssen (vgl. Art. 106 Abs. 3 BauG). [3] Die Hausanschlüsse für die Elektrizitätsversorgung werden durch den Erschliessungsträger (ESB) erstellt.	[1] Die Verbindung zu den aufgrund des Erschliessungskonzepts (vgl. Art. 8) bestehenden oder zu erstellenden öffentlichen Leitungen erfolgt mit Hausanschlüssen (vgl. Art. 106 Abs. 3 BauG). [3] Die Hausanschlüsse für die Elektrizitätsversorgung werden durch den Erschliessungsträger ~~(ESB)~~ erstellt.	Verweis auf Art. 8 statt Art. 9 (wohl ein Redaktionsversehen). Zudem Ergänzung der bestehenden öffentlichen Leitungen. Redaktionelle Anpassung im Hinblick auf die anstehenden Änderungen im Bereich der Energieversorgung (neu zu gründende EV Nidau AG ab 2027).
Art. 10 Gebühren [2] Im Übrigen gelten die ordentlichen (Benützungs)gebühren der jeweils massgebenden Gebührenreglemente.	[2] Im Übrigen gelten die ordentlichen (Benützungs-)Gebühren der jeweils massgebenden Gebührenreglemente.	Redaktionelle (sprachliche) Anpassung.
Art. 12 Inkrafttreten	**Art. 11** Inkrafttreten [1] Der Gemeinderat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens.	Artikel-Nummer korrigiert. Regelung betreffend Inkraftsetzung ergänzt.
	Anhänge	
	1 Plan Perimeter *(neu)*	Plan erstellt und als Anhang ergänzt.
	IV.	
	Das Datum des Inkrafttretens wird zur gegebenen Zeit ergänzt (nach Ablauf der Referendumsfrist).	Regelung betreffend Inkraftsetzung ergänzt.

Entwurf Stadtrat (19. November 2026)

Zwischennutzungsreglement (ZNR)

Vom 19. November 2026

Von diesem Geschäft tangierte Erlasse (SRS Nummern)

Neu:	**728.1**
Geändert:	–
Aufgehoben:	–

Der Stadtrat von Nidau,

gestützt auf Art. 55, Abs. 1, Bst. a Stadtordnung und unter Vorbehalt des fakultativen Referendums gemäss Art. 35 Stadtordnung,

beschliesst:

I.

SRS 728.1 (Zwischennutzungsreglement (ZNR)) wird neu publiziert.

I. Ausgangslage

Art. 1 Zweck

[1] Auf der Grundlage der angenommenen Gemeindeinitiative «Kulturelle und soziale Zwischennutzungen auf dem ehemaligen Expo–Areal» (Zwischennutzungsinitiative) umschreibt dieses Reglement die Voraussetzungen, um im bezeichneten Gebiet (vgl. Art. 2) für kulturelle und soziale sowie geeignete gewerbliche Projekte in die Bewilligungskompetenz der Gemeindebehörde fallende Zwischennutzungen zuzulassen.

[2] Dieses Reglement untersteht der baurechtlichen Grundordnung und den weiteren polizeilichen Vorgaben des Gemeinderechts und des übergeordneten Rechts.

Art. 2 Geltungsbereich

[1] Dieses Reglement gilt innerhalb des Perimeters des als Anhang beiliegenden Plans (Parzellen Nidau-Gbbl. Nrn. 139, 483, 17 und 40 [nur unbebauter Bereich]).

[2] Soweit ein Areal in einer Uferschutzzone liegt, sind Zwischennutzungsbewilligungen nach Art. 6 nur auf bestehenden Parkplätzen für Motorfahrzeuge zulässig.

II. Baubewilligungsfreie Zwischennutzungen

Art. 3 Baubewilligungsfreiheit

[1] Zwischennutzungen und Veranstaltungen bedürfen keiner Baubewilligung, wenn und solange die dafür verwendeten Bauten und Anlagen nach Art. 6 BewD bewilligungsfrei zur Verfügung stehen.

Art. 4 Andere Bewilligungen

[1] Die Erteilung der dafür erforderlichen andern Bewilligungen (Polizei, Gastwirtschaft, Infrastruktureinrichtungen etc.) bleibt vorbehalten und ist nach Art. 1 ff. KoG zu koordinieren.

III. Baubewilligungspflichtige Zwischennutzungen

Art. 5 Geltende Nutzungsvorschriften

[1] Die im Geltungsbereich (vgl. Art. 2) liegenden Grundstücke sind nicht überbaut. Zwischennutzungsvorhaben, die eine ordentliche Baubewilligung erfordern, widersprechen den Vorschriften der geltenden baurechtlichen Grundordnung. Sie sind insbesondere nicht zonenkonform.

Art. 6 Bewilligung nach Art. 28 BauG

[1] Baubewilligungen für Zwischennutzungen können deshalb nur für Kleinbauten im Sinne von Art. 28 BauG erteilt werden, wenn die dafür erforderlichen Voraussetzungen erfüllt sind.

[2] Solange die im Geltungsbereich des Reglements in Kraft stehenden Nutzungsvorschriften veraltet sind und faktisch keine (definitive) bauliche Nutzung zulassen, besteht ein öffentliches Interesse an einer auf seine besondere Lage abgestimmten Zwischennutzung des Areals und gilt der Interessennachweis der Bauherrschaft als erbracht (vgl. Art. 28 Abs. 1 Bst. a und b BauG).

[3] Der Schutz berechtigter nachbarlicher Interessen (vgl. Art. 28 Abs. 1 Bst. b BauG) bleibt vorbehalten. Er ist durch die erforderlichen polizeilichen Anordnungen in den jeweils benötigten Bewilligungen sicherzustellen. Nutzungen, welche geltenden Immissionsschutzbestimmungen widersprechen, sind nicht zu bewilligen oder im erforderlichen Umfang einzuschränken.

[4] Klein im Sinne von Art. 28 Abs. 1 BauG sind Bauten und Anlagen nur, wenn sie höchstens eine Grundfläche von 100 m2 und eine Höhe von höchstens 3 m aufweisen.

[5] Leicht entfernbar im Sinne von Art. 28 Abs. 1 BauG sind Bauten und Anlagen, die nicht fest mit dem Boden verbunden sind (Fahrnisbauten) oder höchstens ein «Fundament» aufweisen, das ohne Erdarbeiten entfernt oder ohne Nachteile im Boden belassen werden kann.

[6] Aussenräume dürfen bestuhlt und mit im Sinne von Abs. 5 leicht entfernbaren Einrichtungen gestaltet werden.

[7] Die in Anwendung von Art. 28 BauG bewilligten Bauten und Anlagen dürfen nicht ohne Bewilligung umgenutzt werden.

Art. 7 Auflagen und Bedingungen

[1] Zu erteilende Bewilligungen sind so zu befristen, dass die bewilligte Zwischennutzung beendet ist, sobald das Areal aufgrund veränderter Nutzungsvorschriften anderweitig verwendet werden kann.

[2] Sämtliche erstellten Bauten und Anlagen sind bis zum Ablauf der befristeten Bewilligung nach Art. 28 BauG zu entfernen und das dafür beanspruchte Land ist vollständig wiederherzustellen.

[3] Für die Einhaltung der mit der Erteilung der Bewilligung nach Art. 28 BauG verbundenen Verpflichtungen ist vor der Inangriffnahme der Bauarbeiten mit einer Geldleistung von bis zu 10 000 Franken oder in anderer geeigneter Weise Sicherheit zu leisten. Soweit diese nicht beansprucht wurde, ist sie zurückzuerstatten, sobald die Bewilligung nach Art. 28 BauG abgelaufen ist, die erstellten Bauten und Anlagen entfernt sind und das beanspruchte Land vollständig wiederhergestellt ist.

[4] Soweit und sofern die Modalitäten der Entfernung der Bauten und Anlagen sowie der Wiederherstellung gemäss Abs. 2 nicht eingehalten werden, ist die Baupolizeibehörde berechtigt, die Entfernung der Bauten und Anlagen und die Wiederherstellung auf Kosten der Sicherheitsleistungen sowie der verbliebenen Sachwerte anzuordnen.

[5] Die Baubewilligungsbehörde hat das Grundbuchamt anzuweisen, die mit der Bewilligung nach Art. 28 BauG verfügten Auflagen und Bedingungen nach Art. 29 Abs. 4 BauG im Grundbuch anzumerken.

IV. Infrastruktur

Art. 8 Konzept

[1] Im Einvernehmen mit der Grundeigentümerschaft und den besonderen Erschliessungsträgern (Art. 108 Abs. 1 BauG) ist unter Berücksichtigung der voraussichtlich zu erwartenden Zwischennutzungen und der auf dem Areal noch vorhandenen Erschliessungsanlagen ein Erschliessungs- und Nutzungskonzept zu erarbeiten. Damit ist einerseits anzustreben, dass die für die Zwischennutzungseinrichtungen benötigten öffentlichen Anlagen (Wasser, Abwasser, Energie, Toiletten) in ausreichender Weise zur Verfügung stehen. Zudem ist bei der örtlichen Anordnung der einzelnen Zwischennutzungsplätze so gut es geht dafür zu sorgen, dass die lärmintensiveren Zwischennutzungen in möglichst grosser Entfernung zu den Wohnnutzungen so betrieben werden, dass die Schallimmissionen möglichst nicht gegen Wohnhäuser gerichtet sind.

[2] Die zu bewilligenden Zwischennutzungen sind so anzuordnen, dass für Grossveranstaltungen (Lakelivekonzerte, Zirkusveranstaltungen etc.) auf dem Areal eine ausreichende zusammenhängende Fläche (ca. 15 000 m2) weiterhin zur Verfügung steht.

[3] Die bestehende strassenmässige Erschliessung sowie die in der Umgebung vorhandenen öffentlichen Parkplätze sind für die auf der Grundlage dieses Reglements möglichen Zwischennutzungen ausreichend.

Art. 9 Hausanschlüsse

[1] Die Verbindung zu den aufgrund des Erschliessungskonzepts (vgl. Art. 8) bestehenden oder zu erstellenden öffentlichen Leitungen erfolgt mit Hausanschlüssen (vgl. Art. 106 Abs. 3 BauG).

[2] Diese sind für die Abwasser- und Wasserversorgung nach den Weisungen des jeweiligen Erschliessungsträgers von der Bauherrschaft zu erstellen und zu finanzieren.

[3] Die Hausanschlüsse für die Elektrizitätsversorgung werden durch den Erschliessungsträger erstellt.

[4] Die Zu- und Wegfahrt zu den zu erstellenden Kleinbauten (Hauszufahrten) dienen einzig dem Warentransport sowie für Notfälle und sind möglichst einfach und so zu halten, dass sie ohne grossen Aufwand entfernt und der ursprüngliche Zustand wiederhergestellt werden können. Insbesondere sind keine Fundamente einzubringen.

Art. 10 Gebühren

[1] Anschlussgebühren werden nach den Regeln über vorübergehende oder ausserordentliche Anschlüsse (Baustellenanschlüsse) erhoben.

[2] Im Übrigen gelten die ordentlichen (Benützungs-)Gebühren der jeweils massgebenden Gebührenreglemente.

V. Schlussbestimmungen

Art. 11 Inkrafttreten

[1] Der Gemeinderat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens.

Anhänge

Anhang 1: Plan Perimeter

II.

Keine Fremdänderungen.

III.

Keine Fremdaufhebungen.

IV.

Das Datum des Inkrafttretens wird zur gegebenen Zeit ergänzt (nach Ablauf der Referendumsfrist).

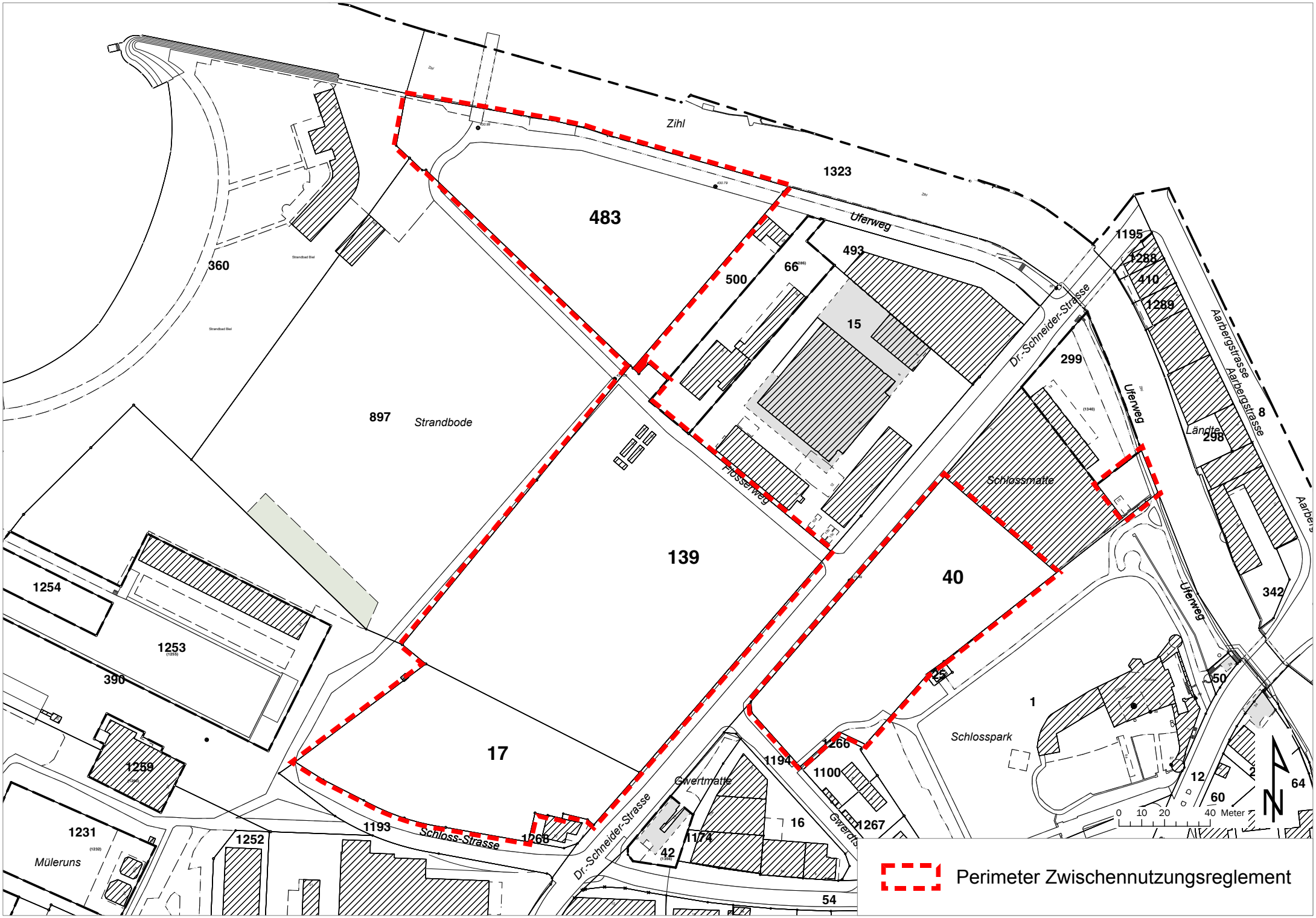
Nidau, 19. November 2026

Stadtrat Nidau
Der Stadtratspräsident:

Hans Peter Meier

Die Stadtschreiberin:

Manuela Jennings


Zihl
1323
483
Uferweg
493
66
500
15
1195
1288
410
1289
Dr.-Schneider-Strasse
299
Uferweg
Aarbergstrasse
Aarbergstrasse
8
Ländte
298
Aarberg
360
897
Strandbode
Flosserweg
Schlossmatte
139
40
342
Uferweg
1254
1253
390
25
50
1
Schlosspark
17
1259
1266
1194
1100
12
2
64
60
0 10 20 40 Meter
Gwertmatte
16
1231
Müleruns
1252
1193
Schloss-Strasse
1265
Dr.-Schneider-Strasse
1174
42
1267
54
Perimeter Zwischennutzungsreglement

STADT NIDAU

10. Entwicklung ZPP Vorstadt Süd – Planungskredit

Ressort	Präsidiales
Sitzung	19.11.2026

Der Stadtrat genehmigt das Projekt «Entwicklung ZPP Vorstadt Süd» und bewilligt dafür einen Planungskredit von 600 000 Franken inkl. MWST. Die Motion M 233 wird als erfüllt abgeschrieben.

nid 6.1.4 / 40.4

Sachlage / Vorgeschichte

a) Rechtskräftiges Planungsinstrument

Für das Gebiet der Vorstadt Süd besteht mit der **Zone mit Planungspflicht (ZPP) Vorstadt Süd** bereits ein rechtskräftiges Planungsinstrument. Es ist Teil der baurechtlichen Teilgrundordnung «Weiteres Stadtgebiet» und bildet die verbindliche Grundlage für eine verdichtete, qualitativ hochwertige Überbauung mit gemischten Nutzungen.

b) Strategische und wirtschaftliche Bedeutung

Die Entwicklung dieses Areals hat für die Stadt Nidau eine hohe strategische Priorität. Sie verbindet städtebauliche Chancen mit wirtschaftlichen Vorteilen:

- **Ortseingang und Städtebau:** Attraktive und zeitgemässe Aufwertung des zentralen Ortseingangs.
- **Kommunale Liegenschaften:** Nachhaltige und wertsteigernde Nutzung städtischer Parzellen – namentlich durch die Einbindung der denkmalgeschützten Liegenschaft an der Hauptstrasse 78 («Guggerhaus») sowie durch die Entwicklung der heute baufälligen Liegenschaft an der Hauptstrasse 70 (Brockenstube des Gemeinnützigen Frauenvereins; eine Ersatzlösung wurde gemäss Stadtratsgeschäft vom 18. Juni 2026 bereits gefunden) und des unbebauten Grundstücks beim Bahnhof-Kreisel (aktuelle Baustelleninstallation; Übersicht Perimeter siehe unten).
- **Finanzen:** Langfristige und notwendige Stärkung der kommunalen Steuerkraft.

c) Politischer Auftrag und zeitlicher Rahmen

Mit der einstimmigen Annahme der **Motion M 233 am 18. September 2025** hat der Stadtrat den Gemeinderat verbindlich beauftragt, die Planung und Entwicklung der ZPP Vorstadt Süd unverzüglich zu starten. Entsprechend hat der Gemeinderat das Vorhaben als **strategischen Schwerpunkt** sowohl in der laufenden Legislaturplanung 2026–2029 als auch im Finanzpaket 2026–2029 fest verankert.

Projekt

a) Strategische Lage

Das Planungsgebiet nimmt eine Schlüsselrolle in der zukünftigen Stadtentwicklung von Nidau ein:

- **Zentrale Schnittstelle:** Das Areal liegt direkt südlich der historischen Altstadt. Es verbindet das historische «Stedtli» mit den modernen Entwicklungsgebieten rund um den Bahnhof.

- **Gute ÖV-Erschliessung:** Die unmittelbare Nachbarschaft zum Bahnhof Nidau garantiert eine ausgezeichnete Anbindung an den öffentlichen Verkehr.
- **Kurze Wege:** Wichtige Versorgungs-, Dienstleistungs- und Einkaufseinrichtungen befinden sich in Gehdistanz.

Der Perimeter der ZPP Vorstadt Süd umfasst folgende Grundstücke:

Sektor	Parzellen	Eigentum
A	GB Nr. 258 und 583	Einwohnergemeinde Nidau
	GB Nr. 88 und 149	Schmid-Hirt Urs
B	GB Nr. 252	Einwohnergemeinde Nidau
	GB Nr. 260	Horavo Immo AG Ipsach

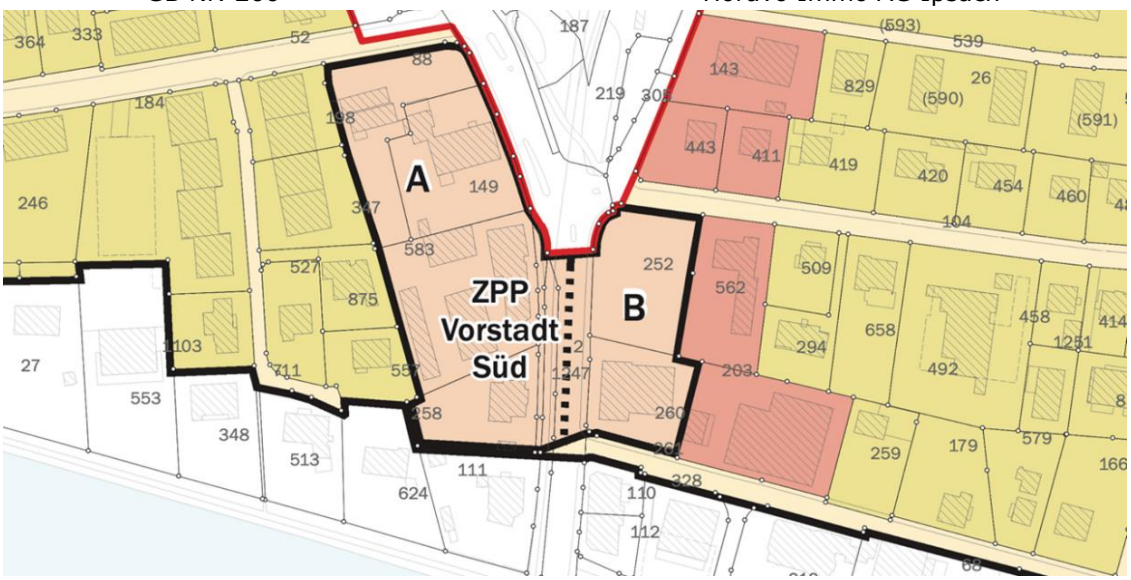


Abb. 1: Ausschnitt rechtskräftiger Nutzungszonenplan «weiteres Stadtgebiet», Stadt Nidau

Zur räumlichen Orientierung veranschaulicht die nachstehende Luftaufnahme die Lage der ZPP Vorstadt Süd:



Abb. 2: Luftaufnahme zur Verortung des Perimeters der ZPP Vorstadt Süd

b) Vorgehen und Qualitätssicherung

Um eine städtebaulich und wirtschaftlich optimale Lösung zu erzielen, setzt der Gemeinderat auf ein kooperatives, mehrstufiges Verfahren:

- **Einbezug der Eigentümerschaften:** Die privaten Grundeigentümerschaften im Planungsgebiet werden von Beginn an transparent und eng in den Prozess eingebunden.
- **Studienauftrag:** Ein qualitätssicherndes Verfahren gemäss SIA-Norm 143 (Studienauftrag mit Jury) soll eine städtebaulich hochstehende, nachhaltige und wirtschaftlich tragfähige Gesamtlösung ermöglichen. Vier Bearbeitungsteams erarbeiten dabei in einem Dialogverfahren in Konkurrenz Lösungsvorschläge, um das beste Projekt für das Areal zu ermitteln.
- **Überbauungsordnung (UeO):** Das Siegerprojekt des Studienauftrags und dessen allfällige Überarbeitung bildet die Grundlage für die anschliessende Ausarbeitung der rechtsverbindlichen und grundeigentümerverbindlichen Überbauungsordnung.
- **Nutzungsausgleich:** Zwischen der Stadt und den privaten Eigentümerschaften wird ein fairer, transparenter Nutzungsausgleich angestrebt. D.h., planerisch bedingte Vor- und Nachteile innerhalb des Perimeters werden partnerschaftlich gelöst und ausgeglichen. Dies wird in einer gegenseitigen Vereinbarung geregelt.

c) Partnerschaftliches Entwicklungsmodell

Die Realisierung erfolgt über ein strukturiertes, zweistufiges Modell:

1. **Ausschreibung und Bestimmung Bauträgerschaft:** In einem ersten Schritt schreibt die Stadt ihre Grundstücke und das Gebiet der ZPP Vorstadt Süd zur Entwicklung aus, um eine kompetente Projekt- und Bauträgerschaft zu evaluieren und zu bestimmen. Dazu ist ein Konkurrenzverfahren mit öffentlicher Ausschreibung geplant, in welcher die Bewerbenden ihre Angebote einreichen. Ziel ist es, mit dem für die Stadt vorteilhaftesten Angebot eine Projekt- und Bauträgerschaft zu verpflichten, mit welcher die Arealentwicklung angegangen und erfolgreich durchgeführt werden kann. Diese wird sich an den Planungskosten beteiligen, ggf. interimistisch auch den Anteil der privaten Eigentümerschaften übernehmen.
2. **Gemeinsames Verfahren:** Nach dem Zuschlag führt die Stadt das Planungs- und Qualitätssicherungsverfahren (Studienauftrag) gemeinsam mit der Bauträgerschaft und den privaten Grundeigentümerschaften durch. Die Kostentragung für den Planungs- und Projektentwicklungsprozess dazu wird in der Ausschreibung zu gegebenem Zeitpunkt dargelegt. Er berücksichtigt angemessen die Interessen der Beteiligten. Selbst wenn die Stadt Nidau die Grundstücke an die Projekt- und Bauträgerschaft abgibt, bleibt die Stadt die Planungs- und Bewilligungsbehörde in vorzusehenden Verfahren und die Hüterin der öffentlichen Interessen.

d) Strategie: Abgabe der städtischen Parzellen im Baurecht

Der Gemeinderat beabsichtigt, die städtischen Grundstücke im Rahmen der Entwicklung der «ZPP Vorstadt Süd» nicht zu verkaufen, sondern im Baurecht abzugeben. Da die Begründung eines selbständigen und dauernden Baurechts einer Veräusserung von Grundstücken rechtlich gleichgestellt ist und der Wert dieser Rechtsgeschäfte die abschliessende Finanzkompetenz des Gemeinderates gemäss Art. 64 der Stadtordnung übersteigt, wird die entsprechende Vorlage dem Stadtrat zu gegebener Zeit zum Beschluss unterbreitet. Dadurch wird sichergestellt, dass der Stadtrat Kenntnis von den wichtigsten Parametern des zukünftigen Baurechtsvertrags erhält.

Vorteile der Baurechtsabgabe für die Stadt Nidau:

- **Langfristige Erträge:** Wiederkehrende, indexierte Baurechtszinse stärken die kommunale Finanzkraft nachhaltig und sichern planbare Einnahmen für kommende Generationen.
- **Eigentumssicherung:** Der strategisch wichtige städtische Grundbesitz (Grundeigentum, Vermögenswerte) bleibt dauerhaft im Eigentum der Stadt Nidau.
- **Strategische Kontrolle:** Die Stadt behält via Baurechtsvertrag langfristig direkten Einfluss, definiert jedoch mit dem Baurechtsvertrag die entsprechenden Rahmenbedingungen.

Kosten

Die Zusammensetzung des vorliegend beantragten Planungskredits gestaltet sich gemäss Kostenschätzung wie folgt:

Pos.	Beschreibung	Kosten (CHF inkl. MWST)
1	**Studienauftrag Initialisierung** *(Grundlagenbeschaffung, Projektorganisation, Koordination)*	37'000.00
2	**Vorbereitung Studienauftrag** *(Zusammensetzung Fachjury, Ausarbeitung Wettbewerbsprogramm gemäss SIA 143, Definition Bewertungskriterien, Bereitstellung Ausschreibungsunterlagen)*	85'000.00
3	**Durchführung Studienauftrag** *(inkl. Entschädigung für 4 Expertenteams à CHF 40'000.00)*	250’000.00
4	**Kommunikation** *(inkl. öffentliche Ausstellung, Durchführung öffentliche Informationsveranstaltung, Öffentlichkeitsarbeit)*	19'000.00
5	**Vertiefung Siegerprojekt**	90’000.00
6	**UeO-Entwurf**	40’000.00
7	**UeO Planerlassverfahren**	35'000.00
8	**Unvorhergesehenes (~7.3 %)**	44'000.00
	Total Verpflichtungskredit	**600'000.00**

Personelle Auswirkungen

Das Vorhaben hat keinen Einfluss auf den Stellenplan. Die Arbeiten werden durch die bestehenden personellen Ressourcen abgedeckt und gemäss Kostenschätzung durch externe Expertise begleitet.

Finanzielle Auswirkungen

Jährliche Folgekosten

Folgekosten sind für den Kreditbeschluss transparent darzulegen. Zusammen mit dem Kreditbeschluss gelten die Folgekosten ebenfalls als beschlossen. Sie werden jährlich als gebundene Ausgaben in der Erfolgsrechnung belastet.

Betriebliche Folgekosten

Zu kapitalisierende Folgekosten: (Beispiel: Miete)	CHF	0.00
Zu kapitalisierende Folgekosten: (Beispiel: Lizenzen)	CHF	0.00
Normale Folgekosten: (Beispiel: Personalaufwand Abwart bei Schulhausneubau)	CHF	0.00
Normale Folgekosten: (Beispiel: Baulicher Unterhaltskosten, Betrieblicher Unterhalt)	CHF	0.00
Total neue betriebliche Folgekosten ab Inbetriebnahme	CHF	**0.00**

Kapitalfolgekosten

Ab Inbetriebnahme entstehen nachfolgende Kapitalfolgekosten:

Abschreibungsaufwand Anlagekategorie Ortsplanung 10 Jahre	CHF	60'000.00
Kalkulatorische Zinskosten 3%	CHF	9'000.00
Total Kapitalfolgekosten	CHF	**69'000.00**

Beiträge Dritter

Es kann mit keinen Beiträgen gerechnet werden.

Auswirkungen auf das Finanzhaushaltsgleichgewicht

Das Projekt belastet den Allgemeinen Haushalt. Die neuen wiederkehrenden Kosten von 69’000 Franken belasten die Erfolgsrechnung. Das Finanzhaushaltsgleichgewicht überprüft der Gemeinderat jeweils mit dem Budget resp. mit der Finanzplanung. Hierbei müssen mit entsprechenden Priorisierungen oder Kompensationen die Tragbarkeit im Sinne der finanzpolitischen Zielsetzungen sichergestellt werden.
Im Finanzplan 2026 – 2031 sind CHF 600’0000 eingestellt.

Finanzrechtliche Zuständigkeit

Das Trennungsverbot gemäss Artikel 102 Gemeindeverordnung verlangt, dass Ausgaben, die sich gegenseitig bedingen, als Gesamtausgabe zu beschliessen sind. Das gilt auch, wenn einmalige und wiederkehrende Ausgaben für den gleichen Zweck anfallen. Für die Bestimmung der massgebenden Summe für die finanzrechtliche Zuständigkeit müssen daher gewisse wiederkehrende Kosten kapitalisiert und mit den einmaligen Kosten zusammengerechnet werden. Es müssen keine Folgekosten kapitalisiert werden. Die Kapitalfolgekosten gehören zu den normalen Folgekosten, welche nicht anrechenbar sind. Gemäss Stadtordnung Artikel 28 ist die Ausgabenbefugnis für wiederkehrende Ausgaben fünfmal kleiner als für einmalige.

Somit setzt sich die Summe für die Bestimmung der finanzrechtlichen Zuständigkeit wie folgt zusammen:

Einmalige Ausgaben als Objektkredit zu Lasten Investitionsrechnung	CHF	600'000.00
Massgebende Summe für die finanzrechtliche Zuständigkeit	CHF	600'000.00

Somit unterliegt der Kreditbeschluss dem Stadtrat.

Finanzierung

Die Finanzierung erfolgt im Rahmen der allgemeinen Liquiditätsbewirtschaftung.

Konto und Rechnungsjahr
Konto 7900.5290.13 in den Jahren 2026 - 2029.

Anlagebuchhaltung

- ☒ Bei der vorliegenden Investition handelt es sich um eine neue Anlage.
- ☐ Bei der vorliegenden Investition handelt es sich um eine Ersatzinvestition für eine Anlage ohne Restbuchwert.
- ☐ Bei der vorliegenden Investition handelt es sich um eine Ersatzinvestition für eine Anlage mit einem Restbuchwert von X Franken. Dieser Anlagewert ist somit gemäss Artikel 83 Absatz 3 Gemeindeverordnung sofort ausserplanmässig abzuschreiben. Die Abschreibung erfolgt, sobald der vorliegende Kredit gesprochen wurde.

Termine

- **2026:** Bewilligung des Planungskredits durch den Stadtrat.
- **2027:** Durchführung der Ausschreibung und Wahl der Projekt- und Bauträgerschaft sowie gemeinsame Projektinitialisierung mit den privaten Eigentümerschaften.
- **2028:** Durchführung des qualitätssichernden Verfahrens (Studienauftrag mit gemäss SIA-Norm 143 mit 4 Teams) mit einer Jury (Fach- und Sachjury).
- **2029:** Vertiefung und Finalisierung des Siegerprojekts und Beschluss des Baurechtsvertrags durch den Stadtrat (gemäss Art. 64 Stadtordnung).
- **2030:** Ausarbeitung der Überbauungsordnung (UeO) und Einreichung zur kantonalen Vorprüfung beim AGR.
- **2031:** Öffentliche Planauflage, formeller Erlass der UeO durch den Gemeinderat (gemäss Art. 66 Abs. 3 BauG)
- **2032+:** Ausarbeitung des konkreten Bauprojekts durch die Bauträgerschaft, ordentliches Baubewilligungsverfahren und anschliessender Baustart.

Der vorliegende Zeitplan basiert auf dem aktuellen Planungsstand. Je nach Projektverlauf – insbesondere durch Einsprachen, Beschwerden oder weiteren Blockaden – ist mit zeitlichen Verzögerungen zu rechnen.

Zustimmungen

- **Stadtrat:** Bewilligung des vorliegenden Planungskredits (2026) und Genehmigung der Abgabe der städtischen Grundstücke im Baurecht gemäss Art. 64 Stadtordnung (ca. 2031).
- **Gemeinderat:** Formeller Erlass der Überbauungsordnung (UeO) gemäss Art. 66 Abs. 3 BauG (ca. 2031).
- **Kanton (AGR):** Rechtliche Genehmigung der erlassenen Überbauungsordnung (ca. 2031)
- **Private Eigentümer:** Kooperative Mitwirkung im Planungsverfahren sowie das Anstreben einvernehmlicher vertraglicher Vereinbarungen.

Beschlussentwurf

Der Stadtrat von Nidau, gestützt auf Artikel 54 Absatz 1 Buchstabe a der Stadtordnung, beschliesst:

1. Das Projekt «Entwicklung ZPP Vorstadt Süd» wird genehmigt und dafür ein Investitionskredit (Konto 7900.5290.13) von 600 000 Franken bewilligt.
2. Teuerungsbedingte Mehraufwendungen gelten als genehmigt.
3. Mit dem Vollzug wird der Gemeinderat beauftragt. Dieser wird ermächtigt, notwendige oder zweckmässige Projektänderungen vorzunehmen, die den Gesamtcharakter des Projektes nicht verändern. Der Gemeinderat kann diese Kompetenz an die zuständige Stelle delegieren.
4. Die Motion M 233 wird als erfüllt abgeschrieben.

2560 Nidau, 27. Oktober 2026 jem

NAMENS DES GEMEINDERATES NIDAU

Der Stadtpräsident	Die Stadtschreiberin
Tobias Egger	Manuela Jennings

11. Unterer Kanalweg 19 – Entwidmung ins Finanzvermögen

Ressort	Hochbau
Sitzung	19.11.2026

Der Stadtrat genehmigt die Entwidmung und Übertragung der stadteigenen Liegenschaft Nidau-Gbbl. Nr. 439 (Unterer Kanalweg 19) vom Verwaltungs- ins Finanzvermögen und beauftragt den Gemeinderat mit dem Vollzug.

nid 9.4.4.5 / 5.1

Sachlage

1. Aperçu



Die bis ins Jahr 2024 als Kindertagesstätte genutzte und derzeit leerstehende Liegenschaft am Unteren Kanalweg 19 (Nidau-Gbbl. Nr. 439) ist noch im Verwaltungsvermögen verzeichnet.

Gemäss den aktuellen Bedarfsabklärungen des Gemeinderates wird sie dauerhaft für keine unmittelbare öffentliche Aufgabenerfüllung mehr benötigt.

Aufgrund des dauerhaften Wegfalls des öffentlichen Bedarfs beantragt der Gemeinderat dem Stadtrat, die Liegenschaft zu entwidmen und ins Finanzvermögen zu überführen.

2. Vorgeschichte

Der Gemeinderat hat im Juli 2024 beschlossen, die Kindertagesstätte am Unteren Kanalweg 19 aufgrund der sinkenden Nachfrage zu schliessen. Im Rahmen einer Güterabwägung wurde entschieden, die Kita Aarehüpfer ab Sommer 2024 mit 12 Plätzen in der städtischen Liegenschaft am Aalmattenweg 46 weiterzuführen.

Mit diesem Entscheid ist die bisherige öffentliche Nutzung als Kindertagesstätte am Unteren Kanalweg 19 entfallen. Die Liegenschaft wird seither nicht mehr für die Erfüllung einer öffentlichen Aufgabe genutzt. Ein zukünftiger Eigenbedarf seitens der Stadt Nidau ist nicht gegeben.

Der Gemeinderat hat sich bereits mehrfach mit der zukünftigen Nutzung und Entwicklung der Liegenschaft befasst. Dabei wurden unterschiedliche Möglichkeiten geprüft, insbesondere die Sanierung und Weiternutzung des bestehenden Gebäudes, eine Eigenentwicklung mit einem Ersatzneubau, die Abgabe der Liegenschaft im Baurecht sowie ein Verkauf.

Mit der vorliegenden Vorlage soll jedoch noch kein verbindlicher Entscheid über Verkauf, Baurechtsabgabe oder Eigenentwicklung getroffen werden. Gegenstand des Geschäfts ist die formelle Aufhebung der bisherigen öffentlichen Zweckbestimmung und die Überführung der Parzelle Nr. 439 vom Verwaltungsvermögen ins Finanzvermögen, weil dauerhaft kein unmittelbarer öffentlicher Bedarf mehr besteht.

3. Notwendigkeit der Entwidmung

a) Zuordnung und rechtliche Vorgaben

Die kantonale Gemeindeverordnung vom 16. Dezember 1998 (GV; BSG 170.111) unterscheidet zwischen Finanz- und Verwaltungsvermögen:

> **Art. 74 Finanzvermögen**
>
> 1 Das Finanzvermögen besteht aus den Vermögenswerten, die ohne Beeinträchtigung der Erfüllung öffentlicher Aufgaben veräussert werden können.
>
> **Art. 75 Verwaltungsvermögen**
>
> 1 Das Verwaltungsvermögen besteht aus den Vermögenswerten, die unmittelbar der Erfüllung öffentlicher Aufgaben dienen.

Mit der Schliessung der Kindertagesstätte am Unteren Kanalweg 19 ist der bisherige öffentliche Verwendungszweck der Liegenschaft weggefallen. Gemäss den aktuellen Bedarfsabklärungen wird die Parzelle Nidau-Gbbl. Nr. 439 auch für keine andere unmittelbare öffentliche Aufgabe benötigt.

Der Gemeinderat beantragt, die bisherige öffentliche Zweckbestimmung der Liegenschaft dauerhaft aufzuheben. Die formelle Entwidmung ist aufgrund des Verkehrswerts der Liegenschaft dem hierfür zuständigen Stadtrat zum Beschluss zu unterbreiten, was vorliegend erfolgt.

Fällt die öffentliche Zweckbestimmung einer Liegenschaft dauerhaft weg und wird sie für die Erfüllung einer öffentlichen Aufgabe nicht mehr benötigt, erfüllt sie die gesetzliche Definition des Verwaltungsvermögens nicht mehr. Sie ist zu entwidmen und in das Finanzvermögen zu übertragen.

Bei dauerhaft entfallenem öffentlichem Bedarf ist die Zuordnung zum Finanzvermögen sachlich geboten. Die HRM2-Arbeitshilfe Gemeindefinanzen des Amtes für Gemeinden und Raumordnung (AGR) hält in Kapitel 4, Ziff. 4.13, ausdrücklich fest, dass Vermögenswerte, welche für die öffentliche Aufgabenerfüllung nicht mehr benötigt werden, ins Finanzvermögen übertragen werden müssen.

Eine Weiterführung der Liegenschaft im Verwaltungsvermögen trotz dauerhaft weggefallener öffentlicher Zweckbestimmung würde zu einer sachlich nicht mehr zutreffenden Zuordnung in der Bilanz führen. Damit würden auch die für das Verwaltungsvermögen vorgesehenen Rechnungslegungs- und Bewertungsvorschriften weiterhin auf einen Vermögenswert angewendet, der die Voraussetzungen für die Zuordnung zum Verwaltungsvermögen nicht mehr erfüllt.

Die unterlassene Übertragung wäre daher mit den Vorgaben von Art. 70 GG, Art. 60 sowie Art. 73–75 GV und den für die bernischen Gemeinden massgebenden Rechnungslegungsvorgaben nach HRM2 nicht vereinbar.

Die Überführung ins Finanzvermögen ist unabhängig davon erforderlich, welche Entwicklungsstrategie später verfolgt wird. Sie trägt dem Umstand Rechnung, dass die Liegenschaft nicht mehr unmittelbar der Erfüllung einer öffentlichen Aufgabe dient, und schafft gleichzeitig die rechtliche Voraussetzung für eine spätere kommerzielle Nutzung.

Mit der vorliegenden Vorlage wird deshalb ausdrücklich kein Entscheid darüber getroffen, ob die Liegenschaft künftig im Baurecht abgegeben, verkauft, durch die Stadt selbst entwickelt,

vermietet oder einer anderen Nutzung zugeführt werden soll. Ein entsprechender Strategieentscheid erfolgt zu einem späteren Zeitpunkt auf Grundlage einer vertieften Beurteilung (vgl. untenstehende Ausführungen).

b) Zuständigkeiten

Für die Überführung vom Verwaltungs- ins Finanzvermögen bestimmt die Gemeindeverordnung Folgendes:

> **Art. 104 Überführung Finanz-/Verwaltungsvermögen**
>
> [1] Wird Finanz- ins Verwaltungsvermögen oder Verwaltungs- ins Finanzvermögen überführt, bestimmt sich das zuständige Organ nach dem Verkehrswert.
>
> [2] Für die Umbuchung ist der Buchwert massgebend.

Für die Bestimmung der finanzrechtlichen Zuständigkeit wird gemäss Art. 25 Bst. g der Stadtordnung (SRS 101.1) die Entwidmung von Verwaltungsvermögen in das Finanzvermögen einer Ausgabe gleichgestellt. Massgebend für die Bestimmung der Zuständigkeit ist gemäss Art. 104 Abs. 1 GV der Verkehrswert der Liegenschaft und nicht deren Buchwert.

Gemäss der Verkehrswertschätzung beträgt der Verkehrswert rund 982 000 Franken. Damit liegt die Entwidmung über der allgemeinen Ausgabenkompetenz des Gemeinderates von 100 000 Franken und innerhalb der abschliessenden Kompetenz des Stadtrates bis 1 Million Franken (Art. 54 Abs. 1 Bst. a und Art. 64 Abs. 1 Bst. a Stadtordnung). Die besondere Kompetenz des Gemeinderates für den Erwerb und die Veräusserung von Grundstücken des Finanzvermögens gemäss Art. 64 Abs. 1 Bst. b gilt nicht für die Entwidmung. Für die anschliessende buchhalterische Umbuchung ist gemäss Art. 104 Abs. 2 GV der Buchwert massgebend.

Ungeachtet dessen liegt die Zuständigkeit für die Immobilienstrategie beim Gemeinderat.

4. Künftige Entwicklung noch offen

a) Erste Analyse: Verkehrswertschätzung und Entwicklungskonzept

Nach dem Entscheid zur Schliessung der Kindertagesstätte stellte sich für den Gemeinderat die Frage nach der zukünftigen Nutzung und Entwicklung der Liegenschaft.

Der Verzicht auf eine weitere unmittelbare öffentliche Nutzung bildet die sachliche Grundlage des Entwidmungsantrags. Die strategische Vorbereitung durch den Gemeinderat greift dem Entscheid des Stadtrates über die Entwidmung sowie späteren Entscheidungen nicht vor.

Als Grundlage für die weitere Beurteilung wurden eine Verkehrswertschätzung sowie ein Entwicklungskonzept für die Parzelle Nidau-Gbbl. Nr. 439 erarbeitet.

Gemäss der Verkehrswertschätzung beträgt der Verkehrswert der Liegenschaft rund 982 000 Franken. Dieser Wert bildet insbesondere die Grundlage für die finanzrechtliche Beurteilung der Entwidmung.

Parallel dazu wurde durch externe Fachleute ein Entwicklungskonzept erarbeitet. Dabei wurden das bauliche und wirtschaftliche Entwicklungspotenzial der Liegenschaft sowie verschiedene Nutzungsmöglichkeiten untersucht. Aufgrund des sanierungsbedürftigen Zustands des bestehenden Wohnhauses wurden sowohl eine Sanierung und Weiternutzung des Bestandes als auch eine weitergehende Entwicklung des Grundstücks, insbesondere mit einem Ersatzneubau, geprüft.

Gestützt auf das Entwicklungskonzept beschloss der Gemeinderat am 18. November 2025, die Liegenschaft im Baurecht abzugeben. Damit sollte eine bauliche Weiterentwicklung der Parzelle ermöglicht, das Grundstück langfristig im Eigentum der Stadt Nidau behalten und gleichzeitig über den Baurechtszins ein wiederkehrender Ertrag erzielt werden.

Link: Medienmitteilung 18.11.2025, Liegenschaft Unterer Kanalweg 19

Inzwischen haben sich jedoch die finanziellen Rahmenbedingungen der Stadt Nidau sowie die Zusammensetzung des Gemeinderates verändert. Vor diesem Hintergrund soll die zukünftige Entwicklungsstrategie nochmals umfassend und ergebnisoffen überprüft werden. Der Gemeinderat behält sich deshalb ausdrücklich vor, seinen Beschluss vom 18. November 2025 betreffend die Abgabe der Liegenschaft im Baurecht zu überprüfen und gegebenenfalls in Wiedererwägung zu ziehen. Zu diesem Zweck wurde eine weitergehende wirtschaftliche und strategische Analyse der verschiedenen Handlungsoptionen in Auftrag gegeben.

b) Überprüfung der strategischen Ausrichtung aufgrund veränderter Finanzlage

Der Gemeinderat befasst sich derzeit vertieft mit dem strategischen Umgang mit den städtischen Liegenschaften, insbesondere mit den Liegenschaften im Finanzvermögen. Die bestehende Immobilienstrategie bildet hierfür eine Grundlage, weist jedoch in weiten Teilen den Charakter einer Bestandesaufnahme auf und geht gerade in Bezug auf mögliche Entwicklungsgrundsätze zu wenig weit. Vor dem Hintergrund der angespannten Finanzlage stellt sich deshalb die Frage, wie die Liegenschaften im Finanzvermögen künftig gezielter zur Erzielung von langfristigen Erträgen, zur Stabilisierung des Finanzhaushalts und zur nachhaltigen Entwicklung des städtischen Immobilienbestands eingesetzt werden können.

Einen konkreten Anlass bildet nun die Entwidmung der Liegenschaft Unterer Kanalweg 19. Im Zusammenhang mit der zukünftigen Entwicklung dieser Liegenschaft sollen die Varianten Verkauf, Abgabe im Baurecht und Eigenentwicklung vertieft geprüft und nach einer einheitlichen Methodik miteinander verglichen werden.

Ziel ist es, eine nachvollziehbare und politisch belastbare Entscheidungsgrundlage zu schaffen. Dabei soll insbesondere aufgezeigt werden, welche Entwicklungsstrategie für die Stadt Nidau unter Berücksichtigung von Ertrag, Kapitaleinsatz, Risiko und langfristigem Vermögen den grössten wirtschaftlichen Nutzen bietet. Ergänzend sind strategische Aspekte wie der Erhalt des Grundeigentums, die finanzielle Flexibilität, die Steuerbarkeit der Nutzung sowie die Projekt- und Bewirtschaftungsrisiken zu berücksichtigen.

Die Erkenntnisse aus dieser Analyse sollen gleichzeitig dazu beitragen, grundsätzliche Beurteilungskriterien für die Liegenschaften des Finanzvermögens zu entwickeln und damit eine Grundlage für den zukünftigen strategischen Umgang mit dem Immobilienportfolio der Stadt Nidau zu schaffen.

c) Zweite Analyse: Zukünftige Strategie mit Variantenberechnung (laufend)

Aufgrund der vorstehend ausgeführten Überlegungen hat der Gemeinderat beschlossen, eine weitergehende wirtschaftliche und strategische Analyse der Liegenschaft in Auftrag zu geben. Dazu wurde ein auf Gemeindeimmobilien spezialisierter externer Experte beigezogen. Untersucht werden verschiedene Szenarien für die zukünftige Nutzung der Parzelle, insbesondere eine Eigenentwicklung durch die Stadt, eine Abgabe im Baurecht sowie ein Verkauf.

Im Zentrum der Analyse stehen die wirtschaftlichen Auswirkungen und langfristigen Ertragspotenziale der verschiedenen Varianten für die Stadt Nidau. Dabei werden neben einmaligen Erlösen insbesondere auch Investitions- und Folgekosten, Auswirkungen auf Liquidität und Vermögen sowie die jeweiligen Chancen und Risiken betrachtet. Ergänzend werden die strategischen, städtebaulichen, rechtlichen, organisatorischen und personellen Rahmenbedingungen beurteilt.

Die Arbeiten sind derzeit noch im Gang. Ziel ist es, auf dieser Grundlage eine nachvollziehbare und langfristig zweckmässige Strategie für den zukünftigen Umgang mit der Liegenschaft zu erarbeiten. Die Ergebnisse bilden die Grundlage für die erneute politische Beurteilung der Entwicklungsstrategie. Dabei wird auch der bisherige Grundsatzentscheid zugunsten einer Abgabe im Baurecht nochmals überprüft. Gestützt auf die Ergebnisse wird der Gemeinderat zu einem späteren Zeitpunkt einen definitiven Strategieentscheid treffen und die erforderlichen Folgegeschäfte dem zuständigen Organ in einem separaten Geschäft zum Entscheid unterbreiten.

Die Entwidmung der Parzelle Nidau-Gbbl. Nr. 439 und deren Überführung in das Finanzvermögen sind vom späteren Entscheid über die konkrete Verwendung zu trennen. Voraussetzung ist, dass die Liegenschaft dauerhaft für keine öffentlichen Aufgaben mehr benötigt wird. Mit der Entwidmung wird weder ein Verkauf noch eine Abgabe im Baurecht oder eine Eigenentwicklung bewilligt. Sie schafft vielmehr die notwendige rechtliche Voraussetzung für den späteren Umgang mit der Liegenschaft und ermöglicht es der Stadt, auf Grundlage der laufenden Abklärungen über deren zukünftige Nutzung und Verwertung zu entscheiden.

Projekt

Mit dem vorliegenden Geschäft beantragt der Gemeinderat dem Stadtrat, die Parzelle Nidau-Gbbl. Nr. 439 am Unteren Kanalweg 19 zu entwidmen und vom Verwaltungsvermögen in das Finanzvermögen zu überführen.

Mit der Entwidmung hebt der Stadtrat die bisherige öffentliche Zweckbestimmung formell auf. Grundlage ist der dauerhafte Wegfall dieses unmittelbaren öffentlichen Bedarfs. Damit werden die rechtlichen Voraussetzungen für die weitere Entwicklung der Liegenschaft geschaffen. Über die konkrete Entwicklung oder Verwertung wird mit diesem Geschäft nicht entschieden; insbesondere ersetzt die Überführung keine raumplanerischen oder baurechtlichen Bewilligungen.

Kosten

Für den Beizug des externen Fachexperten für die weitergehende wirtschaftliche und strategische Analyse der Liegenschaft entstehen Kosten von 10 000 Franken. Der Gemeinderat hat hierfür mit Beschluss vom 27. Oktober 2026 einen entsprechenden Nachkredit zulasten der Erfolgsrechnung 2026 bewilligt.

Personelle Auswirkungen

Die Überführung als solche hat keinen Einfluss auf den Stellenplan.

Finanzielle Auswirkungen

Nach dem Beschluss des zuständigen Organs wird die Liegenschaft zum Buchwert vom Verwaltungsvermögen ins Finanzvermögen umgebucht (Art. 104 Abs. 2 GV). Anschliessend erfolgt die Neubewertung nach Art. 81 GV und Anhang 1 GV.

Zur Bestimmung des Marktwerts des Grundstücks (Bauland) einschliesslich des Gebäudes wurde eine Verkehrswertschätzung erarbeitet. Die Verkehrswertschätzung geht von einem Wert von 982 000 Franken aus. Anlässlich der Jahresabschlussarbeiten (Bilanzstichtag) wird die Liegenschaft gemäss den Vorschriften der Gemeindeverordnung respektive der Direktionsverordnung über den Finanzhaushalt der Gemeinden neu bewertet.

Die vorliegende Entwidmung ist unabhängig von der später gewählten Entwicklungsstrategie erforderlich. Sie hat keine unmittelbaren Auswirkungen auf die zukünftige Nutzung der Liegenschaft, ermöglicht jedoch deren korrekte bilanzielle Zuordnung sowie die spätere Umsetzung jener Strategie, welche sich nach Abschluss der vertieften Prüfung als zweckmässigste Lösung erweist.

Termine

Die Überführung erfolgt im Anschluss an den Stadtratsbeschluss.

Zustimmungen

Es sind keine Zustimmungen übergeordneter Organe notwendig.

Beschlussentwurf

Der Stadtrat von Nidau beschliesst gestützt auf Art. 25 Abs. 1 Bst. g und Art. 54 Absatz 1 Bst. a der Stadtordnung,

1. Das Grundstück Nidau 743/439 (Unterer Kanalweg 19) wird entwidmet und zum Buchwert vom Verwaltungs- ins Finanzvermögen übertragen.

2. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

2560 Nidau, 27. Oktober 2026 la

NAMENS DES GEMEINDERATES NIDAU

Der Stadtpräsident	Die Stadtschreiberin
Tobias Egger	Manuela Jennings

Beilagen:

- GRUDIS-Auszug Parzelle Nidau-Gbbl. Nr. 439 / Unterer Kanalweg 19 (Beilage)

Auszug Grundstück-Informationen

Das ist ein GRUDIS-Auszug; er hat nicht die Wirkungen eines beglaubigten Grundbuchauszuges

Nidau / 439

Grundstückbeschreibung

Gemeinde	743 Nidau	
Grundstück-Nr	439	
Grundstückart	Liegenschaft	
E-GRID	CH194618223560	
Fläche	740 m², AV93	
Plan-Nr.	3521	
Lagebezeichnung	Nidau Aalmatte	
Bodenbedeckung	Gebäude, 113 m² Strasse, Weg, 23 m² Gartenanlage, 604 m²	
Gebäude / Bauten	Wohnhaus, 113 m² Geometrisch auf 1 LIG / 0 SDR	Unterer Kanalweg 19, 2560 Nidau
Bemerkungen AV		
Bemerkungen Grundbuch		

Dominierte Grundstücke

Keine

Amtliche Bewertung

Amtlicher Wert CHF	Ertragswert gemäss BGBB CHF	Gültig ab Steuerjahr
494'400		2020

Eigentum

Alleineigentum

Einwohnergemeinde Nidau	03.05.1978 017-1978/1024/0 Kauf	

Anmerkungen

Keine

Dienstbarkeiten

10.04.1978 017-1978/776/0	(L) Kanalisationsdurchleitungsrecht ID.017-2003/000212 z.G. Einwohnergemeinde Nidau

Grundlasten

Keine

Vormerkungen

Gemäss Grundbuch

Pfandrechte

Gemäss Grundbuch

ÖREB-Kataster

Öffentlich-rechtliche Eigentumsbeschränkungen, welche das Grundstück betreffen

Kommunale Nutzungsplanung
Gewässerschutzbereiche (Zusatzinformation nach Art. 8b Abs. 1 Bst. b ÖREBKV)
Naturgefahrenkarte (Zusatzinformation nach Art. 8b Abs. 1 Bst. b ÖREBKV)

Öffentlich-rechtliche Eigentumsbeschränkungen, welche das Grundstück nicht betreffen

Kommunale Planungszonen
Regionale Planungszonen
Kantonale Planungszonen
Regionale Nutzungsplanung
Kantonale Nutzungsplanung
Projektierungszonen Nationalstrassen
Baulinien Nationalstrassen
Baulinien Kantonsstrassen
Projektierungszonen Eisenbahnanlagen
Baulinien Eisenbahnanlagen
Projektierungszonen Flughafenanlagen
Baulinien Flughafenanlagen
Sicherheitszonenplan
Kataster der belasteten Standorte
Kataster der belasteten Standorte im Bereich des Militärs
Kataster der belasteten Standorte im Bereich der zivilen Flugplätze
Kataster der belasteten Standorte im Bereich des öffentlichen Verkehrs

Grundwasserschutzzonen
Grundwasserschutzareale
Gewässerraum (in kommunalen Nutzungszonen)
Gewässerraum (in regionalen Nutzungszonen)
Gewässerraum (in kantonalen Nutzungszonen)
Wasserbauplan, Überflutungsgebiet
Lärmempfindlichkeitsstufen (in kommunalen Nutzungszonen)
Lärmempfindlichkeitsstufen (in regionalen Nutzungszonen)
Lärmempfindlichkeitsstufen (in kantonalen Nutzungszonen)
Statische Waldgrenzen
Kommunale Wald-Baulinien
Regionale Wald-Baulinien
Kantonale Wald-Baulinien
Waldreservate
Projektierungszonen Leitungen mit einer Nennspannung von 220 kV oder höher
Baulinien Starkstromanlagen
Geschützte geologische Objekte regionaler Bedeutung
Geschützte botanische Objekte regionaler Bedeutung
Kantonale Naturschutzgebiete
Sachplan Biodiversität (Zusatzinformation nach Art. 8b Abs. 1 Bst. b ÖREBKV)
Bauinventar (Zusatzinformation nach Art. 8b Abs. 1 Bst. b ÖREBKV)
Archäologisches Inventar (Zusatzinformation nach Art. 8b Abs. 1 Bst. b ÖREBKV)
Kantonale Denkmalschutzobjekte

Öffentlich-rechtliche Eigentumsbeschränkungen, zu denen noch keine Daten vorhanden sind
Gesicherte öffentliche Leitungen

STADT NIDAU

12. Stellenplan – Reduktion

Ressort	Präsidiales
Sitzung	19.11.2026

Der Stadtrat bewilligt die Reduktion der Gesamtzahl der zu bewirtschaftenden Stellen des Gemeindepersonals um insgesamt 100 Stellenprozente per 2027, wobei die Umsetzung etappenweise per 1. Januar 2027 um 90 Stellenprozente und per 1. August 2027 um weitere 10 Stellenprozente erfolgt.

nid 9.2.1.1 / 1

Sachlage / Vorgeschichte

a) Ausgangslage und rechtlicher Rahmen

Gemäss Artikel 54 Absatz 1 Buchstabe i der Stadtordnung legt der Stadtrat in abschliessender Zuständigkeit die Gesamtzahl der Stellen des Gemeindepersonals fest. Der städtische Stellenplan umfasst dabei alle Festanstellungen im Monatsgehalt, die zur Erfüllung der gesetzlichen oder vom Stimmvolk und den Behörden beschlossenen Aufgaben nötig sind. Nicht im Stellenplan enthalten sind Anstellungen im Stundenlohn sowie Stellen, die über den kantonalen Lastenausgleich (Bildung und Soziales) geregelt werden.

b) Die Stellenerhöhung 2024 und das Reduktionsversprechen

Am 12. September 2024 beantragte der Gemeinderat beim Stadtrat eine temporäre Erhöhung des Stellenetats um 100 % für die damalige Abteilung Infrastruktur. Diese Aufstockung war unumgänglich, da die Abteilung bei der Bewältigung des erheblichen Sanierungs- und Instandhaltungsstaus an ihre kapazitäre Obergrenze stiess.
Gleichzeitig stellte der Gemeinderat in Aussicht, die Gesamtzahl der Stellen über mehrere kleine Reduktionen in der Gesamtverwaltung bis zum 1. Januar 2028 um 100 Stellenprozente zu verringern. Im Rahmen der anschliessenden parlamentarischen Beratung wurde diese Reduktion – auf Verweis des grossen Spardrucks – auf Antrag des Parlaments zwingend im Beschluss verankert. Um die nötige Transparenz zu gewährleisten, erhält der Stadtrat seither jährlich mit dem Budget eine aktuelle Übersicht des Stellenplans.

c) Richtlinienmotion und Finanzstrategie

Am 12. September 2024 beriet der Stadtrat parallel eine Richtlinienmotion, die eine Reduktion des Gesamtstellenplans um mindestens 50 Stellenprozente per 1. Januar 2026 forderte. Der Gemeinderat verknüpfte dieses Anliegen in seiner Antwort direkt mit der Finanzstrategie (Massnahme Nr. 72 «Überprüfung des Stellenplans»).
Der Gemeinderat legte dabei umfassend dar, dass der Stellenetat für die gesetzlich vorgeschriebenen Kernleistungen in der Vergangenheit nicht erhöht worden sei – und dies trotz gestiegener Komplexität, Regelungsdichte und Anforderungen. Die kontinuierliche Zunahme von Vorgaben führt zu einem höheren Prüf-, Dokumentations- und Arbeitsaufwand, den das Personal bewältigt, um den kommunalen Service public sicherzustellen. Dies betrifft die Einwohnerdienste und die Finanzverwaltung ebenso wie die öffentliche Sicherheit, die Koordination mit externen Sicherheitsorganen sowie den Unterhalt der Infrastruktur, das Bauwesen

und die Raumplanung. Ausgenommen von dieser Betrachtung sind jene Aufgaben, die über den kantonalen Lastenausgleich finanziert werden (Bildung und Soziales).
Der Gemeinderat zeigte auf, dass die Verwaltung bestrebt ist, diesen Mehraufwand auch weiterhin ohne zusätzliche Stellenprozente zu bewältigen. Dies soll durch betriebswirtschaftliche Massnahmen, laufende Optimierungen, eine schrittweise und bedürfnisgerechte Reduktion der Schalteröffnungszeiten – die als Ergänzung zum kontinuierlichen Ausbau digitaler Behördenleistungen künftig weiter intensiviert werden kann – gezielte Weiterbildungen, einen verstärkten IT-Einsatz und eine strikte Priorisierung gelingen. Die in bereits digitalisierten Bereichen erzielten Effizienzgewinne wurden direkt genutzt, um neue, politisch beschlossene Aufgaben – beispielsweise im Bereich Mobilität – aufzufangen. Mittelfristig, so der Gemeinderat weiter, automatisiere die Digitalisierung zunehmend Routineaufgaben und verschiebe die Ressourcen hin zu komplexeren und höherqualifizierten Tätigkeiten. Der Gemeinderat stellte bis zum 1. Januar 2028 eine Reduktion des Gesamtstellenplans um 100 Stellenprozente in Aussicht. Mit diesem Vorgehen wies er darauf hin, dass sowohl die Richtlinienmotion als auch die Massnahme Nr. 72 der Finanzstrategie als erledigt zu betrachten seien.

Projekt

a) Reorganisation und Sparerfolge

Per 1. Januar 2026 hat der Gemeinderat die ehemals stark überlastete Abteilung Infrastruktur in die beiden Abteilungen Bau und Raumplanung sowie Tiefbau, Umwelt und Sicherheit aufgeteilt. Dieser Schritt erfolgte nicht zuletzt als Reaktion auf die Kündigung der damaligen Abteilungsleitung und die anschliessend erfolglose Nachfolgesuche. Dank dieser neuen Struktur konnten die Positionen der Abteilungsleitungen mit zwei sehr kompetenten Fachkräften besetzt werden. Auch wenn teilweise neue Schnittstellen entstanden sind, liessen sich bereits Optimierungen realisieren.
Durch die grossen Anstrengungen aller Beteiligten können per 1. Januar 2027 zunächst 90 Stellenprozente und per 1. August 2027 weitere 10 Stellenprozente gestrichen werden, womit das Reduktionsziel von insgesamt 100 Stellenprozenten erreicht wird. Diese Einsparungen sind teils die Folge dieser Reorganisation, teils das Resultat kumulierter kleinerer Optimierungen. Diese Reduktion wird über das reguläre Auslaufen befristeter Arbeitsverhältnisse aufgefangen.
Die 2024 gesprochenen zusätzlichen 100 Stellenprozente verbleiben in der heutigen Abteilung Bau und Raumplanung. Sie sichern primär den zwingend erforderlichen internen Kompetenzaufbau im Bereich der Baubewilligungen, um personelle Klumpenrisiken zu reduzieren. Dies ist besonders wichtig, da Baugesuche nach dem Abschluss der Ortsplanungsrevision «weiteres Stadtgebiet» sowohl quantitativ als auch an Komplexität stark zugenommen haben. Aufgrund der vollen Baubewilligungskompetenz muss Nidau zudem grundsätzlich über zwei ausgebildete Fachkräfte als Bauverwalterin oder Bauverwalter verfügen. Gleichzeitig entlasten sie damit das Projekt- und Personalmanagement im Hochbau.

Folgende Stellenprozente werden gestrichen:

- **Tiefbau, Umwelt und Sicherheit (–40 %):** Basierend auf der erfolgten Betriebsanalyse des Werkhofs von 2025 (Massnahmen Nr. 58, 62 der Finanzstrategie) wurde ein Stellenanteil aus dem Werkhofetat in die Verwaltung der neuen Abteilung Tiefbau, Umwelt und Sicherheit überführt. Durch die erzielten organisatorischen Optimierungen können nun 40 Stellenprozente gestrichen werden. Es gilt jedoch offenzulegen, dass dieser Stellenabbau nur durch eine Priorisierung von Projekten in einem

publikumswirksamen Bereich sowie die bewusste Akzeptanz teilweise längerer Bearbeitungsfristen realisiert werden kann. Dies kann unmittelbar auch Wünsche und Ansprüche der Bevölkerung betreffen – dies umso mehr, da ein Grossteil der Ressourcen bereits durch die gesetzlichen Aufgaben gebunden ist. Diese Konsequenzen und diese Priorisierung erfordern ein klares politisches Bekenntnis sowie das gemeinsame Tragen dieser Verantwortung durch die Politik auch gegenüber der Bevölkerung.

- **Stadtkanzlei (–30 %):** Durch die Ausgliederung des Bereichs Sicherheit in die neue Abteilung Tiefbau, Umwelt und Sicherheit wurde die Funktion der Vizestadtschreiberin oder des Vizestadtschreibers von den bisherigen Linienaufgaben weitgehend entlastet. Der Fokus liegt neu ausschliesslich auf den Aufgaben der Stabsstelle Stadtkanzlei sowie namentlich der IT-Organisation. Dank dieser organisatorischen Massnahmen sowie der bereits fortgeschrittenen Digitalisierung in diesem Bereich, können 30 Stellenprozente gestrichen werden. Dies kann insbesondere durch eine konsequente Priorisierung künftiger Digitalisierungsvorhaben gelingen.
- **Städtische Kita (–30 %):** Als Punkt der weiteren Optimierungen kann die Essensausgabe in der Kita dank einer optimalen Organisation und eingespielten Abläufen mit dem bestehenden Personaletat bewältigt werden. Dadurch können die gemäss kantonaler Empfehlung veranschlagten 20 Stellenprozente für die Essensausgabe gestrichen werden. Zudem kann ab dem 1. August 2027 gemäss dem kantonalen Betreuungsschlüssel der Personaletat um weitere 10 Prozent gesenkt werden.

b) Grenzen des Stellenabbaus

Damit realisiert die Verwaltung bereits per 1. Januar 2027 mit 90 Stellenprozenten den Grossteil des vom Parlament geforderten Reduktionsziels aus eigenem Antrieb. Mit den weiteren 10 Stellenprozenten per 1. August 2027 wird das Ziel von insgesamt 100 Prozent schliesslich vollständig umgesetzt – und somit noch immer vor der gesetzten Frist vom 1. Januar 2028.

Obwohl der laufende Optimierungsprozess in einer modernen und innovativen Organisation ein permanenter Auftrag ist, muss für die künftige Festlegung politischer Rahmenbedingungen nun eine klare Grenze aufgezeigt werden:

- **Das organisatorische Optimum ist nahezu erreicht:** Dank optimierter interner Strukturen wurde das Maximum an Effizienz aus den vorhandenen Ressourcen herausgeholt. Auf struktureller Ebene ist das Sparpotenzial vorerst ausgeschöpft. Dennoch wird die stetige betriebliche Optimierung selbstverständlich in allen Bereichen konsequent fortgesetzt.
- **Kein Abbau ohne Leistungsabbau:** Weitere personelle Einsparungen sind ohne den bewussten Verzicht auf politisch legitimierte Aufgaben derzeit nicht mehr realisierbar. Allfällige künftige Sparvorgaben setzen einen gezielten Abbau von städtischen Leistungen voraus, welcher auf politischem Weg beschlossen werden muss.
- **Unerlässliche Ressourcenbindung zur Behebung chronischer Strukturprobleme und Beendigung des dauerhaften Substanzabbaus:** Die Aufgabenbereiche, die fundamentale Bestandteile des Finanzpakets 2026–2029 betreffen, sind zwingend erforderlich, um den seit Jahren andauernden Teufelskreis aus verschobenen Investitionen, fortschreitendem Substanzabbau und unkontrollierten Folgekosten nachhaltig zu durchbrechen. Die erfolgreiche Abwicklung dieser Vorhaben erfordert zwingend das Halten der internen Fachkompetenz. Dies gilt einerseits für das Management investitionsintensiver Projekte und den Substanzerhalt – wie die Gesamtsanierung der

Schulanlage Weidteile, die Zukunft des Strandbads Nidau sowie den Nachholbedarf bei maroden städtischen Liegenschaften –, die über den bestehenden Etat abgefedert werden müssen. Andererseits muss die Stadtentwicklung entschieden vorangetrieben werden, um das Steuersubstrat nachhaltig zu stärken und die strukturelle Lücke bei der Selbstfinanzierung dauerhaft zu schliessen.

c) Sicherung der Arbeitgeberattraktivität und struktureller Durchbruch

Dem Gemeinderat ist es ein zentrales Anliegen, dass die Stadt Nidau eine attraktive Arbeitgeberin bleibt. Nur so lässt sich qualifiziertes Personal erfolgreich rekrutieren, binden und dessen Gestaltungswille, Leistungsbereitschaft sowie die grundlegende Arbeitszufriedenheit nachhaltig erhalten. Dass die Aussen- und die Innensicht zeitweise auseinanderklaffen, ist dem Gemeinderat bewusst: Weil die Öffentlichkeit naturgemäss nur einen Aussenblick auf die Verwaltung und deren Abläufe hat, fehlt teils das Bewusstsein für die Arbeitslast. Gleichzeitig ist die relativ starke Belastung für einen Grossteil der Mitarbeitenden intern längst Realität. Vor diesem Hintergrund betont der Gemeinderat mit aller Deutlichkeit: Eine weitere Reduktion der personellen Ressourcen ist derzeit nicht tragbar. Dennoch werden Optimierungen und Innovationen im Verwaltungsalltag ständig fortgesetzt, und es wird haushälterisch mit den vorhandenen personellen sowie finanziellen Mitteln umgegangen. Nur mit einer angemessen ausgestatteten personellen Basis kann die Stadt Nidau die nachhaltige Leistungsfähigkeit sowie die erfolgreiche Bewältigung der anstehenden Vorhaben sichern. Nur so können die strukturellen Probleme im Kern angegangen und das Fundament für eine noch attraktivere und zukunftsfähige Stadt gelegt werden.

Finanzielle Auswirkungen

Der Stellenplan ist im Budget 2027 transparent abgebildet. Trotz der Teuerung und einer deutlichen Tendenz zu höher qualifiziertem Personal sinkt der Personalaufwand im Vergleich zum Vorjahr um 135 000 Franken.

Personelle Auswirkungen

Der Stellenplan reduziert sich um 100 Stellenprozente.

Termine

Per 1. Januar resp. 1. August 2027

Zustimmungen

Keine.

Beschlussentwurf

Der Stadtrat von Nidau beschliesst gestützt auf Artikel 54 Absatz 1 Buchstabe i der Stadtordnung, beschliesst:

1. Die Gesamtzahl der zu bewirtschaftenden Stellen des Gemeindepersonals wird per 2027 um insgesamt 100 Stellenprozente reduziert. Die Umsetzung erfolgt etappenweise: Per 1. Januar 2027 wird eine Reduktion um 90 Stellenprozente vollzogen, gefolgt von einer Reduktion um weitere 10 Stellenprozente per 1. August 2027.

2560 Nidau, 27. Oktober 2026

NAMENS DES GEMEINDERATES NIDAU

Der Stadtpräsident	Die Stadtschreiberin
Tobias Egger	Manuela Jennings

STADT NIDAU

13. Wie zugänglich ist Nidau? – Berichterstattung

Ressort	Hochbau
Sitzung	19.11.2026

Der Stadtrat nimmt den vorliegenden Bericht «Wie zugänglich ist Nidau?» zur Kenntnis und schreibt das Postulat P 233 «Wie zugänglich ist Nidau?» ab.

nid 0.1.6.2 / 7.3

Sachlage / Vorgeschichte

An der Stadtratssitzung vom 21. September 2023 wurde das Postulat P 233 «Wie zugänglich ist Nidau?» für erheblich erklärt. Mit dem Postulat wurde der Gemeinderat beauftragt zu prüfen, wie gut zugänglich Nidau für Menschen mit Mobilitätseinschränkungen ist und wo Verbesserungen möglich sind.

Dabei sollen insbesondere die öffentlichen Gebäude der Stadt Nidau hinsichtlich einer selbstständigen und hindernisfreien Nutzung beurteilt sowie kurz- und langfristige Verbesserungsmöglichkeiten aufgezeigt werden.

Der Gemeinderat hat bereits im Rahmen der Behandlung des Postulats festgehalten, dass die Stadt Nidau ihre Verantwortung bezüglich hindernisfreier Zugänglichkeit wahrnimmt. Bei Neubauten und grösseren Sanierungen werden die gesetzlichen Anforderungen und geltenden Normen konsequent umgesetzt.

Die damalige Beurteilung zeigte jedoch, dass insbesondere bei bestehenden Gebäuden weiterhin Verbesserungsbedarf besteht. Während die Stadtverwaltung und die Schulanlage Balainen grundsätzlich hindernisfrei zugänglich sind, bestehen insbesondere bei den älteren Schulanlagen Weidteile und Burgerbeunden bauliche Einschränkungen. Auch im Strandbad Nidau wurden Verbesserungsmöglichkeiten festgestellt, insbesondere hinsichtlich des selbstständigen Zugangs zum Wasser.

Für die abschliessende Berichterstattung wurde vom Stadtrat am 18. September 2025 eine Fristverlängerung bis Ende 2026 gewährt. Grund dafür war, dass die Verwaltung zusammen mit dem Postulanten und dem Gemeinderat den Bearbeitungsumfang und die Tiefe der Prüfung noch konkret definieren wollte.

Projekt

In Zusammenarbeit mit der Fachorganisation Sensability wurde das weitere Vorgehen erarbeitet. Sensability ist eine Schweizer Fachorganisation für Inklusion, Gleichstellung und Barrierefreiheit. Sie unterstützt öffentliche Institutionen, Organisationen und Unternehmen bei der Erkennung und dem Abbau von Hindernissen sowie bei der Förderung eines gleichberechtigten Zugangs für Menschen mit Behinderungen.

Der Gemeinderat hat entschieden, die Anliegen des Postulats im Rahmen von zwei miteinander verbundenen Teilprojekten zu bearbeiten. Diese ermöglichen einerseits eine umfassende Betrachtung der Inklusion in der Stadt Nidau und andererseits eine vertiefte Überprüfung der Zugänglichkeit der öffentlich zugänglichen städtischen Gebäude.

1. Inklusions-Check Stadt Nidau

Mit dem Inklusions-Check erfolgt eine umfassende Standortbestimmung zur Inklusion von Menschen mit Behinderungen in Nidau. Dabei werden neben der baulichen Zugänglichkeit auch weitere Bereiche des öffentlichen Lebens betrachtet.

Der Inklusions-Check umfasst unter anderem folgende Themenbereiche:

- öffentliche Gebäude und Anlagen
- öffentlicher Raum und öffentlicher Verkehr
- Dienstleistungen der Stadtverwaltung
- Kommunikation und Information
- politische Partizipation
- Freizeit-, Kultur- und Sportangebote
- Stadt Nidau als Arbeitgeberin

Das ursprüngliche Postulat umfasst neben den öffentlichen Gebäuden auch die Frage, wie die Stadt Nidau die Verbesserung der Zugänglichkeit beim lokalen Gewerbe und bei privaten Liegenschaften fördern und unterstützen kann. Der Schwerpunkt der baulichen Überprüfung liegt bei den öffentlich zugänglichen städtischen Gebäuden. Die Zugänglichkeit privater und gewerblicher Liegenschaften wird im Rahmen des Inklusions-Checks übergeordnet betrachtet. Dabei sollen insbesondere Möglichkeiten zur Sensibilisierung, Information und Unterstützung im Rahmen der städtischen Zuständigkeiten aufgezeigt werden.

Im Rahmen des Inklusions-Checks werden mittels eines Fragebogens, fachlicher Analysen und eines partizipativen Austauschs mit Menschen mit Behinderungen bestehende Hindernisse identifiziert und Verbesserungsmöglichkeiten aufgezeigt. Daraus sollen konkrete Handlungsempfehlungen abgeleitet werden, um die Hindernisfreiheit und die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen in Nidau langfristig und zielgerichtet zu verbessern.

2. Überprüfung der Zugänglichkeit öffentlicher Gebäude

Ergänzend zum Inklusions-Check werden die öffentlich zugänglichen Gebäude im Eigentum der Stadt Nidau vertieft auf ihre hindernisfreie Zugänglichkeit überprüft.

Dazu werden ausgewählte Gebäude gemeinsam mit Expertinnen und Experten mit Behinderungen begangen und anhand einer Checkliste beurteilt. Die Überprüfung berücksichtigt sowohl die geltenden Normvorgaben als auch die praktische Nutzbarkeit im Alltag.

Der daraus entstehende Bericht zeigt insbesondere auf:

- welche Hindernisse bestehen;
- welche kurzfristigen Verbesserungen («Quick Wins») umgesetzt werden können;
- welche längerfristigen baulichen Massnahmen erforderlich sind;
- wie die einzelnen Massnahmen hinsichtlich ihrer Dringlichkeit und Wirkung zu priorisieren sind.

Ziel ist es, bestehende Hindernisse systematisch abzubauen und die selbstständige Nutzung der öffentlichen Gebäude für Menschen mit Behinderungen nachhaltig zu verbessern.

Die Ergebnisse bilden die Grundlage für eine sachgerechte Planung und schrittweise Umsetzung der erforderlichen Massnahmen. Dabei sollen nach Möglichkeit Synergien mit anstehenden Unterhaltsarbeiten, Sanierungen und Investitionsprojekten genutzt werden.

Die vertiefte Prüfung der baulichen Umsetzung sowie die Ermittlung der damit verbundenen Kosten erfolgen in einem nachgelagerten Planungsschritt auf Grundlage der Untersuchungsergebnisse.

3. Weiteres Vorgehen

Der Gemeinderat erachtet den Inklusions-Check und die fachliche Überprüfung der öffentlichen Gebäude als geeignete Instrumente, um die Anliegen des Postulats P 233 «Wie zugänglich ist Nidau?» umfassend aufzugreifen. Mit dem gewählten Vorgehen werden sowohl die bauliche Zugänglichkeit als auch weitere Aspekte der Inklusion untersucht und konkrete Grundlagen für zukünftige Verbesserungen geschaffen.

Im Vordergrund steht dabei, dass aus den Untersuchungen konkrete Handlungsempfehlungen und Verbesserungsmassnahmen abgeleitet werden, die für Menschen mit Behinderungen einen spürbaren Mehrwert im Alltag schaffen. Die Ergebnisse dienen als Grundlage für die weitere Planung und Umsetzung der erforderlichen Massnahmen durch den Gemeinderat. Dabei werden die erforderlichen Massnahmen konkretisiert und hinsichtlich ihrer Umsetzung und Finanzierung geprüft. Allfällige Kredite für die Umsetzung der Massnahmen werden den zuständigen Organen zu gegebener Zeit zur Genehmigung unterbreitet.

Für die Durchführung des Inklusions-Checks sowie die fachliche Überprüfung der Zugänglichkeit der öffentlich zugänglichen städtischen Gebäude entstehen Kosten von rund 43 000 Franken. Diese setzen sich wie folgt zusammen:

- Inklusions-Check Stadt Nidau: rund 13 000 Franken
- Beratung und Überprüfung der Zugänglichkeit der öffentlichen Gebäude: rund 30 000 Franken

Der Gemeinderat hat mit Beschluss vom 27. Oktober 2026 einen entsprechenden Verpflichtungskredit von 43 000 Franken zulasten der Erfolgsrechnung 2027 bewilligt.

Aus den Ergebnissen der Untersuchungen können sich weitere Massnahmen und Projekte zur Verbesserung der Hindernisfreiheit und Inklusion ergeben. Der damit verbundene finanzielle Aufwand lässt sich zum heutigen Zeitpunkt noch nicht abschätzen.

Beschlussentwurf

Der Stadtrat beschliesst gestützt auf Art. 54 Abs. 2 Bst. b der Stadtordnung sowie Art. 78 Abs. 2 Bst. b der Geschäftsordnung des Stadtrates:

1. Die Berichterstattung wird zur Kenntnis genommen.
2. Das Postulat P 233 «Wie zugänglich ist Nidau?» wird abgeschrieben.

2560 Nidau, 27. Oktober 2026 la

NAMENS DES GEMEINDERATES NIDAU

Der Stadtpräsident	Die Stadtschreiberin
Tobias Egger	Manuela Jennings

STADT NIDAU

P

Parlamentarischer Vorstoss

Vorstossart:	Postulat
Vorstoss-Nr.:	P 239
Richtlinienmotion:	☐
Behandlung im Stadtrat:	19.11.2026
Eingereicht am:	18.06.2026
Eingereicht von:	Dörig Stefan
Mitunterzeichnende:	Baumann Sandra, Cura Sacha, Edelmann Sasha, Friedli Tamara, Gabathuler Leander, Girardin Baumgartner Nadja, Kallen Noemi, Kuby Hannah, Ledermann Philipp, Oehme Marlene, Pauli Pauline, Rubin Michael, Stampfli Monika, Volery Tabea, Von Aesch Dominik
Beschluss Gemeinderat:	27.10.2026
Aktenzeichen:	nid 0.1.6.2 / 10.4
Ressort:	Hochbau
Antrag Gemeinderat:	Annahme als Postulat

Bessere Kühlung und Luftqualität in Nidauer Schulen

Antrag

Der Gemeinderat wird aufgefordert, einen Analyse- und Massnahmenplan zur Verbesserung der Kühlung und der Luftqualität in den gemeindeeigenen Schulgebäuden zu erarbeiten. Dieser soll insbesondere umfassen:

1. Eine Bestandesaufnahme der heutigen Temperatur- und Lüftungssituation in den Schulgebäuden und Überlegungen zu den zukünftigen Entwicklungen.
2. Die Identifikation von Möglichkeiten zur wirksamen Kühlung von Innenräumen unter Berücksichtigung energieeffizienter und nachhaltiger Lösungen (insb. Solarstrom)
3. Konkrete Schritte für kurz-, mittel- und langfristige Verbesserungen für die Kühlung und Belüftung.

Begründung

Zunehmende Hitzeperioden führen auch in Nidau vermehrt zu belastenden und teilweise unerträglichen Bedingungen in Schulgebäuden. Hohe Innenraumtemperaturen beeinträchtigen die Konzentration, das Wohlbefinden und die Leistungsfähigkeit von Schülerinnen und Schülern sowie Lehrpersonen. Gleichzeitig besteht die Herausforderung, Lösungen zu entwickeln, die wirksam, energieeffizient und finanziell tragfähig sind. Dabei ist zu berücksichtigen, dass Perioden mit hoher Hitze und entsprechendem Kühlungsbedarf zeitlich mit einer hohen Produktion von Solarstrom zusammenfallen. Dadurch eröffnet sich die Möglichkeit, Kühlungs- und Lüftungsmassnahmen verstärkt mit lokal produziertem Solarstrom zu betreiben, etwa von gemeindeeigenen Anlagen oder von Schuldächern. Eine systematische Analyse der heutigen Situation und darauf abgestützte, gezielte Massnahmen sind notwendig, um die Aufenthalts- und Lernbedingungen für unsere Kinder und Lehrpersonen zu verbessern.

Antwort des Gemeinderates

1. Ausgangslage

Der Gemeinderat anerkennt die im Postulat aufgezeigte Problematik. Längere und intensivere Hitzeperioden führen dazu, dass der sommerliche Wärmeschutz und die Raumluftqualität bei den Schulanlagen zunehmend an Bedeutung gewinnen. Hohe Raumtemperaturen können die Aufenthaltsqualität sowie die Konzentrations- und Leistungsfähigkeit von Schülerinnen und Schülern sowie Lehrpersonen beeinträchtigen.

Das Postulat fordert den Gemeinderat auf, einen Analyse- und Massnahmenplan zu erarbeiten. Dieser soll eine **Bestandesaufnahme** der heutigen Situation, die Prüfung von Möglichkeiten zur wirksamen und energieeffizienten **Kühlung** sowie konkrete kurz-, mittel- und langfristige **Verbesserungsmassnahmen** umfassen.

Die Ausgangslage ist bei den einzelnen Schulanlagen der Stadt Nidau **sehr unterschiedlich.** Alter, Bauweise, energetischer Standard, Ausrichtung, Fensterflächen, Sonnenschutz sowie die vorhandene Gebäudetechnik haben einen wesentlichen Einfluss auf das sommerliche Raumklima. Entsprechend müssen mögliche Massnahmen **objektspezifisch** hinsichtlich ihrer Wirksamkeit, Energieeffizienz, Wirtschaftlichkeit und Verhältnismässigkeit beurteilt werden. Eine aktive Kühlung stellt dabei nur eine von mehreren möglichen Massnahmen dar.

Für die Schulanlage Weidteile werden die Fragestellungen des Postulats bereits im Rahmen der laufenden Gesamtsanierungsplanung bearbeitet. Bei den Schulanlagen Burgerbeunden und Balainen besteht dagegen weiterer Abklärungsbedarf.

Nachfolgend wird die Situation der einzelnen Schulanlagen auf der Grundlage des aktuellen Kenntnisstands und ohne vorgängige fachliche Analyse dargelegt. Wie nachstehend ausgeführt wird, erachtet es der Gemeinderat jedoch als angezeigt, eine vertiefte Untersuchung durch entsprechende Fachpersonen in Auftrag zu geben. Damit soll einerseits die im Postulat geforderte Berichterstattung in der gebotenen Tiefe ermöglicht und andererseits eine fundierte Entscheidungsgrundlage für die Beurteilung und Umsetzung allfällig erforderlicher Massnahmen geschaffen werden.

2. Bestandesaufnahme der Schulanlagen



a) Schulanlage Burgerbeunden

Die Schulanlage Burgerbeunden besteht aus mehreren Gebäuden unterschiedlicher Baujahre.

Dementsprechend weisen die verschiedenen Gebäude sehr unterschiedliche bauliche, energetische und gebäudetechnische Voraussetzungen auf.

<u>Burgerallee 13, 15 und 17</u>

Die Gebäude Burgerallee 13, 15 und 17 wurden 1960 erstellt und bilden baulich und betrieblich eine zusammengehörende Einheit. Die Fassaden wurden im Jahr 1999 energetisch saniert; Wärmedämmung und Fenster entsprechen nicht dem aktuellen energetischen Standard.

Das Schulgebäude Burgerallee 13 verfügt über keine mechanische Lüftung und keine aktive Kühlung. Aula und Turnhalle verfügen über mechanische Lüftungsanlagen, die mittlerweile sanierungsbedürftig sind. Bei allen Gebäuden sind in den kommenden Jahren weitere Erneuerungsmassnahmen an Gebäudehülle und Gebäudetechnik zu erwarten.

Die Anlage ist deshalb hinsichtlich Gebäudehülle, Lüftung, Raumluftqualität und sommerlichem Wärmeschutz gesamtheitlich zu betrachten. Dabei ist insbesondere zu prüfen, welche Massnahmen sinnvoll mit den ohnehin erforderlichen Unterhalts- und Sanierungsmassnahmen koordiniert werden können.

Burgerallee 17a und 19

Die Sporthalle Burgerallee 17a und das Schulgebäude Burgerallee 19 wurden 1974 erstellt und bilden ebenfalls eine zusammengehörende bauliche Einheit. Die Gebäudehülle entspricht im Wesentlichen dem damaligen Baustandard und weist insbesondere hinsichtlich der Wärmedämmung energetische Defizite auf.

Die Sporthalle verfügt über eine mechanische Lüftungsanlage, jedoch über keine aktive Kühlung. Das Schulgebäude Burgerallee 19 verfügt weder über eine mechanische Lüftungsanlage noch über eine aktive Kühlung. Eine allfällige aktive Kühlung kann bei diesen Gebäuden nicht losgelöst vom Zustand der Gebäudehülle beurteilt werden.

Gemäss aktueller Investitionsplanung ist für die beiden Gebäude eine Gesamtsanierung vorgesehen, deren Beginn nach heutigem Stand für das Jahr 2038 geplant ist. Aufgrund dieses langen Zeitraums ist zu prüfen, welche Sanierungs- und Unterhaltsmassnahmen bereits vorher notwendig und sinnvoll sind und welche Verbesserungen hinsichtlich des sommerlichen Wärmeschutzes, der Lüftung und allenfalls der Kühlung damit verbunden werden können.

Beunden Ost

Der Neubau Beunden Ost wurde 2023 erstellt, entspricht dem Minergie-P-Standard und verfügt über eine mechanische Lüftungsanlage, jedoch über keine aktive Kühlung. Damit weist es insbesondere hinsichtlich der kontrollierten Lüftung und der Raumluftqualität beziehungsweise der CO_2-Konzentration einen hohen technischen Standard auf. Die im Rahmen der Planung durchgeführten Simulationen zum sommerlichen Wärmeschutz haben ergeben, dass die zu erwartenden Raumtemperaturen innerhalb der normativen Anforderungen liegen.

Bei ausserordentlich hohen und länger anhaltenden Aussentemperaturen, wie sie im Sommer 2026 aufgetreten sind, kann es dennoch zeitweise zu hohen Raumtemperaturen kommen. Dies zeigt, dass auch ein energetisch hochwertiger Neubau bei ausgeprägten Hitzeperioden an Grenzen stossen kann. Zur Begrenzung der solaren Wärmeeinträge wurde eine automatische Storensteuerung installiert. Zusätzlich sind während Hitzeperioden ein konsequenter Sonnenschutz sowie ein angepasstes Lüftungsverhalten von Bedeutung.

b) Schulanlage Balainen



Die Schulanlage Balainen wurde 2012 umfassend saniert und erweitert.

Der Neubau entspricht dem Minergie-Standard und verfügt über eine mechanische Lüftungsanlage, jedoch über keine aktive Kühlung.

Beim Altbau erfolgt die sommerliche Abkühlung unter anderem mittels Nachtauskühlung.

Der über 100-jährige und denkmalgeschützte Altbau ist während der ausgeprägten Hitzeperioden im Sommer 2026 hinsichtlich des sommerlichen Raumklimas an Grenzen gestossen. Eine Verbesserung kann nicht losgelöst von der historischen Bausubstanz betrachtet werden. Der nachträgliche Einbau einer mechanischen Lüftung oder aktiven Kühlung wäre mit Eingriffen in

die Gebäudestruktur verbunden und müsste mit den Anforderungen des Denkmalschutzes abgestimmt werden.

Bei einer weitergehenden Untersuchung sind deshalb die baulichen, denkmalpflegerischen und gebäudetechnischen Rahmenbedingungen gesamtheitlich zu berücksichtigen und mögliche Massnahmen hinsichtlich Machbarkeit, Aufwand und Wirkung zu beurteilen.

c) Schulanlage Weidteile

Für die Schulanlage Weidteile wird derzeit das Vorprojekt Plus für die Gesamtsanierung ausgearbeitet. Dabei werden auch die energetische Sanierung sowie die zukünftigen Anforderungen an Lüftung, sommerlichen Wärmeschutz und Raumklima vertieft untersucht.

Die zukünftige thermische Situation wurde mittels Gebäude- und Klimasimulationen beurteilt. Dabei wurden die aufgrund des Klimawandels zu erwartenden höheren Aussentemperaturen berücksichtigt.

Die bisherigen Untersuchungen zeigen, dass die vorgesehenen baulichen und technischen Massnahmen allein nicht ausreichen, um die erforderlichen Raumtemperaturen während sommerlicher Hitzeperioden zuverlässig einzuhalten. Für die sanierte Schulanlage ist deshalb zusätzlich eine aktive Kühlung erforderlich.

Das Fachplanerteam schlägt vor, die Schulräume künftig mittels Kühldecken zu kühlen. Dieses Kühlkonzept wird im Rahmen des Vorprojekts Plus weiterbearbeitet und fliesst in die Kostenermittlung der Gesamtsanierung ein.

Die im Postulat geforderten Untersuchungen zur zukünftigen Lüftung, zum sommerlichen Wärmeschutz und zu einer möglichen aktiven Kühlung sind für die Schulanlage Weidteile damit bereits erfolgt beziehungsweise Bestandteil der laufenden Planung. Der Gemeinderat erachtet die entsprechenden Anliegen des Postulats für die Schulanlage Weidteile als erfüllt.

3. Schlussfolgerungen aus der Bestandesaufnahme

Die Bestandesaufnahme zeigt, dass die Herausforderungen hinsichtlich Raumluftqualität und sommerlicher Überhitzung je nach Gebäude unterschiedlich sind und deshalb unterschiedliche Lösungsansätze erfordern.

Dabei ist klar zwischen Lüftung, sommerlichem Wärmeschutz und Kühlung zu unterscheiden. Eine mechanische Lüftungsanlage dient in erster Linie der Sicherstellung des notwendigen Luftwechsels und einer guten Raumluftqualität. Sie führt jedoch nicht automatisch zu einer Absenkung der Raumtemperaturen.

Insbesondere kann mit dem Einbau oder der Erneuerung einer Lüftungsanlage ein ungenügender sommerlicher Wärmeschutz eines Gebäudes nicht einfach kompensiert werden. Hohe solare Wärmeeinträge, ein ungenügender Sonnenschutz oder energetische Defizite der Gebäudehülle müssen mit geeigneten baulichen und betrieblichen Massnahmen reduziert werden. Erst der danach verbleibende Kühlbedarf ist durch geeignete gebäudetechnische Massnahmen abzudecken.

Grundsätzlich ist deshalb eine abgestufte Vorgehensweise anzustreben. Zunächst sind betriebliche und passive Massnahmen wie ein konsequenter Sonnenschutz, Nachtauskühlung oder die Optimierung bestehender Anlagen zu prüfen und soweit möglich auszuschöpfen. Reichen diese Massnahmen nicht aus, sind weitergehende bauliche oder gebäudetechnische Lösungen zu untersuchen. Dazu kann bei nachgewiesenem Bedarf auch eine gezielte aktive Kühlung einzelner Räume oder Gebäudebereiche gehören.

Eine aktive Kühlung ist ebenfalls nicht als isolierte Massnahme zu betrachten. Insbesondere bei älteren und energetisch sanierungsbedürftigen Gebäuden ist zu vermeiden, Defizite der Gebäudehülle lediglich durch zusätzliche Kühlleistung zu kompensieren. Gebäudehülle, Sonnenschutz, Lüftung und ein allfälliger Kühlbedarf sind deshalb gesamtheitlich zu beurteilen.

4. Gesetzliche und normative Rahmenbedingungen

Für den sommerlichen Wärmeschutz, die Lüftung und den Einsatz einer aktiven Kühlung bestehen gesetzliche und normative Anforderungen. Für die Schulanlagen der Stadt Nidau sind insb. die kantonale Energiegesetzgebung sowie die einschlägigen SIA-Normen massgebend.

Art. 16 der kantonalen Energieverordnung (KEnV) – Sommerlicher Wärmeschutz
verlangt bei allen Räumen die Einhaltung des Gesamtenergiedurchlassgrads (g-Wert) des Sonnenschutzes nach dem Stand der Technik. Bei gekühlten Räumen sind zusätzlich die Anforderungen an die Steuerung und die Windfestigkeit des Sonnenschutzes einzuhalten. Ein wirksamer sommerlicher Wärmeschutz bleibt damit auch dann erforderlich, wenn eine aktive Kühlung vorgesehen wird.

Art. 27 KEnV – Kühlen, Be- und Entfeuchten
regelt die energetischen Anforderungen an entsprechende Anlagen in bestehenden Bauten. Danach sind Kühlanlagen zulässig, wenn die festgelegten Anforderungen an den elektrischen Leistungsbedarf sowie an die Kälteerzeugung, Planung und den Betrieb eingehalten werden. Die Bestimmung sieht zudem die Möglichkeit vor, den massgebenden elektrischen Leistungsbedarf durch eine Photovoltaikanlage zur Eigenstromerzeugung abzudecken.

Für die Fragestellung des Postulats ist damit insbesondere der Grundsatz von Bedeutung, dass eine aktive Kühlung nicht losgelöst vom sommerlichen Wärmeschutz und vom energetischen Zustand eines Gebäudes betrachtet werden kann. Zunächst sind Massnahmen zur Vermeidung beziehungsweise Reduktion unerwünschter Wärmeeinträge zu berücksichtigen. Der danach verbleibende Kühlbedarf kann durch entsprechende technische Anlagen abgedeckt werden.

Die gesetzlichen Vorgaben werden durch die einschlägigen SIA-Normen konkretisiert. Von Bedeutung sind insbesondere die SIA 180 für den Wärme- und Feuchteschutz sowie das Raumklima und die SIA 382/1:2025 für mechanische Lüftungsanlagen.

Bei nachträglich eingebauten Kühlanlagen sind zudem die baurechtlichen Rahmenbedingungen zu berücksichtigen. Dies betrifft insbesondere Aussengeräte, Eingriffe in Fassaden oder Dächer, Leitungsführungen sowie mögliche Lärmimmissionen. Bei geschützten oder erhaltenswerten Gebäuden kommen zusätzlich die Anforderungen des Ortsbild- und Denkmalschutzes hinzu.

Die normativen Vorgaben bestätigen damit den betreffend Schulanlagen vorgesehenen Ansatz: Gebäudehülle, Sonnenschutz, Lüftung, Raumluftqualität, Energieversorgung und eine allfällige aktive Kühlung sind objektspezifisch und gesamtheitlich zu beurteilen.

5. Weiteres Vorgehen

Die Bestandesaufnahme zeigt, dass bei den Schulanlagen Burgerbeunden und Balainen hinsichtlich des sommerlichen Wärmeschutzes, der Raumluftqualität und einer allfälligen zukünftigen Kühlung weiterer Abklärungsbedarf besteht.

Bei der Schulanlage Weidteile wurden die im Postulat geforderten Untersuchungen bereits im Rahmen der laufenden Planung der Gesamtsanierung durchgeführt. Dabei wurde festgestellt, dass zusätzlich zu den vorgesehenen baulichen und technischen Massnahmen eine aktive Kühlung erforderlich ist. Die entsprechende Lösung mittels Kühldecken wird im Vorprojekt Plus weiterbearbeitet.

Für die Schulanlagen Burgerbeunden und Balainen schlägt der Gemeinderat vor, die Situation entsprechend den drei im Postulat formulierten Forderungen vertieft untersuchen zu lassen.

Ziel ist ein objektspezifischer Analyse- und Massnahmenplan, der für die einzelnen Gebäude den Handlungsbedarf sowie geeignete kurz-, mittel- und langfristige Massnahmen aufzeigt. Dabei sind die ohnehin anstehenden Unterhalts- und Sanierungsmassnahmen sowie die unterschiedlichen Sanierungszyklen der Gebäude zu berücksichtigen.

Für die Untersuchung soll ein kleines **interdisziplinäres Planungsteam** beigezogen werden. Gebäudehülle, Architektur, sommerlicher Wärmeschutz, Lüftung, Kühlung und Energieversorgung hängen unmittelbar zusammen und müssen deshalb gesamtheitlich beurteilt werden.

Das Planungsteam soll aus Personen aus folgenden drei Fachdisziplinen bestehen:

- **Architektur:** Gesamtheitliche Betrachtung der Gebäude, Beurteilung der baulichen Machbarkeit und Integration möglicher Massnahmen in den Bestand.
- **Bauphysik:** Beurteilung der bestehenden Gebäudehülle und des sommerlichen Wärmeschutzes, insbesondere hinsichtlich Wärmedämmung, Fenster, Sonnenschutz, solaren Wärmeeinträgen, Speichermasse und Möglichkeiten der Kühlung. Gleichzeitig sind die massgebenden gesetzlichen und normativen Anforderungen in die Beurteilung einzubeziehen. Damit soll insbesondere aufgezeigt werden, mit welchen baulichen und passiven Massnahmen der Wärmeeintrag reduziert werden kann und welcher Kühlbedarf danach noch verbleibt.
- **Lüftungs- und Kälteplanung:** Aufbauend auf den Erkenntnissen der Bauphysik werden die bestehende Lüftungssituation, der zukünftige Kühlbedarf und mögliche technische Lösungen untersucht. Dabei ist zu beurteilen, welche lüftungstechnischen Massnahmen zur Sicherstellung einer guten Raumluftqualität erforderlich sind und wo darüber hinaus eine aktive Kühlung notwendig beziehungsweise sinnvoll ist.

Bei Bedarf soll zusätzlich eine **Elektrofachplanung** beigezogen werden. Dies ist insbesondere dann erforderlich, wenn eine aktive Kühlung als zweckmässige Massnahme beurteilt wird und deren elektrische Leistungsaufnahme sowie die vorhandene Elektroinfrastruktur untersucht werden müssen. Entsprechend der Forderung des Postulats soll aufgezeigt werden, welcher zusätzliche Strombedarf durch eine aktive Kühlung entsteht und in welchem Umfang dieser zeitgleich durch bestehende oder zusätzliche Photovoltaikanlagen gedeckt werden könnte.

6. Kosten und Berichterstattung

Der Beizug der erforderlichen Fachplanerinnen und Fachplaner ist mit entsprechenden Honorarkosten verbunden. Diese Aufwendungen sind notwendig, um die im Postulat gestellten Fragen fachlich fundiert zu beantworten und die vorgeschlagenen Massnahmen auf den baulichen Zustand und die langfristige Entwicklung der jeweiligen Schulanlage abzustimmen.

Für die Untersuchung und die anschliessende Berichterstattung ist mit Planungskosten von insgesamt 36 000 Franken zu rechnen.

Der Gemeinderat beabsichtigt, die Untersuchungen innerhalb der kommenden zwei Jahre durchzuführen und dem Stadtrat anschliessend Bericht zu erstatten. Die Berichterstattung soll für die Schulanlagen Burgerbeunden und Balainen den festgestellten Handlungsbedarf, die möglichen Massnahmen aufzeigen.

Beschlussentwurf

Annahme als Postulat

STADT NIDAU

15. EA 71: Tarife Strandbad Nidau

Ressort	Hochbau
Sitzung	19.11.2026

Der Gemeinderat beantwortet die einfache Anfrage vom 18. Juni 2026 betreffend die Tarife des Strandbads Nidau.

nid 0.1.6.2 / 10.5

Sachlage

EA 71: Tarife Strandbad Nidau

Marlene Oehme, EVP: Ich habe eine Frage zum Strandbad bzw. zur Erhöhung der Eintrittspreise. Hat sich der Gemeinderat überlegt, die Gründe für die Erhöhung dieser Preise nicht nur auf unserer Internetseite, sondern auch mit einem Plakat neben dem Eingang anzubringen, weil es vor allem für auswärtige Besucherinnen und Besucher auf Unverständnis stösst?

Antwort des Gemeinderates

Der Gemeinderat nimmt den Hinweis von Marlene Oehme auf. Die Anfrage bestärkt den Gemeinderat darin, die Hintergründe der Tarifanpassung weiterhin transparent und über verschiedene Kommunikationskanäle zu kommunizieren.

1. Massnahmen betreffend Information

Neben den Informationen auf der Website der Stadt Nidau sollen die Gründe für die Tarifanpassung ab nächster Saison ebenfalls direkt im Webshop ersichtlich sein.

Zudem wird geprüft, wie die Hintergründe der Tarifanpassung ab der nächsten Saison beim Eingang des Strandbads kommuniziert werden können. Denkbar sind beispielsweise ein Aushang oder ein Informationsplakat. Damit können auch auswärtige Besucherinnen und Besucher erreicht werden, welche die Informationen über die städtischen Kommunikationskanäle nicht kennen.

2. Medienmitteilung

Darüber hinaus wurde am 14. Oktober 2026 eine Medienmitteilung zur Badesaison 2026 veröffentlicht. Diese enthielt sowohl einen Rückblick auf die vergangene Saison als auch einen Ausblick auf die Saison 2027. In diesem Zusammenhang wurden die angepassten Eintrittstarife nochmals erläutert und die Gründe für deren Anpassung dargelegt.

Die erwähnte Medienmitteilung vom 14. Oktober 2026 ist unter folgendem Link verfügbar: Strandbad Nidau blickt auf eine sehr erfolgreiche Badesaison 2026 zurück.

3. Saisonvergleich

Die Badesaison 2026 war von einer sehr hohen Nachfrage geprägt. Mit insgesamt **155 680** Eintritten konnten im Vergleich zum Vorjahr **101,4 %** mehr Badegäste begrüsst werden. Besonders stark frequentiert waren die Monate Juni, Juli und August.

Die hohen Besucherzahlen sind insbesondere auf die günstigen Wetterbedingungen während des Sommers 2026 zurückzuführen.

Trotz der auf die Saison 2026 eingeführten Tarifanpassungen zeigt sich auf Basis der Gesamtbesucherzahlen kein erkennbarer Rückgang der Nachfrage. Bei der Interpretation ist allerdings zu berücksichtigen, dass die Besucherzahlen eines Freibads stark wetterabhängig sind.

4. Besucherumfrage

Die Stadt Nidau führte zwischen dem 9. und 23. August 2026 an sechs Tagen jeweils während einer Stunde eine Besucherbefragung beim Eingang des Strandbads Nidau durch.

Insgesamt wurden dabei 421 Personen befragt. Mit einem Anteil von 43,5 % aus Nidau und 31,8 % aus Biel/Bienne stammen rund drei Viertel der Befragten (75,3 %) aus dem unmittelbaren Einzugsgebiet des Strandbads. Es folgen Ipsach mit 9,3 % und Port mit 5,0 %. Alle weiteren Gemeinden waren mit Anteilen von jeweils rund 2 % oder weniger vertreten.

Wohnsitzgemeinde	**Personen**	**Anteil**
Nidau	183	43,5 %
Biel/Bienne	134	31,8 %
Ipsach	39	9,3 %
Port	21	5,0 %
Aarberg	9	2,1 %
Schüpfen	8	1,9 %
Bellmund	6	1,4 %
Lyss	6	1,4 %
Grenchen	5	1,2 %
Brügg	3	0,7 %
Grosshöchstetten	3	0,7 %
Mörigen	2	0,5 %
Neuchâtel	1	0,2 %
Studen	1	0,2 %
Total	**421**	**100,0 %**

Die Auswertung nach Altersgruppen zeigt, dass 248 Personen (58,9 %) im erwerbsfähigen Alter von 18 bis 64 Jahren waren. 109 Personen (25,9 %) gehörten zur Gruppe der Kinder und Jugendlichen (0 bis 17 Jahre), während 57 Personen (13,5 %) 65 Jahre oder älter waren. Bei sieben Personen (1,7 %) konnte das Alter nicht ermittelt werden.

Total und Durchschnitt pro Erhebung (1 Stunde) über alle sechs Erhebungen:

Altersgruppe	**Total**	**Ø pro Erhebung**	**Anteil**
Kinder und Jugendliche (0–17 J.)	109	18,2	25,9 %
Erwerbsfähige (18–64 J.)	248	41,3	58,9 %
Seniorinnen und Senioren (ab 65 J.)	57	9,5	13,5 %
Alter unklar	7	1,2	1,7 %
Total	**421**	**70,2**	**100,0 %**

Pro Erhebungsstunde wurden durchschnittlich rund 41 Erwachsene, 18 Kinder und Jugendliche sowie 10 Seniorinnen und Senioren gezählt.

Zwischen Wochenenden und Werktagen zeigen sich gewisse Unterschiede: An den Wochenenden war der Anteil der Seniorinnen und Senioren mit 16,7 % deutlich höher als unter der Woche (10,1 %). Umgekehrt war der Anteil der Kinder und Jugendlichen an Werktagen höher (28,6 % gegenüber 23,4 % an den Wochenenden). Der Anteil der 18- bis 64-Jährigen lag an beiden Tagesarten mit rund 59 % praktisch auf demselben Niveau.

5. Vergleich der Eintrittspreise

Vergleich der Einzeleintrittspreise 2026 mit denjenigen regionaler Frei- und Strandbäder:

Gemeinde	**Erwachsene**	**Kinder**	**Ermässigt**	**Ausstattung**
Aarberg	6.00	3.00	5.00	Schwimmbecken
Biel	5.00	2.50	4.00	Seezugang
Büren a. d. A.	8.00	5.00	6.00	Schwimmbecken
Grenchen	7.00	3.00	-	Schwimmbecken
Kerzers	6.00	3.00	5.00	Schwimmbecken
Lyss	7.00	3.50	6.00	Schwimmbecken
Münchenbuchsee	6.00	3.00	5.00	Schwimmbecken
Schüpfen	5.00	3.00	4.00	Schwimmbecken
Solothurn	8.00	4.00	7.00	Schwimmbecken, Zugang zur Aare
Twann	6.00	3.00	-	Schwimmbecken, Seezugang
Zuchwil	9.00	-	5.50	Schwimmbecken
Nidau	*7.00*	*3.00*	*6.00*	*Schwimmbecken,* Seezugang
Durchschnitt	**6.67**	**3.27**	**5.35**	

Die Eintrittspreise des Strandbads Nidau liegen im regionalen Vergleich ungefähr im Durchschnitt und bewegen sich auf einem vergleichbaren Niveau wie diejenigen anderer Freibäder ohne Seezugang.

6. Ausblick: Workshop betreffend die Zukunft des Strandbads Nidau

An dieser Stelle dankt der Gemeinderat den 14 Teilnehmenden aus den im Stadtrat vertretenen Parteien herzlich für ihre wertvolle Mitarbeit am ersten Workshop im Rahmen des Strategieprozesses «Zukunft Strandbad Nidau». Die unterschiedlichen Perspektiven und konstruktiven Beiträge bilden eine wertvolle Grundlage zur Erarbeitung tragfähiger Lösungen für die Zukunft des Strandbads.

Der Gemeinderat freut sich auf die weiteren Prozessschritte, den fortlaufenden Einbezug der Bevölkerung sowie auf den zweiten Workshop, der im Frühling des kommenden Jahres mit denselben Teilnehmenden durchgeführt werden soll.

Die einzelnen Zwischenschritte können auf der Homepage der Stadt Nidau mitverfolgt werden.

Die Ergebnisse des gesamten Mitwirkungsprozesses werden in einem Schlussbericht zusammengeführt und dem Gemeinderat im Sommer 2027 zur weiteren Beratung unterbreitet.

STADT NIDAU

M

Parlamentarischer Vorstoss

Vorstossart:	Motion
Vorstoss-Nr.:	M 240
Richtlinienmotion:	☐
Behandlung im Stadtrat:	19.11.2026, sofern Dringlichkeit mit 2/3-Mehrheit beschlossen wird
Eingereicht am:	02.11.2026
Eingereicht von:	GPK Nidau
Mitunterzeichnende:	Girardin Baumgartner Nadja, Dörig Stefan, Oehme Marlene, Özbal Sercan, Stauffer David, Volery Tabea
Beschluss Gemeinderat:	17.11.2026
Aktenzeichen:	nid 0.1.6.2 / 10.9
Ressort:	Präsidiales
Antrag Gemeinderat:	Wählen Sie ein Element aus.

Überprüfung der Organisation der nicht ständigen Finanzkommission

Antrag

Der Gemeinderat wird beauftragt aufzuzeigen, wie die parlamentarische Prüfung des Budgets und der Jahresrechnung nach der Einsetzung der Finanzkommission gewährleistet ist. Falls Anpassungen notwendig sind, ist dem Stadtrat eine entsprechende Neuregelung der Aufgabenteilung zwischen der Geschäftsprüfungskommission und der Finanzkommission sowie der Zuständigkeiten und Zusammensetzung der Finanzkommission vorzulegen.

Gemäss Art. 76 GO wird beantragt, diese Motion dringlich zu behandeln.

Begründung

Ziel der neu eingesetzten nichtständigen Finanzkommission war es, den Gemeinderat im Zusammenhang mit den künftigen finanziellen Herausforderungen zu unterstützen. Dabei war gemäss Motion angedacht gewesen, dass die neue Kommission «das Budget, die Rechnung und den Finanzplan prüft und den Gemeinderat bei der Sanierung der städtischen Finanzen begleitet.»

Gemäss Antrag des Gemeinderates vom 19. März 2026, welchem der Stadtrat einstimmig zugestimmt hat, wurden die Aufgaben der Finanzkommission wie folgt definiert:

a. Sie begleitet die Umsetzung der Finanzstrategie vom 22. August 2023.
b. Sie nimmt Stellung zu den Massnahmen der Finanzstrategie, soweit diese in die Zuständigkeit des Stadtrates fallen.
c. Sie nimmt Stellung zum Budget, zur Jahresrechnung sowie zum Finanzplan.
d. Sie unterbreitet dem Stadtrat in geeigneter Form Empfehlungen im Rahmen der finanzpolitischen Steuerung.

Der Kommission wurde zudem eine ausschliesslich beratende Funktion attestiert. Der Antrag enthielt weiter eine Tabelle, welche die Aufgabenabgrenzung zwischen der Geschäftsprüfungskommission und der Finanzkommission aufzeigte, wobei der

Geschäftsprüfungskommission in finanztechnischen Fragen lediglich noch die Vorberatung von Verpflichtungskrediten und die Prüfung der Abrechnung zu Verpflichtungskrediten verbleibt.

Aufgrund der Erfahrungen in den ersten Monaten seit der Einsetzung der Finanzkommission stellt die Geschäftsprüfungskommission fest, dass ihrer Ansicht nach mit der Neuregelung eine eigentliche *Prüfung* der Jahresrechnung und des Budgets nun keiner der beiden Kommissionen mehr obliegt. Dies deshalb, weil die Finanzkommission eine rein beratende Kommission und lediglich zur Stellungnahme berechtigt ist. Sie hat keine weiteren Befugnisse. Die Geschäftsprüfungskommission hingegen hat zwar gemäss Art. A1-6 Stadtordnung das Recht zur Prüfung der Stadtratsgeschäfte und sie kann dazu auch Anträge stellen, doch gemäss Stadtratsentscheid vom 19.03.2026, liegt die Zuständigkeit der Prüfung der Jahresrechnung sowie des Budgets nun nicht mehr bei ihr.
Weiter sehen die Motionär:innen die Unabhängigkeit einer Finanzkommission durch das Präsidium des Gemeinderatsvertreters Ressort Finanzen als nicht gegeben. Dies gilt insbesondere für die Prüfung des Budgets und der Jahresrechnung. Dieser sollte ihrer Ansicht nach bei diesen Geschäften lediglich in beratendem Sinne an den Sitzungen teilnehmen können.

Aus diesen Gründen wird beantragt, die Aufgabenteilung zwischen der Geschäftsprüfungskommission und der Finanzkommission zu überprüfen und gegebenenfalls die Organisation und Zusammensetzung der nichtständigen Finanzkommission neu zu definieren. Insbesondere soll geprüft werden, ob der Kommission explizit auch die Prüfungs- und Antragsbefugnisse für die Jahresrechnung und das Budget erteilt werden sollten und dementsprechend die Kompetenzen in diesen Bereichen jener der Geschäftsprüfungskommission entsprechen sollten, um Doppelspurigkeit zu vermeiden. Weiter soll die Teilnahme des Gemeinderats an den Sitzungen der Finanzkommission so geregelt werden, dass eine unabhängige Prüfung gewährleistet ist.

Der Motion ist dabei die Dringlichkeit zu gewähren. Dies mit der Begründung, dass die Finanzkommission vorerst als nichtständige Kommission bis Ende Legislatur, also bis 31.12.2029, gewählt worden ist und die Neuregelung daher möglichst bald, idealerweise bereits beim Rechnungsabschluss 2026 im Sommer 2027 zur Anwendung gelangt. Dies im Sinne von effizienten und sinnvollen Verfahrensabläufen, mit welchen Doppelspurigkeiten möglichst vermieden werden.

Antwort des Gemeinderates

[Erklärt der Stadtrat den Vorstoss gemäss Artikel 76 der Geschäftsordnung für dringlich, beantwortet der Gemeinderat diesen noch an derselben Sitzung und der Stadtrat behandelt das Geschäft. In diesem Fall wird die Antwort des Gemeinderats umgehend an der Sitzung vom 19. November 2026 auf der Website der Stadt Nidau unter folgendem Link veröffentlicht: Motion: Überprüfung der Organisation der nicht ständigen Finanzkommission - Stadt Nidau]